



**DAS**

Dr. Wolfgang Freisleben

# **AMERIKA** **SYNDIKAT**

Wie die souveränen  
Staaten Europas  
zur Kolonie der  
USA verkommen

**FBV**

Dr. Wolfgang Freisleben

# **DAS AMERIKA SYNDIKAT**

Dr. Wolfgang Freisleben

**DAS  
AMERIKA  
SYNDIKAT**

**Wie die souveränen  
Staaten Europas  
zur Kolonie der  
USA verkommen**

FBV

### **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://d-nb.de> abrufbar.

#### **Für Fragen und Anregungen:**

[info@finanzbuchverlag.de](mailto:info@finanzbuchverlag.de)

1. Auflage 2017

© 2017 by FinanzBuch Verlag,

ein Imprint der Münchner Verlagsgruppe GmbH

Nymphenburger Straße 86

D-80636 München

Tel.: 089 651285-0

Fax: 089 652096

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Redaktion: Ulrike Kroneck

Korrekturat: Monika Spinner-Schuch

Umschlaggestaltung: Laura Oswald

Umschlagabbildung: Shutterstock/Urheber: Rudy Balasko; Shutterstock/Urheber: LaMia-Fotografia

Satz: ZeroSoft, Timisoara

Druck: GGP Media GmbH, Pößneck

eBook: ePubMATIC.com

ISBN Print 978-3-95972-006-9

ISBN E-Book (PDF) 978-3-86248-985-5

ISBN E-Book (EPUB, Mobi) 978-3-86248-986-2

*Weitere Informationen zum Verlag finden Sie unter*

**[www.finanzbuchverlag.de](http://www.finanzbuchverlag.de)**

*Beachten Sie auch unsere weiteren Verlage unter*

[www.m-vg.de](http://www.m-vg.de)

# INHALT

## EINLEITUNG

Zentralisierung der EU unter mächtigem ökonomischen Druck

EU-Karren steckt im Morast von Problemen fest

Die Gesetze des Geldsystems werden nicht beachtet

## KAPITEL 1

Die CIA-Verschwörung gegen Europa

Vorbereitungen zur Kolonisierung seit 1944

Europäische Union als amerikanisches Projekt

Wirtschaftsorganisation OEEC ab 1948

Coudenhove-Kalergi gab den ersten Anstoß

Leichtes Spiel im hungrigen Europa

Allen Dulles mit der Gründung der CIA beauftragt

ACUE vor allem von den Rockefeller finanziert

Europäische Bewegung von ACUE finanziert

Währungsunion nur verdeckt vorantreiben

Freihandelszone nur mit politischer Ausrichtung geduldet

EFTA als Freihandelsorganisation von den USA nicht geduldet

De Gaulle wollte ein »Europa der Vaterländer«

Lobbyisten in Brüssel – die Maden im Speck

Ökonomische Vorherrschaft durch TTIP und TiSA

Ein geopolitischer Wirtschaftskrieg der USA

Das seltsame Großherzogtum Luxemburg

## KAPITEL 2

Politische Zwangswährung im Machtkampf um Europa

Siebzehn Währungskorrekturen in 14 Jahren

Besetztes Deutschland war nicht souverän

Die schärfste Waffe wurde durch Mord entschärft

Ackermann fürchtete gleiches Schicksal wie Herrhausen

Vorteile für die herrschende Klasse

Ein alles beherrschender Zentralstaat

»Innere« Abwertung als Provokation

Argentiniens verheerende Bindung an den US-Dollar

Ausbruch aus dem Euro – ein hohes Risiko

### KAPITEL 3

Finanzkapitalismus – ein Parasit erobert Europa

Ein denaturiertes, unkontrolliertes System

Finanzkapitalismus als Parasit der Wirtschaft

Spekulationsblasen gegen Strukturprobleme der US-Wirtschaft

Am Finanzcrash bereichert

Umverteilung von unten nach oben

Reformvorschläge für Derivate direkt aus der Wall Street

Manipulation der Zinsen durch Derivate

Wie das Finanzkapital einst in Fesseln gelegt wurde

Startschuss für den Raubzug bei Wirtschaft, Staat und Familien

Die Banken haben sich ihren Ruf gründlich ruiniert

Profit sogar mit der Privatisierung von Gefängnissen

Barack Obama will den Gefängnis-Horror beenden

Finanz-Casino statt realer Volkswirtschaft

Verschuldung der Gesamtwirtschaft enorm angestiegen

Deregulierung als Ursache der Einkommensungleichheit

Änderung des gesellschaftlichen und politischen Systems

Marktwirtschaft als Ordnung der Wölfe

Big Money schadet der Realwirtschaft auf mannigfaltige Weise

### KAPITEL 4

Kreditschwindel der Faust & Mephisto AGs

Empirischer Nachweis für Geldschöpfung der Banken

Bankeinlage durch Kreditvergabe

Empirischer Beweis der Kreditschöpfungstheorie

Brisante Klagen in den USA gegen Rückzahlung von »Luft«-Geld

Geldschöpfung garantiert Gewinne der Großbanken

Geheimnis um das Finanzsystem

Auch mit Lebensmitteln werden Zinsen bezahlt

## KAPITEL 5

Ein Bankensyndikat plündert Europa

Warum die Staatsfinanzierung durch Zentralbanken verboten ist

Mit dem Lissabon-Vertrag an das Syndikat ausgeliefert

Wie Milliarden im Kreis herumgeschickt wurden

Schattenbanken kontrollieren das Syndikat

Barclays und State Street dominierten bis 2008

Die wahren Gläubiger Europas bleiben verborgen

US-Kreditsystem in den Händen einiger weniger

## KAPITEL 6

Ratingagenturen als Komplizen

Teil eines weltweiten Netzwerks der Finanzkonzerne

140 Änderungen der Länderratings in nur zwei Jahren

Bewertung hängt von der Höhe des Honorars ab

EU nimmt Ratingagenturen an die Leine

US-Richterin ließ Ratingagenturen zittern

Für schlimmste Finanzkrise seit 1930 verantwortlich

## KAPITEL 7

Die Spur des Geldes in den Schatten

Rasante Geldflüsse in den Schatten

Die »Big Four« sind überall

Immer mehr Bankgeschäfte außerhalb der Bilanz

USA mit größtem Schattenbankensektor

Entfesselung der Wölfe der Wall Street

Hochriskante Hedgefonds können Märkte manipulieren

Vorschläge zur Regulierung verhallen im Wind

Die nächste Krise wird hier entspringen

## KAPITEL 8

Enttarnt: die wahren Herrscher der Welt

Deutsche Bank ist kaum mehr deutsch

Wo die großen Vermögen versteckt sind  
Die Mega-Reichen mit Billionenvermögen  
Der Money Trust der Wall Street hält sich eine Notenbank  
Internationales Netzwerk der Macht empirisch nachgewiesen  
Die Finanzkrise brachte einiges durcheinander  
BlackRock übernimmt ein Billionenvermögen von Barclays  
Das Billionenvermögen landet letztlich bei PNC  
BlackRock-Beteiligungen an Banken und anderen Finanzkonzernen  
Rothschild dominant bei Schattenbanken präsent  
Industrie- und Handelskonzerne der »Big Four«  
Risiko der Vernetzung kaum<sup>1</sup> zu kontrollieren

## KAPITEL 9

So beherrschen Schattenbanken die amerikanischen Medien  
Time Warner  
Walt Disney  
Comcast/NBC Universal  
CBS Corporation  
Twenty-First Century Fox Inc  
News Corporation  
Viacom

Vier Nachrichtenagenturen beherrschen den News-Markt

## KAPITEL 10

Zentralbanken als Instrumente des Bankensyndikats  
Bankiers begannen Wechselspiel von Kapital und Geschäften  
Erste Banken Europas im Spätmittelalter  
Betrug durch Münzfälschungen und Gelderzeugung aus dem Nichts  
Gründung der Bank von England in privater Hand  
Zentralbank am Gewinn orientiert  
Zentralbanken stürzten die Welt in den Abgrund  
Private Zentralbank als Kopf des Finanzkapitalismus  
Verstaatlichung und Reprivatisierung der Banque de France  
Verstaatlichung der Bank von England

Reprivatisierung der Notenbanken in London und Paris

Keine Kriege ohne gelddruckende Zentralbank

Die Macht der internationalen Finanzmärkte

## KAPITEL 11

Verschwörung für das mächtigste Kartell der Welt

First und Second Bank of the United States

Kampagne für die dritte private Notenbank in den USA

Geheimgespräche in Morgans Jagdclub auf Jekyll Island

Startschuss für das gigantischste Kartell auf Erden

Die Geheimhaltung über die FED hielt nicht lange

Die Gründungsbanken blieben geheim

Die Herrscher über die Federal Reserve Bank of New York

Federal Reserve Bank of New York

Die historische London-Connection der US-Banken

John Pierpont Morgan und sein Bankenimperium

Die FED von New York veröffentlichte eine Aktionärsliste

Federal Reserve Bank of New York

Rasches Wachstum durch Fusionen und Aufkäufe

Die Rockefeller-Bank Chase Manhattan

William Rockefeller und die Citibank

Die Rockefellers als Herrscher über die USA

Verdienen an der Staatsverschuldung

Liste der Primary Government Securities Dealers der Federal Reserve Bank of New York  
1999

Ausländische Aktionäre der Federal Reserve Bank of New York

FRBNY versorgte ihre Wall-Street-Eigentümer mit Liquidität

Kongressuntersuchung über Eigentümer der FED

Das »Club System« der Federal Reserve

Brown Brothers Harriman, N M Rothschild und J. Henry Schroder

Kongress hat keinen Zugang zur FED

## KAPITEL 12

Als die EZB von Goldman Sachs gekapert wurde

Goldman Sachs in den wichtigsten Zentralbanken

Goldman Sachs vor einem Untersuchungsausschuss

Gemeinsame Vergangenheit vieler Notenbanker

Fette Gewinne durch Insiderinformationen

Alte Dogmen sind nunmehr überholt

EZB treibt Europa in die Arme der Banken

Deutsche Sparmeister werden umgangen

## KAPITEL 13

Warum erzeugen Staaten Geld nicht selber?

Eigene Währungshoheit und Gelderzeugung drückt Schulden

Die Täuschung mit den Auslandskrediten

Kreditschöpfung gegen Auslandsverschuldung und Deflation

US-Notenbank finanziert den Staat direkt

Schweiz und China sind anders

Ausweitung der Geldmenge ohne Inflation

North Dakota mit eigener Bank als Vorbild

Die Fehler der neoklassischen Modelle

Wurden wegen der Geldschöpfung Präsidenten ermordet?

Silberzertifikate des Staates als United States Note

Dollar-Goldstandard durch Frankreich gesprengt

## KAPITEL 14

Wer die Staatsschulden kontrolliert, kontrolliert Europa

Menschen und Mächte bestimmen den Verlauf

Bilderberger als Komplizen von David Rockefeller

In der Krise wurde die Eurozone sturmreif geschossen

Kaum jemand versteht das Geldsystem

Seit Jahrhunderten Machtkampf um die Geldschöpfung

Marionetten der Banken statt gewählter Regierungen

Großgläubiger haben Deutschland fest im Griff

## KAPITEL 15

So führt Brüssel die EU in die Schuldenfalle

Marktgläubigkeit und neoklassische Theorien verschärften die Krise

Alles falsch gemacht, was man falsch machen kann

Politiker hörten auf die falschen Propheten  
Griechenland als katastrophales Beispiel  
Ganz Europa versinkt im Schuldensumpf  
Nur sechs EU-Länder mit einem Primärüberschuss  
Offizielle Staatsschulden – nur die halbe Wahrheit  
ESM-Bank garantiert die Transferunion  
ESM agiert als supranationale Mega-Bank  
Vertrag von angloamerikanischen Juristen  
ESM verschuldet sich bereits bei den Banken  
ESM als nachrangiger Gläubiger benachteiligt

## KAPITEL 16

Das Finanzsystem kracht immer wieder  
Ein verschuldetes Land entgeht selten der Krise  
Finanzkrisen schlimmer als Konjunkturkrisen  
Die Tücken des Finanzsystems  
Zinszahlungen wirken als Schuldenpeitsche  
Zinseszinsen verschärfen das Problem  
Zinsschwelle zum Point of Return  
Zinszahlungen an die Gläubiger haben Vorrang

## SCHLUSSBETRACHTUNG

Die Europäische Union als Post-Demokratie  
Experiment mit ungewissem Ausgang

## ANMERKUNGEN

## REGISTER

## ÜBER DEN AUTOR

## EINLEITUNG

Noch nie befand sich die Europäische Union (EU) in einer derart existenziellen Krise wie jetzt. Der »Brexit«, also der – vorerst potenzielle – Austritt Großbritanniens, eine Serie von Terroranschlägen und Amokläufen in Frankreich, Belgien und Deutschland, die unbewältigte Flüchtlingswelle und die wachsende Unzufriedenheit der EU-Bürger mit der wirtschaftlichen wie politischen Entwicklung lassen Zweifel an den Fähigkeiten der Politiker-Kaste und der Konstruktion der Union hochkommen. Es scheint sogar, als müsse sich die EU neu erfinden.

Tatsächlich befinden sich die EU-Staaten mächtig unter Druck. Und dieser geht vom Finanzsystem aus, in dem die Führer der mächtigsten Institutionen Maßnahmen setzen, die den europäischen Banken eine historisch nie gekannte Abmagerungskur auferlegt haben. Präsident Mario Draghi von der Europäischen Zentralbank (EZB) verfolgt ebenso wie die US-Notenbank Federal Reserve (FED) und die Bank of Japan eine »Nullzins-Politik«, die im Zinsgeschäft kaum Gewinne zulässt. Die globalen Renditen bei Zinspapieren sind die niedrigsten seit 500 Jahren, zehn Billionen Dollar stecken sogar in Anleihen mit negativen Renditen.<sup>1</sup>

Gleichzeitig setzt die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), die Zentralbank der Zentralbanken mit Sitz im Schweizerischen Basel, den europäischen Banken die Daumenschrauben an. Deren Regulierungswerk Basel III wurde nach der Bankenkrise 2008 bis 2012 mit überraschender Kurzsichtigkeit zurechtgezimmert, so dass Basel IV bereits in Arbeit ist. Es verordnete den Großbanken binnen kürzester Zeit eine derart massive Erhöhung der Eigenkapitalquoten, dass sie die Schleusen der Kreditflüsse in die Realwirtschaft zudrehen mussten, um auf diese Art die Eigenkapitalvorgaben zu erfüllen, sofern Kapitalerhöhungen nicht ausreichten. Es kam, wie es schon 1936/37 in den USA gekommen war, als der Federal Reserve Board den Banken zwangsweise höhere Kapitalreserven abverlangt hatte. Auch damals versiegten die Kreditströme und zogen eine monetäre Austrocknung der Realwirtschaft nach sich, die ein dramatisches Stocken der Investitionstätigkeit, eine Wachstumsverlangsamung der Gesamtwirtschaft und steigende Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. Erst im Herbst 1937 revidierte der FED-Board die Politik des knappen Geldes und setzte die vorgeschriebenen Reserven der Banken wieder herab. Aber Geschichte dürfte bei der BIZ nicht gerade en vogue sein. Oder ist es eine gezielte Strategie?

Die Lage der europäischen Banken ist daher vergleichsweise trist. Geht es aber den Banken schlecht, dann geht es auch der Realwirtschaft kaum besser. Denn wenn aus den genannten Umständen deren Kreditvergabe klemmt, was ja in den letzten Jahren der Fall war, dann ist in der Realwirtschaft kein Wachstum möglich. Unwillkürlich denkt man in dieser Situation an das Credo des ersten EU-Lobbyisten Jean Monnet: »Der Mensch akzeptiert Veränderungen nur unter dem Druck der Notwendigkeiten.« Und Veränderungen sind seitens der EU-Kommission, der demokratisch nicht legitimierten De-

facto-Regierung, das Ziel. Jean Monnets Geist weht unvermindert durch die EU, und Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat dessen Strategien zu seinen eigenen gemacht. 2003 hielt Juncker mit seiner Kritik am Europäischen Verfassungskonvent nicht hinter dem Berg: »Der Konvent ist angekündigt worden als die große Demokratie-Show. Ich habe noch keine dunklere Dunkelkammer gesehen als den Konvent.« Und an der Krise fand er durchaus Gefallen, denn: »Europa findet immer nur durch Krisen zu mehr Integration.« Und mehr Integration bedeutet auch mehr Macht in immer weniger Händen. Da passen ja gerade die Rahmenbedingungen für den großen Wurf. In dieser Situation kann man Regierungen auch mit der Aussicht zur Unterschrift ködern, dass durch TTIP das Wirtschaftswachstum angeschoben und Arbeitsplätze vermehrt würden. Denn auf den Wahrheitsgehalt überprüfen lässt sich so eine Behauptung ohnedies nicht. Wie sagte doch Juncker noch? »Wenn es ernst wird, muss man eben lügen ... und ich habe oft gelogen!«<sup>2</sup>

Und da stellt sich angesichts der eher unorthodoxen Maßnahmen von BIZ und EZB die Frage: Wie viel von dieser Situation war von den elitären Zirkeln der Finanzwelt gewollt? Und was ist ihnen ungewollt passiert? Der englische Lord Jacob Rothschild, 80, selber ein Insider des internationalen Finanz- und Machtkartells, räumt jedenfalls in seinem Statement zu Beginn des Halbjahresberichts zum 30. Juni 2016 seines börsennotierten Rothschild Investment Trust (RIT) ein: »Wir befinden uns in unbekanntem Gewässern und es ist unmöglich vor auszusehen, welche unbeabsichtigten Folgen die sehr niedrigen Zinsen haben werden, bei rund 30 Prozent der globalen Schuldverschreibungen staatlicher Emittenten mit negativen Renditen, verbunden mit quantitativer Lockerung (Quantitative Easing, QE) in großem Umfang.«<sup>3</sup>

## ZENTRALISIERUNG DER EU UNTER MÄCHTIGEM ÖKONOMISCHEN DRUCK

Die Finanzkrise erwies sich jedenfalls bisher als virtuoseres Vehikel, um die Zentralisierung der EU unter mächtigem ökonomischem Druck voranzutreiben. Zufällig waren einige, über ihre Großaktionäre eng miteinander verflochtenen New Yorker Großbanken am Zustandekommen der Krise maßgeblich beteiligt. Aber nur ein gutgläubiger Zeitzeuge glaubt daran, dass in der Finanzwelt irgendetwas rein zufällig geschieht. Verschwörungstheorie? Nein. Gelebte Praxis. Denn schließlich gab es in der New Yorker Wall Street hinter verschlossenen Türen Absprachen und einige ganz große Gewinner. So konnte z. B. die unter Rothschild-Kontrolle stehende Londoner Großbank Barclays aus dem Konkurs der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 einen großen Profit ziehen, indem sie das lukrative Amerika-Geschäft samt dem qualifizierten Personal zu einem Spottpreis übernehmen konnte und mit 1,8 Milliarden Dollar insgesamt unwesentlich mehr zahlte, als die gleichfalls übernommene Zentrale in Manhattan mit 1,2 Milliarden wert war. Die angesagte Übernahme vor dem Konkurs ließ Barclays-Boss Marcus Agius, ein Rothschild-Schwiegersohn, gezielt platzen. Lehman wurde dann absichtlich gekillt, indem das Bankensyndikat der Wall Street gemeinsam mit ihrer Federal Reserve Bank of New York (FRBNY) der Bank den normalen Geldstrom des Interbankenmarktes abdrehte, ohne den Investmentbanken nicht überleben können, weil sie keine Spareinlagen halten dürfen.

2008 kam auch eine neue Wirtschaftsdoktrin des neoliberalen Finanzkapitalismus zur

Geltung: Gewinne privatisieren, Verluste hingegen sozialisieren und nationalisieren. Das ging so weit, dass in den USA 2008/09 die Wall-Street-Banken zwar mit Dollar-Beugungen aus Steuergeldern über Wasser gehalten wurden, die Topmanager mit diesen Steuergeldern aber sich und ihren Mitarbeitern viele Milliarden Dollar an Prämien auszahlten – Schweigegelder inklusive – und die Aktionäre mit fetten Dividenden verwöhnten. Die Rückstellungen für Boni sind bei Goldman Sachs beispielsweise auf den Rekordwert von 11,4 Milliarden Dollar gestiegen. Aus einem im August 2009 veröffentlichten Bericht des New Yorker Generalstaatsanwalts Andrew Cuomo geht hervor, dass neun staatlich gestützte Banken, die 175 Milliarden Dollar Staatsgelder aus dem US-Regierungsprogramm zur Bankenrettung (TARP) erhalten hatten, für 2008 Boni in Höhe von insgesamt 32 Milliarden Dollar ausgezahlt haben. Bei Banken wie Goldman Sachs und JPMorgan Chase war die Summe der Prämien höher als der Nettogewinn. Citigroup und Merrill Lynch machten zwar zusammen 28 Milliarden Dollar Verlust, schütteten aber 5,3 bzw. 3,6 Milliarden Dollar für Boni aus. Die traditionelle Bindung der Prämien an den Unternehmenserfolg war damit aufgelöst. »Es hat weder Hand noch Fuß, wie die Banken ihre Mitarbeiter entlohnen«, echauffierte sich Andrew Cuomo.<sup>4</sup>

Die genannten Großbanken fuhren schon im ersten Halbjahr 2009 wieder Milliardengewinne ein, als wäre nichts gewesen. Sie avancierten zu den großen Nutznießern der Geldmengensteigerung und der Liberalisierung. Ihr Anteil an den gesamten Unternehmensgewinnen lag in den USA 1969 bei zwei Prozent, in den 1980er-Jahren bei 3 bis 4 Prozent und erreichte 2009 bereits satte 41 Prozent – bei stark steigender Tendenz. In der Folge kletterten auch die Gehälter in der Geldbranche. Von 1948 bis 1982 hat sich die Durchschnittsvergütung zwischen 99 und 108 Prozent des Durchschnittswerts aller US-Privatunternehmen bewegt. Von 1983 an ist dieser Wert dann bis auf 181 Prozent im Jahr 2007 nach oben geschossen. »Dieser Reichtum verschaffte den Bankenchefs ein enormes politisches Gewicht«, schlussfolgert der frühere Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds (IWF), der US-Ökonom Simon Johnson.<sup>5</sup>

## EU-KARREN STECKT IM MORAST VON PROBLEMEN FEST

In der EU ist derweilen der Karren in einem Morast von Problemen ziemlich festgefahren. Diese Entwicklung haben Europas Bürger den neoliberalen Ratgebern aus Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF), ebensolchen Thinktanks der USA und infizierten Ökonomen zu verdanken, für deren überholte Dogmen Europas Bürger die Zeche zahlen. Und statt eine taugliche Geldpolitik auf die Reihe zu bringen, tappt die Europäische Zentralbank (EZB) erfolglos auf dem Finanzparkett herum. Die vom US-Notenbanksystem Federal Reserve entlehnte Politik der Flutung der Banken mit billigem Geld entzündete jedenfalls im neunten Jahr der Krise noch immer keine selbsttreibenden Wachstumskräfte. Lediglich an den Aktienbörsen und Immobilienmärkten herrschte liquiditätsgetriebene Hochkonjunktur. Doch das ist eigentlich nicht der gewünschte Markt – zumindest nicht nach den Worten von Mario Draghi.

Es gab zwar Diskussionen und ein Nachdenken über wirtschafts- und finanzpolitische Zusammenhänge seit Beginn der Finanzkrise im September 2008. Doch die Emanzipation

von (pseudo-)ökonomischen Glaubenssätzen, welche die letzten Jahrzehnte dominiert hatten, blieb aus. Statt zu einer Besserung hatten diese ja immer wieder zum Gegenteil geführt. Dennoch wurde das Mantra der neoliberalen Wirtschaft – Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung und generelle Marktöffnung – mit eiserner Faust durchgesetzt. Der Glaube an angeblich notwendige Kredite bildete dabei den zentralen Hebel zur Durchsetzung dieser Ideologie. Und obwohl sie dort, wo sie zur Anwendung kam – in den ehemaligen kommunistischen Ländern oder in Entwicklungsländern, aber auch in Europa – zu Staatsverschuldung und Abhängigkeit, zum Ausverkauf der regionalen Wirtschaft und zu vermehrter sozialer Ungleichheit geführt und die Zahl der Bank- und Finanzkrisen nicht ab-, sondern zugenommen hat, bleibt sie bislang offizielles Credo – auch wenn zunehmend mehr Ökonomen Zweifel an ihr hegen.

Die heute vorherrschende Wirtschaftstheorie des sogenannten freien Marktes vermag verschiedene ökonomische Probleme nicht zu erklären. Gegenbeispiele sind eigentlich alle Länder, die sich erfolgreich entwickelt haben: Sie haben das alle aufgrund strategischer Intervention der Regierung und durch Industriepolitik geschafft. Es gibt kein Land, das aufgrund einer Politik des freien Marktes zur Wirtschaftsmacht wurde. Ob das jetzt Großbritannien ist, Amerika, Deutschland, China oder Japan und Südostasien.

Aus theoretischen Annahmen, die einer empirischen Prüfung an der Realität nicht standhalten, werden entsprechend falsche Schlussfolgerungen abgeleitet. Die gesamte Theorie der freien Märkte, der Wirkung von Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung bricht in sich zusammen, wenn sich zeigt, dass die zugrundeliegenden Axiome und Bedingungen mit der Lebensrealität des Menschen und der Wirtschaft nicht vereinbar sind.

Kaum eine der vorherrschenden ökonomischen Theorien bezieht überdies den Vorgang der Geldschöpfung adäquat mit ein, und auch die Rolle der Banken wird nicht realistisch abgebildet. Würde der Mechanismus der Geldschöpfung und die besondere Rolle und Position der Banken adäquater ins Auge gefasst, würden sie in der Folge neue Perspektiven für Wachstum und wirtschaftliche Entwicklung eröffnen. Der an der Universität im englischen Southampton lehrende Ökonom und Finanzwissenschaftler Richard A. Werner, der übrigens den Begriff des »Quantitative easing«, der quantitativen Lockerung, ursprünglich 1994 geprägt hat, weist darauf hin, dass nicht die Geldbeziehungsweise Kreditschöpfung für sich allein genommen ein Problem darstellt, solange man sie zum Wohle der Staatsbürger nutzt und in die produktive Industrie leitet, in der durch menschliche Arbeit und Kreativität Wertschöpfung betrieben und damit Entwicklung ermöglicht wird. Dies allerdings erfordert eine volkswirtschaftlich orientierte Geld- und Wirtschaftspolitik, die primär an der Entwicklung vor Ort orientiert ist und deren Schutz verpflichtend sein müsste. Entsprechend kritisiert Richard Werner auch die Zentralisierung und Monopolisierung des Geldwesens in mächtigen Zentralbanken, allen voran der Federal Reserve, der Bank von England und der EZB, welche die quantitative Lockerung völlig konträr zum ursprünglichen Konzept anwenden und das Geld nicht in die Realwirtschaft, sondern in die Finanzindustrie leiten. Das Ergebnis sind Preisblasen an den Aktien- und Immobilienmärkten, während die Realwirtschaft in einer Kreditklemme gefangen ist.<sup>6</sup>

Vor diesem Hintergrund drängt sich die Grundsatzfrage auf, ob Wirtschaften

Selbstzweck sein darf oder sich den Interessen der Allgemeinheit unterordnen soll. Mit enormem Echo gerade auch in den USA hatte der französische Ökonom Thomas Piketty die Öffentlichkeit aufgerüttelt, als er in einem umfassenden Werk das Auseinanderdriften von Einkommen samt Vermögen in den Staaten aufzeigte. Gewinner ist eine schmale Schicht von Reichen und Superreichen, die immer reicher wird, während sich der Rest der Welt als Verlierer betrachten kann.<sup>7</sup>

Selbst wohlwollende Freunde des Marktes mahnen daher, es gelte nun, den Kapitalismus vor sich selbst zu schützen und die Wirtschaft durch strengere Regeln und vorgegebene Prioritäten wieder in die Gesellschaft einzubetten. Denn spätestens seit Beginn der Finanzkrise ist auch in bürgerlichen Kreisen Europas der Eindruck entstanden, ein entfesselter und fehlgeleiteter Kapitalismus sei schuld daran, dass die Welt aus ihren Fugen geraten ist. Daher stellt sich die Frage, ob die Marktkräfte tatsächlich Segen oder vielleicht auch Bedrohung für die Gesellschaft sind, wenn man ihnen erlaubt, nach ihren eigenen Gesetzen unabhängig von staatlich regulierendem Einfluss zu wirken.

Der Kapitalismus mit den freien Märkten hat jedenfalls bereits horrible Enttäuschungsgeschichten hinter sich: Den Börsenkrach 1929 mit der nachfolgenden Großen Depression; und das Pendant von 2008 mit den bis heute andauernden Bremswirkungen. Den Preis dafür müssen die Bürger zahlen.

Den großen Ökonomen der letzten Jahrzehnte fehlten seit Ende 2009 jedenfalls die Worte, um zu erklären, was in Europa tatsächlich vor sich geht. Man beschränkte sich auf Beschreibungen: Bankenkrise, Finanzkrise, Eurokrise, Staatsschuldenkrise. Mehr war nicht drin. Doch alles taugt nicht, um zu verstehen. Geld ist genug vorhanden, doch es taugt auch nicht. Denn es kommt nicht bei Wirtschaft und Konsumenten an. Daher lahmt die Konjunktur. Und plötzlich ist nicht Inflation das Schreckgespenst so wie zuvor 60 Jahre lang, sondern Deflation, also der Rückgang der Preise. In dieser Realität bieten weder Keynesianismus noch Monetarismus taugliche Rezepte. Und die Neoliberalen aus dem Geist der Freiburger Schule (Ordoliberalismus) und der Chicagoer Schule wie auch Vertreter der Österreichischen Schule u. a. nach Friedrich von Hayek haben nach dem Desaster vorerst eine Sendepause eingelegt, um sich nicht erklären zu müssen. Sie alle kommen nicht zurecht mit dem neuen Phänomen: Der Absonderung des Finanzkapitalismus von der Realwirtschaft in riesigem Umfang, des Geldes von der Ware. Der eine ein Parasit des anderen.

## DIE GESETZE DES GELDSYSTEMS WERDEN NICHT BEACHTET

Doch es gibt noch andere Grundgesetze der kapitalistischen Weltordnung, die niemand beachtet. Es sind die Gesetze des Geld- und Finanzsystems. Und darum dreht sich alles in diesem Buch. Dazu gehört, dass Geld nur durch Kredit entsteht. Oder dass Staatsschulden nie zurückgezahlt werden müssen und die Einkommensteuern dazu dienen sollen, die Zinsen zu bezahlen. Und dass dieses System zu einer steten Umverteilung von unten nach oben führt. Aber auch, dass das Geldsystem periodisch immer zusammenbricht, weil es antiquiert und fehlerhaft ist. Der Eckpfeiler lautet aber: Wer die Macht hat, Geld aus Luft zu erzeugen, der hat auch die Macht über Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Daher kann

das System nie vom Volk als Souverän, sondern höchstens von den Finanzmächten geändert werden. Doch die werden Änderungen nur zu ihren eigenen Gunsten zulassen.

Die Flut von an sich wertlosem Geld, das allzu leicht über die Finanzmärkte in Realgüter umgewandelt werden kann, hat die Gewichte verschoben. Auf der einen Seite immer mehr Reiche, Super- und Megareiche, die in einem eigenen Kosmos leben, aber auch jenen der normalen Bevölkerung mit vergleichsweise geringen Erhaltungsbeiträgen benützen. Und sei es nur zur weiteren Bereicherung. Zu verdanken der politischen Macht des Geldes, die einen gnadenlosen Klassenkampf ermöglicht, wie uns der US-Milliardär Warren Buffett, als einer der offiziell Reichsten der Welt einer der engsten Berater von Lord Jacob Rothschild und wahrscheinlich auch einer seiner Vermögensverwalter, unbekümmert aufklärte: »Ja, es gibt einen Klassenkampf, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt; und wir werden gewinnen.«<sup>8</sup> 2006 aber gab auch er zu: »Meine Freunde und ich sind lange genug von einem Milliardär-freundlichen Kongress verhätschelt worden.«<sup>9</sup> Und zwar auf Kosten der Masse der mehr oder weniger kleinen Steuerzahler, für die jeder Steuer-Euro oder -Dollar Kaufkraftentzug und Konsumeinschränkung bedeutet.

# KAPITEL 1

## DIE CIA-VERSCHWÖRUNG GEGEN EUROPA

Als der NSA-Abhörskandal im Sommer 2013 für abgeschlossen erklärt worden war, wurden die Dinge heruntergespielt und auf irreführende Schienen gesetzt, wie sich im Frühjahr 2015 herausstellen sollte. Der Unaufrichtigkeit der deutschen Bundesregierung folgte nämlich die Aufdeckung einer verfilzten Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Bundesnachrichtendienst (BND) und den amerikanischen Nachrichtendiensten zur intensiven Ausspähung der europäischen und deutschen Industrie. Und das warf Fragen nach der deutschen Souveränität auf und danach, ob nicht die sogenannte »Kanzlerakte« weiter existiert – so wie schon seit Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Mit der bindenden Unterschrift unter ein vorgefertigtes Schreiben an die Botschafter der drei westlichen Sieger- und Besatzungsmächte – USA, Großbritannien und Frankreich – musste jeder Amtsinhaber für das deutsche Kanzleramt das unterschreiben, was Willy Brandt bei Amtsantritt zunächst als »Unterwerfungsbrief« empört zurückwies. Es war so etwas wie ein schriftlicher »Treueschwur« gegenüber der US-Regierung. Dass diese Kanzlerakte mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag der beiden deutschen Staaten mit den vier Siegermächten, in Kraft getreten am 15. März 1991, abgeschafft wurde, ist eher unwahrscheinlich. Denn wie könnten sonst von deutschen Militärbasen unter US-Kontrolle mörderische Aktivitäten wie die Drohneneinsätze in fernen Ländern gesteuert werden? Das hat mit gemeinsamer Verteidigung aber auch gar nichts zu tun. Für die obersten Verfassungsorgane wie dem Bundespräsident, dem Präsident des Deutschen Bundestags, dem Präsident des Bundesverfassungsgerichts und der Bundeskanzlerin wäre es eine staatspolitische Verpflichtung, diese kriminellen Aktivitäten zu unterbinden. Das würde dem Weltfrieden dienen und wird im Grundgesetz, dem bis heute keine echte Verfassung gefolgt ist, ausdrücklich postuliert. Aber niemand schert sich offenbar darum.<sup>10</sup>

Gerade das, was über die Abhörpraktiken zu Lasten der deutschen oder europäischen Industrie durch den eigenen Nachrichtendienst bekannt wurde, ließ nicht nur an einen »Staat im Staate« denken, sondern auch daran, dass ein fremder Staat deutsche Staatsorgane übernommen hat und mit oder ohne Wissen des Kanzleramts gegen eigene deutsche Staatsbürger einsetzt. Die Krux liegt wohl darin, dass über die Verträge, wie sie anlässlich der Wiedervereinigung Deutschlands reihenweise abgeschlossen worden sind, um das eigentliche Ziel der Wiedervereinigung aus deutscher Sicht nicht zu gefährden, besatzungsrechtliche Bestimmungen dem wiedervereinigten Deutschland aufgebürdet worden sind. Mit der gemeinsamen NATO-Verteidigung haben diese besatzungsrechtlichen Bestimmungen übrigens nichts zu tun. Das hatte für die stärkste Wirtschaftsmacht Europas äußerst nachteilige Konsequenzen, wird aber von jeder Regierung geduldet. Die USA kommen da, wie es scheint, ihrem Endziel bedrohlich nahe: Der endgültigen Unterwerfung Europas; einer Art Kolonisierung.

## VORBEREITUNGEN ZUR KOLONISIERUNG SEIT 1944

Die Vorbereitungen dazu hatten schon während des Zweiten Weltkriegs begonnen, als die USA zur Erlangung einer internationalen Dominanz den wesentlichen Rest der Welt 1944 in der Konferenz von Bretton Woods nötigten, den US-Dollar als Weltleitwährung anzuerkennen. Dank ihrer militärischen Stärke aufgrund schier grenzenloser Finanz- und Rüstungskraft hatte die Regierung in Washington alle Trümpfe in der Hand. Vom 1. bis zum 22. Juli 1944 bearbeitete die amerikanische Delegation in dem Badeort Bretton Woods im US-Bundesstaat New Hampshire Finanzminister und Notenbankgouverneure aus 44 Staaten, um deren Unterschrift unter das Bretton-Woods-Abkommen zu bekommen. Dabei setzte sich das Konzept des US-Beraters Henry Dexter White gegen das des englischen Ökonomen John Maynard Keynes durch. Dies gelang mit der Aussicht auf eine neue Stabilität des internationalen Währungssystems, das durch den Weltkrieg aus den Fugen geraten war. Da sich seit der Weltwirtschaftskrise mehr als 75 Prozent der weltweiten Goldreserven im amerikanischen Besitz angesammelt hatten, konnten die Gastgeber mit der neuerlichen Einführung des Goldstandards für den US-Dollar glaubwürdig Stabilität und einen jederzeitigen Umtausch des Dollar gegen Gold zum Preis von 35 Dollar je Feinunze zusagen.

Fortan war die weltweite monetäre Führungsposition der Vereinigten Staaten einzementiert. Zur Kontrolle und Durchsetzung des Abkommens hatten die USA darauf bestanden, dass die Zentralen der Bretton-Woods-Institutionen, Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF), in der US-Hauptstadt Washington errichtet wurden. Beide dienen u. a. dazu, den Wall-Street-Banken die Tore zu den Entwicklungsländern zu öffnen. Die Bundesrepublik Deutschland unterwarf sich als gedemütigter Kriegsverlierer dem Bretton-Woods-System im Jahr ihrer Gründung 1949; mit Gesetz vom 28. Juli 1952 wurde das Abkommen gleichzeitig mit dem Abkommen über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ratifiziert.

## EUROPÄISCHE UNION ALS AMERIKANISCHES PROJEKT

Die politische Elite der USA verfügte nunmehr über die Macht, das Projekt der »Vereinigten Staaten von Europa« mit dem Ziel zu lenken, der »Vielstaaterei des alten Kontinents« ein Ende zu setzen. Vielstaaterei gilt heute als Codewort, um Kritiker der Brüsseler Allmacht-Bestrebungen zu brandmarken. Mit Ende des Zweiten Weltkriegs begann sofort die Weichenstellung. Das nach despotischer Herrschaft in Europa strebende Hitler-Deutschland war besiegt und besetzt worden. Kriegsverwüstung und Mangelwirtschaft in weiten Teilen des Kontinents öffneten den USA alle Möglichkeiten der Einflussnahme auf die künftige Entwicklung Westeuropas.

Vorgegeben wurde der Weg zum heutigen Europa von den USA im Kontext des Kalten Kriegs. Der kommunistische Umsturz in Prag am 24. Februar 1948 spielte dabei als Schreckgespenst eine wichtige Rolle. Er unterstrich die Glaubwürdigkeit der USA, die Sowjetunion fortan als Gegner zu manifestieren.

Als erstes und hocheffizientes Mittel zur politischen Lenkung in eine bestimmte neue Richtung Europas diente der Marshallplan (ERP-Programm) zum Wiederaufbau der

europäischen Wirtschaft. Er wurde vom amerikanischen Außenminister George C. Marshall am 5. Juni 1947 vorgeschlagen und postwendend von der UdSSR und ihren Satelliten-Staaten im Juli 1947 auf dem Kongress in Paris – erfolglos – abgelehnt. Weil damals die auf Hochtouren laufende amerikanische Industrie in eine Überproduktionskrise abzurutschen drohte, ging es für die USA schon damals vor allem darum, sich den freien Zutritt zu den ungeschützten Märkten Europas zu sichern. Die amerikanischen Regierungen strebten zwar seither ein integriertes Europa an, waren aber gleichzeitig darauf bedacht, die amerikanische Führerschaft zu verankern. Auf dieser Absicht basierte 1949 auch die Gründung des militärischen Nordatlantikpakts NATO (North Atlantic Treaty Organization), der nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische Hegemonie gewährleisten sollte.<sup>11</sup>

John Foster Dulles, der spätere Außenminister und »Kreuzfahrer des Kalten Kriegs«, hat aus den US-Ambitionen damals keinen Hehl gemacht. In einer Rede vor dem Auswärtigen Ausschuss des Senats im November 1947 hatte er zu Protokoll gegeben: »Von Grund auf schlecht ist der Zerfall Westeuropas in mehrere kleine Wirtschaftseinheiten [...]. Europa hat immer unter der Geißel seiner Staatenvielfalt gelitten.«

## WIRTSCHAFTSORGANISATION OEEC AB 1948

Unverblümt verlangte Washington von den Begünstigten des Marshallplans daher, ein gemeinsames Organ zur Verwaltung der Kredite zu schaffen. So kam es am 16. April 1948 zur Gründung des Europäischen Wirtschaftsrats (Organisation for European Economic Co-operation – OEEC), einer Art Vorläufer der EWG. Er war das erste westeuropäische Lenkungsinstrument im Interesse der USA als Nachfolger des CEEC (Committee of European Economic Cooperation) und vereinte die am Marshallplan teilnehmenden 16 europäischen Staaten unter der Aufsicht von den Oberbefehlshabern der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone Deutschlands. Er stand zunächst unter der Leitung von Averell Harriman, der nach seiner Zeit als US-Handelsminister von 1946 bis 1948 ab 1950 das ERP-Programm koordinierte.

In dieser ersten Freihandelszone konnten die souveränen Staaten Europas erstmals zusammenarbeiten. Der im Krieg zusammengebrochene Zahlungsverkehr funktionierte ebenso rasch wieder wie der grenzüberschreitende Kapitalverkehr. Handelsschranken fielen. Durch die Tatsache, dass die OEEC zunächst die europäischen Demokratien mit einer Marktwirtschaft unter ihrem Dach versammelte, stellte sie einen ersten wichtigen Schritt auf dem Weg zur europäischen Einheit dar. Sie blieb jedoch als dezentral strukturierte Organisation ein Organ der Regierungszusammenarbeit, die es nicht bis zur Einrichtung einer Zollunion schaffte. Die OEEC entsprach nämlich noch nicht dem Europakonzept der USA, weshalb sie nach weitgehender Erfüllung ihrer Aufgaben am 30. September 1961 in die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) übergeführt wurde, der später noch weitere Staaten beitraten.<sup>12</sup>

Zielführender war hingegen die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), oft auch Montanunion genannt. Unter Federführung von Jean Monnet

wurde am 18. April 1951 von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden der »Vertrag von Paris« unterzeichnet. Er gab allen Mitgliedstaaten Zugang zu Kohle und Stahl, ohne Zoll zahlen zu müssen. Eine besondere Neuheit war die Gründung einer hohen Behörde, die im Bereich der Montanindustrie, also der Kohle- und Stahlproduktion, gemeinsame Regelungen für alle Mitgliedstaaten treffen konnte. Die EGKS war damit die erste supranationale Organisation überhaupt und gilt als Vorläufer der EG.

Die Organe der EGKS, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) wurden am 8. April 1965 durch den sogenannten Fusionsvertrag zusammengelegt. Die rechtliche Selbstständigkeit der drei Gemeinschaften blieb hiervon jedoch unberührt.

## COUDENHOVE-KALERGI GAB DEN ERSTEN ANSTOSS

Damit wurde ein wichtiger Eckpfeiler für ein Europa nach den Vorstellungen der USA einzementiert, für das die US-Geheimdienste ab Ende des Zweiten Weltkriegs letztlich rund 20 Jahre eine subversive Tätigkeit entfaltet hatten. Details über den geheimdienstlichen Feldzug blieben jahrzehntelang geheim. Bis am 19. September 2000 die britische Zeitung *The Telegraph* ihren Lesern Einblick in die unter Verschluss gehaltenen amerikanischen Regierungsdokumente vermittelte, die in der Bibliothek der Georgetown University in Washington aufbewahrt sind. Obwohl von größter Brisanz, fanden diese Dokumente weder in den USA noch in Europa weitere Beachtung. Die Mainstream-Medien diesseits und jenseits des Atlantiks verweigerten sich – was nicht gerade ein Beweis für deren Unabhängigkeit war. Die Akten weisen jedenfalls in die Richtung, dass die Europabewegung auf dem Alten Kontinent mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957, aus der die Europäische Union (EU) hervorging, von der Regierung in Washington und deren Auslandsgeheimdienst Central Intelligence Agency (CIA) über eine eigens gegründete Organisation gelenkt und finanziert wurde.<sup>13</sup>

Am 23. April 1948 hatte im New York University Faculty Club das erste Meeting einer verschworenen und einflussreichen Gruppe stattgefunden, um eine Organisation zur Unterstützung eines »freien und vereinigten Europas« zu gründen. Es war von dem damals in den USA lebenden und in Japan geborenen Österreicher Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi, dem späteren Gründer der Paneuropabewegung, organisiert worden. Als Präsident fungierte James William Fulbright, einer der Autoren der Entschließung des US-Kongresses über die Prinzipien einer europäischen Föderation. Der US-Botschafter in der Sowjetunion 1933 bis 1936, William C. Bullitt, agierte als Vizepräsident der fortlaufenden Konferenzen. Das neu gegründete »Amerikanische Komitee für ein Vereintes Europa« (American Committee on United Europe – ACUE) stellte ab April 1948 bis tief in die 1960er-Jahre die Weichen in Europa. Es förderte die Blockbildung in Westeuropa mit dem vordergründigen Ziel einer europäischen Integration gegen den kommunistischen Ostblock. Bis tief in die 1960er-Jahre blieb es fest in der Hand von amerikanischen Geheimdienstmitarbeitern, die u. a. im Rahmen des 1948 gegründeten Office of Policy Coordination (OPC) auch für verdeckte Operationen zuständig waren.

Zur Finanzierung des OPC wurden jährlich 5 Prozent der Marshallplan-Gelder abgezweigt.<sup>14</sup>

Die Geschäftsführung der ACUE lag zunächst in den Händen des öffentlich als Zivilanwalt auftretenden William Joseph Donovan, der ab 1941 als Geheimdienstkoordinator (COI), der ersten nicht an die Armee gebundenen Geheimdienstorganisation, im Stab von Präsident Franklin D. Roosevelt fungierte. Von 1942 bis 1945 übernahm Donovan die Leitung des Office of Strategic Services (OSS), des amerikanischen Nachrichtendienstes in Europa mit Sitz in Bern, der Vorläuferorganisation der Central Intelligence Agency (CIA). Im ACUE-Vorstand saßen damals auch der spätere erste CIA-Direktor Walter Bedell Smith und weitere ehemalige OSS-Agenten, die zum Teil von der CIA übernommen wurden.<sup>15</sup>

Als Stellvertreter von Donovan fungierte der Anwalt und europäische OSS-Repräsentant, Allen Welsh Dulles. Der Bruder des einflussreichen US-Außenministers von 1953 bis 1959, John Foster Dulles, war im Zweiten Weltkrieg OSS-Chef. Er hatte u. a. im Frühjahr 1945 die Kapitulation der deutschen Italien-Armee ausverhandelt. Dulles stand während des Kriegs auch mit deutschen oppositionellen Kreisen in Verbindung.

Auf der in den Dokumenten der Georgetown University enthaltenen Liste der ACUE-Gründungsmitglieder und -vorstände taucht neben Donovan, Dulles und Fulbright ein handverlesener Kreis von Politikern auf: Der US-Präsident von 1929 bis 1933 – Herbert C. Hoover –, James Farley (Wahlhelfer von US-Präsident Franklin D. Roosevelt), Robert Moses (Sekretär des früheren Kriegsministers Robert Porter Patterson), Alice Roosevelt Longworth (Tochter des ehemaligen US-Präsidenten Theodore Roosevelt). Weiter die Kongressabgeordneten Christian Herter, Hale Boggs (Journalist und Anwalt), Clare Boothe Luce sowie die Politiker Norman Thomas (ehemaliger Vorstand des America First Committee), Burton K. Wheeler (Mitbegründer des America First Committee) und John W. Davis (Anwalt). Ergänzt wurde dieser Kreis durch den Diplomaten William C. Bullitt, Harry D. Gideonse (Ökonom und Mitglied der Mont Pelerin Society), Harry Woodburn Chase (Präsident der New York University), Robert Ignatius Gannon (Jesuit und Präsident der Fordham University), Robert L. LaFollette, George N. Schuster und Clayton Fritchey (Journalist).

## LEICHTES SPIEL IM HUNGRIGEN EUROPA

In den Ordnern und Mappen der verschiedenen Kisten in der Bibliothek der Georgetown University findet sich neben der gesamten internen Dokumentation des ACUE mit Reden, Aktennotizen, Memos, Sitzungsprotokollen etc. auch der umfangreiche Schriftverkehr mit bekannten Persönlichkeiten. Darunter neben den europäischen »Befehlsempfängern« Jean Monnet, Robert Schuman und Paul-Henri Spaak die Amerikaner Nelson A. Rockefeller, Hubert H. Humphrey, Allen W. Dulles, Bernard Baruch, Henry Cabot Lodge Jr., Norman Thomas, Albery and Mary Lasker, Mike Mansfield, Henry L. Stimson, Jacob K. Javits, Lucius D. Clay, Arthur J. Goldberg, David Dubinsky, David Lilienthal, Charles S. Dewey, Conrad N. Hilton, William Benton, Herbert H. Lehman, Walter Bedell Smith, William Green und Moss Hart.

Aus diesem Personenkreis gingen eindrucksvolle politische Karrieren hervor. Allen Dulles wurde CIA-Chef; Hubert Humphrey saß von 1949 bis 1978 im US-Senat, unterbrochen durch die Berufung zum 38. Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten unter Lyndon B. Johnson von 1965 bis 1969.

Einer der schillerndsten ACUE-Verbündeten war Bernard Baruch, der bereits 1910 durch Börsenspekulationen so reich geworden war, dass er schließlich als »König der Wall Street« galt. Er war der engste Berater von US-Präsident Woodrow Wilson (1913–1921), nahm an der Versailler Friedenskonferenz 1919 teil, kaufte sich demokratische Kongressabgeordnete und pflegte seit den 1920er-Jahren eine freundschaftliche Verbindung mit dem Londoner Politiker Winston Churchill, dem er auch als Verwalter seines Privatvermögens zur Seite stand.

Allen Dulles arrangierte, dass 5 Prozent der Mittel, die in den Marshallplan flossen, über Umwege der CIA für verdeckte Missionen in Europa zur Verfügung standen. Heute würde man das Geldwäsche nennen. Von diesen Geldern wurde beispielsweise das Büro für Politische Koordination der berüchtigten »Operation Mockingbird« finanziert. Teile der Gelder wurden systematisch dazu verwendet, um Journalisten und Verleger in ganz Europa zu bestechen. Bis heute ist nicht klar, ob die Operation in den 1970er-Jahren tatsächlich eingestellt wurde oder ob die Medienmanipulation der CIA in Europa weiter betrieben wird. Der Schwester der beiden, Eleanor Dulles, wurde ein gut dotierter Job für von Kritikern als »architektonische Verunstaltung« bezeichnete Leistungen im Zuge des Wiederaufbaus im zerstörten Berlin zugeschanzt.<sup>16</sup>

## ALLEN DULLES MIT DER GRÜNDUNG DER CIA BEAUFTRAGT

Nachdem Allen Dulles den Auftrag erhalten hatte, eine mögliche Struktur des in der Entstehung begriffenen Auslandsgeheimdienstes Central Intelligence Agency (CIA) zu entwerfen, holte er sich Unterstützung bei einer sechsköpfigen Beratergruppe. Alle sechs Personen waren Rechtsanwälte oder Banker der Wall Street, worin sich bereits der von den Finanzmächten ausgehende Einfluss widerspiegelte. Dulles ursprünglichen Ambitionen schon 1949 den Posten des »Director of Central Intelligence« (DCI) zu übernehmen, wurden durch die Wahl von Harry S. Truman zum US-Präsidenten, der sich gegen Thomas Dewey, den republikanischen Gouverneur von New York, durchsetzte, für den Dulles Reden geschrieben hat, vorläufig zunichte gemacht. Seine Wunschposition erlangte Dulles erst am 10. Februar 1953. Erst am 25. August 1951 griff die Regierung Truman durch Dulles' Ernennung zum stellvertretenden Direktor der CIA auf seine Geheimdienstertfahrungen zurück. Am 10. Februar 1953 übernahm er dann von General Bedell Smith endlich die ersehnte Spitzenfunktion der CIA.

Bei der Entstehung der EWG zogen also von 1953 bis 1961 US-Geheimdienstchefs mit Nachdruck die Fäden. Als Mitglied der Warren-Kommission lenkte Dulles später die umstrittenen Untersuchungen über den Mord an Präsident John F. Kennedy in Richtung des Einzeltäters Lee Harvey Oswald. Dieses nachdrückliche Engagement des amerikanischen Auslandsgeheimdienstes CIA kam nicht überraschend. Operierte die Agency doch auch in vielen anderen Ländern auf allen Kontinenten in verdeckter Mission

abseits der diplomatischen Wege, um Regierungen an die Macht zu bringen oder zu stürzen. Über die CIA flossen auch die finanziellen Unterstützungen nach Europa. Die Amerikaner hatten dabei auf den befriedeten kontinentalen Kriegsschauplätzen Europas leichtes Spiel. Es herrschte Mangelwirtschaft mit Not und Elend. Gut dotierte politische Jobs im Dienste der Kriegsgewinner, die mit amerikanischen Dollar bezahlt wurden, waren heiß begehrt und Unterstützer für die amerikanischen Europapläne daher leicht zu finden. Jeder war schließlich sich selbst der Nächste.

## ACUE VOR ALLEM VON DEN ROCKEFELLERS FINANZIERT

Die Finanzierung der Organisation übernahmen die Rockefeller-Stiftung, die vom amerikanischen Auto-Tycoon Henry Ford und seinem Sohn Edsel 1936 gegründete und mit den Rockefellers eng kooperierende Ford Foundation sowie regierungsnahen Unternehmensgruppen. Die Rockefeller-Stiftung war bei ihrer Gründung 1913 mit der Carnegie-Stiftung die größte in Amerika. Ende der 1950er-Jahre war der ehemalige OSS-Offizier und Geschäftsführer der Ford Foundation, Paul Hoffman, zugleich Leiter des ACUE. Der erste CIA-Direktor Walter Bedell Smith beeinflusste im Beratergremium die Richtung.

Die Rockefellers übten damals wirtschaftlich und politisch einen enormen Einfluss aus. Nelson A. Rockefeller, der Spitzenpolitiker von Amerikas reichster Familie, glänzte nicht wie sein Bruder David als Weltbankier, sondern brachte es in freien Wahlen von 1959 bis 1973 zum republikanischen Langzeitgouverneur des Bundesstaates New York. Er bemühte sich zwar 1960, 1964 und 1968 um die Präsidentschaftskandidatur seiner Partei, scheiterte aber trotz intensiver Unterstützung der gesamten Billionärs-Familie bei den demokratischen Wahlgängen. Als »Rocky«, wie er genannt wurde, die Motivation für einen weiteren Anlauf verließ, berieten die anderen vier Rockefeller-Brüder John, Laurance, Winthrop und David noch einmal, wie sie ihren Bruder doch noch ins Weiße Haus bugsieren könnten.

Dann passierten, wie das in der Politik manchmal so ist, einige Zufälle. Zunächst trat Vizepräsident Spiro T. Agnew zurück, nachdem plötzlich Gerüchte aufgetaucht waren, er hätte während seiner Amtszeit als Gouverneur von Maryland Bestechungsgelder angenommen. Als Ersatz berief Präsident Richard Nixon Ende 1973 Gerald Ford zum neuen Vizepräsidenten. Wenige Monate später stolperte der US-Präsident selber über die dubiose Watergate-Affäre und wurde gleichfalls zum Rücktritt gezwungen. Und da schlug endlich die Stunde der Rockefellers. Denn Ford rückte dadurch ins Präsidentenamt auf – als einziger, der weder als Präsidentschaftsnoch als Vizepräsidentschaftskandidat durch das Wahlmännerkollegium gewählt wurde. Gleiches gilt für Nelson Rockefeller: Als ihn Gerald Ford zum neuen Vizepräsidenten nominierte und er am 19. Dezember 1974 von beiden Kammern der Legislative als 41. Vizepräsident der Vereinigten Staaten bestätigt wurde, war er nach Ford der zweite und bis heute letzte Vizepräsident, für dessen Ernennung der 25. Verfassungszusatz angewendet wurde. Neben Ford war er somit auch der einzige nicht vom Volk bestimmte Vizepräsident in der Geschichte der USA. Er amtierte bis zum 20. Januar 1977. In dem Land, das sich gerne auf die demokratischen Werte beruft, regierte also ein Präsidentenduo, das gar nicht vom Volk gewählt war. Die

USA – das Land der unbegrenzten Möglichkeiten.

Während Bruder David als Präsident und Repräsentant der größten Aktionäre der damals weltgrößten Bank Chase Manhattan die Geldmacht verkörperte, repräsentierte Nelson Rockefeller nun die politische Macht. Der wenig profilierte Präsident Ford diente den weltweit mächtigsten Brüdern wohl nur als Marionette. Bei dem Senats-Hearing vor Amtsantritt überraschte der Milliardär Rockefeller auf die Frage nach seinem steuerpflichtigen Einkommen des vorangegangenen Jahres mit einem: »Ich hatte keines«. Es war keine Lüge. Denn das von Großvater John D. Rockefeller 1913 inszenierte erste Einkommensteuergesetz der Vereinigten Staaten sieht bis heute die Abzugsfähigkeit von »Schenkungen« an (auch eigene) wohltätige Stiftungen von der Einkommensteuer vor. Wobei die Wohltätigkeit lediglich darin zu bestehen hat, dass alljährlich einige Prozent (derzeit 5) vom Stiftungsvermögen oder -ertrag einem gemeinnützigen Zweck zugeführt werden müssen. Durch jährliche Einzahlungen an ihre Stiftungen ersparen sich die Reichen und Superreichen in den USA somit ihre Einkommensteuer und können sich gleichzeitig als Philanthropen und »Spender großer Beträge für einen wohltätigen Zweck« feiern lassen.

## EUROPÄISCHE BEWEGUNG VON ACUE FINANZIERT

Eine Initiative für die »Europäische Bewegung« der anderen Art war parallel zur OEEC offiziell im Juli 1947 von Winston Churchill zwischen seinen Amtsperioden als britischer Premierminister (1940–1945 und 1951–1955) und seinem Schwiegersohn Duncan Sandys sowie französischen und britischen Organisationen ausgegangen, die jede für sich die Idee eines Vereinten Europas verfolgten und sich zu einem Kongress des »Committee for the Coordination of the European Movements« in Paris trafen. Die Strategie: getrennt marschieren, aber gemeinsam vollenden.

Ab dem ersten ACUE-Treffen begann auch die Unterstützung Washingtons für die »European Conference on Federation«, die erstmals am 7. Mai 1948 unter dem Vorsitz von Churchill in Den Haag stattfand und an der Parlamentsmitglieder der 16 Empfängerländer des Marshallplans teilnahmen. Man arbeitete bereits damals an einem Entwurf für eine Verfassung der Vereinigten Staaten von Europa und gründete den Europarat.<sup>17</sup>

Am 26. Juli 1950 wurden in einem ACUE-Memorandum Instruktionen für eine intensive Kampagne zur Errichtung eines Europäischen Parlaments nach Europa geschickt. Unterzeichnet ist das Memorandum vom ACUE-Geschäftsführer und Geheimdienst-Chef William J. Donovan.

Aus den Dokumenten in der Georgetown University geht klar hervor, dass das ACUE als wichtigste Lobbyorganisation für ein zentral regiertes Europa bis in die 1960er-Jahre die »Europäische Bewegung« benützte und zu mehr als 50 Prozent finanzierte. ACUE war auch Geldgeber für die »Union Europäischer Föderalisten« (UEF). Deren »European Youth Campaign«, in der Nachwuchspolitiker indoktriniert wurden, finanzierten und kontrollierten die amerikanischen Geheimdienste überhaupt zur Gänze. Der belgische Direktor, Baron Boel, erhielt monatliche Zahlungen auf ein eigenes Konto.<sup>18</sup>

## WÄHRUNGSUNION NUR VERDECKT VORANTREIBEN

Eine Notiz der europäischen ACUE-Sektion vom 11. Juni 1965 für den Vizepräsidenten der EWG, Robert Marjolin, enthielt die Anweisung, eine Währungsunion nur verdeckt voranzutreiben. Eine Debatte darüber sollte bis zu dem Zeitpunkt zurückgehalten werden, an dem die »Annahme von solchen Vorschlägen praktisch unvermeidlich würde«.

Die Dokumente beweisen jedenfalls eindrucksvoll, wie seitens der USA ein richtungweisender Einfluss auf die öffentlich auftretenden Anführer der »Europäischen Bewegung« – zu der Robert Schuman, Paul-Henri Spaak und der aus Polen stammende Józef Hieronim Retinger gehörten – ausgeübt wurde. Der englische *Telegraph* beschrieb in einem Bericht nach Auswertung der ACUE-Dokumente, dass diese Personen von ihren amerikanischen Förderern wie politische Befehlsempfänger behandelt worden seien, die von den USA eben Geld für ihre Arbeit erhielten. Die amerikanische Rolle wurde dabei als verdeckte Operation gehandhabt – als Geheimdienstmission also.

Józef Retinger übernahm auf europäischer Seite auch die Organisation der Bilderberg-Konferenzen, die seit der Gründung jahrzehntelang vom insgeheim reichsten Mann der USA, dem inzwischen 101 Jahre alten David Rockefeller, Oberhaupt der gleichnamigen Billionärs-Familie, gelenkt wurden. Gastgeber der ersten Konferenz 1954 war Prinz Bernhard der Niederlande in seinem Hotel de Bilderberg in Oosterbeek in den Niederlanden, von dem sich auch der Name ableitet. Er blieb Vorsitzender bis 1976, als das Treffen nach der Aufdeckung seiner Verwicklung in den Lockheed-Schmiergeldskandal ausgesetzt wurde und er zurücktrat. Die informellen, privaten Treffen von den alljährlich persönlich eingeladenen einflussreichen Personen aus Wirtschaft, Militär, Politik, Medien, Hochschulen und Adel dienten zunächst dazu, die Bindung Westeuropas an die USA zu stärken. Retinger widmete sich mit besonderer Intensität der Organisation dieser Konferenzen und galt dabei als »brillantes Hirn«, das durch die Lande huschte und anderen die Ideen nahebrachte. Er war schon ab Ende des Zweiten Weltkriegs einer der Wortführer einer Europäischen Einigung. Als Retinger einmal an dem Ausmaß der amerikanischen Kontrolle Anstoß nahm und sich bemühte, zur Eigenfinanzierung Geld in Europa zu beschaffen, wurde er von den amerikanischen Auftraggebern harsch zurückgepfiffen.<sup>19</sup>

## FREIHANDELSZONE NUR MIT POLITISCHER AUSRICHTUNG GEDULDET

Während der Franzose Jean Monnet, Koordinator für englisch-amerikanische Rüstungskooperationen in beiden Weltkriegen, in typischer Lobbyisten-Manier vorzugsweise im Hintergrund wirkte, präsentierte sich Paul-Henri Spaak aus Belgien schon früh als eine der offiziellen Galionsfiguren des neuen Europas und fungierte von 1949 bis 1951 als Vorsitzender der parlamentarischen Versammlung des Europarats. Zuvor war er am 10. Januar 1946 in London zum Präsidenten der ersten UN-Generalversammlung der Vereinten Nationen gewählt worden. Zwischen 1950 und 1955 war er Leiter des Internationalen Rates der Europäischen Bewegung, von 1952 bis 1954 Präsident der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). 1955 wurde er auf der Konferenz von Messina von den europäischen

Staats- und Regierungschefs als Vorsitzender eines Ausschusses eingesetzt, der einen Bericht zur Vorbereitung eines gemeinsamen europäischen Marktes erstellen sollte. Dieser sogenannte Spaak-Bericht führte zur Unterzeichnung der Römischen Verträge und damit zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) am 25. März 1957 in Rom. Diese europäischen Gemeinschaften bildeten gemeinsam mit der EGKS dann die Europäische Gemeinschaft (EG). Erst mit dem Fusionsvertrag (1965) wurden auch die Kommissionen und die Ministerräte zusammengelegt.

Am 16. Mai 1957 war Spaak als Generalsekretär zur NATO gewechselt und übte dieses Amt bis zum 21. April 1961 aus. Stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister seines Landes blieb er bis 1966. Auch diese Personalunion weist darauf hin, wie innig die Verknüpfung der US-geführten NATO mit der europäischen Politik schon damals war.

Die Einbindung möglichst vieler Länder in die NATO mit der Begründung der notwendigen Verteidigung gegen die Sowjetunion spielte eine wesentliche Rolle beim Vorantreiben des Einigungsprozesses. Signifikant für das Hegemonialstreben hat die NATO ihr Hauptquartier 1966 in Brüssel aufgeschlagen, wo 1959 zuerst der provisorische und 1965 der definitive Sitz der EU-Kommission etabliert worden war. Innige persönliche Kontakte zwischen beiden Organisationen sind damit gesichert. Bestätigt wurde das ausgeklügelte Zusammenspiel der EU-Kommission mit der NATO eindrucksvoll, als noch vor der am 13. Dezember 2002 in Kopenhagen besiegelten EU-Osterweiterung die Staats- und Regierungschefs der 19 NATO-Staaten am 21. November in Prag die Aufnahme von sieben weiteren Ländern des früheren Warschauer Pakts beschlossen. Nach Ungarn, Polen und der Tschechischen Republik, die 1999 aufgenommen worden waren, erhöhte sich nun mit Bulgarien, Rumänien, Estland, Lettland, Litauen, Slowakei und Slowenien die Zahl der NATO-Mitgliedsländer von 19 auf 26.<sup>20</sup>

Als nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die NATO als Verteidigungsbündnis eigentlich überflüssig wurde, verwandelte sie sich in ein Kriegsbündnis. Im Irak ließen sich Briten, Franzosen und Polen willig in die Schlacht führen. Und deutsche Soldaten verteidigten Europa plötzlich am Hindukusch im tiefsten Afghanistan. Seit sich dieses Bündnis im Mittleren Osten eine blutige Nase geholt und wie in Nordafrika nur verbrannte Erde hinterlassen hat, wird das wieder auferstandene Russland als neuer Feind markiert. Er ist stark genug, um eine militärische Aufrüstung der NATO-Länder begründen zu können.

Eine solche Erweiterung war als Verteidigungsbündnis gegen eine nicht mehr existierende Gefahr der UdSSR nicht wirklich plausibel und erklärt sich nur mit dem Bestreben einer verstärkten Kontrolle Washingtons über den Alten Kontinent und einer geopolitischen Einkreisungsstrategie gegenüber Russland. Für diese Großmachtpolitik war eine bindende Seilschaft mit Europa unerlässlich.

Ein einträglicher Coup war die NATO-Erweiterung für die US-Rüstungsindustrie, der sich im Namen der »Interoperabilität« zwischen den Streitkräften der NATO-Mitgliedsländer neue Märkte öffneten. Mit der gewollten Instabilität im Zuge der Ukraine-Krise folgte daher umgehend der Aufruf der NATO zur intensiven Aufrüstung der europäischen Verbündeten, vor allem natürlich mit US-amerikanischen Rüstungsgütern.

Der mächtige militärisch-industrielle Komplex der USA, vor dessen Einfluss schon Dwight D. Eisenhower in seiner Abschiedsrede als US-Präsident am 17. Januar 1961 gewarnt hatte, verlangt nämlich periodisch nach Rüstungsaufträgen in einem Volumen von Hunderten Milliarden US-Dollar. Die nächsten Kriege unter Anleitung der USA sind somit gewiss.

## EFTA ALS FREIHANDELSORGANISATION VON DEN USA NICHT GEDULDET

Wie zielstrebig und kompromisslos die USA in Europa ihre Macht einsetzen, offenbarte der amerikanische Staatssekretär im US-Außenministerium, George Ball, bei einem Besuch am Schweizer Regierungssitz in Bern am 14. Juli 1961. Er erklärte damals offen, dass Washington die britische Regierung massiv zu einem Beitritt zur EWG gedrängt habe und gleichzeitig Verhandlungen zwischen der EWG und der EFTA in Hinblick auf eine rein wirtschaftliche Zusammenarbeit als nicht wünschenswert erachte, damit der politische Gehalt der EWG nicht verwässert werde. Großbritannien und seine NATO-Alliierten in der EFTA sollten daher durch einen Beitritt zur EWG deren politische Zielsetzung untermauern. Ball ließ damals auch durchblicken, dass eine Freihandelszone für ganz Westeuropa ohne politische Ausrichtung von den USA nicht geduldet würde. Der Schweizer Bundespräsident Friedrich Traugott Wahlen resümierte nach dem Besuch von George Ball:

*»Die USA unterstützen die Zielsetzung der EWG und erstreben die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Wer sich dieser Zielsetzung verschließt, kann nicht mit der Sympathie Washingtons rechnen.«*

Nach den Regieanweisungen der USA sollte daher die kaum noch richtig gegründete EFTA gleich wieder aufgelöst werden.<sup>21</sup>

Diese Europäische Freihandelszone war am 4. Januar 1960 von den sieben Ländern Großbritannien, Schweiz, Norwegen, Österreich, Dänemark, Portugal und Schweden auf dem liberalen Prinzip der Eigenstaatlichkeit in Stockholm aus der Taufe gehoben worden. Kaum waren die Unterschriften unter dem EFTA-Vertrag trocken, schockte die Regierung in London die neuen Verbündeten mit der Nachricht, der 1958 gegründeten EWG beitreten zu wollen. Für die Bündnispartner war dieser plötzliche Schwenk natürlich völlig unverständlich. Da die EFTA noch nicht gefestigt war, kamen alle sieben Mitglieder in der Londoner Erklärung vom 28. Juni 1961 überein, mit der EWG Beziehungen aufzunehmen. In deren Brüsseler Zentrale arbeiteten damals bereits 5.000 Mitarbeiter, während für die EFTA an ihrem Sitz in Genf 150 ausreichten.

## DE GAULLE WOLLTE EIN »EUROPA DER VATERLÄNDER«

Doch der französische Staatspräsident Charles de Gaulle unterlief die Regieanweisungen aus Washington am 14. Januar 1963 mit einer politischen Bombe. Um die Entstehung eines mächtigen zentralisierten Blocks in Europa nach den Wünschen der USA zu verhindern, blockierte das EWG-Mitglied Frankreich durch sein Veto den Beitritt

Großbritanniens. Damit waren auch die Beitrittsgesuche von Norwegen und Dänemark sowie die Assoziationsbemühungen der drei Neutralen Schweiz, Österreich und Schweden vom Tisch. Charles de Gaulle lehnte einfach die Brüsseler Integrationsphilosophie, die von seinen Vorgängern bis zu seinem Amtsantritt am 29. Mai 1958 mitgetragen worden war, rundweg ab. Grundlage der Einigung Europas sollte seiner Meinung nach nicht die Abtretung nationaler Souveränitätsrechte an überstaatliche Behörden sein, sondern vielmehr die Bewahrung und Kräftigung der bestehenden Nationalstaaten. Er wollte also einen europäischen Zusammenschluss, aber nur in Form einer Allianz zwischen souveränen Regierungen – ein »Europa der Vaterländer«, wie er es nannte.

Dank de Gaulle konnte die EFTA mit ihrer Arbeit beginnen. Nach Abschluss des großen Freihandelsvertrages von 1972 mit der Europäischen Gemeinschaft erlebten beide Blöcke ihre besten Jahre mit Prosperität, Wirtschaftswachstum, Wohlstandsvermehrung und Vollbeschäftigung. Auch Finnland (assoziiertes Mitglied 1961, Vollmitglied 1986), Island (1970) und Liechtenstein (1991) waren schließlich der EFTA beigetreten.

Charles de Gaulle starb am 9. November 1970. Danach nahm die Zentralisierung ungehindert wieder Fahrt auf, und der US-Lobbyist Jean Monnet setzte seine subversive Tätigkeit mit Bravour fort. Er hatte hinter den Kulissen in den wichtigsten Ländern willige Handlanger rekrutiert, die dann als Politiker mit massiver Unterstützung Washingtons an vorderster Front Karriere machten und die Gesetze der EU in die von den USA gewünschte Richtung lenkten.

Nach dem Beitritt von Dänemark und dem Vereinigten Königreich (1973), Portugal (1986) sowie Finnland, Österreich und Schweden (1995) zur Europäischen Gemeinschaft (EG) und dem damit einhergehenden Austritt aus der EFTA umfasste diese nunmehr als sogenannte »Rest-EFTA« nur noch vier Staaten, nämlich Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz. Mit Ausnahme der Schweiz bilden diese Länder heute zusammen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), während die EU und die Schweiz ihr Verhältnis durch bilaterale Verträge regeln.<sup>22</sup>

## LOBBYISTEN IN BRÜSSEL – DIE MADEN IM SPECK

Die Ziele der USA in Europa sind offensichtlich. Die EU soll sich als möglichst leicht zugänglicher Markt für die US-Konzerne in die Interessenssphäre der USA einfügen. Als ökonomische Kolonie oder gleichsam gar wie ein 51. Bundesstaat. Die Basis ist mit der unzureichend demokratisch legitimierten politischen Struktur, der Einbindung möglichst vieler europäischer Länder in den militärischen Verbund der US-geführten NATO, der Zurückdrängungen nationaler Parlamente und Entmachtung der nationalen Zentralbanken, der Eroberung der Finanzstruktur durch die Wall Street und die angloamerikanischen Schattenbanken bereits gelungen. Dafür, dass der Wettbewerb nicht zu stark ausufert, sorgen mehr als 15.000 bezahlte Lobbyisten, die sich in Brüssel wie die Maden im Speck eingenistet haben und die Interessen der Konzerne aus den USA und Europa zur vollsten Zufriedenheit ihrer Bosse wahrnehmen. Das Geschäft läuft bereits im wahrsten Sinn des Wortes wie geschmiert – auch im finanziellen Sinn.

Die von Jean Monnet einst angeheuerte Politikergeneration hatte Schritt für Schritt und

mit großem Nachdruck die Vereinheitlichung Westeuropas vorangetrieben. Schließlich wollte ja jeder Karriere machen. Sorgfältig wird von der herangezüchteten politischen Kaste jeweils eine nächste Generation aufgebaut, aus deren Reihen ausscheidende Politiker ersetzt werden. Die Ausschaltung eines demokratischen Prozesses bei der Bestimmung des Kommissionspräsidenten sichert, dass auch immer »der richtige« Kandidat an die Spitze gehievt wird. Auch der seit 2014 amtierende Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker wurde entgegen allen medialen Propaganda-Feldzügen im Vorfeld der Europawahlen im Mai 2014 nicht von den Bürgern Europas gewählt, sondern zuvor als konservativer Spitzenkandidat von mächtigen Interessengruppen lanciert. Das EU-Parlament durfte ihn dann in einer Stichwahl gegen den amtierenden Parlamentspräsidenten Martin Schulz (SPD) bestätigen. Letzterer sitzt als Polit-Veteran seit 1994 im EU-Parlament und wollte als erster EU-Kommissionspräsident in die Geschichte eingehen, der »nicht in obskuren Hinterzimmern, sondern an der Wahlurne« gekürt würde. Doch es blieb beim alten Schema. Martin Schulz hat dafür seinen Beitrag geleistet, indem er schon vor der Wahl immer darauf gedrängt hat, dass der Spitzenkandidat bei der Europawahl auch der neue Kommissionspräsident werden müsse. In gewisser Weise hat er der deutschen CDU-Kanzlerin Angela Merkel und den europäischen Konservativen diese Interpretation aufgedrängt. Nach dem konservativen Wahlsieg machten sie willig davon Gebrauch.

Dabei hätten im Mai 2014 zum ersten Mal die EU-Bürger über die Besetzung des Kommissionspräsidenten entscheiden sollen. Denn der Vertrag von Lissabon sieht eigentlich vor, dass ab 2014 der Kommissionspräsident nicht mehr unter den Staats- und Regierungschefs ausgehandelt wird, sondern dass das Parlament ihn wählt. Was hinderte die politische Kaste daran, auf den EU-Wahlzetteln zu jeder wahlwerbenden Partei auch einen von diesen nominierten Kandidaten zur Disposition zu stellen? Das wäre durchaus im Sinn des Vertrages von Lissabon gewesen. Die Idee war nämlich, dass die Bürger direkt wählen und sich die EU-Demokratie nicht immer weiter vom Bürger entfernt.

Was bei der bisherigen Interpretation der Gründungsverträge herauskommen kann, wenn man sie den angepassten Brüsseler Bürokraten überlässt, bewies nach vielen anderen Politikern auch der zuvor amtierende Kommissionspräsident José Manuel Barroso, als er Mitte Juni 2016 keine zwei Jahre nach Ende seiner Tätigkeit als Kommissionspräsident einen Lobbyisten-Job bei Goldman Sachs annahm, um der US-Investmentbank in der EU dienlich zu sein. Barroso betreibe eine »Politik der Eliten«, warf ihm Parlamentspräsident Schulz schon während seiner Amtszeit vor. Andere hielten ihn wohl auch aus diesem Grund während seiner Amtszeit für eine Fehlbesetzung. Goldman Sachs sieht das anders. Bei den Spitzenbeamten in Brüssel ist eben, so scheint's, immer viel Geld im Spiel. Und mitunter nicht nur die üppige Gage jenseits der 20.000 Euro monatlich aus dem EU-Steuertopf.

## ÖKONOMISCHE VORHERRSCHAFT DURCH TTIP UND TISA

Um die Märkte Europas zu erobern, hatte Washington in die Römischen Verträge (vereinfachend auch: Der Vertrag von Rom), abgeschlossen am 25. März 1957, den absoluten Vorrang des freien Handels reklamiert. In Artikel 110 wird an die gemeinsame

Handelspolitik der Anspruch gestellt, »entsprechend dem Interesse der Allgemeinheit zur harmonischen Entwicklung des Welthandels beizutragen«. Die EU-Kommission kommt diesen Vorstellungen beflissen nach.<sup>23</sup>

Am 9. Dezember 2002, vier Tage vor dem Erweiterungsbeschluss in Kopenhagen, konnte daher der *International Herald Tribune* auf der ersten Seite bereits titeln: »Washington ist der große Gewinner der EU-Erweiterung.« In dem Artikel heißt es:

*»Einem deutschen Regierungsmitglied zufolge bedeutet der EU-Beitritt der äußerst amerikafreundlichen Länder Mittel- und Osteuropas das Ende jedes Versuchs der Union, sich selbst wie auch ihre auswärtige und Sicherheitspolitik gegen die Linie der USA auszurichten.«*

Nun holen die USA zum finalen Schlag aus, um die wirtschaftliche Vormachtstellung in Europa abzusichern und den Kontinent gleichsam zu einer ökonomischen Kolonie zu degradieren. Nachdem die amerikanische Finanzwirtschaft wie eine Speerspitze bereits in der EU mit Geschäfts- und Schattenbanken gut verankert ist, soll jetzt für die Konzerne der Güterwirtschaft der Boden aufbereitet werden, auf dem sie sich auch durch unbeschränkte Etablierung von Produktionsanlagen nach ihren eigenen Regeln beliebig breitmachen und zu neuer Größe aufschwingen können. Denn in den 1950ern, nach dem Zweiten Weltkrieg, trug die US-Wirtschaft 50 Prozent zum weltweiten Bruttonationalprodukt bei. Ihr Einfluss war gewaltig. Die USA konnten die Regeln des Welthandels schreiben. In diesem Sinn wurde die WTO gegründet – vor allem im Interesse der US-Wirtschaft. Als China, Indien und Brasilien beitraten, wehten plötzlich Demokratie und Mitbestimmung durch die WTO. Für die USA wurde es schwieriger, Entscheidungen in ihrem Sinn zu beeinflussen. Sie verloren die Kontrolle.

So dachten die USA über eine neue Strategie nach, um die globale Dominanz wiederherzustellen. Sie zogen sich zurück und entwickelten die größten Handelsabkommen, die die Welt je gesehen hatte. Die neuen Herrschaftsregeln für die Weltwirtschaft nannten sie die drei großen Ts, mit ihnen sollte ein neues globales rechtliches und wirtschaftliches System unwiderruflich verankert werden. Während mit dem inzwischen auch bei EU-Regierungen höchst umstrittenen Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) dem wirtschaftlichen Freibeutertum der US-Konzerne in Europa der Boden bereitet wird, übernimmt dessen transpazifischer Zwillings TPP (Trans Pacific Partnership) diese Aufgabe auf der anderen Seite des Erdballs.

TiSA (Trade in Services Agreement) inkludiert bequemerweise mit der EU gleich 52 Länder, soll beide Abkommen ergänzen und wird ähnlich intransparent hinter verschlossenen Türen verhandelt. Kritiker befürchten, dass mit TiSA Netzneutralität und Datenschutz unterwandert werden. Das Abkommen hat zum Ziel, die Dienstleistungssektoren in den beteiligten Staaten zu »liberalisieren«. Was freundlich klingt, bedeutet in der Realität das Unterlaufen von Arbeitnehmer-Schutzgesetzen, Sozialstandards, Regeln des Umweltschutzes und Möglichkeiten des demokratischen und rechtsstaatlichen Schutzes der Gesellschaften vor meist skrupellos agierenden Großkonzernen. Alle Verträge wurden von der Regierung in Washington verhandlungsbereit und trotzdem geheim vorgelegt.<sup>24</sup>

## EIN GEOPOLITISCHER WIRTSCHAFTSKRIEG DER USA

Die Grundidee stammt aus Strategiepapieren der USA. Es ist die Konstruktion eines neuen großen Blocks mit der angepeilten Dominanz ihrer größten Konzerne in 51 Ländern mit 1,6 Milliarden Menschen und zwei Dritteln des globalen BIP. Die Verträge sind Teil eines neuen geopolitischen Wirtschaftskrieges, der gerade zwischen den USA und China sowie USA und Russland stattfindet. Das begann im militärischen Bereich mit einer Einkreisungspolitik und setzt sich mit den Freihandelsabkommen fort<sup>25</sup>, um Südamerika von Brasilien zu lösen, Südostasien von China und Westeuropa von Eurasien. Diese Länder sollen stattdessen an den Einflussbereich der US-Konzerne gekettet werden.<sup>26</sup> Alle drei Abkommen wurden von den USA verhandlungsbereit und geheim präsentiert – bis die Leaking-Plattform WikiLeaks Dokumente daraus veröffentlichte und damit die Pläne der USA durchkreuzte. Da wurden die gemeinsamen Merkmale transparent. Immer sind die BRICS ausgeschlossen – Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika –, die neuen aufstrebenden und selbstbewussten Rivalen.<sup>27</sup>

TPP wurde bereits von zwölf Ländern in den lateinamerikanischen Ländern und Südost-Asien unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert: Vietnam, Brunei, Singapur und Malaysia, Australien, Kanada, Japan, Chile, Südkorea, Mexiko, Neuseeland, Peru, Taiwan, wobei Mexiko große Skepsis zeigte.<sup>28</sup>

Daneben soll das bereits ausverhandelte Handelsabkommen CETA mit Kanada als Blaupause dienen. Was dort beschlossen wird, kann den USA nicht verweigert werden oder kommt ihnen zugute, wenn sie kanadische Tochtergesellschaften für den EU-Handel einsetzen, falls TTIP in der EU blockiert wird. Um den Konzernen zu Diensten zu sein, versuchte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker CETA kurzerhand an den nationalen Parlamenten vorbeizuschwindeln und von der Kommission entscheiden zu lassen. Mit seiner Behauptung, es sei ein reines Handelsabkommen, das keine regulatorischen Elemente enthalte, sah er sich allerdings größten Protesten der nationalen Regierungen ausgesetzt, die bis zu Rücktrittsforderungen reichten. Denn Juncker wollte CETA offenbar auf seine Art durchdrücken, um ein Präjudiz für TTIP zu schaffen. Allein die Idee, CETA nicht auf eine glaubwürdige demokratische Basisentscheidung zu betten, machte das Thema TTIP noch holpriger.<sup>29</sup>

Gründe dafür gibt es genug, zumal alles um TTIP Geheimnis und antidemokratisch ist. Das weckt Misstrauen. Denn immerhin sollen mit einem einzigen Vertrag gleich alle 28 EU-Länder durch Verhandlungen mit willfährigen und bisweilen durchaus korrupten Bürokraten, die ständig von Lobbyisten bearbeitet und mit materiellen Begünstigungen geködert werden, unter das Joch der US-Konzerne gespannt werden. Das ist natürlich komfortabel für die Multis aus Übersee, aber auch gefährlich für die europäische Wirtschaft, die der amerikanischen Größe nicht gewachsen ist. Die klein- und mittelständische Wirtschaft, die in Europa noch immer ein wichtiger Arbeitgeber ist, wurde in den USA bereits aufgegeben. Es ist daher eher zweifelhaft, dass ein unveränderbarer TTIP-Vertrag ein tauglicher Weg für alle EU-Staaten und netto tatsächlich viele neue Arbeitsplätze zu schaffen imstande ist.

Aber noch liegen nicht alle Details auf dem Tisch, noch wissen die EU-Bürger nicht konkret, was in ihrem Namen verhandelt und abgeschlossen wird. Das sind weitreichende

Vereinbarungen, die das Gesicht von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft verändern können. Die weltgrößten Konzerne haben dieses Problem nicht. Denn sie gestalten maßgeblich mit. Sie wollen ein Investor-Regime, ihre Macht in Europa verankern und möglichst viele Bereiche des täglichen Lebens erfassen. Die Freihandelsvereinbarungen haben jedoch weniger mit Handel zu tun als mit Vorherrschaft. In einem neu formierten Paralleluniversum soll eine Korrektur für die souveränen Staaten Europas künftig unmöglich sein. TTIP, TPP und TiSA sind demnach »Corporate Ownership Agreements«. Unter dem Vorwand des Freihandels bildet sich ein neuer übermächtiger Handelsblock, der sich dann den anderen gegenüber abschotten wird.<sup>30</sup>

Neben TTIP soll das ISDS (Investor-state dispute settlement) zur Streitbeilegung zwischen Investor und Staat ein geheimes Schiedsgericht garantieren, das es einem ausländischen Investor erlaubt, gegen einen Staat, in dem er investiert hat, ein Streitbeilegungsverfahren oder Investitionsschiedsverfahren anzustoßen. Die Geschichte dieser Agreements zeigt allerdings, dass es sehr schwierig ist, sie später zu ändern. Wohl deshalb werden sie auch geheim gehalten.

Der Aufbau des »Europäischen Hauses« ist also zu keinem Zeitpunkt nur Sache der Europäer gewesen. Entscheidend waren insbesondere nach 1958 auf dem Weg zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), aus der 1993 dann die Europäische Union hervorging, die Machtverhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg und die gezielte und hochaktive Einflussnahme auf die Entstehung europäischer Institutionen. Der Franzose Jean Monnet als einer der Gründerväter der Union kann im Licht der aktuellen Kenntnis getrost als erster hochbezahlter europäischer Lobbyist im Dienste der USA bezeichnet werden. Auch sein Landsmann Robert Schuman ließ sich willig vor den US-Karren spannen. Die Interessen der USA spielten jedenfalls bei der Gestaltung Europas eine größere Rolle als der Wille der Völker Europas. Dabei haben sich diese, wie es in den entscheidenden Verträgen (von Rom 1957 bis Nizza 2000) heißt, nach und nach in eine »immer enger werdende Union« begeben – doch im Grunde sind sie bestenfalls Zuschauer geblieben. Abgesehen von zaghaften Ansätzen waren sie nie die handelnden Akteure ihrer eigenen Integration in eine Gemeinschaft, die inzwischen aus 28 Ländern mit insgesamt 505,7 Millionen Einwohnern besteht.<sup>31</sup>

## DAS SELTSAME GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG

Mit dem Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker rückte auch die nie hinterfragte Vorzugsstellung Luxemburgs als letztes Großherzogtum des Planeten in der europäischen Politik in den Fokus. Denn seit 1981 ist Jean-Claude Juncker – nach Gaston Thorn und Jacques Santer – der dritte luxemburgische Minister, der es auf den Chefsessel der Brüsseler EU-Bürokratie geschafft hat. Das ist einsamer Rekord. Jean-Claude Juncker, nach 32 Jahren in Regierungsämtern einer der meistdekorierten Politiker der Welt, ist erst mit 60 Jahren richtig an der Spitze angekommen und wird Europa weiter im Geist seines Vorbilds Jean Monnet prägen.

Halbjährlich tagt in Luxemburg, alternierend zu Brüssel, auch das EU-Parlament. Luxemburger Abgeordnete sind wegen eines Bonus für kleine Länder zudem deutlich im

EU-Parlament überrepräsentiert – eine Luxemburger Stimme wiegt somit erheblich mehr als eine deutsche oder österreichische. Und sinnigerweise wurde dort auch der Europäische Gerichtshof (EuGH), amtlich nur Gerichtshof genannt, als oberstes rechtsprechendes Organ der Europäischen Union (EU) angesiedelt. Nach Art. 19 Abs. 1 Satz 2 EUV sichert er »die Wahrung des Rechts bei der Auslegung und Anwendung der Verträge«. Zusammen mit dem Gericht der Europäischen Union und dem Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union bildet der Europäische Gerichtshof das Gerichtssystem der Europäischen Union, das im politischen System der Europäischen Union die Rolle der Judikative einnimmt.<sup>32</sup>

Unmittelbar nach Junckers Bestellung warf Anfang November 2014 allerdings ein deftiger Steuerskandal ein äußerst schräges Licht auf den neuen Kommissionspräsidenten. Es wurde nämlich bekannt, dass der Mini-Staat nicht nur EU-Funktionären einen steuergünstigen Wohnsitz bietet und kräftig an den EU-Institutionen verdient, sondern auch an den Briefkastenfirmen multinationaler Konzerne. Aber Europas nunmehr oberster Beamter, der jahrzehntelang als oberster Steuerhinterziehungsgehilfe des Kontinents für Hunderte internationale Konzerne gewirkt hatte, dachte natürlich nicht im Entferntesten an Rücktritt. Denn die Steuergesetze Luxemburgs wurden selbstverständlich eingehalten. Der Skandal liegt aber darin, dass es diese Steuergesetze in der besonderen Form überhaupt mitten in Europa gibt – zum Schaden der Steuerzahler anderer Länder.

Für die absurd steuerschonende Behandlung der internationalen Konzerne war Jean Claude Juncker während seiner jahrzehntelangen Amtszeit als Luxemburgischer Finanzminister (1989–1994) und Ministerpräsident (1995–2013) höchstselbst verantwortlich. Er hat Luxemburg inmitten der EU einfach zu einem Paradies für Steuerhinterzieher gemacht. Sein Steuerspezialbeamter für internationale Firmen, Marius Kohl, hat bis zu seiner Pensionierung 37 Jahre lang die Steuermodelle der ausländischen Finanzniederlassungen maßgeschneidert. Auf ein Gespräch und einen schriftlichen Antrag hin gab es die Zulassung meist schon am selben Tag, und das für bis zu fünfzig Firmen täglich.<sup>33</sup>

Jean-Claude Juncker hatte also schon lange vor seiner Wahl eine intime Nähe zu den internationalen Großkonzernen, indem er das winzige Großherzogtum zur unangetasteten Steueroase mitten in der EU ausbaute, in der Hunderte Konzerne aus den USA, Kanada und Europa die größten legalen Steuerhinterziehungen der Wirtschaftsgeschichte zum Nachteil der Steuerzahler ihrer Herkunftsländer betreiben konnten. Kein Zweifel: Juncker war und ist der Kandidat der Konzerne, auserkoren in den dunklen Hinterzimmern der Macht.

Bei einem Strippenzieher dieses Kalibers darf es nicht wundern, dass für multinationale Konzerne der ins Handelsregister eingetragene Sitz in Luxemburg unter Einschaltung von Anwälten mit Treuhandschaften genügt, um Milliarden an den heimischen Steuerbehörden vorbeizuschleusen. Steuern, Buchhaltung und Behördenkontakte besorgen die großen internationalen Consultingfirmen, darunter federführend PricewaterhouseCoopers (PwC), Deloitte, Ernst & Young, KPMG und McKinsey, die so wie die internationalen IT- und Software-Spezialisten Computer Sciences Corporation (CSC), Computer Associates, Unisys Consulting, CGI und SAP Consulting, in Luxemburg Dependancen betreiben. Für die restliche Administration

genügt ein vergleichsweise kleines Büro mit einem Minimum an Beschäftigten – wenn überhaupt. Die beliebte Adresse 5, rue Guillaume Kroll, beherbergt beispielsweise gleich mehr als 1.600 Firmen.<sup>34</sup>

Die E.ON SE mit Hauptsitz in Düsseldorf hatte zum Beispiel laut der Bilanz aus dem Jahr 2011 in ihrer Luxemburger Tochterfirma Dutchdelta Finance S.à r.l. außer ihrem Geschäftsführer keine Angestellten, verwaltete aber mehrere Milliarden Euro. 2008 wurden etwa 33 Milliarden Euro als Zugänge bilanziert. Der Geschäftsführer, Paul de Haan, leitet bequemerweise gleich mehrere Firmen in Luxemburg. Sein Beruf ist es laut NDR, »Firmenablegern in Luxemburg eine eigene Präsenz zu geben«. Die Geschäftsadressen von Dutchdelta und de Haans Beratungsunternehmen, Intruma Corporate Services, sind identisch: Boulevard Prince Henri 17. E.ON ließ schriftlich mitteilen, dass Dutchdelta eigenständig arbeite und in der Luxemburger Niederlassung alle geschäftlichen Belange auch vor Ort bearbeitet würden. Die Steuerfahndung in Frankfurt am Main ging indes der Frage nach, ob es sich bei Dutchdelta nicht nur um eine Briefkastenfirma handle.<sup>35</sup>

Dank der unbegrenzten Mobilität des Kapitals ist der EU-Winzling vor allem für Investmentfonds und das Private-Banking der Finanzmoloche ein wahres Eldorado. Der relative Anteil der Branche am Bruttosozialprodukt des Landes, an den öffentlichen Einnahmen sowie dem nationalen Wirtschaftswachstum ist höher als anderswo. Mehr als 150 internationale Banken drängen sich auf 2.586 km<sup>2</sup>, einer nur etwa dreimal so großen Fläche wie Berlin. Durch sie fällt Luxemburg weltweit unter die 70 wichtigsten Wirtschaftsstandorte und zählt im Bankgewerbe zu den maßgeblichen Global Players. Vor allem deutsche Banken lassen über eine große Zahl von Investmentfonds dort Gewinne und Steuern minimieren. Lebensversicherungen tun es ihnen gleich. Was so verlockend ist, lobt der niederländische Allfinanz-Dienstleister ING Group unverblümt auf seiner luxemburgischen Website<sup>36</sup>:

*Der Finanzplatz Luxemburg hat durch die Unterstützung gezielter öffentlicher Politik zur Entwicklung der Attraktivität und Kontinuität dieses essenziellen Tätigkeitsbereichs großes Ansehen erworben ... Durch die luxemburgischen Regelungen können die Banken wie Universalbanken agieren, d. h. sowohl am lokalen Markt als auch im Ausland das gesamte Spektrum von Bankdienstleistungen anbieten.«*

Dafür hat der zu jedem joviale »Mössiö Jünkähr« gesorgt.

Die nur etwas mehr als eine halbe Million Einwohner können sich über einen komfortablen Mindestlohn von 1.922,96 Euro pro Monat freuen – der mit großem Abstand höchste in Europa.<sup>37</sup> Kein Zweifel: Luxemburg ist mit Jean-Claude Juncker ein kleines Schlaraffenland geworden – nicht nur für Steuerbetrüger. Es liegt auf der Hand, dass Juncker der Kandidat der US-Finanzkonzerne und der US-amerikanischen Steuerhinterzieher-Multis ist. Und er ist auch der beste Schüler des ersten US-Lobbyisten in Europa, Jean Monnet. Dessen Grundsätze hat Juncker verinnerlicht und zu seinen eigenen gemacht wie etwa: »Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen

wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.«<sup>38</sup>

So wurden EU-Regierungen und Bürger in den verschiedenen Phasen der EU-Gründung und -Weiterentwicklung übertölpelt. Aber Juncker ging noch weiter, indem er offen aussprach, was sein Problem mit der Demokratie ist: »Jeder weiß, welche Reformen wir brauchen, aber niemand weiß, wie wir sie einführen und danach eine Wahl gewinnen können.« 2003 gab er selbst die Antwort, indem er den Europäischen Verfassungskonvent so charakterisierte: »Der Konvent ist angekündigt worden als die große Demokratie-Show. Ich habe noch keine dunklere Dunkelkammer gesehen als den Konvent.« 2009 offenbarte er sich weiter: »In der christlichen Soziallehre heißt es, Eigentum verpflichtet. Also verpflichten wir das Eigentum.« Bezüglich der Eurokrise sah er für die Zentralisten wie einst David Rockefeller und Monnet die große Chance: »Europa findet immer nur durch Krisen zu mehr Integration.« Und 2011 ergänzte er: »Wenn es ernst wird, muss man dann lügen. Und ich habe oft lügen müssen.«<sup>39</sup>

Der luxemburgische Steuerskandal von Anfang November 2014 war ebenso wie der Skandal um die »Panama-Papers« 2016 in internationaler Zusammenarbeit von mehreren Zeitungen und Rundfunkanstalten mit dem »International Consortium of Investigative Journalists« (ICIJ) publik geworden. Den Recherchen zufolge ermöglichten geheime Vereinbarungen über die Steuerschuld den Unternehmen in Luxemburg Steuervermeidungen in Höhe von Hunderten Milliarden Dollar und Euros. Es war bereits die zweite Enthüllungswelle der Luxemburg-Leaks. Nachdem in einer ersten Auswertung bereits etwa 300 Unternehmen mit den fragwürdigen Geschäften im Steuerparadies in Verbindung gebracht worden waren, tauchten Ende 2014 35 neue Konzernnamen in den Dokumenten auf. Das US-Medienimperium Walt Disney soll im Großherzogtum sogar eine konzerninterne Bank gegründet haben, die ihre Gewinne mit weniger als 1 Prozent versteuerte.<sup>40</sup>

Die veröffentlichten Steuervereinbarungen zwischen Luxemburger Behörden und internationalen Konzernen wurden von PricewaterhouseCoopers (PwC) zwischen 2002 und 2010 erarbeitet. PwC sicherte den Unternehmen schriftlich zu, dass die Steuermodelle von den Luxemburger Behörden abgesegnet würden. Grundlage der von PwC genützten Steuermodelle ist unter anderem die in Luxemburg geltende 80-prozentige Steuerbefreiung für Gewinne aus geistigem Eigentum. Bekannte Konzerne wie Skype, Amazon, Pepsi, FedEx, AIG, Coach, Abbott Laboratories, E.ON, Fresenius und fast 340 weitere hatten von geheimen Steuer-Deals mit Luxemburg profitiert.<sup>41</sup>

Besonders raffiniert vorgegangen ist offenbar der schwedische Möbelerzeuger Ikea. In Berichten heißt es, Ikea habe Tausende Einkünfte von einem Land ins andere überwiesen und dabei kräftig an Steuern gespart. Demnach soll jede Ikea-Filiale 3 Prozent ihres Umsatzes an die Tochterfirma Ikea Systems in Holland überwiesen haben. Dabei entgingen allein dem deutschen Staat im Jahr 2013 36 Millionen Euro Steuereinnahmen.

Die Deutsche Bank wiederum hat offenbar nicht nur in Luxemburg, sondern auch auf Malta, den Cayman Islands und im Bundesstaat Delaware, dem Steuerparadies mitten in den USA, Fondsgesellschaften gegründet. Diese Fonds sollen so konstruiert worden sein, dass bei Immobilienprojekten in mehreren europäischen Ländern, darunter auch Deutschland, kaum Steuern anfielen. Die Deutsche Bank erklärte auf Nachfrage

verschiedener Medien, dass es sich bei den Fondsstrukturen nicht um Steuersparmodelle handle.<sup>42</sup>

Signifikant für die EU-Bürokratie ist, dass die durch »Luxemburg-Leaks« detailliert aufgedeckten Juncker'schen Praktiken der steuerschonenden Standortcamouflage dann auch noch unter seiner Verantwortung durch die EU-Kommission geprüft und geahndet werden sollten. Ohne Ansehen von Amt und Person? Also unabhängig? Wer ist da Bock und wer Gärtner – oder gar beides gleichzeitig?<sup>43</sup>

2015 wurde immerhin ein Gesetz zum Austausch der Steuervorbescheide verabschiedet. Und im April und Mai 2016 fand in Luxemburg ein Prozess statt. Angeklagt waren aber weder Juncker noch andere Steuergehilfen, weil Luxemburgisches Recht richtig zurechtgebogen worden war. Verantworten mussten sich hingegen drei Franzosen als enttarnte Whistleblower. Edouard Perrin hatte Mai 2012 als erster Journalist die Affäre aufgedeckt – in der Sendung Cash Investigation im größten öffentlich-rechtlichen Sender Frankreichs, France 2, Antoine Deltour und Raphaël Halet sind ehemalige Mitarbeiter der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC. Gegen sie wurde ermittelt wegen der Weitergabe vertraulicher Informationen. Deltour drohte eine Geldstrafe und bis zu zehn Jahre Haft, Unterstützer halfen ihm finanziell und sammelten in einer Kampagne im Internet mehr als 175.000 Unterschriften für ihn. Unter den vielen prominenten Unterstützern der Angeklagten befand sich auch Frankreichs Finanzminister Michel Sapin, der am 26. April 2016 im französischen Parlament erklärte, Deltour habe »das Gemeinwohl verteidigt«. Sapin bekundete seine Solidarität mit dem Whistleblower: »Es ist ihm zu verdanken, dass wir diese Undurchsichtigkeit beenden konnten, welche den europäischen Ländern die genaue steuerliche Situation einer Reihe von großen Unternehmen in Luxemburg verschleierte«, fügte Sapin unter dem Applaus der Abgeordneten an.

Am 10. Mai 2016 forderte die Staatsanwaltschaft für Deltour und Halet neben einer Geldstrafe 18 Monate Haft; für Perrin wurde eine Geldstrafe gefordert. Am 29. Juni 2016 wurden Deltour zu einem Jahr und Halet zu neun Monaten Gefängnis sowie jeweils einer Geldbuße verurteilt, die Haftstrafen wurden zur Bewährung ausgesetzt. Das Gericht stellte zugleich fest, dass beide, würden sie die gleiche Tat heute begehen, aufgrund einer geänderten Gesetzeslage als Whistleblower unter Schutz stünden und somit nicht verurteilt würden. Perrin wurde freigesprochen.<sup>44</sup>

## KAPITEL 2

### POLITISCHE ZWANGSWÄHRUNG IM MACHTKAMPF UM EUROPA

Wie aus der Notiz der europäischen ACUE-Sektion vom 11. Juni 1965 für den Vizepräsidenten der EWG, Robert Marjolin, hervorgeht, war die Währungsunion bereits damals ein Ziel der USA, um den US-Konzernen die Eroberung des europäischen Marktes zu erleichtern. Heute umfasst die Währungsunion bereits 19 der 28 Staaten der Europäischen Union (EU). Doch es geht ein Gespenst in Europa um – das Gespenst der Krise. Aber: Ist es eine strukturelle Banken-, eine Euro- oder gar eine Weltwirtschaftskrise? Oder doch »nur« ein konjunktureller Rückgang, eine Rezession also? Die Diskussion über die Turbulenzen auf den Finanzmärkten ist jedenfalls seit 2008 allgegenwärtig. Und der Euro gibt dabei nicht das beste Bild ab. Es geht dabei um ökonomische, politische und gesellschaftliche Aus- bzw. Wechselwirkungen in ihren weit gefassten Ursachen und Folgen ebenso wie um die Frage nach Brüchen und Kontinuitäten. Doch verständlich werden die Ereignisse nur, wenn man die finanzielle Tangente der Entwicklung in den Mittelpunkt stellt und akzeptiert, dass die drei unabhängigen (= privaten) und eng verbundenen Zentralbanken in den USA, Großbritannien und der Eurozone als jeweilige »Bank der Banken« in ihrem Währungsgebiet ihre Politik an den Interessen der Geschäftsbanken orientieren und nicht an jenen der Staaten und ihrer Bürger.

Mit der Einführung des Euro und der Etablierung der Europäischen Zentralbank (EZB) gelang die Vereinnahmung der Eurozonen-Länder durch die angloamerikanische Hochfinanz. Die EZB ist inzwischen so mächtig, dass sie nicht nur die Geld-, sondern auch die Wirtschaftspolitik dominiert. Sie gehört zwar den Zentralbanken der Euroländer, doch sind deren wichtigste dem Staatseinfluss entzogen: Die Deutsche Bundesbank agiert völlig unabhängig und ist in erster Linie der Preisstabilität verpflichtet; die Banque de France gehört ebenso wie die Banca d'Italia privaten Geschäftsbanken; die belgische Notenbank gehört zur Hälfte privaten Aktionären, die andere Hälfte dem Staat bzw. dem Königshaus. Da die Politiker nirgendwo etwas vom Geldwesen verstehen, sind sie den Strategien der Notenbanker nolens volens ausgeliefert.

Sie erkennen auch nicht, dass der Euro gemeinsam mit der Staatsverschuldung die Schlüsselrolle spielt, um möglichst viele europäische Staaten zu entmachten. Er war die Bedingung für die deutsche Wiedervereinigung. Für »die Märkte« ist der Euro inzwischen zum Spielball der Spekulation geworden. 2011 setzte sich in Euroland sogar der Argwohn fest, dass aus Großbritannien und den USA eine Kampagne gesteuert wird, mit der das Vertrauen in den Euro zerstört werden soll. Die Vorsitzende des französischen Arbeitgeberverbandes MEDEF, Laurence Parisot, sprach sogar von einem regelrechten Komplott und davon, dass es in Euroland Mithelfer und Verstärker gebe.<sup>45</sup>

Eine ähnliche Situation hatte es 1992 gegeben, als der spätere EZB-Präsident Jean-Claude Trichet als damals französischer Finanzminister mit einem Memorandum an Staatspräsident Francois Mitterand in die Geschichte einging: »Die angelsächsischen Märkte spielen mit der Zerstörung des Europäischen Währungssystems. Dasselbe gilt für die britischen Medien.«<sup>46</sup>

Dass die deutsche Kanzlerin Angela Merkel am 8. Juni 2012 in einem TV-Interview dann dekretierte, die Eurostaaten müssten noch mehr Macht an Brüssel abgeben, passt ins Bild. Der Euro ist das Mittel zum Zweck, um die EU in die gewünschte Zentralisierung zu lenken. Damit wurde fälschlich suggeriert, dass die EU-Kommission irgendeinen Einfluss auf die Währungspolitik haben könnte. Auch die Erläuterung der Kanzlerin, der Währungsunion müsse jetzt eine Fiskalunion ebenso folgen wie eine Banken- und Wachstumsunion, war eher verwirrend als sachlich fundiert. Sie wiederholte damit, was US-Präsident Barack Obama und der britische Premier David Cameron einen Tag zuvor bereits als »Sofortplan« für die angeschlagene Eurozone verlangten. Das klang so, als wären die EU-Regierungen an der Misere schuld. Von den Wall-Street-Banken, die 2008 die Finanzkrise und in der Folge die Staatsschuldenkrise verursacht hatten, war keine Rede mehr. Politiker und Medien schluckten widerspruchlos die Dreistigkeit, mit der hier Fakten und Zusammenhänge verfälscht und die europäischen Länder attackiert wurden.

Dass Merkel überdies behauptete: »Wir haben durch den Euro ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten«, war natürlich Nonsens. Denn die Unterschiede gab es schon vor dem Euro. Und der Euro wurde trotz der unterschiedlichen Geschwindigkeiten gegen jede ökonomische Vernunft aus politischen Gründen durchgedrückt. Dass Obama Europa immer wieder den Weg weisen wollte, bestätigt nur die amerikanischen Absichten: mit dem Euro als politisches Machtinstrument den europäischen Staaten ihre Selbstständigkeit zu rauben und Europa zu einer amerikanischen Kolonie zu degradieren. Bernd Senf, von 1973 bis März 2009 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin, sprach schon 2010 mehrmals in Interviews Klartext:

*»Der Euro wurde gegen alle wirtschaftliche Vernunft, mit voller Begeisterung geschaffen, um eine Falle aufzustellen, um Europa in den Bankrott zu treiben! Erst die Peripherie-Länder, danach die Netto-Zahler.«<sup>47</sup>*

## SIEBZEHN WÄHRUNGSKORREKTUREN IN 14 JAHREN

Von den USA, Frankreich und Großbritannien einst erzwungen, wird das fahrlässige Experiment inzwischen den Befürchtungen der Experten gerecht. Wohl wissend warum, ist die Regierung in London daher vor der Einführung des Euro im letzten Moment wieder abgesprungen. Der Brexit wird die Distanz weiter vergrößern. Und jene europäischen Politiker, die den Euro durchgezogen haben, müssen sich jetzt angesichts der krisenhaften Entwicklung gefallen lassen, retrospektiv als willfährig, verantwortungslos und einfältig bezeichnet zu werden. Die von der deutschen Kanzlerin immer wieder strapazierte naive Drohung »Scheitert der Euro, scheitert Europa«, unterstreicht dies. Denn dem Euro sind klugerweise von vornherein nicht alle Staaten blindlings gefolgt. Dass aber die

Kombination von Euro, explodierender Staatsverschuldung und wirtschaftlicher Rezession Europa ins Wanken bringen würde, war für Insider des Finanzsystems absehbar. Denn schließlich wurde die Gemeinschaftswährung nicht über Nacht erfunden, sondern jahrzehntelang und nicht gerade ermutigend ausprobiert. Mit dem Euroexperiment wiederholen sich daher lediglich jene Probleme, die sich schon zuvor mit den Versuchen von fixen Wechselkursen für unterschiedliche Volkswirtschaften in Europa zwangsläufig ergeben hatten.

Den ersten Schritt in Richtung Einheitswährung hatten Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande mit der »Währungsschlange« schon ab März 1973 versucht. Diese war durch eine Zone flexibler Währungskurse charakterisiert, die sich zueinander wie Schlangen nur in einer Marge von 2,25 Prozent auf oder ab um die vereinbarten Leitkurse bewegen durften. Obwohl die Zentralbanken intervenierten, waren diese Kursrelationen wegen unterschiedlicher Entwicklungen von Preisen, Arbeitskosten und Leistungsbilanzen in den verschiedenen Ländern nicht zu halten und mussten immer wieder geändert werden. Frankreich und Italien beendeten schließlich das Experiment mit ihrem Austritt. Die endgültige Auflösung des Währungsverbunds erfolgte Anfang 1979.

Noch im selben Jahr startete die Europäische Gemeinschaft mit dem Europäischen Währungssystem (EWS) den nächsten Versuch. Aber nur Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg und die Niederlande wendeten anfangs den Wechselkursmechanismus (WKM) an. Andere Länder folgten erst später: 1989 Spanien, 1990 Großbritannien, 1992 Portugal. Im Rahmen des WKM waren die Zentralbanken angehalten, die Währungen durch Interventionen innerhalb eines vorgegebenen Korridors in einer jeweiligen Schwankungsbreite von 4,5 Prozent zu stabilisieren. Italien wurden 12 Prozent eingeräumt, da es als einziges Land 1978 noch eine zweistellige Inflationsrate aufwies.

Wirtschaftspolitisch lag fortan der enge Fokus auf begrenzten Inflationsraten und Wechselkursstabilität. Konjunktur und Beschäftigung wurden ausgeblendet, Staatsschulden als Problem nicht einmal angedacht. Erstmals existierte mit dem ECU (European Currency Unit) eine virtuelle europäische Währungseinheit als stabiler Maßstab zur Orientierung der Wechselkurse, die auch als Zahlungsmittel und Reservewährung der Zentralbanken untereinander verwendet wurde.

Zwischen 1979 und 1993 waren in nur 14 Jahren 17-mal Korrekturen der Leitkurse (Realignments) nötig. Das hätte eigentlich lehrreich genug sein sollen. Regierungen und Ökonomen in Europa mussten also wissen, was auf Europa mit einer gemeinsamen Währung zukommen würde. Dass man aber ignoriert hatte, wie wichtig das Instrument einer Währungsabwertung zum Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen insbesondere in Rezessionszeiten ist, erwies sich inzwischen als fataler Leichtsin. Für Länder wie Griechenland, die eher den Status eines Entwicklungs- denn eines Industrielandes haben, wirkte sich nun die Bindung an den Euro und damit unter anderem auch an die Hochleistungswirtschaft Deutschlands verheerend aus.

Bei der Einrichtung der Gemeinschaftswährung spielte der deutsche CDU-Kanzler Helmut Kohl eine zentrale Rolle – obwohl seine Berater eindringlich darauf hinwiesen, dass es problematisch sei, mit Ländern eine Währungsunion einzugehen, die von den

wirtschaftlichen Strukturen, der industriellen Leistungsfähigkeit, der Mentalität und der Lebensart der Völker her so unterschiedlich seien wie die 18 heutigen Euroländer. Viele Ökonomen warnten zwar hinter den Kulissen, schwiegen jedoch meist in der Öffentlichkeit, um die eigene Karriere nicht zu gefährden.

Wer die »Methode Monnet«, wofür heute Jean-Claude Juncker steht, verinnerlicht hatte – wie dies bei Helmut Kohl als Träger der Ehrenmedaille der Jean-Monnet-Stiftung sicherlich der Fall war –, hat sich davon nicht abschrecken lassen. Er und die anderen, die für dieses Projekt verantwortlich waren, scheinen gedacht zu haben: Es werden große Schwierigkeiten entstehen, aber wir nehmen sie bewusst in Kauf, weil sie uns helfen werden, unser Ziel der zentral dirigierte Vereinigten Staaten von Europa zu erreichen; die unvermeidlichen ökonomischen und politischen Turbulenzen werden weitere Integrationsschritte erzwingen. Die heute gängige Meinung, dass die Verantwortlichen von damals unfähig oder gar blind waren, die Problematik ihres Tuns zu erkennen, dürfte nicht stimmen. Es war eher Absicht.

## BESETZTES DEUTSCHLAND WAR NICHT SOUVERÄN

Die Gelegenheit zur währungstechnischen Zwangsmaßnahme bot sich, als der deutsche CDU-Kanzler Helmut Kohl nach der Implosion des Kommunismus und dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ohne Wenn und Aber durchboxen wollte. Es war jene Gelegenheit, welche die europäische ACUE-Sektion in ihrer Anweisung vom 11. Juni 1965 für den Vizepräsidenten der EWG, Robert Marjolin, angesprochen hatte: eine Währungsunion nur verdeckt voranzutreiben und die Debatte darüber bis zu dem Zeitpunkt zurückzuhalten, an dem die »Annahme von solchen Vorschlägen praktisch unvermeidlich würde«.

Westdeutschland war beim Zusammenbruch des Kommunismus (so wie heute) noch kein vollständig souveräner Staat, sondern als Unterlegener im Zweiten Weltkrieg immer noch ein besetztes Land, in dessen Westen die französischen, englischen und amerikanischen Truppen standen, im Osten die russischen. Es hatte weder einen Staatsvertrag wie Österreich noch eine Staatsverfassung, sondern so wie Israel nur ein Grundgesetz. Bei einer Wiedervereinigung von Ost- mit Westdeutschland hatten daher die Besatzungsmächte ein gewichtiges Wörtchen mitzureden.

Das Ansinnen des deutschen Kanzlers löste zunächst bei Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand und Großbritanniens »eiserner Lady« Margret Thatcher geradezu Entsetzen aus. Viel gefürchteter als die Bundeswehr war nämlich die Deutsche Bundesbank mit ihrer Stabilitätspolitik. Daher musste Deutschland gleichsam zur Abrüstung auf seine schärfste Waffe, die starke D-Mark, verzichten. Nur dann wollte Mitterrand der Wiedervereinigung zustimmen, da die Franzosen schon immer den Einfluss der Bundesbank und deren geldpolitische Kompromisslosigkeit abschütteln wollten. Im Gegensatz dazu pflegte die Bank von Frankreich nämlich Wachstum durch Kreditexpansion und falls nötig auch Abwertung des Franc zu fördern. »Deutschland kann nur dann auf die Wiedervereinigung hoffen, wenn es in einer starken Gemeinschaft steht«, sagte der französische Präsident. Zugleich beklagte Mitterrand, dass die Bundesrepublik

»auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion zurzeit bremst«. Der frühere Mitterrand-Berater und spätere Außenminister Hubert Védrine berichtete später:

»Mitterrand wollte keine Wiedervereinigung ohne einen Fortschritt bei der Europäischen Integration, und das einzige Terrain, das vorbereitet war, war die Währung.«

Der frühere Bundesbankpräsident Karl-Otto Pöhl wurde noch deutlicher:

»Möglicherweise wäre die Europäische Währungsunion gar nicht zustande gekommen ohne deutsche Einheit.«<sup>48</sup>

## DIE SCHÄRFSTE WAFFE WURDE DURCH MORD ENTSCHÄRFT

Aber sowohl Helmut Kohl als auch sein enger Berater Alfred Herrhausen, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, waren zunächst vehement gegen eine gemeinsame europäische Währung. Wenn überhaupt, dann kam diese für Kohl ursprünglich erst in ferner Zukunft infrage. Denn Herrhausen überzeugte den Kanzler, dass für Deutschland eine Lösung ohne europäische Gemeinschaftswährung sinnvoller sei. Dieser Widerstand wurde indes wenige Wochen nach dem Fall der Mauer dadurch gebrochen, dass Alfred Herrhausen am 30. November 1989 ermordet wurde, obwohl für den Bankenchef die höchste Sicherheitsstufe galt. Kaum einen Kilometer von seinem Haus entfernt zerfetzte kurz nach 8.30 Uhr eine Bombe, mit Hilfe einer Lichtschranke gezündet, seinen gepanzerten Dienst-Mercedes. Herrhausens Fahrer Jakob Nix überlebte schwer verletzt, Alfred Herrhausen war auf der Stelle tot. Die beiden Begleitfahrzeuge, in denen Sicherheitsbeamte saßen, blieben von dem Attentat unberührt.

Lange wurde von offiziellen Stellen versucht, das Attentat der linksterroristischen Rote Armee Fraktion (RAF) zuzuschreiben. Doch die höchst raffinierte Bombe, die beim Attentat eingesetzt wurde, war von einer ungewöhnlichen technischen Präzision. Sie war konstruiert wie eine panzerbrechende Mine, schrieb die *Süddeutsche Zeitung*. Die Bombe bestand demnach aus sieben Kilogramm TNT-Sprengstoff und einer gewölbten Kupferplatte. Weiter hieß es dort, durch die Explosion habe sich die Platte zu einem großen Projektil verformt, das den Wagen mit unvorstellbarer Wucht durchschlug. Herrhausen starb durch Splitter der gepanzerten Tür. Die Fahndung nach den Tätern begann mit Hochdruck – die Ermittler sollten aber auf viele Widersprüche und unglaubwürdige Zeugen stoßen. Sie machen den Mord bis heute zu einem der rätselhaftesten Attentate der bundesdeutschen Geschichte.<sup>49</sup>

Wer wirklich dafür verantwortlich war, wurde im damals besetzten Deutschland seltsamerweise nicht aufgeklärt. Auch später wurden keine Versuche zur Aufklärung des Verbrechens mehr unternommen. Der Euro hingegen wurde umgehend beschlossen. Denn der Widerstand war gebrochen.

## ACKERMANN FÜRCHTETE GLEICHES SCHICKSAL WIE HERRHAUSEN

Im ZDF ging's bei der Talkmasterin Maybrit Illner am Abend des 13. Mai 2010 um Griechenland: Retten wir nun den Euro oder die Spekulanten, sprich die Banken? Zu Gast: Joseph Ackermann, damals noch Chef der Deutschen Bank. Sie ließ einen Film über Herrhausen einblenden, der öffentlich auf der IWF-Jahrestagung im September 1988 in Berlin einen teilweisen Schuldenerlass für hoffnungslos überschuldete Länder der Dritten Welt wie damals z. B. Mexiko gefordert hatte, bei denen fällige Zinsen nur mit immer neuen Krediten bezahlt werden konnten. Herrhausen damals: »Die Stärke der Gläubigerbanken ist größer geworden, die der Schuldner geringer.« Anwesende Banker quittierten die Rede mit wütenden Protesten. Maybrit Illner fragte Ackermann in seiner Funktion als Chef des Internationalen Bankenverbandes:

*»Hätten Sie eine solche Forderung nicht einfach stellen können an all Ihre Kollegen, die richtig sauber aus dieser Krise herausgekommen sind?« Seine Antwort war eine Bombe: »Ich glaube, es wäre mir genauso ergangen wie Herrn Herrhausen.«<sup>50</sup>*

Kohl zeigte sich von der Ermordung seines Ratgebers und Freundes tief geschockt. In diesem Zustand unterschrieb er eine gute Woche später, beim EU-Gipfel in Straßburg Anfang Dezember, den Vertrag, der Deutschland zwang, die DM aufzugeben. Kohl soll diesen Tag später als die schwärzesten Stunden seines Lebens bezeichnet haben. Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer, damals noch Notenbank-Vize, erfuhr von Helmut Kohls Entscheidung für den Euro erst nachträglich – per Telefon.

In einem Interview 2002 sagte Kohl, dass er gewusst habe, dass die Einführung des Euro in Deutschland nicht mehrheitsfähig gewesen sei. Es habe ihm an Mitstreitern gefehlt. In Ostdeutschland sei der Euro schon deswegen abgelehnt worden, weil die Ostdeutschen erst kurz zuvor die D-Mark erhalten hätten, für die sie immerhin eine Revolution gestartet haben. »Eine Volksabstimmung über die Einführung des Euro hätten wir verloren. Ich hätte sie verloren ... und zwar im Verhältnis 7:3«, erklärte er gegenüber dem Journalisten Jens Peter Paul, der für seine Dissertation mit dem Titel *Bilanz einer gescheiterten Kommunikation. Fallstudien zur deutschen Entstehungsgeschichte des Euro und ihrer demokratiethoretischen Qualität* recherchierte.

Kohl erklärte, er sei überzeugt gewesen, dass er am Ende auch ohne demokratische Legitimation siegen werde: »Es gibt die Kraft des Faktischen, die mitreißt.« Die historische Dimension habe ihn dazu veranlasst, ohne Rücksicht auf die Stimmung in der Bevölkerung vorzugehen. Das sei seine Aufgabe als Bundeskanzler gewesen. Im Fall des Euro habe er sich angesichts der negativen Stimmung in der Bevölkerung »wie ein Diktator« verhalten. Kohl hatte aber gar nicht die Wahl, die Aufgabe der DM abzulehnen. Denn auch er hatte bei Amtsantritt die ominöse »Kanzlerakte«, den geheimen Machtvorbehalt der Alliierten, zu unterzeichnen.<sup>51</sup>

Gemeint ist jener Brief, den der im Oktober 1969 zum deutschen Kanzler gewählte Willy Brandt nach Vorlage durch einen hohen Beamten des Kanzleramtes zunächst empört als »Unterwerfungsbrief« zurückwies, weil er sich als gewählter Bundeskanzler sah, der seinem Amtseid verpflichtet war. Der Brief war an die Botschafter der drei westlichen Besatzungsmächte – der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Großbritanniens – in ihrer Eigenschaft als Hohe Kommissare gerichtet. Damit musste jeder Kanzler zustimmend bestätigen, was die Militärgouverneure in ihrem Genehmigungsschreiben zum

Grundgesetz vom 12. Mai 1949 an verbindlichen Vorbehalten gemacht hatten. Als Inhaber der unkündbaren Siegerrechte betreffend Deutschland hatten sie diejenigen Artikel des Grundgesetzes suspendiert, also außer Kraft gesetzt, die sie als Einschränkung ihrer Verfügungshoheit verstanden. Das galt sogar für den Artikel 146, der nach der deutschen Einheit eine Verfassung anstelle des Grundgesetzes vorsah. Artikel 23 zählte die Länder auf, in denen das Grundgesetz »zunächst« gelten sollte, bis es in anderen Teilen Deutschlands »nach deren Beitritt« in Kraft zu setzen sei. Diese Vorwegnahme der Wiedervereinigung im Jahre 1990 konnten die drei Besatzer 1949 weder genehmigen noch ahnen. Brandt musste sich jedenfalls belehren lassen, dass Konrad Adenauer und alle anderen Kanzler danach diese Briefe unterschrieben hätten. Dass aus den Militärgouverneuren inzwischen Hohe Kommissare geworden waren und nach dem sogenannten Deutschlandvertrag nebst Beitritt zur NATO 1955 die deutsche Souveränität verkündet worden ist, änderte daran nichts.

## VORTEILE FÜR DIE HERRSCHENDE KLASSE

Brandt musste gleichfalls unterschreiben. Und Helmut Kohl wohl auch. Er wollte mit der deutschen Wiedervereinigung in die Geschichte eingehen. Auf ihn wurde jedoch enormer Druck ausgeübt, einer europäischen Währung beizutreten. Die deutschen Bürger wurden zu dieser Angelegenheit nicht einmal gefragt. Ihre herrschende Klasse, bestehend aus Politikern, Bankern und mit ihnen verbundenen Industrien, trat ohnedies für die Einführung des Euro ein. Denn sie konnten von der Einheitswährung auf vielerlei Weise profitieren. Die deutschen Großexporteure erwarteten sich beispielsweise – wie sich inzwischen gezeigt hat: zu Recht – Vorteile von einem inflationären Euro, der die Ausfuhren in alle Welt unterstützen würde. Und den anderen Ländern der Eurozone würde es nicht mehr möglich sein, wettbewerbsfähiger zu werden. Dieses Argument benutzte der italienische Premierminister Romano Prodi, um deutsche Politiker davon zu überzeugen, dem Beitritt des hoch verschuldeten Italien zur Währungsunion zuzustimmen.<sup>52</sup>

Mit der Zustimmung zum Euro bekam Deutschland den »Zwei-plus-Vier-Vertrag« (Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, kurz Regelungsvertrag) sowie einen Staatsvertrag mit Frankreich, den Vereinigten Staaten, Großbritannien, der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik. Als er am 15. März 1991 in Kraft trat, hatte die Deutsche Bundesbank mit einer überzogenen Hochzinspolitik gerade die deutsche und in ihrem Schlepptau die europäische Wirtschaft in die schwerste Rezession der Nachkriegszeit getrieben. Sie war von der irrigen Annahme ausgegangen, dass sich Deutschland nur durch extrem hohe Zinsen auf den internationalen Geldmärkten die Finanzierungsmittel für die Wiedervereinigung mit der DDR sichern könne. Den erwarteten Wirtschaftsboom im nunmehr vereinten Deutschland machte die Bundesbank damit von vornherein zunichte.

Dass die »Kanzlerakte« inzwischen sistiert wurde, scheint eher unwahrscheinlich. Denn es wären nicht die US-Amerikaner mit ihrem Streben nach weltweiter Hegemonie, wenn sie die stärkste Wirtschaftsmacht Europas freiwillig aus der Verpflichtung entlassen hätten. Zwar wurde in Deutschland seit dem Deutschlandvertrag 1955 die Besatzung offiziell beendet, die ausländischen Truppen blieben aber in Hinblick auf den Kalten Krieg

in Deutschland stationiert. Seit dem Beitritt zur NATO im Mai 1955 gelten sie als »verbündete Truppen«. In den Militärstützpunkten der USA, Großbritanniens und Frankreichs sind insgesamt mehr als 57.000 Soldaten stationiert. Das reicht für eine Besatzung.<sup>53</sup>

Der Zins-Alleingang der Bundesbank sprengte auch das EWS. Mitte September 1992 kapitulierten die italienische Lira und die spanische Peseta mit einer Abwertung. Kurz danach musste Italien vollends aus dem EWS ausscheren. Das britische Pfund folgte unter massivem Druck von Hedgefonds. Das Europäische Währungssystem (EWS) war einfach zusammengebrochen. Das skandinavische Bankensystem war mit Tagesgeldsätzen von über 100 Prozent konfrontiert. Es war der Beginn einer lang andauernden europäischen Währungskrise. Wirtschaft und Bevölkerung vieler Länder mussten für das sture Festhalten an engstirnigen Dogmen einer Handvoll Zentralbanker büßen. Dennoch traten 1995 Österreich, 1996 Finnland und 1998 Griechenland dem EWS bei.

## EIN ALLES BEHERRSCHENDER ZENTRALSTAAT

Der Euro wurde schließlich am 1. Januar 1999 als Buchgeld, drei Jahre später, am 1. Januar 2002, als Bargeld eingeführt, indem die EZB und die Zentralbanken der teilnehmenden Mitgliedstaaten auf Euro lautende Banknoten in Umlauf brachten, die seither als einzige in allen Euro-Mitgliedstaaten die Eigenschaft eines gesetzlichen Zahlungsmittels haben. Gleichzeitig gaben die teilnehmenden Mitgliedstaaten Münzen aus, die auf Euro oder Cent lauten. Damit löste der Euro die nationalen Währungen als Zahlungsmittel ab.<sup>54</sup>

Mit dem Euro als Lenkungsinstrument wurde der größte Teil Europas in das Korsett eines alles beherrschenden Zentralstaats gezwungen. Aber die Gemeinschaftswährung hat erst jene Probleme geschaffen, die von Politikern fälschlich als Begründung für die forcierte Zentralisierung abseits der demokratischen Entscheidungen ausgestreut werden. Für einen derartigen Zentralstaat gibt es außerdem nicht gerade attraktive historische Präzedenzfälle – von Karl dem Großen über Napoleon bis hin zu Stalin und Hitler. Doch während früher Kriegsmaschinerien in Gang gesetzt werden mussten, reicht jetzt der Euro, um mit der überstaatlichen Zwangsgewalt undemokratische Entscheidungen zu erzwingen, die einer Volksabstimmung nie standhalten würden. Auch ohne kriegerische Niederlage bezahlen die Bürger Europas einen hohen Preis.

Noch ist nicht klar, wessen Instrument die demokratisch nicht legitimierte Europäische Kommission tatsächlich ist. Der Argwohn ist jedenfalls berechtigt, dass sie nicht den Interessen der Einzelstaaten und ihrer Bürger dient, sondern in erster Linie sich selbst und den mächtigen Drahtziehern im Hintergrund, die Brüssel durch kolportierte mehr als 20.000 Lobbyisten beherrschen. In erster Linie ist es wohl die internationale Hochfinanz – jene Gruppe im internationalen Establishment, die dank ihres wirtschaftlichen Einflusses über alle Grenzen hinweg politische Macht angehäuft hat und diese hauptsächlich über private (Groß-)Banken und immer mehr auch »Schattenbanken« ausübt.

Sie treibt seit Beginn der Staatsschuldenkrise als allmächtiger Gläubiger Europas die Regierungen vor sich her und diktiert über ihre Lobbyisten wichtige Entscheidungen. Sie

hat auch durchgesetzt, dass in Italien ebenso wie in Griechenland Regierungschefs demissionieren mussten und bis zu Neuwahlen jahrelang jeweils ein nie gewählter »Technokrat« aus dem Dunstkreis der US-Investmentbank Goldman Sachs (GS) die Länder regierte. Goldman hat seit November 2011 immerhin mit Mario Draghi den früheren Europachef als Präsidenten der EZB installiert, die nunmehr als Dependance der US-Notenbank Federal Reserve und damit der Wall Street angesehen werden kann. Mit dem Druckmittel des Euro und der Staatsschulden strebt das Kartell der internationalen Bankenriesen danach, die Parlamente der EU-Staaten rasch zu entrechten und immer mehr Macht in der leichter zu beherrschenden Brüsseler EU-Zentrale zu verankern. Daher maßt sich die von niemandem gewählte Kommission immer mehr Kompetenzen an: ein gesamteuropäisches Wirtschafts- und Finanzministerium, Brüsseler Budgethoheit etc. – also die Entmündigung der Einzelstaaten.

### »INNERE« ABWERTUNG ALS PROVOKATION

Die Lehren aus der jüngeren Wirtschaftsgeschichte müssen für die Zukunft Europas aber zu denken geben. Die »innere« Abwertung mit Einkommens- und Wohlstandsverzicht statt der »äußeren« mit einer Abwertung der Währung dürfte von den Bürgern der betroffenen Länder jedenfalls eher als Provokation denn als Heilslehre aufgefasst werden. Ein rascher Umstieg auf die frühere Landeswährung hätte jedenfalls für Griechenland die Island-Option eröffnet.

Der Inselstaat war der erste Pleitekandidat nach Beginn der Finanzkrise im September 2008. Mit einem Budgetdefizit von 13,5 Prozent und einer Staatsverschuldung von 130 Prozent des BIP war zwar eine Sanierung gleichfalls nur mit Sparmaßnahmen sowie Finanzhilfen von Internationalem Währungsfonds (IWF) und skandinavischen Staaten möglich. Auf eine Bankenrettung wurde aber mangels entsprechender Finanzmittel konsequenterweise verzichtet. Und statt der Bindung an den Euro leistete sich Island die rasche Abwertung der eigenen Währung auf letztlich die Hälfte des früheren Wertes. Das Ergebnis: Vier Jahre nach dem Fast-Bankrott wurde das Land unversehens von den Ratingagenturen wieder zur internationalen Kreditwürdigkeit hochgestuft. Island hatte damit erstaunlich schnell aus der schlimmen Staatskrise herausgefunden – schneller jedenfalls als Griechenland im Eurokorsett. Die »äußere Abwertung« mit der alten Währung Drachme hätte womöglich das griechische Drama um Jahre verkürzen und die karge mittelständische Struktur retten können.

### ARGENTINIENS VERHEERENDE BINDUNG AN DEN US-DOLLAR

Ein Festhalten am Euro eröffnet Griechenland nun die wenig attraktive Argentinien-Option der 1990er-Jahre mit einem jahrelangen Kahlschlag in der Wirtschaft und sozialen Unruhen. So hat es Argentinien erlebt. Nach einem Jahrzehnt der Koppelung der argentinischen Währung an den US-Dollar und der zwangsweisen Aufwertung der Landeswährung war Ende der 1990er-Jahre zwar die einstige Hyperinflation bezwungen, der argentinische Peso aber hoffnungslos überbewertet. Argentinische Waren wurden auf

dem Weltmarkt zu teuer, Importwaren billiger. Die Exporte schrumpften, das argentinische Handelsdefizit stieg. Industriebetriebe gingen pleite und rissen andere Unternehmen mit sich. Die massive Kapitalflucht musste durch Auslandskredite ersetzt, alte Kredite mit neuen bezahlt werden.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) verordnete dem Land damals eine ähnliche Schocktherapie wie zuletzt Griechenland: schlagartige Senkung des Haushaltsdefizits, Privatisierung von Staatseigentum, Liberalisierung des Gesundheitswesens und die Reduktion der Importe. Als Folge blieben Investoren aus, die Ratingagenturen zerschmetterten die Kreditwürdigkeit und der IWF weigerte sich schließlich, dem Land weitere finanzielle Hilfen zu gewähren. 2001 war das Tal der Tränen erreicht. Spekulation und Kapitalflucht provozierten Ende des Jahres den Kollaps des Finanzsystems. Die Auflagen des IWF hatten die argentinische Wirtschaft in Trümmer gelegt. Ausländische Investoren siedelten Fabriken ins benachbarte Brasilien aus, sie werden wohl nie mehr nach Argentinien zurückkehren. 52 Prozent der Menschen landeten unterhalb der Armutsgrenze. Zu Tausenden protestierten sie auf den Straßen. Es gab Tote und Verletzte. Das Land durchlebte die schwerste Krise seiner 200-jährigen Geschichte. Als die Staatsschulden mehr als 170 Milliarden US-Dollar betragen, stellte Argentinien schließlich deren Bedienung ein.

Nachdem Mexiko 1995 und Brasilien 1998 ihre Währungen zur Krisenbekämpfung kräftig abgewertet hatten, gab 2002 auch Argentinien endlich die folgenschwere Bindung an den US-Dollar auf. Mit der folgenden Abwertung des Peso wurden argentinische Waren wieder konkurrenzfähig, Fleisch- und Sojaexporte brachten die Leistungsbilanz ins Lot und spülten Geld in die Staatskasse. 2003 gewährte der IWF erneut ein Darlehen über 3 Milliarden Dollar. Die Auslandsschulden hatten inzwischen 172 Milliarden Dollar erreicht. 2005 machte Argentinien dann seinen Gläubigern ein ultimatives Angebot: Schuldenschnitt von durchschnittlich 50 Prozent und Umschuldung in langfristige Staatsanleihen. Damit wurden die Staatsschulden im März 2005 auf 72 Milliarden Dollar reduziert. Mangels endgültiger Einigung mit den ausländischen Gläubigern erhielt das Land aber keine ausländischen Kredite mehr. Um die Leistungsbilanz im Lot zu halten, wurden Anfang 2012 daher Importverbote für Waren verhängt, für die es inländische Produktionen gibt. Der Wohlstand von früher war aber auch nach zehn Jahren nicht zurückgekehrt. Die einst solide Wirtschaftsstruktur des früher reichen Landes hat ihre alte Stärke bis heute nicht wieder erreicht. Der aufgeriebene Mittelstand kämpft nach wie vor schwer um bessere Lebensbedingungen. Die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert sich ständig.

## AUSBRUCH AUS DEM EURO – EIN HOHES RISIKO

Doch trotz der negativen Beispiele wollte die deutsche Kanzlerin Angela Merkel wie ferngesteuert daran festhalten, dass die Griechen den Euro unbedingt ertragen müssen. Daran hängt nämlich die gesamte Einheitswährung. Würde ein Land ausscheren und mit einer Abwertung seiner früheren Währung womöglich rasch genesen, dann würde der Euroblock bald von den Rändern her abbröckeln. Damit wäre aber auch der Euro als Druckmittel zur Zentralisierung Europas geschwächt, mit dem jetzt der Transfer der

politischen Macht von den einzelnen Länderparlamenten an die EU-Zentrale in Brüssel erpresst wird. Das forderte Lorenzo Bini Smaghi, damals noch Direktoriumsmitglied der EZB, schon im Juli 2011 in der US-Zeitschrift *Foreign Affairs*. Das ist jenes Kommunikations- und Verlautbarungsorgan des Council on Foreign Relations (CFR) mit Sitz in New York und Washington D. C., von dem politische Kommentatoren in den USA zu sagen pflegen: »Wenn Sie wissen wollen, welche US-Außenpolitik im nächsten Jahr gemacht wird, dann sollten Sie *Foreign Affairs* in diesem Jahr lesen«. Bini Smaghi ist inzwischen in der EZB Geschichte. Aber seine Forderung im *Foreign Affairs* wurde wenig später in die Realität umgesetzt.

Die EU befindet sich jetzt in einem fragilen Stadium. Unter erpresserischem Druck von politischen und ökonomischen Drohungen werden die europäischen Regierungen, die sich schon in den letzten zehn Jahren nicht durch Verantwortungsbewusstsein für ihre Mitbürger, Weitblick und Sachwissen ausgezeichnet haben, letztlich den Verheißungen der falschen Propheten auf den Leim gehen und die Souveränität der europäischen Nationalstaaten endgültig opfern. Die EZB handelt ohnedies nach Gutdünken ihres Präsidenten Mario Draghi jenseits ihrer eigentlichen Kompetenzen, druckt nach eigenem Ermessen Euro-Billionen, versenkt Staats- und Unternehmensanleihen in ihrem Portfolio – finanziert dadurch u. a. Staatsschulden – und vergibt Billigskredite an die Banken. Und die deutsche Kanzlerin fordert unbeirrt ein supranationales Wirtschaftsministerium in Brüssel und die Aufgabe der Souveränität der Staatshaushalte. Doch die Flüchtlingskrise machte ihr vorerst einen Strich durch die Rechnung. Vielleicht hat sie auch gezielt daran mitgewirkt, um das herbeizuführen, was Jean Monnet einst postulierte: »Der Mensch akzeptiert die Veränderungen nur unter dem Druck der Notwendigkeit.« Mit anderen Worten: Krisen gehören zur Methode. Aus dem Mund der Politiker tönt es dann so: »Es gibt keine Alternative.« Es ist die Macht des Faktischen, der keine politische Kraft in Europa etwas entgegensetzt.

## KAPITEL 3

### FINANZKAPITALISMUS – EIN PARASIT EROBERT EUROPA

Im Windschatten des politischen Einigungsprozesses breitet sich derzeit in Europa die lukrativste Form des Kapitalismus aus: der Finanzkapitalismus. In den USA und in Großbritannien hat er schon längst den Industriekapitalismus in den Schatten gestellt. Auf dem europäischen Festland ist die Entwicklung in vollem Gange. Seine Spezialität ist die Verlagerung des Kapitals in immer größerem Umfang vom produzierenden Sektor zum Finanzsektor. Damit einher geht auch die zunehmende Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Bevölkerung. Dadurch erweist sich der Finanzkapitalismus als Parasit der Realwirtschaft. Hauptdarsteller sind allerdings nicht wie in New York und London die Großbanken, sondern die »Schattenbanken«. Sie haben den Vorteil, dass sie von der strengen Bankenregulierung nicht erfasst sind und dadurch den europäischen Banken, die insgesamt wesentlich kleiner dimensioniert sind als die angloamerikanische Konkurrenz, leichter Konkurrenz machen können. Das betrifft natürlich nicht das Spareinlagen- und Kreditgeschäft, sondern das Investmentbanking und das Geschäft mit Investmentfonds. Flottes Money-making auf den Finanzmärkten eben.

Diese Monetarisierung hat die Weltwirtschaft grundlegend verändert. Die ordnungspolitische Rolle der Regierungen wurde immer mehr zurückgedrängt, während jene der »Marktkräfte« geradezu heroisiert und verherrlicht wird. Wirtschaftliche Transaktionen zwischen den Staaten haben zugenommen. Nationale und internationale Finanztransaktionen sind sprunghaft angestiegen. Neoliberalismus, Globalisierung und Monetarisierung haben das Kommando auf dem Planeten übernommen.<sup>55</sup>

#### EIN DENATURIERTES, UNKONTROLLIERTES SYSTEM

Die Funktion der Banken sollte nach Lehrbuchmeinung eigentlich darin bestehen, den Kapitalbedarf der Realwirtschaft in effizienter Weise zu decken, indem sie Ersparnisse sammeln und damit in Form von Krediten den Bedarf der Wirtschaft an Produktivkapital decken. Sie sollen Wachstum und Prosperität der Realwirtschaft finanzieren und fördern. Durch den Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/08 offenbarte sich jedoch das angelsächsische Finanzsystem als denaturiertes, unkontrolliertes Gebilde, das von seiner ursprünglichen Bestimmung weit abgerückt ist. Denn die großen Finanzmoloche aus New York und London – Big Money genannt – entziehen der Realwirtschaft enorme Summen von Kapital und setzen es so ein, dass es der Realwirtschaft erneut schadet, um die Elite der Reichen und Superreichen noch reicher zu machen.

In den USA resultierte aus dem Strukturwandel der Wirtschaft eine steigende Bedeutung von Finanzmärkten, finanziellen Motiven, Finanzinstitutionen und Finanzeliten

– unter Einbeziehung der regulierenden Institutionen auf nationaler und internationaler Ebene. Auch wenn sich das Finanzkapital zunehmend von der Realwirtschaft löst, saugt es doch über verschiedenste Mechanismen wie Kreditzinsen, Aktiendividenden, direkte Finanzbeteiligungen an Unternehmen, Schulden-Leverage, Aufkäufe, Fusionen und andere fantasiereiche Ertragsvarianten permanent Kapital von den produktiven Sektoren ab.<sup>56</sup>

Statt Gelder also dahin zu lenken, wo sie in der Wirtschaft gebraucht werden, forcieren die Global Player der Finanzwirtschaft seit Jahren ein Pyramidenspiel. Sie spielen und spekulieren mit riesigem Kapitaleinsatz, mittels Derivaten auch mit extrem hoher Hebelwirkung, und manipulieren jeden finanziell durchtränkten Markt in die gewünschte Richtung. Letztlich gibt es immer nur an der Spitze einige wenige Gewinner und an der Basis eine Unzahl von Verlierern. Dementsprechend basieren die größten Gewinne aller Zeiten ausnahmslos auf reinen Finanzspekulationen. Der Finanzkapitalismus schafft aber im Gegensatz zum Industriekapitalismus keine nachhaltigen Werte, sondern lebt von diesem wie ein Parasit, der den Rest der Weltwirtschaft, die Staaten und deren Bürger ausbeutet.

## FINANZKAPITALISMUS ALS PARASIT DER WIRTSCHAFT

Dabei erlauben es die entgegenkommenden Rahmenbedingungen vor allem den New Yorker Bankgiganten, immer wieder Vermögensblasen zu produzieren und abzuschöpfen, ehe sie die Blasen wieder zum Platzen bringen. Der Federal Reserve Board schafft mit einer entsprechenden Geldpolitik für jeden Zyklus die entsprechenden Voraussetzungen. Mal werden die Zinsen gesenkt, um auch die Spekulation auf Kredit zu fördern, dann folgen Zinserhöhungen, durch die Spekulationsblasen wieder zum Platzen gebracht werden.

Üblicherweise ziehen sich die »Bankster« der Wall Street mit Gewinnen rechtzeitig zurück, ehe sie das weltweite (Börsen-)Publikum mit der zerplatzenden Blase zurücklassen. So war es schon 1929 und während der nachfolgenden Weltwirtschaftskrise. Die Dotcom-Blase platzte im April 2000 an den Börsen und vernichtete bis Oktober 2002 Vermögenswerte im Umfang von rund 5 Billionen Dollar. Den Großteil der Dotcom-Unternehmen hatte Goldman Sachs an die Börse gebracht. Nur 48 Prozent überlebten bis 2004. Mit dem Bankrott der 52 Prozent lösten sich letztlich mehr als 8 Billionen US-Dollar in Luft auf.<sup>57</sup>

Die Subprime-Krise 2007/08 hatte rund 7 Billionen US-Dollar an Papiervermögen vernichtet. Doch um einige wenige auserwählte US-Banken zu retten, steuerte die FED nach Aufstellung des Comptroller of the Currency, der für die Bankenaufsicht zuständigen Abteilung im US-Finanzministerium, schon bis Ende 2008 rund 5,5 Billionen Dollar zu dem ersten Hilfspaket der Regierung im Ausmaß von insgesamt 8,5 Billionen Dollar an Direktzahlungen und Haftungen für strauchelnde Banken bei. Und die FED kauft ihnen seither wertlose »Wertpapiere« ab, für die es keinen Markt mehr gibt – tunlichst zu den hohen ursprünglichen Verkaufspreisen, wie es sich die bevorzugten Banken eben wünschen. Zum 10. August 2016 hielten alle zwölf FED-Banken einen Bestand von

Mortgage Backed Securities (MBS) im Wert von 1,7 Billionen Dollar, davon allein die Federal Reserve Bank of New York (FRBNY) MBS im Wert von 1,080 Billionen Dollar.<sup>58</sup>

## SPEKULATIONSBLASEN GEGEN STRUKTURPROBLEME DER US-WIRTSCHAFT

Durch Spekulationsblasen sowie die Manipulation von Aktienkursen, Währungen und Rohstoffpreisen konnte die Wall Street in den letzten 20 Jahren trotz der strukturellen Probleme des US-Kapitalismus ihre Profite weiter maximieren, auch wenn die übrige US-Wirtschaft auf der Stelle trat. Das Land erlebte seit den 1970er-Jahren einen Prozess der De-Industrialisierung. Denn die industrielle Produktion ist mitsamt den Arbeitsplätzen überwiegend in Billiglohnländer verlagert worden. Die Folge waren Defizite in der Handelsbilanz, weil im Export nur noch Agrarprodukte und Dienstleistungen – mit steigendem Anteil von Finanzgeschäften – dominierten.

Der Anteil der Beschäftigten in der Industrie an der Gesamtbeschäftigung ist dementsprechend binnen 50 Jahren von einst 33 Prozent auf etwa 10 Prozent gesunken. Ab dem Jahr 2000 beschleunigte sich dieser Prozess immer mehr. In Großbritannien belegt eine Industriebeschäftigung von 12 bis 13 Prozent gleichfalls die nachhaltige Monetarisierung der Wirtschaft. Zum Vergleich: Deutschland 25, Frankreich 18 Prozent.

Durch diesen strukturellen Wandel sackte das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in den USA zwischen 2001 und 2007 auf das niedrigste Niveau vergleichbar langer Zyklen seit 1945 ab. Es gab keinen Beschäftigungszuwachs im privaten Sektor. Der Investitionsanstieg betrug mit den tiefsten Werten seit 1945 nur etwa ein Drittel im Vergleich zu früher. Die Reallöhne stiegen nur unwesentlich. Das BIP bestand bereits zu 70 Prozent aus dem privaten Konsum – und das auf Pump, denn die Sparquote als Teil des laufenden Einkommens der Bevölkerung war negativ. Die Menschen gaben mit ihren Kreditkarten mehr Geld aus, als sie verdienten. Die entstandenen Wachstumsimpulse kamen vor allem durch die Spekulation mit Wohnimmobilien, die durch billige Kredite angeheizt wurde. Wohnbau und Wohnungswesen mit allen davon direkt profitierenden Branchen trugen fast ein Drittel zum Wachstum des BIP bei.

## AM FINANZCRASH BEREICHERT

Geht auch für die Wall-Street-Banken etwas schief wie beim Finanzcrash im September 2008, dann gilt die neue Wirtschaftsdoktrin des neoliberalen Finanzkapitalismus: Gewinne privatisieren, Verluste hingegen sozialisieren und nationalisieren.

Mit der billionenschweren Hinterlassenschaft von finanziellem »Giftmüll« versetzte die Wall Street der Realwirtschaft, der sie eigentlich dienen sollte, einen schweren Schlag, von dem sie sich bis heute nicht erholt hat.

## UMVERTEILUNG VON UNTEN NACH OBEN

Durch dieses parasitäre Agieren gelingt den Herrschern über das spekulative Kapital eine beispiellose permanente Vermögensumverteilung in Billionen-Dollar-Dimensionen von unten nach oben, von den einfachen Menschen zu den Reichen. Sie treiben die Konzentration von Reichtum und Kapital immer weiter voran. Geld wurde längst zum Selbstzweck. In der Vollendung spielen die Finanzjongleure den Kapitaleignern überdies mehr und mehr das direkte Eigentum an den finanziellen Mitteln von Produktion und Distribution in die Hände. Dieses Agieren der Finanzwelt unterminiert seit Jahren die Basis operativen Wirtschaftens. Der Konzentrationsgrad des Weltvermögens nimmt zu. Doch in wessen Händen?<sup>59</sup>

Die großen und mächtigen Kapitaleigner verfügen längst über Kapital in Höhe von Billionen von Dollar, britischer Pfund und Euros. Ihre Namen werden aber nie genannt, können lediglich erahnt und über historische Ableitungen nachvollzogen werden. Denn die Gelder sind in den Schattenbanken verborgen – den diskretesten Geldtresoren der Mega-Reichen.

## REFORMVORSCHLÄGE FÜR DERIVATE DIREKT AUS DER WALL STREET

Die in der New Yorker Wall Street und der Londoner City beheimateten großen Spekulanten der internationalen Kapitalmärkte hebeln mit Derivaten die Gesetze des freien Marktes von Angebot und Nachfrage bei minimalem Kapitaleinsatz und großer Hebelwirkung gezielt aus. Sie täuschen außerhalb der Börsen im Over-the-counter-(OTC-)Handel, dem Direkthandel der Banken untereinander, Marktverhältnisse vor, die jenen auf den realen Märkten zunächst in keiner Weise entsprechen. Dabei geht es nicht um Peanuts, sondern um Mega-Spekulationen. Ende 2013 wies die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) immerhin ein Volumen von 711 Billionen Dollar aus. Inzwischen ist der Markt zum Jahresende 2015 auf 492,9 Billionen (492.900 Milliarden) Dollar geschrumpft. Diese unvorstellbare Summe von Spekulationskapital, das keiner Regulierung oder Aufsicht unterliegt und auch in keiner Geldmengenangabe enthalten ist, entsprach dem mehr als 10-Fachen des weltweiten Bruttoinlandsprodukts aller Länder des Globus in Höhe von 74,7 Billionen Dollar Ende 2014.<sup>60</sup>

Mit den völlig unregulierten und unkontrollierten Manipulationen treiben gewissenlose Spekulanten der Investmentbanken und Hedgefonds ihre Unwesen, die nur ein Ziel kennen: in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Geld zu verdienen – koste es, was es wolle. Ob Hypothekenkrise, Bankenkrach, Rohstoff- und Nahrungsmittelverteuerung oder eben Staatsschuldenkrise – überall stecken riesige Spekulationen mit Derivaten dahinter, die eigentlich nur zur Absicherung von zugrundeliegenden Werten eingeführt wurden. Diese von den Finanzmolochen der New Yorker Wall Street etablierte gigantische Spekulationsmaschinerie kann jeden Markt in die Knie zwingen.

Eine Kontrolle des OTC-Handels analog zum Börsenhandel konnten die marktbeherrschenden Finanzriesen der Wall Street bisher erfolgreich abwehren. Um wenigstens den Anschein neuer gesetzlicher Rahmenbedingungen zu erwecken, haben sich die Politiker im US-amerikanischen Kongress wie üblich willig instrumentalisieren lassen. Als US-Finanzminister Timothy Geithner 2009 Vorschläge für eine »umfassende

Reform« der OTC-Derivatmärkte präsentierte, konnte er bequemerweise auf einen Entwurf der internationalen Großbanken Goldman Sachs Group Inc., JPMorgan Chase & Co., Credit Suisse Group AG und Barclays PLC zurückgreifen. Es sind just jene Banken, deren unkontrollierte Geschäfte das weltweite Desaster 2008 verursacht haben.<sup>61</sup>

Anstatt die OTC-Geschäfte an die vorhandenen Terminbörsen zu verbannen, fungiert nun lediglich ein Clearing-Haus als harmlose technische Abrechnungsstelle, die keinerlei Transparenz nach außen gewährleistet. Die Maßnahme war also reine Kosmetik und gestattet es den Banken auch in Zukunft, genau jene Geschäfte mit Derivaten ungehindert weiterzubetreiben, die in den letzten Jahren zu ihrem profitabelsten Kerngeschäft geworden sind.

Dieser Markt bleibt daher ein Kriegsschauplatz der Finanzmärkte für Spekulation und Manipulation der Preise von »Underlyings«, den relevanten Gütern wie Öl, Gold, Währungen und verschiedenen Rohstoffen. Der bekannte Finanzspekulant Warren Buffett, einer der – zumindest offiziell – Reichsten der Welt, bewies schon 2002 mehr Sachverstand und Weitblick als die Banker in den USA und Europa. Er bezeichnete im Aktionärsbrief seiner Investmentgesellschaft Berkshire Hathaway die Finanzderivate als »toxisch« und als »Zeitbomben«, die unreguliert expandieren und so eine Kettenreaktion verursachen würden, was das gesamte Wirtschaftssystem in ein Desaster kippen könnte. Im Aktionärsbrief 2003 nannte er die Derivate dann sogar »financial weapons of mass destruction« – finanzielle Massenvernichtungswaffen. Als solche erwiesen sie sich tatsächlich ab 2007, als die Immobilienspekulationen in den USA begannen, zusammenzubrechen. Im September 2008 folgte der endgültige Todesstoß nach dem Bankrott der Investmentbank Lehman Brothers.

## MANIPULATION DER ZINSEN DURCH DERIVATE

Eine inzwischen in Europa besonders berüchtigte Derivate-Kategorie ist jene der »Credit Default Swaps« (CDS), mit der die Zinsen für Staatsanleihen nach Belieben manipuliert werden können. Zum Jahresende 2014 wurden Credit Default Swaps (CDS) im Wert von knapp 30 Billionen US-Dollar registriert, Ende 2015 nur mehr 12,3 Billionen. Mit Spekulationen auf Zinsänderungen und den Ausfall von Staatsanleihen waren angesichts des Nullzinsniveaus, der Staatsanleihenkäufe durch die westlichen Zentralbanken und der Entspannung bei den Staatsschulden kaum mehr attraktive Gewinne zu erzielen.

2009 war das anders. Da stellte die BIZ in ihrem Bericht für das 4. Quartal fest, dass die CDS-Aktivitäten in den Industrieländern spürbar gestiegen waren und verwies darauf, dass dieser CDS-Markt einige Jahre zuvor praktisch nicht existiert habe. Offenbar hatten Investmentbanken und Hedgefonds entdeckt, wie lukrativ die Spekulation auf die Staatsschulden sein kann, deren Explosion von ihnen unmittelbar zuvor im Zuge ihrer Hypothekenspekulationen und der folgenden Finanzkrise verursacht wurde. Sie begannen, mit ihren CDS-Prämien auch die Zinsen auf den Anleihemärkten zu testen und zu beeinflussen. Steigen die Kosten für die Kreditausfallversicherungen, verlangen die Investoren umgehend am Anleihenmarkt höhere Renditen. CDS-Experten schätzen, dass man sogar für Deutschland-Anleihen mit einem geringen CDS-Kontraktvolumen von 50

Millionen Euro eine Preisbewegung auslösen könnte.

Londoner CDS-Händler berichteten, dass Hedgefonds im Oktober 2009 die ersten Spekulanten waren, die CDS, also eigentlich einen Versicherungsschutz, auf Griechenland-Anleihen kauften, nachdem die neugewählte griechische Regierung ihre Defizitprognose für 2009 auf 12,7 Prozent der wirtschaftlichen Leistung verdoppelt hatte. Seit Griechenland in den Schlagzeilen war, wurde der Preis für CDS zwischen Dezember 2009 und Anfang Februar 2010 auf das Doppelte hinaufgetrieben und zog die Anleihezinsen automatisch nach sich. Laut Daten der US-Depository Trust & Clearing Corporation hat sich das Volumen neuer CDS-Kontrakte auf griechische Staatsanleihen in der letzten Januarwoche 2010 plötzlich verdreifacht. Wenige Tage später normalisierte es sich wieder. CDS waren also nicht erworben wurden, um bestehende Anleihepositionen längerfristig abzusichern, sondern um mit der Angst vor einer Griechenland-Pleite zu »spielen« und damit Geld zu verdienen.

Das Volumen von Griechenland-CDS hatte sich binnen Jahresfrist auf 84,4 Milliarden Dollar verdoppelt. Mit ihnen wurden beispielsweise die Zinsforderungen für griechische Neuemissionen schon Ende 2010 auf 12 Prozent und 2011 in völlig irrealen Höhen jenseits von 20 Prozent getrieben. Wie Blutegel hatten sich Investmentbanken und Hedgefonds, die gar keine griechischen Staatsanleihen besaßen, mit CDS-Spekulationen am griechischen Staat festgesaugt, um ihn zur Ader zu lassen.

Einen Hinweis auf spekulative Manipulationen bot der damals bereits ähnlich angeschlagene EU-Staat Portugal, dessen Staatsanleihen mit Laufzeitende 2019 Ende Februar 2010 noch eine Rendite von 4,5 Prozent brachten. Eine gleichartige griechische Staatsanleihe wurde aber plötzlich mit gut 6 Prozent, also um ein Drittel teurer, taxiert. Für Anleiheverhältnisse lagen dazwischen Welten. Der Unterschied würde bei der griechischen Staatsverschuldung von 300 Milliarden Euro bereits 4,5 Milliarden Euro Zinsen pro Jahr ausmachen. Entweder warfen also die Anleihen aus Portugal zu wenig Rendite ab oder die Anleihen aus Griechenland zu viel. Die Relationen passten einfach nicht. Auslöser für diesen Renditeunterschied waren ausschließlich die Manipulationen auf dem CDS-Markt.

## WIE DAS FINANZKAPITAL EINST IN FESSELN GELEGT WURDE

Eine erste Blüte erlebte der Finanzkapitalismus in den USA schon zwischen 1880 und 1933 im sogenannten »Gilded Age«. Dieses »vergoldete Zeitalter« verursachte die größte Vermögenskonzentration der Menschheit in wenigen Händen. Auch europäische Bankiersfamilien wie die Rothschilds und Warburgs partizipierten kräftig. Der Rest der Bevölkerung litt hingegen unter desolaten Arbeitsverhältnissen und einer hohen Arbeitslosigkeit. Der größte Coup gelang der angelsächsischen Finanzelite 1914, als nach mehreren Anläufen in den vorangegangenen 100 Jahren mit dem Federal Reserve System (kurz: Fed, auch FED) endlich die Gründung einer Notenbank in der Hand privater Großbanken mit amerikanischen und europäischen Aktionären ohne den bei früheren Anläufen verankerten zeitlichen Konzessionsablauf gelang. Das FED liefert seither die flankierende Geldpolitik, mit der sich die Eigentümer des Finanzkapitals eine neue

internationale Machtstruktur schaffen konnten.

Dieses vergoldete Zeitalter des Finanzkapitalismus endete abrupt mit dem Börsenkrach 1929 und der nachfolgenden Weltwirtschaftskrise. US-Präsident Franklin D. Roosevelt legte die Finanzhaie durch Regulierung und Kontrolle für 50 Jahre in Ketten. Die einmal geschaffene Machtstruktur blieb zwar bestehen, konnte sich aber nur noch gebremst entfalten. Roosevelt hatte per Gesetz u.a. mit dem Glass-Steagall-Act die Trennung der Investmentbanken von den übrigen Geschäftsbanken verfügt. Das Gesetz war Teil der Reformmaßnahmen im Rahmen des »New Deal«, um die Marktwirtschaft zu retten, indem die schlimmsten Exzesse unterbunden und eine stabilere Wirtschaftsordnung geschaffen wurden. Durch Regulierung des Bankensystems und des Wertpapierhandels wurden die Finanzmärkte weniger krisenanfällig.<sup>62</sup>

Die regulierenden Eingriffe dieser Zeit reichten bis zu dem Versuch, das US-Notenbanksystem Federal Reserve System mit seinen 12 regionalen Federal-Reserve-Banken zu verstaatlichen. Diese beantworteten die Bestrebungen auf ihre Art, indem sie 1936/37 die bei den Banken umlaufende Geldmenge verknappten und die USA in die nächste Wirtschaftskrise trieben. Erst Ende 1937 gab die FED wieder Reserven frei. Die Aufrüstung und der Eintritt in den Zweiten Weltkrieg führten zu einem starken Wirtschaftswachstum.<sup>63</sup>

Die durch den New Deal geschaffene neue Wirtschaftsordnung überstand den Zweiten Weltkrieg und auch Wahlerfolge der republikanischen Partei unbeschadet. Ein Hauptgrund dafür war, dass die republikanische Partei keine ernsthaften Versuche mehr unternahm, wesentliche Teile des New Deals zu ändern oder rückgängig zu machen. Es kann davon ausgegangen werden, dass die neue Wirtschaftsordnung ein bestimmender Faktor für die Länge und das Ausmaß des außergewöhnlichen Nachkriegsbooms war.<sup>64</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg beschränkte der Goldstandard den Radius des Finanzkapitals, indem der US-Dollar an den Preis einer Feinunze Gold in Höhe von 35 US-Dollar gebunden war. Rein theoretisch war damit auch die Geldmenge in US-Dollar an die in den USA beheimatete Goldmenge gebunden. Allerdings dürfte der Goldstandard von vornherein nur als Schwindel angelegt worden sein, um auf dem Finanzgipfel in Bretton Woods von 44 Staaten die Bedenken gegen den US-Dollar als inflationäre Geldeinheit zu zerstreuen. Der Konferenzzeitraum vom 1. bis zum 22. Juli 1944, also noch während des Zweiten Weltkriegs, war nicht zufällig gewählt. Er gewährleistete die Zustimmung der teilnehmenden Staaten, die der Hilfe der USA für den Gewinn des Krieges bedurften, zu einem neuen internationalen Währungssystem. Der US-Dollar fungierte mit Inkrafttreten dieses Systems nach Kriegsende als Weltleitwährung, an welche die anderen Währungen mit Wechselkursbandbreiten gebunden waren.

## STARTSCHUSS FÜR DEN RAUBZUG BEI WIRTSCHAFT, STAAT UND FAMILIEN

Der Startschuss für den neuen Finanzkapitalismus fiel 1971, als US-Präsident Richard Nixon den Schwindel mit der nur unzureichenden Golddeckung des Dollar beenden musste. Ab dem Moment konnten so viel Dollar gedruckt werden, wie es sich die Wall Street vorstellte und die USA zur Führung des Vietnamkriegs benötigten. Der Rest der

Welt musste später diese Dollars akzeptieren, um damit Öl sowie andere Rohstoffe und Güter zu bezahlen oder sich in der Zeit des Kalten Kriegs den militärischen Schutz der USA zu erkaufen.<sup>65</sup>

John D. Rockefeller III, der älteste Bruder des Wall-Street-Krösus David und Enkel des gleichnamigen Öl-Tycoons, formulierte 1973 in seinem Buch »Die Zweite Amerikanische Revolution« das neue Ziel der US-Geldelite: Wichtige öffentliche Dienstleistungsbereiche zu privatisieren und auf Gewinn auszurichten. Außerdem sollten die Wall Street und der gesamte Finanzsektor zur »Effizienzsteigerung« in der US-Wirtschaft eine größere Rolle spielen. Zuvor mussten aber die strengen Regulierungen der Roosevelt-Administration, von der die Wall-Street-Bosse wegen ihrer kriminellen Machenschaften vor dem Börsenkrach 1929 »Bankster« genannt worden waren, beseitigt werden.

Die Entfesselung von »Big Money« begann ab 1981 der Schauspieler Ronald Reagan als Marionette von Wall-Street-Banken und Industriekonzernen auf dem Präsidentenstuhl in Washington und Margaret Thatcher als Premierministerin in London. Es gab indes schon früh Experten, die vor den möglichen Folgen einer Deregulierung gewarnt hatten, wie sie dann auch eingetreten sind. Dies wurde allerdings erst Ende Dezember 2014 offenbar, als nach Ablauf der Sperrfrist von 30 Jahren die Archivare des britischen Nationalarchivs im Londoner Stadtteil Kew einen Wust von bis dahin geheimen internen Regierungsprotokollen veröffentlichten. Wie jedes Jahr sorgten auch diesmal auf der Insel die Papiere für Schlagzeilen, denn sie erlaubten einen seltenen Blick hinter die Kulissen der politischen Macht.

Die Regierungsprotokolle der Jahrgänge 1985 und 1986 liefern überraschende Einblicke: Sie zeigen, wie kontrovers die Berater der damaligen britischen Regierungschefin Margaret Thatcher, die eine glühende Verfechterin der freien Marktwirtschaft war, über die Liberalisierung der britischen Finanzbranche debattierten. Und wie hellichtig einzelne Regierungsberater Gefahren voraussahen, die gut zwei Jahrzehnte später zur Weltfinanzkrise beitrugen. In einem Vermerk an die Premierministerin warnte 1985 ein Mitarbeiter in der Strategieabteilung der Regierungszentrale, die geplanten Reformen könnten Anreize zu »unethischem Verhalten geben«. Es drohe eine Abfolge von »boom and bust« (Aufschwung und Pleite), schrieb damals David Willetts, der später in Thatchers Konservativer Partei Karriere machte und zeitweilig Staatssekretär im Wirtschaftsministerium war. Er war gerade 29 Jahre alt, aber aus heutiger Sicht wirken seine damaligen Befürchtungen geradezu prophetisch. Eindringlich wies er seine Chefin Thatcher auf die Brisanz der Finanzmarkt-Deregulierung hin: »Wenn sie zu Skandalen und Insolvenzen führt, wird sie als das unakzeptable Gesicht des unpopulären Kapitalismus gebrandmarkt werden«, schrieb Willetts schon 1985.<sup>66</sup>

## DIE BANKEN HABEN SICH IHREN RUF GRÜNDLICH RUINIERT

Drei Jahrzehnte später ist das eine ziemlich zutreffende Beschreibung des gesellschaftlichen Ansehens der Banken in Großbritannien und anderswo. Nach

Weltfinanzkrise, Bankenbeben, Rettungssorgien, Manipulationsskandalen in den Finanzmärkten und milliardenschweren Geldbußen ist der Ruf der Branche gründlich ruiniert.

Die von Thatcher und ihrem Finanzminister Nigel Lawson 1986 ins Werk gesetzte Radikalreform im Londoner Bankenviertel ist als »Big Bang« in die Finanzgeschichte eingegangen: Über Nacht fielen gesetzliche Regeln weg, welche einen privilegierten Klüngel aus Bankern und Wertpapierhändlern in der City of London bis dahin gegen Wandel und Wettbewerb abgeschirmt hatten. Die Mahnungen von Willetts und anderen blieben damals ohne Wirkung. Am Regierungssitz in der Downing Street setzten sich die Deregulierungsbefürworter durch. Mehr Wettbewerb durch die Öffnung des Marktes werde am Ende schon dafür sorgen, dass die Banker nicht über die Stränge schlugen, versicherte John Redwood, Leiter von Thatchers Strategieabteilung, der Regierungschefin in einem Vermerk mit realitätsfremder Naivität: Wenn Kunden sich von ihrer Bank schlecht beraten fühlten, könnten sie schließlich problemlos zu einem anderen Institut wechseln. Wer jene Hintermänner waren, die von Thatcher die De-Regulierung eingefordert haben, konnten allerdings auch die Archive nicht preisgeben.

Lange Zeit schien der »Big Bang« eine makellose Erfolgsgeschichte zu sein. Die Reformen gaben den Startschuss zu einem gewaltigen Aufschwung des Londoner Finanzplatzes. Die britische Hauptstadt wurde binnen weniger Jahre zu einem Magneten für die Niederlassungen ausländischer Großbanken. In Ostlondon wurde mit der Bürostadt Canary Wharf ein neues Bankenviertel aus dem Boden gestampft, um Büroraum für das wachsende Heer der Geldjongleure zu schaffen. Nicht mehr Güter und Waren, sondern Finanzdienstleistungen wurden zum wichtigsten britischen Exportprodukt. In den USA herrschen ähnliche Verhältnisse.

Während Banker in früheren Jahren gut, aber nicht exorbitant viel verdient hatten, stiegen die rasch üblich werdenden Bonuszahlungen im Investmentbanking in astronomische Höhen. Die »Merchant Banks« wie Morgan Grenfell, Warburg und Kleinwort Benson, die zuvor die City dominiert hatten, wurden von den internationalen Großbanken übernommen. Die lässige Arbeitsmoral im Bankenviertel wich einem unerbittlichen Leistungsdruck: Während in den alten Zeiten der Arbeitstag oft erst um zehn Uhr morgens begann und ausgedehnte Mittagessen üblich waren, sind die U-Bahn-Stationen in der City und Canary Wharf heute um acht Uhr überfüllt.

Die frühere Vorzeigebbranche glänzt aber schon lange nicht mehr. Umgerechnet mehr als 50 Milliarden Euro mussten die britischen Steuerzahler allein für die Sanierung der Royal Bank of Scotland aufwenden – die teuerste Bankenrettung der Geschichte. Die Rettung der US-Banken kostete nicht Milliarden, sondern zwischen 8 und 10 Billionen Dollar. Je nachdem, was man aus den verschiedenen Töpfen hineinrechnet, aus denen die Gelder von öffentlichen Stellen und FED-Banken gespeist wurden. Damit nicht genug: Britische und US-amerikanische Geldhäuser mussten in den vergangenen Jahren ebenso wie Schweizer Banken und deutsche Banken Bußgelder und Entschädigungen an die übervorteilten Kunden in zweistelliger Milliardenhöhe bezahlen. Die Banker wurden zu Prügelknaben des neuen Jahrtausends.

## PROFIT SOGAR MIT DER PRIVATISIERUNG VON GEFÄNGNISSEN

Die von John D. Rockefeller III geforderte Privatisierung von Aufgaben des Staates erfasste die allgemeine Gesundheitsfürsorge, Versorgungsdienstleistungen sowie andere wesentliche Bereiche des öffentlichen Sektors, die systematisch zugunsten eines sogenannten freien Marktes mit dem Ziel der Gewinnerzielung zu Lasten von Leistungen zerschlagen wurden. Das ermöglichte Insidern, die zumeist an Elite-Universitäten wie Harvard, Yale oder Princeton studiert hatten, immer mehr Einfluss auszuüben, um sich am öffentlichen Sektor zu bereichern.

Sogar die Gefängnisse wurden zu neuen Einkommensquellen für die Finanzhaie umfunktioniert. Politisch mächtige Banken wie Goldman Sachs und Dillon, Read & Co. sowie andere einflussreiche Finanzinstitute des Money-Trust initiierten neue Gesetze, die die Gründung privater, von der Wall Street finanzierter »gewinnorientierter Gefängnisse« ermöglichten. Dillon, Read & Co. war z. B. Initiator der Firma Cornell Corrections, die groß ins Geschäft einstieg und 1991 mit der Donald W. Wyatt Facility in Rhode Island ihre erste von inzwischen zahlreichen Gefängnisanstalten bauen ließ. Errichtet wurde das Gefängnis von Halliburton. Dort landete 1995 für fünf Jahre Dick Cheney als Generaldirektor, nachdem er zuvor (1989–1993) als Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten unter George H.W. Bush dienlich war. Von 2001 bis 2009 kehrte er unter George W. Bush als 46. Vizepräsident der Vereinigten Staaten in die Regierung zurück. Halliburton gehörte mit der Tochterfirma KBR zu den Vorreitern beim Bau von Privatgefängnissen wie des berüchtigten Gefängnisses Guantanamo und von Gefängnissen im Irak.<sup>67</sup>

Das Justizministerium ließ dem bald größten privaten Gefängnisbetreiber Cornell Corrections immer mehr Staatsaufträge und Häftlinge zukommen. Nach enormer Wertsteigerung wurde Cornell 2010 von der GEO Group übernommen, die früher Wackenhut Corrections Corporation (WCC) hieß und 1954 von drei FBI-Agenten gegründet worden war. Als zweitgrößter privater Gefängnisbetreiber der USA wurde WCC 2002 von der dänischen Group 4 Falck akquiriert, aus der 2004 durch Zusammenschlüsse die britische G4S plc. entstand. WCC wurde als Tochter der G4S plc. in G4S Secure Solutions (USA) umbenannt.

Die Lobbyisten der beteiligten Firmen sorgten dafür, dass von Regierung und Abgeordneten Gesetze und Kampagnen gestartet wurden, die vom Kindesalter an immer mehr Amerikaner ins Gefängnis brachten. Schließlich bringt ja nur ein voll belegtes Gefängnis die höchste Rendite für die Investoren. Im September 1994 unterzeichnete Bill Clinton z. B. ein neues umfassendes Strafgesetz (»Omnibus Crime Bill«), das eine Mindeststrafenregelung einführte. Es sieht auch lebenslange Haftstrafen für jeden vor, der dreimal wegen Gewalttaten verurteilt wurde. Die Zahl der Inhaftierten stieg fortan ständig an. In Bundesgefängnissen sitzt fast jeder zweite Verurteilte mit langen Haftstrafen wegen Drogendelikten ein. Jene ohne Gewalttaten kosten den Staat jedes Jahr mehr als 80 Milliarden Dollar (72,7 Milliarden Euro). All das beschleunigte den Bau von zusätzlichen Gefängnissen, wofür Clintons Regierung 10,5 Milliarden Dollar zur Verfügung stellte.

Auch die Polizei erhielt mehr Geld, was ebenfalls dazu führte, dass mehr Menschen im Gefängnis landeten. Kein Wunder, dass sich die Zahl der Gefängnisinsassen während

Clintons Amtszeit verdoppelte. Heute sitzen in den USA prozentuell mehr Menschen im Gefängnis als in jedem anderen Land. 2013 waren es mehr als 2,22 Millionen; auf 100.000 Einwohner kommen in den USA 716 Häftlinge.<sup>68</sup>

Was das neue Clinton-Gesetz für den Geschäftszweig der Privatgefängnisse bedeutete, lässt sich an einem Beispiel verdeutlichen. Genau zu dem Zeitpunkt, als das Gesetz in Kraft trat, wechselte der ehemalige Justizminister Benjamin Civiletti in den Vorstand von Wackenhut Corrections, das über eine Tochtergesellschaft private Gefängnisse betreibt. Im Juli 1994 war Wackenhut in weiser Voraussicht an die Börse gegangen. Dank des gesetzlich nunmehr bestens abgesicherten Geschäfts war der Wert der Wackenhut-Aktie innerhalb von vier Jahren bis Ende 1998 um fast das Zehnfache gestiegen. Auch andere Privatgefängnisse brachten den Aktionären und Emissionsfirmen an der Wall Street in den ersten Monaten nach dem Börsengang Gewinne von 800 Prozent und mehr ein. Um die Gewinne noch weiter zu steigern, mussten die Gefängnisinsassen Sträflingsarbeit verrichten, bei der häufig in industriellem Umfang Produkte für den Privatsektor hergestellt wurden. G4S ist seit einigen Jahren auch in Deutschland und Österreich als Gefängnisbetreiber tätig und wird international beschuldigt, zahlreiche Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben, weshalb es 2013 für den von Wirtschaftsethikern und Menschenrechtsexperten verliehenen Schmähpriis »Public Eye Award« nominiert wurde. Die internationale Kampagne »Boycott, Divestment and Sanctions« (BDS) ruft zum Boykott von G4S auf, da diese in Israel Gefängnisse und Verhör- und Folterzentren für rund 5.000 (2013) gefangene Palästinenser betreiben, darunter 195 Kinder. 2014 ordnete die OECD eine intensive Untersuchung gegen G4S in den von Israel besetzten Palästinenser-Gebieten an. Das südafrikanische »Traumazentrum für Überlebende von Gewalt und Folter« gab am 6. November 2013 bekannt, sich der Aktion anzuschließen und die Zusammenarbeit mit der Sicherheitsfirma aufzukündigen. Als Grund wurde überdies angegeben, dass Dutzende Insassen des G4S-Gefängnisses in Mangaung mit Elektroschocks und Zwangsinjektionen gefoltert wurden. Die BBC deckte die Verbrechen im Oktober 2013 unter Berufung auf eine Studie der Wits Universität auf. Auch das wegen Folterungen berüchtigte, aber lukrative Terror-Gefängnis Guantanamo, gegen dessen Schließung sich die Profiteure bislang erfolgreich gewehrt haben, wird von G4S privat betrieben. In England besteht eigens eine »Stop G4S«-Aktivistengruppe. Das britische Innenministerium hat bereits den Vertrag mit G4S aufgekündigt. Bei der Absicherung der Olympischen Spiele in London musste die britische Armee mit 3.500 Mann und dem Hubschrauberträger HMS Ocean einspringen, weil G4S zwei Wochen vor Beginn das Unvermögen zur Erfüllung des 284 Millionen-Pfund-Auftrags eingestehen musste.

Letztlich war aus der Privatisierung der Gefängnisse eine Branche mit mannigfaltigen Nutznießern entstanden: Investmentfirmen, Banken, Rechtsanwälte, Steuerberater, Architekten, Baufirmen, Immobilienentwickler und Finanzinvestoren. Sie alle haben ein Interesse daran, dass die Zahl der Häftlinge wächst und sie so lange wie möglich in den Gefängnissen bleiben. Zu Amtsantritt von Bill Clinton hatten die USA eine Million Häftlinge, im Verhältnis zur Bevölkerung bereits die höchste Zahl von allen Industrienationen. Heute sind es 2,217 Millionen – ein Viertel aller Gefangenen weltweit und deutlich mehr als in China mit 1,657 Millionen, Russland (0,742 Millionen) und Brasilien (0,607 Millionen). Natürlich haben die USA auch mit 7,41 den weitaus höchsten

Prozentsatz inhaftierter Bürger, je 1.000 Einwohner vor Russland (5,32) und Weißrussland (5,06). Darunter sind viele Drogenabhängige und psychisch Kranke, oft sind es Angehörige benachteiligter Bevölkerungsgruppen.

## BARACK OBAMA WILL DEN GEFÄNGNIS-HORROR BEENDEN

Es musste erst der nächste demokratische Präsident Barack Obama kommen, der die Art der willkürlich verhängten Strafen für unangemessen hart hielt und am Ende seiner Amtszeit die Gefängnisse leeren will. 2015 begnadigte er persönlich 46 Häftlinge, die trotz vergleichsweise geringfügiger und gewaltloser Drogendelikte zu harten Freiheitsstrafen – in vielen Fällen sogar lebenslang – verurteilt worden waren.

Anfang Juni 2016 hat Obama dann die Gefängnisstrafen von 42 Häftlingen reduziert und damit erneut seine Forderung nach einer Justizreform unterstrichen. Betroffen waren vor allem nicht gewalttätige Drogendealer. Die Betroffenen hätten »der Gesellschaft ihre Schuld mehr als zurückgezahlt« und verdienten »eine zweite Chance«, erklärte das Weiße Haus. Einige der Betroffenen waren aufgrund rigider Gesetze zu langen, teils sogar lebenslangen Haftstrafen verurteilt worden. Die 42 Häftlinge, die in verschiedenen Gefängnissen in den USA einsitzen, sollen zwischen Oktober 2016 und Juni 2018 freikommen. Viele der begnadigten Häftlinge verbüßten ihre Strafen auf Basis von Gesetzen, die längst außer Kraft sind. Für das gleiche Delikt würden sie heute nur kurze Haftstrafen erhalten. Obama hat damit seit seinem Amtsantritt die Haftstrafen von insgesamt 348 Verurteilten umgewandelt. Das ist mehr als die Gesamtzahl der Häftlinge, die bei seinen sieben Vorgängern von dieser Möglichkeit profitierten. Eine Reform der Strafgesetzgebung gehörte zumindest im Wahlkampf auch zu den dringlichsten Plänen von Hillary Clinton.<sup>69</sup>

Derzeit teilen sich drei Konzerne den milliardenschweren amerikanischen Markt für Privatgefängnisse. Zwei davon sind an den Börsen notiert. Ihre Aktienkurse stürzten allerdings Mitte August um jeweils mehr als 35 Prozent, als das Justizministerium eine bahnbrechende Nachricht verkündete: Ab sofort wird die Bundesregierung keine neuen Verträge mehr über den Bau und Betrieb privater Strafvollzugsanstalten abschließen und laufende Vergabeprojekte verkleinern.<sup>70</sup>

## FINANZ-CASINO STATT REALER VOLKSWIRTSCHAFT

Mit der Zurückdrängung des Staates und der damit verbundenen Entmachtung und Enteignung der Bürger fand ein grundlegender Umbau der Vereinigten Staaten und Großbritanniens zu gigantischen Finanz-Casinos statt. Alles schien fortan möglich und erlaubt, um aus weniger noch mehr zu machen. Immer neue Finanzgeschäfte und fantasiereiche Finanzvehikel eröffneten immer lukrativere Ertragsmöglichkeiten. Das weltweit vagabundierende Kapital der Hochfinanz denaturierte zum reinen Selbstzweck.<sup>71</sup>

Auch Fusionen und Aufkäufe von Unternehmen (Mergers & Acquisitions/M&A) dienen in erster Linie dem Zweck, das eingesetzte Kapital in möglichst kurzer Zeit mit

möglichst hohen Profiten zu vermehren. Dafür wurden riesige Beteiligungsgesellschaften und Private-Equity-Fonds als Kapitalsammelbecken gegründet, die den Kapitalgebern hohe Renditen versprechen. Das längerfristige Schicksal der Zielunternehmen und ihrer Mitarbeiter sind bei diesen Transaktionen nicht von Interesse.

2014 schwang sich mit den Carry-Trades ein altbekanntes Spekulationsmodell mit einem Marktvolumen von 5,3 Billionen US-Dollar zu neuen Höhen auf. Dabei verschuldet sich der Spekulant mit Krediten in einer billigen Währung wie z. B. um 0,5 Prozent im japanischen Yen und tauscht sofort in eine andere Währung wie dem US-Dollar oder Euro mit höheren Zinserträgen. Das ganze natürlich mit hohen zwei- bis dreistelligen Millionen- oder sogar Milliarden-Dollar-Beträgen. Wie gefährlich das ist, zeigte sich Mitte Januar 2015, als die Schweizerische Nationalbank (SNB) ohne Vorwarnung den Mindestwechsellkurs von 1,20 zum Euro aufhob, worauf der Franken um mehr als 12 Prozent zum Euro hochschnellte. Milliardenverluste bei den großen Spekulanten waren die Folge.

Als größtes Opfer blieb der Global Fund von Everest Capital auf der Strecke, der von Fondsmanager Marko Dimitrijevic geschlossen wurde, nachdem das gesamte Anlagekapital vernichtet worden war – Ende 2014 hatte der Fonds ein Vermögen von 830 Millionen Dollar. Die New Yorker Großbank Citigroup, der weltgrößte Devisenhändler, hat an den Handelstischen mehr als 150 Millionen Dollar verloren. Die Deutsche Bank soll nach einem Bericht des *Wall Street Journal* 130 Millionen Dollar eingebüßt haben, Barclays etwas weniger als 100 Millionen Dollar. FXCM, der größte Devisenmakler und Onlinebroker für Privatkunden in den USA, wurde mit einem Notkredit über 300 Millionen Dollar von Leucadia National gerettet, nachdem die Aktie um mehr als 70 Prozent gefallen war. Zuvor hatte FXCM gewarnt, die Verluste der Kunden gefährdeten die Kapitalbasis. Der britische Wettbewerber Alpari UK meldete sogar Insolvenz an. Der kleine neuseeländische Devisenhändler Global Brokers hatte von ähnlichen Liquiditätsproblemen und Verlusten der Kunden berichtet und schon kurz nach dem Beschluss der SNB sein Geschäft eingestellt. Das Kapital der Firma sei aufgefressen, womit man nicht mehr den Anforderungen der Finanzaufsicht genüge, erklärten die Neuseeländer. Die SNB-Entscheidung hatte sich noch auf weitere Banken ausgewirkt. Betroffen waren große Banken, Brokerhäuser, Hedgefonds, Investmentfonds und Devisenspekulanten. Die Auswirkungen waren im gesamten Finanzsystem zu spüren.<sup>72</sup>

## V ERSCHULDUNG DER G ESAMTWIRTSCHAFT ENORM ANGESTIEGEN

Ein weiteres Merkmal des Finanzkapitalismus ist eine enorme Zunahme der Verschuldung der Gesamtwirtschaft. Diese erhöhte sich in den USA zwischen 1973 und 2005 von 140 auf 328,6 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP). 2014 erreichte die Verschuldung mit rund 58 Billionen Dollar bereits 330 Prozent des US-BIP von 17,528 Billionen US-Dollar. Davon entfielen 17 Billionen Dollar bzw. 97 Prozent des BIP auf den Staat. Aber auch die Schulden des Finanzsektors sind rasant angewachsen, und zwar schneller als jene des Nicht-Finanzsektors, so dass sich der Anteil der Schulden des Finanzsektors an den Gesamtschulden von 9,7 auf 31,5 Prozent erhöht hat. Der ab 1979 sprunghaft angestiegene Einsatz von Krediten signalisiert einen hohen Leverage, also

einen Hebel, um mit dem Einsatz von Fremdkapital die Rendite des Eigenkapitals zu erhöhen und gleichzeitig gigantische Spekulationsblasen zu erzeugen. Die Neuverschuldung wurde zum Spiegelbild der Deregulierung wie auch der immer größeren Gier der Wall-Street-Banken.<sup>73</sup>

Im Zuge der wachsenden Verschuldung der US-Konsumenten ist der Anteil der Hypothekarkredite besonders schnell gestiegen – gemessen am BIP von 48,7 auf 97,5 Prozent. Das waren rund 15 Billionen Dollar. Auch darin steckt ein großes spekulatives Element. Die Zunahme war in der Periode 2000 bis 2005 besonders groß, bis die spekulative Immobilienblase 2007 platzte.

## DEREGULIERUNG ALS URSACHE DER EINKOMMENSUNGLEICHHEIT

Die Deregulierung des Finanzsektors seit den frühen 1980er-Jahren wurde vom wirtschaftspolitischen Paradigma des Neoliberalismus begleitet. Dieser indoktrinierte eine Änderung der wirtschaftspolitischen Ausrichtung mit einer Reihe sozial- und steuerpolitischer Maßnahmen, die zu einer Polarisierung der Einkommensverteilung führten. Für die breite Bevölkerungsschicht mit einem repräsentativen Arbeitnehmerhaushalt gab es kaum mehr Wachstum der Realeinkommen. Daraus resultiert eine potenzielle Stagnation der Konsumausgaben. Diese wurde in den USA und Großbritannien durch vermehrte Kreditvergabe kompensiert – von Ökonomen inzwischen als kredit-getriebenes Wachstumsmodell bezeichnet. Neben der Deregulierung des Finanzsektors spielten auch die Immobilienpreisblase und Kapitalzuflüsse aus den exportgetriebenen Ländern für die Entstehung der Krise ebenso eine Rolle wie die zunehmende Ungleichverteilung der Einkommen.

Diesem kreditgetriebenen Wachstumsmodell der USA stand das exportgetriebene von Deutschland und China gegenüber, wo der potenzielle Nachfragemangel infolge Polarisierung der Einkommensverteilung durch Exportwachstum kompensiert wurde. Veränderungen der Einkommensverteilung sind daher zentral mit den Ungleichgewichten verbunden, die in der Krise ab 2008 eruptiert sind.<sup>74</sup>

## ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTLICHEN UND POLITISCHEN SYSTEMS

Mit dem wirtschaftlichen änderte sich auch das gesellschaftliche und politische System. Die Struktur von Macht und Reichtum nahm allmählich die Form eines Dreiecks an. An der Spitze der Machtpyramide etablierte sich das Finanzkapital, das sich der von ihnen beherrschten Notenbanken in den USA und Großbritannien und schließlich auch der Europäischen Zentralbank (EZB) nach Belieben bedient. Direkt proportional zur Konzentration des Weltvermögens vollzog sich auch die Machtausweitung der Herrscher über das Finanzkapital. An der Basis produziert eine riesige Armee von Angestellten, Arbeitern und Bauern jene Werte, die zum Gegenstand unzähliger einfacher und exotischer, lukrativer und spekulativer Finanzinstrumente missbraucht werden.

Da die Finanzmächte inzwischen Wirtschaft und Politik beherrschen, sind auch in

Europa die gewählten Regierungen zu einem guten Teil bereits entmachtet. Die Weichen stellen stattdessen die demokratisch nicht legitimierte Europäische Zentralbank (EZB) und der Internationale Währungsfonds (IWF). Nach Beginn der Finanzkrise setzten sie sogar Ministerpräsidenten wie im November 2001 Mario Monti in Italien und Loukas Papadimos in Griechenland ein und degradierten die nationalen Parlamente mitsamt der EU-Kommission zu Befehlsempfängern. Repräsentativ für die Neuordnung der Macht in der EU agierte jene Troika, die Griechenlands Regierung und seinem Volk in den letzten Jahren den Austerity-Kurs und den Verkauf staatlicher Vermögenswerte befohlen hat. Das alles aber nur, um neue Kredite zu erhalten, die den alten aufgepfropft wurden. Das war natürlich keine Lösung, wie der ungebrochene Anstieg der Staatsschulden gezeigt hat.

## MARKTWIRTSCHAFT ALS ORDNUNG DER WÖLFE

»Marktwirtschaft ist die Ordnung der Wölfe«, titelte schon vor vielen Jahren die deutsche Wochenzeitung *Die Zeit*. Eines der ehernen Prinzipien lautet: Wenn du viel Geld verdienen willst, musst du es jemandem anderen wegnehmen. Das leitet sich aus dem banalen Gesetz des Stärkeren ab: »The winner takes it all.« Das aber haben die Ökonomen der Marktwirtschaft und des Neoliberalismus bisher elegant ignoriert. Wenig bekannt ist auch das Geschäftsprinzip von John D. Rockefeller, mit dem er 1910 zum ersten Milliardär der USA aufgestiegen ist: »Wettbewerb ist eine Sünde.« Sein Ölmonopol wurde damals zwar offiziell gerade zerschlagen, tatsächlich aber in einige Firmen aufgeteilt, deren Aktienbesitz umgehend an eigens gegründete Stiftungen, mitunter mit Fantasienamen, »verschenkt« wurde, wo sie den Nachkommen steuerfreie Renditen sichern. Getreu diesem Grundsatz versuchen daher permanent Großunternehmen aller Branchen auch in der EU, mit illegalen Kartellen die zuvor geforderten Gesetze des freien Marktwettbewerbs auszuhebeln. Jene, die dafür zu nicht gerade harten Kartellstrafen öffentlich verdonnert werden, kann man getrost als die Spitze eines unsichtbaren Eisbergs ansehen.

Weggewischt haben die Wirtschaftstheoretiker längst auch jene Grundsätze, die Wilhelm Röpke, deutscher Nationalökonom und einer der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft, in seinem Buch »Jenseits von Angebot und Nachfrage«, 1958 skizziert hat:

*»Die Marktwirtschaft hat nur Bestand, wenn jene Werte, Sitten und Regeln erhalten bleiben, die jenseits von Angebot und Nachfrage heranwachsen ... Die Menschen müssen die sittlichen Normen bereits mitbringen, wenn sie auf den Markt gehen. Sie sind die unentbehrlichen Stützen, die den Markt vor Entartung bewahren ... Die nüchterne Welt des Geschäftslebens bleibt nur dann stabil, wenn in ihr Menschen tätig sind, die über ein hohes Maß an sittlichen Reserven verfügen, mit denen sie steht und fällt und die wichtiger sind als alle wirtschaftlichen Gesetze und nationalökonomischen Prinzipien.«<sup>75</sup>*

Auch der tschechische Präsident Vaclav Klaus, ein studierter Wirtschaftswissenschaftler, pocht darauf: »Die Marktwirtschaft steht nicht im Widerspruch zu gemeinsamen und ethischen Werten, sie setzt sie im Gegenteil voraus.«

Sittliche Reserven seien für die stets vom Verfall bedrohte Geschäftswelt ungemein wichtig.

Dass wirtschaftliche Aspekte immer nur Teilaspekte des gesellschaftlichen Lebens sind, weil Wechselwirkungen zwischen den politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Institutionen bestehen, hatte auch der österreichische Nationalökonom Friedrich von Hayek angemerkt. Wirtschaftsbürger zu sein heiße deshalb immer auch Staatsbürger zu sein. Eine so verstandene Ökonomik bezieht die Psychologie, die Soziologie, das Recht, die Geschichte und die Philosophie in ihre Untersuchungen mit ein. »Niemand kann ein großer Ökonom sein, der nur Ökonom ist. Ich bin sogar versucht hinzuzufügen, dass der Ökonom, der nur Ökonom ist, leicht zum Ärgernis, wenn nicht gar zu einer regelrechten Gefahr wird«, so Hayek weise. Er sollte recht behalten.<sup>76</sup>

Doch von diesen hehren Grundsätzen haben sich die USA und Europa längst verabschiedet. Weder sittliche Reserven noch die allgemein bekannten marktwirtschaftlichen Prinzipien gelten im Finanzkapitalismus als Tugend. Denn Money-Making als Geschäftsziel kennt weder Gesetze noch Ideale.

## BIG MONEY SCHADET DER REALWIRTSCHAFT AUF MANNIGFALTIGE WEISE

In diesem Geschäftsmodell sieht der ehemalige amerikanische Banken-Regulierer William K. Black geradezu zerstörerische Auswirkungen. Tatsächlich haben die US-Firmen in den letzten zehn Jahren mehr Geld für den Rückkauf von Unternehmensaktien und die Überlassung von Aktien an Direktoren aufgewendet, als neues Kapital in den US-Finanzmarkt geflossen ist. Das bedeutet, dass die Kapitalmärkte der Realwirtschaft Kapital entziehen, um korrupte Unternehmensinsider durch Buchhaltungstricks und rückdatierte Aktienoptionen reicher zu machen, so Black.

Darüber hinaus verweigern die Konzerne, die erwirtschafteten Billionen wiederum in die Realwirtschaft zu investieren, indem sie Kapital horten. Anfang 2014 verfügten die 1.000 größten Firmen weltweit außerhalb des Finanzsektors – darunter Apple (mit rund 150 Milliarden Dollar in cash), Google und ExxonMobil – über Barreserven in Höhe von 2,8 Billionen Dollar.<sup>77</sup> Schließlich schütteten die börsennotierten Unternehmen im Gesamtjahr 2014 weltweit Dividenden in Höhe von rund 1,19 Billionen Dollar an die Aktionäre aus – 12,6 Prozent mehr als 2013. Für das Jahr 2015 schätzten Henderson Global Investors die Ausschüttungen auf ein Volumen von 1,24 Milliarden Dollar.<sup>78</sup>

Der Großteil dieser Billionen landet bei Finanzkonglomeraten wie BlackRock, Blackstone & Co – jenen 147 Geldkonzernen, die den Großteil der Weltwirtschaft beherrschen. Mit dieser Art der Gewinnverwendung geht William Black hart ins Gericht. Er sieht Kapital dadurch fehlgeleitet, dass es nicht dort eingesetzt wird, wo es der Realwirtschaft am meisten nützt, sondern dort, wo immer neue Finanzblasen entstehen. Das Kapital fließe also in Investitionen, bei denen die größten betrügerischen Buchgewinne zu verzeichnen seien. Dadurch werde Kapital von Firmen und Unternehmern weggesaugt, die die Realwirtschaft wirklich voranbringen könnten.

Der Realwirtschaft in den USA fehlen überdies Arbeitskräfte mit ausreichender

mathematischer und wissenschaftlicher Ausbildung sowie Ingenieure. Absolventen dieser Fachrichtungen entscheiden sich häufig für eine Karriere im Finanzwesen anstatt in der Realwirtschaft, weil die Gehälter im Finanzsektor wesentlich höher sind. Da der Finanzsektor ausschließlich an Buchgewinnen interessiert ist, wächst der Druck auf Industrie- und Dienstleistungsbetriebe, die Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern. Unternehmen mit gewerkschaftlich organisierten Mitarbeitern wird Kapital verweigert, Firmen werden dazu angehalten, den Geschäftssitz in ausländische Steuerparadiese zu verlagern, damit sie in den USA keine Steuern zahlen müssen. Letztendlich wird Kapital auch dadurch fehlgeleitet, dass sich Finanzfirmen staatliche Subventionen in enormer Höhe sichern. Darunter besonders Firmen mit großem Einfluss auf die Politik, die andernfalls wegen Unfähigkeit und Betrugerei untergehen würden.<sup>79</sup>

## KAPITEL 4

### KREDITSCHWINDEL DER FAUST & MEPHISTO AGS

Mit dem Euro und der Europäischen Zentralbank ist in der Eurozone gezielt auch jenes Geldsystem verankert worden, das sich durch zwei Besonderheiten auszeichnet. Einerseits wurde damit auch die Gratis-Geldschöpfung durch national-staatliche Zentralbanken, die damit womöglich die Staatsausgaben finanzieren könnten, unwiderruflich unterbunden. Und gleichzeitig wurde unwiderruflich die »Gelderzeugung aus Luft«, Geldschöpfung genannt, in den Händen privater Banken unabhängig von Spareinlagen oder sonstiger realer Besicherung, verankert. Das ist für die Bewohner und vor allem für die Steuerzahler der betroffenen Länder nicht gerade von Vorteil. Denn es erweist sich bei näherer Untersuchung tatsächlich als so heimtückisch, wie es Johann Wolfgang von Goethe in seinem Werk »Faust – der Tragödie zweiter Teil« (1832) den Mephisto vortragen ließ. Goethe war ja nicht nur Dichter, sondern auch Advokat und sogar eine Art Finanzminister am Hof von Herzog Carl August von Sachsen-Weimar-Eisenach und mit dessen ständigen Geldnöten konfrontiert. Als solcher hatte er die besonderen Eigenschaften des Papiergeldes erkannt. In dem Stück ließ er Mephisto dem Kaiser gegenüber das Problem beim Namen nennen: »Wo fehlt nicht irgendwo auf dieser Welt? Dem dies, dem das, hier aber fehlt am Geld.« Mephisto behauptet: »In Bergesadern, Mauergründen, ist Gold gemünzt und ungemünzt zu finden, und fragt ihr mich, wer es zu Tage schafft: Begabten Manns Natur- und Geisteskraft.« Der Kanzler maßregelt zwar Mephisto für seine Worte, doch der Kaiser nimmt ihn sofort in die Pflicht und will Taten sehen: »Es fehlt an Geld. Nun gut so schaff' es denn.« Mephisto fabriziert nichts anderes als einen beschriebenen Zettel. Der Kanzler kann damit in der Hand stolz verkünden: «Zu wissen sei es jedem, der's begehrt: Der Zettel hier ist tausend Kronen wert. Ihm liegt gesichert, als gewisses Pfand, Unzahl vergrab'nen Guts im Kaiserland.« Mit seiner Unterschrift garantiert der Kaiser den Wert des Zettels auf den man letztlich jeden gewünschten Betrag schreiben oder drucken kann. Und schon ist wieder Geld vorhanden, ganz nach Belieben, wie viel man will und braucht. Als leicht und bequem hat schon Mephisto die Papierinnovation gepriesen: »Man wird sich nicht mit Börs' und Beutel plagen/Ein Blättchen ist im Busen leicht zu tragen.« Der Narr am Hofe des Kaisers hatte indes Bedenken, ob ein solches Mephisto geschuldetes Schlaraffenland der unendlichen Geldvermehrung wirklich glücken könne oder ob die Papierscheine nicht nur eine wirtschaftliche »Schein-Blüte« brächten. Lieber will der kluge Narr sich mit dem Papiergeld »Schloss mit Wald und Jagd und Fischbach« kaufen. Aus Angst vor Inflation tritt er die Flucht in die Sachwerte an.<sup>80</sup>

Ähnlich wie in Goethes Faust geschah es tatsächlich, als die Bank von England (BoE) 1694 von listigen Geldverleihern gegründet wurde (siehe Kapitel 10 »Zentralbanken als Instrumente des Bankensyndikats«). Heute werden die Wunderzettel »Fiatgeld« (fiat lat.: es geschehe) genannt. Der Schweizer Ökonom Hans Christoph Binswanger nennt deren Erfindung »eine Fortsetzung der Alchimie mit anderen Mitteln«. »Die Magie des Papiergeldes liegt in der Wunschvorstellung begründet, wie in den Versuchen der

Alchimisten, Wert aus dem Nichts zu schaffen und die Gesetze der Knappheit zu überwinden«, erläutert Otmar Issing, ehemals Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank und dann Berater bei der nicht unumstrittenen US-Investmentbank Goldman Sachs.

Geld verleihen, das man nicht hat, klingt für den Laien tatsächlich wie die fantastische Zauberei der Faust & Mephisto AG. Und dafür auch noch Zinsen zu erhalten, erst recht. Doch beides ist gegenwärtig alltägliche und untrennbare Routine im Bankgeschäft bei der Finanzierung von Staaten, Unternehmen und Haushalten. Denn ohne neue Kredite schrumpft die Geldmenge in der Realwirtschaft und damit diese selbst, weil permanent Zinsen abfließen. Daraus resultiert ein permanenter Zwang zur Schuldenaufnahme bei den Geschäftsbanken. Das war auch der Grund, warum den großen Geldverleihern der Londoner City seit Jahrhunderten ein Finanzsystem mit der »unabhängigen« (= privaten) Notenbank in England ab 1694, in den USA ab 1914 und im übrigen Europa so begehrenswert erschien. Die Funktionsweise hatte Sir Josiah Stamp (1880–1941), in den 1920er-Jahren Aufsichtsrat der Bank of England (BoE) und zweitreichster Mann Englands, schon 1927 in einem Vortrag an der Universität von Texas plausibel erläutert:

*»Das moderne Bankensystem erzeugt Geld aus dem Nichts. Dieser Vorgang ist vielleicht das erstaunlichste Zauberkunststück, das jemals erfunden wurde. Das Bankgeschäft wurde in Ungerechtigkeit gezeugt und in Sünde geboren. Den Bankiers gehört die Erde. Nimm sie ihnen weg und belasse die Macht zur Gelderzeugung in ihren Händen und mit einem einzigen Federstrich werden sie genug Geld erzeugen, um alles wieder zurückzukaufen. Nimm ihnen diese überragende Macht und alle großen Reichtümer, genauso wie mein eigener, würden verschwinden, und dann wäre diese Welt, in der wir leben, eine bessere und glücklichere. Aber wenn Ihr weiterhin Sklaven der Bankiers bleiben wollt und die Kosten dieser Sklaverei tragen wollt, dann lasst die Bankiers weiterhin das Geld erzeugen und die Kredite kontrollieren.«<sup>81</sup>*

1935 bestätigte auch der damalige Präsident (1934–1948) des US-Notenbanksystems Federal Reserve Systems (Fed), Marriner S. Eccles, vor einem Kongressausschuss in Washington offen:

*»Der bei weitem größte Teil des Geldes, das bei den Leuten dieses Landes in Gebrauch ist, besteht aus Bankkrediten oder Bankguthaben. Wenn die Federal-Reserve-Banken auf dem offenen Markt Wechsel oder Wertpapiere kaufen, vermehren sie die Geldmenge im Volk und senken den Geldwert; wenn sie aber auf dem offenen Markt Wertpapiere verkaufen, verringern sie die Geldmenge und erhöhen den Geldwert.« Bei anderer Gelegenheit präzisierte Eccles am 30. September 1940: »Wenn es in unserem System keine Schulden gäbe, dann gäbe es auch kein Geld.« Am 24. Juni 1941 wiederholte er vor dem Bank- und Währungskomitee des Repräsentantenhauses: »Geld wird nur aus dem Recht geschaffen, Kredite zu geben.«<sup>82</sup>*

Und Robert B. Anderson, Finanzminister unter US-Präsident Eisenhower, erläuterte in einem Interview am 31. August 1959 in der Zeitschrift *U.S. News and World Report* offenherzig:

*»Das Geld wird nicht von den Einlagen eines anderen Kunden genommen; es wurde auch nicht vorher bei dieser Bank von einem anderen Kunden eingezahlt. Es ist neues Geld, erzeugt von der Bank zum Gebrauch des Kreditnehmers.«<sup>83</sup>*

Die Geschäftsbanken handeln also heute genauso wie Goethes »Faust & Mephisto AG«. Damit wäre auch das Rätsel der immensen und kaum mehr tragfähigen weltweiten Staatsverschuldung gelöst. Aber auch das Rätsel um die lahme Konjunktur in den westlichen Industriestaaten. Wachstum der Realwirtschaft setzt zwangsläufig auch ein analoges Wachstum der Geldmenge voraus. Denn Geld ist das Tauschmittel für reale Güter.

## EMPIRISCHER NACHWEIS FÜR GELDSCHÖPFUNG DER BANKEN

Empirisch nachgewiesen hat dies erstmals seit dem jahrhundertelangen Gebrauch dieses Systems der an der Universität im englischen Southampton lehrende deutsche Ökonom Richard Werner, nachdem er am 7. August 2013 bei der Raiffeisenbank in dem kleinen Städtchen Wildenberg (knapp 1.350 Einwohner) im niederbayerischen Landkreis Kelheim auftauchte, um einen Kredit aufzunehmen. Das wäre an sich nicht bemerkenswert, hätte er nicht ein Kamerateam der Londoner öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und TV-Anstalt BBC im Schlepptau gehabt, das den Geschäftsablauf dokumentieren sollte. Dahinter stand eine spektakuläre Absicht: die Enttarnung des westlichen Geldsystems. Nicht mehr, und nicht weniger. Das Resultat war der exakt dokumentierte empirische Beweis. Zur Sicherung der Erkenntnisse drehte die BBC danach noch zwei weitere Mini-Dokumentarfilme mit Professor Werner bei empirischen Dokumentationen in zwei weiteren deutschen Banken: der VR-Bank Landau und der Sparkasse Niederbayern-Mitte. Dokumentiert ist dadurch, dass und vor allem wie die privaten Geschäftsbanken tagtäglich Geld durch die Kreditvergabe erzeugen – und zwar aus Luft.

Sie sind also nicht Geldvermittler, sondern Geldproduzenten. Geld ist somit gleichbedeutend mit Kredit. Dieses Buch- oder Giralgeld wird auch »Fiat«-Geld genannt (fiat lateinisch = »es werde«, abgewandelt aus dem göttlichen Spruch »fiat lux« – es werde Licht). Es entsteht unabhängig von Mindestreserve oder theoretischer Wischiwaschi-Erklärungen zahlloser Wissenschaftler und sogenannter Experten, die immer noch Theorien lehren, die nie wirklich bewiesen wurden. Daran liegt es auch, dass unser Finanzsystem als mystisch und für den »normal Sterblichen« kaum erklärbar eingeschätzt wird.<sup>84</sup>

Bargeld hingegen erzeugen nur die Notenbanken als weltweit gesetzliches Zahlungsmittel in den jeweiligen Ländern bei Einführung einer neuen Währung. Buch-/Giralgeld gerieren sie überdies gegen den Ankauf von Wertpapieren im Zuge der »Offenmarktgeschäfte« mit Banken oder durch den Ankauf von Gold.

In Konsequenz der empirischen Beweise des deutschen Finanzwissenschaftlers und der unanfechtbaren BBC-Dokumentationen lüftete die Bank of England im März 2014 in ihrem Quartalsbericht erstmals das jahrhundertlang sorgsam gehütete Geheimnis und bestätigte hochhoffiziell, dass die Geschäftsbanken mit der Kreditvergabe unmittelbar und exzessiv Geld aus dem Nichts schaffen. Daraus resultieren laut BoE rund 97 Prozent der

weltweiten Geldmenge.<sup>85</sup> Nur der minimale Rest geht auf das Konto der Zentralbanken. Das Eingeständnis verursachte allerdings nur wenig Echo. Denn Quartalsberichte von Zentralbanken werden vor allem als statistische Quellen herangezogen. Grundlegende neue Erkenntnisse erwartet sich üblicherweise kaum jemand. Dementsprechend blieb die Offenbarung der breiten Öffentlichkeit bis heute vorenthalten. Außerdem hat die Finanzwelt aus verständlichen Gründen kein Interesse an der Offenlegung der Kreditgeld-Zauberei.

Richard Werner legte dann am 16. Dezember 2014 mit der Veröffentlichung seiner Studie mit dem Titel »Can banks individually create money out of nothing? – The theories and the empirical evidence« im *International Review of Financial Analysis* nach. Damit unterlegte er die zuvor irrigerweise von der Fachwelt jahrzehntelang denunzierte »Kreditschöpfungstheorie«. Auch diesmal blieb das Echo in Forschung, Lehre, Politik und Medien vorerst aus. Nur hinter den Kulissen wird bei Theoretikern heftig gestritten. Denn seit dem Ende der 1960er-Jahre galt die »Finanzintermediär-Theorie« als gängige Lehrmeinung. Sie behauptet, dass die Banken reine Finanzintermediäre seien, die Einlagen sammeln und als Kredite gegen Zinsen weitergeben. Die Theorie dient auch der Rechtfertigung, warum die Kreditzinsen immer deutlich höher sein müssen als die Einlagenzinsen. Das ist jetzt als Schwindel entlarvt.<sup>86</sup>

Vor dieser wissenschaftlichen Modeerscheinung hatte zwischen den 1930er- und späten 1960er-Jahren das »Teilreserve- oder Multiplikatormodell« die Lehre dominiert. Dieses gaukelt eher vage vor, dass die Banken im Gegensatz zu Finanzintermediären im Kollektiv Geld schaffen würden. Trotz dieser Fähigkeit zur Geldschöpfung sei aber jede einzelne Bank nach dieser Sichtweise gleichfalls nur ein reiner Finanzvermittler, der Einlagen sammelt und weiterverleiht – ohne die Fähigkeit, selbst Geld zu schöpfen. Dies sei nur im Bankenverbund insgesamt möglich.

Diese mehr als hundertjährige Kontroverse ist nun beendet. Die massiven Bestrebungen, die allein zutreffende Kreditschöpfungstheorie zu desavouieren und die Wahrheit zu verschleiern, begannen übrigens, rein zufällig natürlich, in der Zeit unmittelbar nach der Gründung des US-Federal Reserve Systems 1914. Mit diesem konnte sich in den USA die Geldmaschinerie der großen Wall-Street-Banken erst so richtig entfalten und locker die Aufrüstung für die beiden Weltkriege finanzieren, während sich ihre Alliierten bei den USA verschulden mussten.

## BANKEINLAGE DURCH KREDITVERGABE

Wie nun bewiesen, schafft jede Bank mit der Kreditvergabe eine imaginäre »Sichteinlage« des Kunden, indem sie die Kreditsumme auf dem Kontoauszug eines neuen Kontokorrentkontos des Kreditnehmers fälschlich und irreführend als Einlage gutschreibt, obwohl gar keine neue Geldeinlage stattgefunden hat. Die Buchung des gleich hohen Kreditbetrags wird gleichzeitig auf dem Darlehenskonto des Kunden – mit einem Minus vorangestellt – als Schuld ausgewiesen.

**Konten des Kunden nach Krediteinräumung<sup>87</sup>**

## EMPIRISCHER BEWEIS DER KREDITSCHÖPFUNGSTHEORIE

Die Bank wiederum dokumentiert in ihrer Buchführung die ohne Geldzuführung künstlich buchhalterisch geschaffene Kundeneinlage (= Gutschrift auf dem Kontokorrentkonto) – wiederum fälschlich – als Kredit an die Bank (»Verbindlichkeiten gegenüber Kunden«). Die per Definition geschaffenen Bilanzierungsregeln der Geschäftsbanken sind alles andere als logisch und durchsichtig, wie jeder Bankprüfer der Zentralbanken bestätigen wird. Letztlich ist die Erzeugung von Kredit und damit Geld heute jedenfalls nichts weiter als ein simpler Buchungsvorgang auf dem Computerbildschirm. Und ein willkürliches Prozedere, um dem Nullsummenspiel der doppelten Buchführung Genüge zu tun. Man könnte meinen, diese sei genau dazu geschaffen worden. Von wem genau, wird sich kaum nachvollziehen lassen.

Mit der eindeutigen Dokumentation dieser Buchungsvorgänge wurde erstmals in den 5.000 Jahren der Geschichte des Bankwesens empirisch nachgewiesen, dass jede einzelne Bank Geld aus dem Nichts schafft, wenn sie das vergibt, was man »Bankkredit« nennt und damit auf dem Computer eine künstliche Giralgeldeinlage produziert. Geld ist also gleichbedeutend mit Kredit, aber es handelt sich dabei eben um Buch- bzw. Giralgeld. Doch wer würde freiwillig akzeptieren, dass er ein »aus Luft« fabriziertes Kreditgeld zurückzahlen muss, obwohl es zuvor gar nicht existiert hat, und überdies noch Zinsen für das »Luft«-Geld« draufzulegen hat?

Dementsprechend sind auch Behauptungen von Banken über teure Refinanzierungen bei der Einräumung von Krediten eher als Märchen zu werten. Auch die Fremdwährungskredite erscheinen im Zwielicht, wenn Banken An- und Verkaufsspesen für angeblichen Devisenumtausch bei Krediteinräumung und Tilgung sowie bei den, periodisch womöglich jährlich mehrmals, Roll-Over-Terminen verrechnen. Denn fremde Devisen sehen bei diesen Geschäftsfällen weder die Konten der Banken noch der Kunden. Es ist reine Fiktion, die manche wahrscheinlich als Betrug bezeichnen würden.

## BRISANTE KLAGEN IN DEN USA GEGEN RÜCKZAHLUNG VON »LUFT«-GELD

Der amerikanische Rechtsanwalt Jerome Daly wehrte sich jedenfalls – zunächst – erfolgreich gegen die Klage der First National Bank of Montgomery. Der auch unter der Bezeichnung »Credit River Case« bekannte Fall war ein zivilrechtliches Gerichtsverfahren in den Vereinigten Staaten, über das vom Friedensrichter Martin Vincent Mahoney am 9. Dezember 1968 entschieden wurde. Es ging darum, dass Jerome Daly die Raten einer Hypothek für sein Wohnhaus bei der First National Bank of Montgomery nicht mehr bedienen konnte. Daraufhin klagte die Bank vor dem Justice Court in Credit River Township in Scott County im US-Bundesstaat Minnesota auf Zahlung der Restraten nach erfolgter Kündigung des Hypothekarkredits. Die Klage auch auf Zwangsvollstreckung wurde aufgrund der Argumentation von Jerome Daly aus folgenden Gründen abgewiesen:

Es gebe keine verfassungsrechtliche Grundlage, ein Statut oder eine gesetzliche Grundlage, dass Geldmengen aus dem Nichts (»Fiat-Geld«) erschaffen werden dürfen.

Die Bank habe für die Hypothek gar keinen entsprechenden realen Gegenwert

erbracht.

Die Klägerpartei gebe zu, dass sie zusammen mit der Federal Reserve Bank von Minneapolis die gesamte Summe von 14 Millionen US-Dollar in Geld und Kredit nur durch einen Buchhaltungseintrag in ihren Büchern erzeugt habe.

Richter Mahoney merkte während der Verhandlung an: »Nur Gott kann etwas Wertvolles aus dem Nichts schaffen.« Er starb vier Monate später unter nicht geklärten Umständen. Einige Quellen sprechen von Mord.

Die Bank legte am nächsten Tag Berufung gegen das Urteil ein, das auch tatsächlich in der nächsten Instanz aufgehoben wurde. Allerdings nicht mit fundierten Argumenten, sondern lediglich aus formalen Gründen: Dem Friedensrichter wurde nämlich das Recht für ein derartiges Urteil kurzerhand abgesprochen.<sup>88</sup>

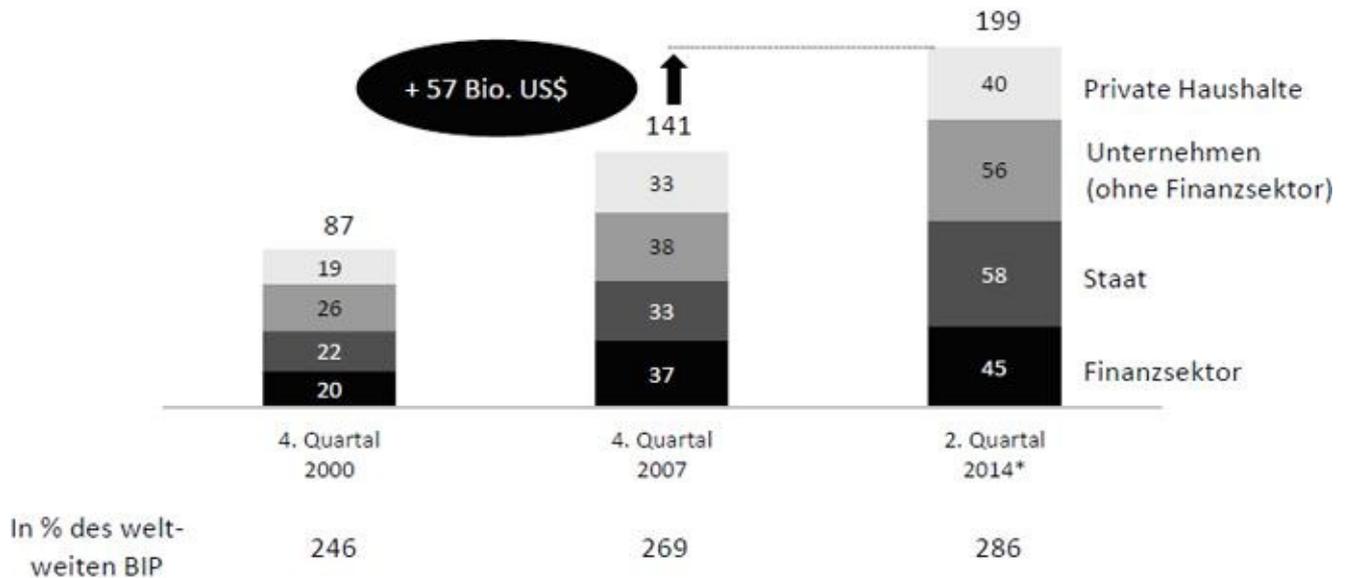
2008 wurde im US-Bundesstaat Utah ein halbes Dutzend ähnlich lautender Urteile der ersten Instanz von einem District Court mit der gleichen Begründung wie in Minnesota aufgehoben. Die Interventionen der Finanzmacht bei den politisch abhängigen Richtern verfehlte ihre Wirkung nicht.

## GELDSCHÖPFUNG GARANTIERT GEWINNE DER GROSSBANKEN

Mit der Gründung der Bank of England 1694, dann zusätzlich des US-Federal Reserve Systems 1914 und schließlich der Europäischen Zentralbank (EZB) am 1. Juni 1998 haben die Drahtzieher der geheimen Geldmaschinerie gigantische Reichtümer zusammengerafft. Die von den US-Magazinen *Forbes* und *Fortune* alljährlich fabrizierten Milliardenlisten sind demgegenüber nur naive Betrachtungen.

# Anstieg der weltweiten Verschuldung seit 2000

in Billionen US-Dollar



\* für Schwellenländer außer China: 4. Quartal 2016

Quelle: Haver Analytics; national sources; World economic outlook, IMF; BIS; McKinsey Global Institute analysis

## Quelle: McKinsey Global Institute (MGI): »Debt and (not much) deleveraging«

Die jährlich zweistelligen Milliarden Gewinne der internationalen Großbanken sind nun ebenso erklärlich wie die weltweite Verschuldung von derzeit mindestens 212 Billionen US-Dollar. Zum 2. Quartal 2014 waren es noch 199 Billionen gewesen – um 57 Billionen mehr als im 4. Quartal 2007 und um 112 Billionen oder 118,7 Prozent mehr als im 4. Quartal 2000. Das heißt, dass die weltweiten Schulden um jährlich etwa 7 Billionen Dollar (2000–2007) bzw. 8,77 Billionen Dollar (2008–2014) zugenommen haben. Ein Teil davon resultiert aus Zinsen und Zinseszinsen, für die Staaten neue Kredite aufgenommen haben. Von der weltweiten Verschuldung entfielen rund 29,2 Prozent auf Staaten, 28,1 auf Unternehmen (ohne Finanzsektor), 22,6 auf den Finanzsektor und 20,1 Prozent auf private Haushalte. Ist schon die Gesamtsumme beängstigend, dann umso mehr der jährliche Zuwachs. Denn wie soll das alles je zurückgezahlt werden? Fragen über Fragen, die einer Antwort schuldig sind.<sup>89</sup>

## GEHEIMNIS UM DAS FINANZSYSTEM

Da das Wissen um das Geldsystem wie ein Geheimnis gehütet wird, stellt niemand dessen zentrale Funktion in Frage: Das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ist ausschließlich auf der monetären Basis von Kreditschulden aufgebaut. Begrenzt wird die Geldschöpfung durch Kreditvergabe inzwischen durch verschärfte Eigenkapitalvorschriften für verschiedene Arten von Krediten durch die »Basel-III-Vereinbarungen«. Diese wurden vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) vorgeschlagen und von den meisten teilnehmenden Staaten in

nationales Recht übernommen. Dadurch ergeben sich in Europa für manche Kreditkategorien deutlich höhere Hinterlegungserfordernisse, als von der EZB eigentlich verlangt. Die USA haben diese strengen Vorschriften zwar gefordert, aber nur sehr zögerlich im eigenen Land gesetzlich verankert. Dadurch wurde der US-Finanzindustrie ein Wettbewerbsvorteil verschafft.

Die seit dem Finanzcrash von 2008/09 geforderte Aufstockung der Eigenmittelausstattung schränkt nun die Kreditvergabe der Banken ein und ist einer der Gründe für die vielfach beklagte Kreditklemme. Ähnliches spielte sich 1936/37 in den USA ab, als die FED die Banken durch höhere Eigenkapitalvorschriften zur Einschränkung der Kreditvergabe gezwungen hatte, das Kreditvolumen dadurch erheblich reduzierte und so eine schwere wirtschaftliche Rezession auslöste.

Angesichts der komfortablen Möglichkeit der Gelderzeugung unternehmen die Banken heute keine größeren Anstrengungen, um kleineren Kunden über Liquiditätsprobleme hinwegzuhelfen. Statt sich mit dem Problem zu beschäftigen und Kunden mittels Aussetzung von Zinszahlungen Gelegenheit zu geben, ihre Finanzen zu stabilisieren, werden Kredite fällig gestellt und Sicherheiten rasch verwertet. Der entsorgte Kreditnehmer hingegen verliert im Falle eines hypothekarisch besicherten Darlehens sein Dach über dem Kopf, im schlimmsten Fall auch seine Existenz mit in der Regel dramatischen Folgen für sich und seine Familie. Die Bank verbucht im schlimmsten Fall gewinn- und steuermindernd einen bilanziellen Abschreibeposten.

## AUCH MIT LEBENSMITTELN WERDEN ZINSEN BEZAHLT

Neben den Einkommenssteuern zur Finanzierung der Zinsen für die Staatsschuld greifen die Geldverleiher übrigens auch versteckt in die Taschen der Bürger. Berechnungen haben ergeben, dass die Zinslast für Unternehmensfinanzierungen etwa ein Drittel des Preises von Lebensmitteln und anderen Konsumartikeln ausmacht. Da aber immer höhere Zinskosten in die Preise für Waren, Energieträger sowie öffentliche und private Dienstleistungen hineinzurechnen sind, steigen die Belastungen der Bürger und Unternehmen. 50 Prozent oder sogar mehr anteilige Zinskosten in den Endpreisen sind daher schon in naher Zukunft durchaus realistisch. Man kann also sagen: Die Geldverleiher mästen sich an jedem Bürger ein Leben lang – von Windeln und Babynahrung bis zum letzten Abendmahl.

Das ganz große Pyramidenspiel läuft inzwischen aber ungehindert weiter. Es ist jenes mit der Staatsverschuldung.

## KAPITEL 5

### EIN BANKENSYNDIKAT PLÜNDERT EUROPA

Die gesetzliche Verankerung des Euro und der Europäischen Zentralbank (EZB) schuf grundlegende Veränderungen in der Ökonomie der miteinbezogenen Länder. Die wichtigste war wohl, dass die Teilnehmerstaaten »freiwillig« auf das Recht verzichteten, Geld zu drucken, um damit Staatsausgaben oder wenigstens Defizite abzudecken. Das bewirkte, dass sich die Bankenkrise ab September 2008 in eine Staatsschulden- und Eurokrise ausweitete.

Denn zufällig hatten die Regierungen knapp davor, am 13. Dezember 2007, den ominösen Artikel 123 des (Lissabon-)Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), auch EU-Verfassung genannt, unterzeichnet. In Kraft getreten ist er am 1. Dezember 2009. Absatz 1 verbietet seither den direkten Zentralbankkredit an Staaten. Sogar der seit jeher gebräuchliche Kassenkredit, der Überbrückungskredit bei Lücken zwischen laufenden Steuereinnahmen und anstehenden Ausgaben, ist verboten. Es war die Preisgabe der monetären Souveränität der EU-Staaten. Geldschöpfung seitens der Zentralbanken, um die Staatsfinanzen zu retten, ist aus diesem Grund damals niemandem eingefallen. Schließlich konnte ja seit Jahrzehnten bequem über die Ausgabe von Staatsanleihen beliebig viel neues Geld herangeschafft werden.

Seither herrscht statt der staatlichen Geldhoheit das Giralgeld-Monopol privater Geldhäuser. Die Zentralbanken der EU verloren ihre Funktion als »Bank des Staates«, obwohl sie in den vergangenen 300 Jahren zu diesem Zweck gegründet worden waren. Wenn ein EU-Staat heute in Zahlungsschwierigkeiten gerät, fehlt ihm daher ein »Lender of last resort«. Der IWF erfüllt diese Funktion nur eingeschränkt und unter fragwürdigen Konditionen, wie am Beispiel Griechenlands deutlich wurde. Die Gläubiger beherrschen daher jetzt die Regierungen – bis hin zur Erpressung.

Der genannte Gesetzesabschnitt trägt unverkennbar die Handschrift der angloamerikanischen Bankenlobby. Die Banker durften sich gleichsam das Gesetz selber schreiben, das ihnen die EU-Staaten auf Gedeih und Verderb ausliefert. Sie können sich seither an einer wahren Schuldenorgie berauschen. Der multiple Staatsstreich ist gelungen. Die Euro-Staatsschulden wurden bis zum Anschlag hinaufgetrieben.

#### WARUM DIE STAATSFINANZIERUNG DURCH ZENTRALBANKEN VERBOTEN IST

Doch 2010 dürfte EZB-Präsident Draghi zu der Einsicht gekommen sein, dass diese Art der Staatsfinanzierung zu jener Schuldenkrise geführt hatte, die ins finanzielle Chaos abzugleiten drohte. Seit Mai 2010 kauft die EZB nämlich unentwegt Anleihen der am meisten gefährdeten Länder Griechenland, Portugal, Irland, Italien und Spanien – Länder, die bereits Finanzierungsschwierigkeiten hatten. Mit Ausnahme Italiens bekamen alle

Finanzhilfe ihrer europäischen Partnerländer und des Internationalen Währungsfonds.

136 deutsche Wirtschaftsprofessoren warfen allerdings der EZB unter Verweis auf den Artikel 123 des Lissabon-Vertrags in einem Kommuniqué am 11.9.2013 »monetäre Staatsfinanzierung« und damit Gesetzesbruch vor. Die Professoren wiesen darauf hin, dass der Artikel 123 des Lissabon-Vertrags der EZB den »unmittelbaren Erwerb von Schuldtiteln« der Mitgliedstaaten untersagt. Damit sei klargestellt, dass eine monetäre Staatsfinanzierung der Mitgliedstaaten verboten sei. Anleihekäufe im Sekundärmarkt seien überdies nur zulässig, wenn sie nicht der monetären Staatsfinanzierung, sondern geldpolitischen Zielen dienen würden. »Wenn die Anleihekäufe der EZB geldpolitisch motiviert wären, würde die EZB ein repräsentatives Portefeuille aller Staatsanleihen der Mitgliedstaaten oder auch privater Anleihen kaufen«, argumentierten die Professoren. »Das tut sie aber nicht; sie kauft nur Anleihen überschuldeter Mitgliedstaaten. Das ist monetäre Staatsfinanzierung.« Diese sei aber zu Recht verboten, weil sie die Unabhängigkeit der Zentralbank gefährden werde. »Die Zentralbank soll das Preisniveau stabil halten. Es ist nicht ihre Aufgabe, die Risikoprämien zu verringern, die die Mitgliedstaaten auf ihre Anleihen am Markt zahlen müssen.«<sup>90</sup>

Härter urteilte Hans-Werner Sinn im September 2014, damals noch als Präsident des Münchner Ifo-Instituts:

*»Die EZB wird damit vollends zu einer Bail-out-Behörde und einer Bad Bank Europas. Die EZB will offenbar auch Schrott kaufen und erhöht auf diese Weise die Belastung für die Steuerzahler, wenn es Ausfälle gibt, denn sie müssen für die reduzierten Gewinnausschüttungen der EZB aufkommen. Diese Käufe sind nicht gedeckt durch das Mandat der EZB. Es ist bezeichnend, dass die EZB speziell die Papiere jener Länder aufkaufen will, die EU-Programmländer sind. Auch Griechenland und Zypern wird geholfen, obwohl die Rating-Agenturen die Staaten nicht mehr als investitionswürdig einstufen.«*

## MIT DEM LISSABON-VERTRAG AN DAS SYNDIKAT AUSGELIEFERT

Angesichts der ab 2008 sprunghaft gestiegenen Verschuldung der europäischen Staaten und vor allem jener aus der Eurozone lohnt sich wie so oft die Frage: Cui bono? Wem nützt es? Die Antwort hat schon am 3.2.1996 der damalige Präsident der Deutschen Bundesbank, Hans Tietmeyer, unzweideutig gegeben: »Ich habe bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker noch immer nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.« Gemeint war wohl die Hochfinanz, jenes Syndikat von internationalen Großbanken, die allesamt von Kapitalfonds angloamerikanischer Provenienz beherrscht werden, die wiederum durch gegenseitige Überkreuzbeteiligungen miteinander eng verbunden sind.

Für sie war der Vertrag von Lissabon der Freibrief zur ungenierten Plünderung Europas. Zufällig brach ein Jahr nach Unterzeichnung mit dem willkürlich herbeigeführten Bankrott der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 die Finanzkrise aus. Diese verursachte umgehend einen sprunghaften Anstieg der

Staatsverschuldung in Europa, weil den Regierungen eingehämmert wurde, sie müssten gefährdete Banken retten. Weil die Steuergelder aber nicht ausreichten, wurden viele Milliarden durch die Emission neuer Staatsanleihen von den Finanzinstituten geliehen.

Der Lissabon-Vertrag spiegelt sich auch in der zuletzt verfügbaren Statistik vom Januar 2011 wider. Damals wurde nur 1 Prozent der Anleihen von Zentralbanken gehalten. 25 Prozent waren im Besitz von in- und ausländischen Banken. Weitere 25 Prozent wurden von sonstigen ausländischen Investoren wie »Schattenbanken« gehalten, 14 Prozent von Investmentfonds, die großteils wiederum von Schattenbanken verwaltet werden, und 4 Prozent von anderen Finanzinstituten. Auf Versicherungen und Pensionsfonds entfielen 20 Prozent. Privathaushalte besaßen 10 Prozent, die öffentlichen Institutionen nur 4 Prozent. Insgesamt landeten 66 Prozent bei Banken und Schattenbanken. Inzwischen veränderte sich das Verhältnis natürlich laufend durch das Ankaufprogramm der EZB.<sup>91</sup>

Dass es auch anders geht, bewies Island: Keine Bankenrettung, eine 50-prozentige Abwertung der Währung – und eine Sanierung binnen vier Jahren bis hin zum neuerlichen Zutritt zu den internationalen Kapitalmärkten mit dem entsprechenden Gütesiegel der Ratingagenturen.

Die Explosion der Staatsschulden kann man getrost als diabolisches Schurkenstück der »Faust & Mephisto AG« bezeichnen. Aber nicht als eines der Regierungen. Die spielen dabei lediglich die Rolle der nützlichen Idioten, die sich in ihrer Einfalt von der internationalen Hochfinanz willig übertölpeln ließen und den »Lissabon-Vertrag« den ahnungslosen Bürgern Europas noch als großen Fortschritt verkauften. In Wirklichkeit war er aber lediglich ein weiteres historisches Lehrbeispiel dafür, wie es den Mächtigen der Finanzwelt seit Jahrhunderten gelingt, große Staaten ohne Anwendung von Waffengewalt zu erobern und in der Folge zu plündern. Und zwar wie im Fall der EU Jahr für Jahr in Höhe von derzeit annähernd 374 bzw. 499 Milliarden Euro für Zinszahlungen bei einer angenommenen Durchschnittsverzinsung von 3 bzw. 4 Prozent p.a. für die gesamten Staatsschulden der EU in Höhe von 12,477 Billionen (12.477 Milliarden) Euro per Ende 2015.<sup>92</sup> Steigt der Durchschnittszinssatz auf 4 Prozent, so erhöht sich der Zinsaufwand auf 499 Milliarden Euro. Für die Staatsverschuldung der USA (19,411 Billionen Dollar bzw. 17,052 Billionen Euro) errechnen sich für 2015 bei dem gleichen Zinssatz von 3 bzw. 4 Prozent umgerechnet rund 512 bzw. 682 Milliarden Euro an Zinsen p.a. Die USA und die EU-Staaten insgesamt mästen derzeit die Gläubiger also jährlich mit mehr als einer Billion Euro durch Zinsen für die Staatsschulden. Mit stetig steigender Tendenz. Zum Vergleich: Im Jahr 2015 betrug das Bruttoinlandsprodukt der EU rund 14,6 Billionen Euro, jenes der USA umgerechnet rund 16 Billionen Euro.

In dieser Dimension findet somit ein permanenter Kaufkrafttransfer von den Steuerzahlern zu den Geldgebern statt, dessen Wert sprunghaft zunimmt, wenn die Zinssätze wieder auf frühere Niveaus steigen. Die verordnete Unabhängigkeit des Euro-Zentralbanksystems garantiert dafür, dass das »Perpetuum mobile« des Zinsinkassos der Banken aus dem Titel »Staatsschulden« nie stockt. Denn sie beteiligen sich an der Staatsfinanzierung nur in der Not und nur über Auftrag der EZB, wenn das gesamte Finanzsystem wackelt – so wie es gegenwärtig der Fall ist.

Fazit: Was Regierungen und Parlamente in der Eurozone sich selbst verboten haben, nämlich Geld durch eigene Zentralbanken drucken zu lassen, das macht heute ein

internationales Bankensyndikat für die Regierungen umso bedenkenloser und in umso größerem Umfang. Denn der Staat besitzt aufgrund seines Steuermonopols den größten Cashflow und gilt den Banken deshalb im Normalfall als denkbar bester Schuldner – so lange, bis ein unvorhergesehenes krisenhaftes Ereignis zu einer plötzlichen Neubewertung der Überexposition der Banken und anderen Finanzinstitute führt. Dann beginnen sie jäh, Staatsfinanzierungen abzustoßen und neue Anleihen nicht mehr oder nur noch zu sehr hohen Zinsen zu erwerben. Damit lösen sie eine Staatsschuldenkrise aus, meist in Verbindung mit einer Währungskrise, und verschlimmern dadurch auch eine bereits bestehende Bankenkrise.<sup>93</sup>

## WIE MILLIARDEN IM KREIS HERUMGESCHICKT WURDEN

Es ist bemerkenswert, dass die EU-Politiker mit Einsetzen der Staatsschuldenkrise im Jahr 2010 Gesetzesbruch begingen und den Artikel 125 AEUV (No bail-out) einfach aushebelten, der es der EU und ihren Mitgliedstaaten verbietet, für die Verbindlichkeiten anderer Staaten einzustehen. Dies, obwohl die Großbanken bei einigen Ländern die übliche Umschuldung verweigerten und plötzlich auf der Auszahlung von auslaufenden Anleihen bestanden, ohne neue zu kaufen. Der Ausweg bestand darin, dass sich Staaten mit besserer Bonität verschuldeten, um jenen mit schlechterer mittels Krediten beizustehen und ihnen dadurch die Bedienung ihrer Bankschulden zu ermöglichen. Das Geld wurde auf diese Art im Kreis geschickt: Eine Bank forderte Geld von einem Staat, lieh die Summe einem anderen Staat, damit dieser dem ersten helfen konnte, die gleiche Summe an dieselbe Bank auszuzahlen. Die Bank blieb Gläubiger, nur der Schuldner wechselte. Die von der Staatengemeinschaft verlangte Solidarität galt somit in letzter Konsequenz dem begünstigten Bankgläubiger – oder wie im Fall Griechenland gleich mehreren.

Am Artikel 123 (1) AEUV hat die EZB hingegen zunächst festgehalten und der Verschuldungsorgie untätig zugesehen. Erst als sie keinen anderen Ausweg mehr sah, verkündete sie, man werde alles tun, um den Euro zu retten und begann schließlich – auch sie ohne gesetzliche Legitimation – Staatsanleihen am offenen Markt aufzukaufen. Der Artikel 123 (1) entpuppt sich daher als reine Augenwischerei, die offensichtlich lediglich den Zweck hatte, den unbedarften Euro-Regierungen die Zustimmung zur Preisgabe der monetären Souveränität ihrer Staaten zu entlocken. Auch mit den Ankäufen am Sekundärmarkt wurde das Mandat der Geldpolitik erheblich überdehnt und die Grenze zur Finanzpolitik verwischt, weil die EZB im Endeffekt auf diese Art nun doch Staaten finanziert. Damit wird der erzwungene Umweg der Staatsfinanzierung über Banken als das entlarvt, was er tatsächlich ist: ein Willkürakt zur Bereicherung einer internationalen Finanz-Oligarchie. Inzwischen begeht die EZB den Gesetzesbruch völlig ungeniert und ungehindert, indem sie in Billionenhöhe Staatsanleihen ankauft und Schulden monetisiert – also in frisch »gedrucktes« Geld und damit Kaufkraft umwandelt.

Längst obsolet geworden für den Großteil der EU-Länder ist auch die einst festgelegte Obergrenze der Staatsschulden von 60 Prozent des BIP gemäß den Maastrichter Konvergenzkriterien aus dem Jahr 1992. Diese schrieben vor, dass das jährliche öffentliche Defizit (Nettoneuverschuldung) nicht mehr als 3 Prozent des

Bruttoinlandsprodukts betragen darf und zum anderen der öffentliche Schuldenstand insgesamt nicht mehr als 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der Eurozonen-Schnitt lag im 1. Quartal 2016 bei 91,7 Prozent, in der EU (28) bei 84,8; Deutschland (71,1) lag darunter und Nachbar Österreich (86,9) darüber.<sup>94</sup>

Gemäß Daten des Internationalen Währungsfonds (IWF) führte Japan 2015 international mit einer Staatsverschuldung von 246 Prozent die Liste der Staaten mit der größten Verschuldung an. Knapp dahinter folgten gleich die Eurostaaten Griechenland mit 197 Prozent, Italien (133), Portugal (128), Belgien (107), Zypern (106), Irland (101), Spanien (99) und Frankreich (97). Großbritannien mit der privaten Bank of England meldete 89 Prozent, die USA mit der gleichfalls privaten FED berichteten 105 Prozent.<sup>95</sup>

## SCHATTENBANKEN KONTROLLIEREN DAS SYNDIKAT

Größter Profiteur des Artikel 123 (1) AEUV ist jedenfalls das anglo-amerikanische Bankensyndikat. Dazu gehören neben der Londoner Großbank Barclays die sieben US-Bankgiganten JPMorgan Chase, Bank of America Merrill Lynch, Citigroup, Wells Fargo, Goldman Sachs, Morgan Stanley und Bank of New York Mellon. Es sind jene Geldkonzerne, die auch von der ETH Zürich in einer Untersuchung über die Verflechtungen in der Weltwirtschaft identifiziert wurden (siehe Kapitel 8 »Enttarnt: die wahren Herrscher der Welt«). Dass es sich hier tatsächlich um ein regelrechtes Syndikat handelt, wird aus der Eigentümerstruktur ersichtlich. Denn unter den Aktionären taucht bei allen immer wieder derselbe Kreis von Namen auf – allen voran die »Big Four« BlackRock, Vanguard, State Street und Fidelity (FMR), die insgesamt ein Vermögen von rund 15,697 Billionen (15.697 Milliarden) Dollar (Stand Ende 2015) verwalten. Zu ihren direkten Anteilen kommen noch ihre Investmentfonds als Aktionäre hinzu, die den Anteil mancher Top-10-Aktionäre noch um 5 bis 10 Prozent erhöhen. Damit wird offensichtlich, dass auch die internationalen Bankriesen von den Managern einiger weniger Finanzkonglomerate beherrscht werden. Eine echte Konkurrenz untereinander ist dadurch wenig wahrscheinlich. Vielmehr handelt es sich hier um ein weltumspannendes Finanzkartell, das in den USA als »Money Trust der Wall Street« berüchtigt ist.

### Die Top-10 Aktionäre des Syndikats

Barclays <sup>96</sup>	JPMorgan Chase & Company <sup>97</sup>	Bank of America Merrill Lynch <sup>98</sup>	Citigroup Inc. <sup>99</sup>	Wells Fargo Bank <sup>100</sup>	Goldman Sachs Group Inc. <sup>101</sup>	Morgan Stanley <sup>102</sup>	Bank of New York Mellon <sup>103</sup>
Vanguard Group, Inc. (2,40 %)	Vanguard Group, Inc. (6,28 %)	Vanguard Group, Inc. (5,98 %)	Vanguard Group, Inc. (6,03 %)	Vanguard Group, Inc. (5,71 %)	Vanguard Group, Inc. (5,41 %)	Vanguard Group, Inc. (4,25 %)	Vanguard Group, Inc. (5,85 %)
Qatar Holding (6,02 %)	State Street Corp. (4,28 %)	State Street Corp. (4,16 %)	State Street Corp. (4,22 %)	State Street Corp. (3,76 %)	State Street Corp. (4,95 %)	State Street Corp. (8,15 %)	State Street Corp. (4,14 %)

BlackRock (2,55 %)	BlackRock (3,0 %)	BlackRock (3,76 %)	BlackRock (3,82 %)	BlackRock (3,48 %)	BlackRock (3,48 %)	BlackRock (2,90 %)	BlackRock (3,65 %)
Capital Group Research World (5,28%)	Fidelity MR (2,10 %)	Fidelity MR (2,38 %)	Fidelity MR (3,03 %)	Fidelity MR (2,33 %)	Fidelity MR (1,38 %)	Fidelity MR (1,22 %)	T. Rowe Price (6,16 %)
Capital Group Res. Global (1,65 %)	Capital Group (3,0 %)	Norges Bank (0,87 %)	JP Morgan Chase & Co. (1,58 %)	JP Morgan Chase & Co. (2,32 %)	Capital Group (2,75 %)	Mitsubishi UFJ Financial Gr. (22,5 %)	Dodge & Cox Inc. (5,19 %)
Dodge & Cox Inc.	Wellington Management	Wellington Management	T. Rowe Price Ass.	Berkshire Hathaway, Inc. (9,50 %)	Goldman Sachs Group (5,73 %)	JP Morgan Chase & Co.	Massachusetts Financial Serv. Co.
Norges Bank	Price (T. Rowe)	Invesco Advisers	Capital Group	Wellington Management	Massachusetts Financial Serv.	T. Rowe Price (7,92 %)	Berkshire Hathaway
Legal & General Investment	Massachusetts Financial Serv.	Dodge & Cox Inc.	Invesco Advisers Inc.	Dodge & Cox Inc.	Dodge & Cox Inc.	ValueAct Capital Mgmt.	Triam Fund Management
Barclays Bank PLC (Private Banking)	Northern Trust Corp.	Northern Trust Corp.	Northern Trust Corp.	Northern Trust Corp.	Berkshire Hathaway Inc.	Invesco Advisers	First Eagle Investment Management
Upper Chance Group	Norges Bank	Harris Associates L.P.	Columbia Mgmt.Invest	Capital Group	Harris Associates L.P.	Columbia Mgmt.	Davis Selected Advisers
<b>30,71 %</b>	<b>23,01 %**)</b>	<b>24,53 %**)</b>	<b>24,82 %**)</b>	<b>33,12 %**)</b>	<b>34,38 %**)</b>	<b>53,86 %**)</b>	<b>37,7 %**)</b>

**\*\*) Teilweise inklusive eigener Investmentfonds**

Die Tabelle zeigt in der ersten Reihe die Namen der Banken, in den Zeilen darunter jeweils die institutionellen Großaktionäre mit den einzelnen Anteilen der »Big Four« (Vanguard, State Street, BlackRock, Fidelity) bzw. der Top 5 und in der letzten Zeile der Top 10 insgesamt in Prozent per August 2016. Daraus lässt sich die Konzentration und Verflechtung der Eigentümer bei diesem internationalen Bankensyndikat erkennen. Nicht in den Zahlen enthalten sind die zahlreichen Investmentfonds dieser Aktionäre, die gleichfalls Anteile halten.

Bis 2008 sah die Eigentümerliste des Bankensyndikats allerdings noch anders aus. Denn damals dominierte unübersehbar mit Barclays eine Bank, die in London im Jahr

1690, also vier Jahre vor Gründung der Bank of England, gegründet worden war. 2007 umspannte sie die Welt mit ihren Tentakeln wie ein Oktopus, der sich an allem festsaugt, was wertvoll und strategisch wichtig war. Allen voran die US-amerikanischen Finanzgiganten. Mit anderen Worten: Londons größte Bank, einst die Nummer zwei in Großbritannien hinter der HSBC, kontrollierte als Großaktionär auch die Wall Street und festigte damit den Charakter des Bankensyndikats ebenso wie der zweitgrößte Aktionär State Street Corporation:<sup>104</sup>

**Bank of America:** Nr. 1-Aktionär war Barclays Global Investors Holdings Ltd., zweitgrößter die amerikanische State Street.

**CitiGroup:** 1 Barclays, 2 Capital World Investors, 3 State Street.

**JPMorgan Chase:** 1 Barclays, 2 AXA (Frankreich), 3 State Street.

**Wells Fargo:** 1 Berkshire Hathaway, 2 Barclays, 3 State Street.

**Bank of New York Mellon:** 1 Barclays, 2 David Selected Advisers LP, 3 State Street.

**SunTrust Banks:** 1 Barclays, 2 Capital World, 5 State Street.

**Wachovia Bank:** 1 Dodge & Co, 2 FMR LLC (Fidelity), 3 Barclays, 4 State Street.

**Royal Bank of Canada:** 1 Toronto Dominion Bank, 2 Bank Of Nova Scotia, 6 Barclays.

**Bank of Nova Scotia (Canada):** 1 Royal Bank Of Canada, 2 Toronto Dominion Bank, 6 Barclays.

**Toronto Dominion Bank (Canada):** 1 Royal Bank Of Canada, 2 Bank of Nova Scotia, 9 Barclays.

## BARCLAYS UND STATE STREET DOMINIERTEN BIS 2008

Die Barclays Global Investors Holdings Ltd. war also einer der dominierenden Aktionäre der zehn größten US-Banken: Nr. 1 bei Bank of America, Citigroup, JPMorgan, Bank of New York Mellon und SunTrust Bank. Nr. 2 bei Wells Fargo Bank, Nr. 3 bei der Wachovia Bank, Nr. 6 bei der Royal Bank of Canada and Bank of Nova Scotia, Nr. 9 bei der Toronto Dominion Bank. Als einer der Top-5-Aktionäre bei sieben dieser großen Banken sticht zu diesem Zeitpunkt (2008) auch die State Street Corporation hervor: Nr. 2 bei der Bank of America; Nr. 3 bei Citigroup, JPMorgan, Wells Fargo und der Bank of New York Mellon, Nr. 4 bei Wachovia Bank, Nr. 5 SunTrust Banks.

Somit kontrollierten mit Barclays und State Street wichtige und einflussreiche Finanzgiganten die Top-10-Banken in den USA. Noch bemerkenswerter wird das Engagement, wenn man die indirekten Beteiligungen berücksichtigt, die auch die ETH-Studie nachgewiesen hat (siehe Kapitel 8). Die drei angeführten kanadischen Banken waren überdies gegenseitig netzwerkartig aneinander beteiligt.

Nicht anders war es bei den großen Investmentbanken. Barclays Global Investors Holdings Ltd. und State Street Corporation waren 2007 auch direkt und indirekt an

Goldman Sachs, Merrill Lynch, Morgan Stanley, Lehman Brothers, Charles Schwab Corp. und Bear Stearns beteiligt. Die wertvollen Teile von Lehman Brothers, das Nordamerika-Geschäft, gingen im September 2008 gleich nach dem Konkurs von Lehman an Barclays. Bear Stearns wurde schon im März 2008 von JPMorgan Chase geschluckt und Merrill Lynch später von der Bank of America.

Auch die großen Immobilienfinanzierer Countrywide Financial Corp., Freddie Mac (Federal Home Loan Mortgage Corporation), Fannie Mae (Federal National Mortgage Association), Sallie Mae (SLM Corporation) hatten Barclays direkt und indirekt über andere Beteiligungen als Großaktionär.

Um die Spuren zu verwischen, findet mittlerweile immer wieder ein irreführender Austausch der Beteiligungen untereinander statt. So hatte BlackRock beispielsweise 2012 noch einen Anteil an Barclays von 8,06 Prozent, 2015 nur mehr 2,72 Prozent. Stattdessen stieg die Capital Group mit 10,96 Prozent zum größten Aktionär auf (siehe Tabelle). Bei diesen und anderen Beteiligungsfirmen fällt wiederum ein Name als Aktionär oder im Management besonders ins Auge: Rothschild (siehe Kapitel 8 »Enttarnt: die wahren Herrscher der Welt«). Die reichste Familie der Welt, die als Privatbankiers seit Anfang des 19. Jahrhunderts binnen rund 50 Jahren das erste bekannte Milliarden-(Pfund) Vermögen angehäuft hat, ist offenbar indirekt über diese »Geldtresore« an allen Banken der Hochfinanz maßgeblich beteiligt.

## DIE WAHREN GLÄUBIGER EUROPAS BLEIBEN VERBORGEN

Bei wem Europa namentlich verschuldet ist, bleibt der Öffentlichkeit weitgehend verborgen. Dies wird begünstigt durch den in allen Ländern üblichen Handel am »offenen« Sekundärmarkt und den Brauch des zeitlich begrenzten Ankaufs von Staatsanleihen durch die Zentralbanken. Im Hinblick auf die Staatsfinanzierung ändert ein Sekundärankauf im Vergleich zu einem Primärankauf nichts. Dem in jedem Land festgelegten privilegierten Konsortium der Erstabnehmer wird aber ein lukratives Geschäft garantiert, mit dem sie zumindest Gebühren und einen »Spread« (= Differenz) zwischen An- und Verkaufspreis erzielen. Die Sekundärabnehmer kassieren dann jene Zinsen, die der Staat auf einen anwachsenden und laufend zu erneuernden Schuldenberg zahlt.

Die angeführten Staatsanleihen-Käufer haben mehr als die Hälfte der deutschen Staatsschulden (Bund, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände einschließlich aller Kern- und Extrahaushalte) in Höhe von rund 2,146 Billionen Euro bzw. rund 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Stand 16. Mai 2016) in Form von Anleihen, Krediten und sonstigen Wertpapieren in ihren Portfolios.<sup>105</sup> Die Auslandsverschuldung des deutschen Staates betrug Ende 2015 rund 1,288 Billionen Euro.

Bei inländischen Kreditinstituten ist Deutschland nur zu rund 25 Prozent verschuldet, wobei auch die Deutsche Bank als inländisch bezeichnet wird, obwohl sie längst von ausländischen Schattenbanken kontrolliert wird. Die übrigen Gläubiger sind Privatleute, Sozialversicherungen, Bausparkassen und Versicherungen.<sup>106</sup>

Die Identität der größten Primärgläubiger Deutschlands veröffentlicht das

Bundesministerium der Finanzen im jährlichen Bericht über die Kreditaufnahme des Bundes mit der nach dem zugeteilten Emissionsvolumen gereihten »Bietergruppe Bundesemissionen«. Als die zehn größten Anleihekäufer von Europas größter Volkswirtschaft wurden darin 2008 die beschriebenen Syndikatsbanken offen gelegt, die sich auch in der »Internationalen Vereinigung für Swaps und Derivate« den Weltmarkt aufteilen. Berücksichtigt man die historisch gewachsenen Verflechtungen in der angloamerikanischen Finanzwelt, dann haben Zuordnungen mangels öffentlich zugänglicher Dokumentationen immer auch spekulativen Charakter. Demnach partizipierte das Rothschild-Imperium 2008 mit seinem einst vom Familienmitglied Marcus Agius geführten börsennotierten »monetären Schlachtschiff« Barclays (Gläubiger Nr. 1) sowie ihren weiteren indirekten Bankbeteiligungen. Marcus Agius ist der Schwiegersohn von Edmund Leopold de Rothschild vom englischen Familienzweig. Aufgrund verschiedener Ableitungen kann man dazu jedenfalls JPMorgan Chase, Morgan Stanley (5), The Royal Bank of Scotland (6) und Goldman Sachs (9) zählen. Der amerikanischen Bankiers- und Industriellen-Familie Rockefeller, dem wohl zweitreichsten Clan der Welt, kann man aufgrund der Fusion im Jahr 2000 gleichfalls JPMorgan Chase (8) sowie die Citigroup (10) zuordnen. Hinzu kommen Deutsche Bank (2), UBS (4) und Société Générale (7). Die Kapitalgeber dieser Finanzriesen ziehen aus der Anonymität heraus durch Zwischenschaltung von Überkreuzbeteiligungen an Schattenbanken die Fäden in der Hochfinanz. Lediglich bei der norwegischen Zentralbank »Norges Bank« ist der Staat als Kapitaleigner bekannt. Den Emissions-Konsortien für deutsche Bundesanleihen gehörten immer wieder auch ABN Amro und BNP Paribas an.<sup>107</sup>

2014 war der Appetit auf die Emissionen deutscher Staatsanleihen bei den US-Banken angesichts der minimalen bis negativen Renditen gesunken. Die Bietergruppe hatte in der Reihenfolge der übernommenen Zuteilungsbeträge folgende 15 Banken im Spitzenfeld: Commerzbank, BNP Paribas, UniCredit, HSBC, Deutsche Bank, Crédit Agricole, Barclays, Goldman Sachs, Société Générale, Citigroup, Morgan Stanley, DZ Bank, Natixis, JPMorgan und Merrill Lynch.<sup>108</sup>

Für die Eurozone insgesamt gibt es zwar kein Ranking der Gläubiger. Doch es werden federführend wohl die gleichen Großgläubiger wie in Deutschland sein. Im kleinen Österreich sieht die Gruppe der Primärhändler bei der Emission durch die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur GmbH (OeBFA) jedenfalls ähnlich aus wie in Deutschland: Barclays, JPMorgan Chase, Goldman Sachs, Citigroup, Merrill Lynch, Morgan Stanley, Deutsche Bank, Royal Bank of Scotland und Société Générale. Ergänzend kommen BNP Paribas, HSBC France, UniCredit Bank, Nomura International, Banco Santander und die größten österreichischen Banken dazu.<sup>109</sup>

## US-KREDITSYSTEM IN DEN HÄNDEN EINIGER WENIGER

Die Allmacht der Geldgeber von Staaten, die nicht über eine eigene Notenbank verfügen, beklagte schon 1912 Theodore Roosevelt (1858– 1919), der 26. Präsident der USA:

*»Eine große Industrienation wird von ihrem Kreditsystem kontrolliert. Unser Kreditsystem liegt konzentriert in den Händen einiger Weniger. Wir sind zu einer*

*der schlechtest regierten, einer der am meisten kontrollierten und dominierten Regierung der Welt geworden. Nicht länger eine Regierung der freien Meinung ... sondern eine Regierung der Meinung und des Zwangs einer kleinen Gruppe dominierender Menschen.«*

Die 1913/14 von einem halben Dutzend Bankiers gegründete private Notenbank Federal Reserve System (abgekürzt: Fed, auch FED) führte die USA fortan immer tiefer in die Abhängigkeit von deren Aktionären. Franklin D. Roosevelt (1882–1945), der 32. Präsident der USA, bekannte später freimütig: »Die tatsächliche Wahrheit ist, dass ... gewisse Teile der großen Finanzzentren die Regierung beherrschen.« Auch der Großteil Europas steht längst unter dem Diktat der angloamerikanischen Hauptgläubiger. Wer das Geld hat, schafft eben an.

Benjamin Disraeli (1804–1881), britischer Premierminister und Schriftsteller, schrieb 1844 in seinem Roman Coningsby:

*»Die Welt wird von ganz anderen Personen regiert als man sich das denkt, wenn man nicht hinter die Kulissen blicken kann.« Ein anderes Mal schrieb er: »Die Staatsmänner haben es nicht allein mit Regierungen, Kaisern, Königen und Ministern zu tun, sondern auch mit geheimen Gesellschaften, Elementen, denen man Rechnung tragen muss. Diese Gesellschaften können schließlich alle politischen Arrangements zunichte machen.«*

Disraeli wusste, wovon er schrieb. Denn er war ein enger Freund von Lionel de Rothschild, den er unterstützte, damit er 1848 für den Wahlkreis des Finanzdistrikts »City of London« als erster jüdischer Abgeordneter im Unterhaus (House of Commons) Platz nehmen konnte. Diese Ehre blieb seinem Vater Nathan Mayer Rothschild trotz seiner enormen Macht als reichster und wichtigster Financier des Staates verwehrt. Erst Lionels Sohn, der nach dem Großvater mit Vornamen gleichfalls Nathan Mayer hieß, wurde 1885 als Lord Rothschild in den britischen Erbadel erhoben und erhielt als erstes jüdisches Mitglied einen Sitz im britischen Oberhaus (House of Lords). Im Gegensatz zu Benjamin Disraeli war er nicht zum Christentum übergetreten. Alle Rothschilds hatten ursprünglich auf Intervention des österreichischen Staatskanzlers Metternich vom österreichischen Kaiser 1822 den erblichen österreichischen Adelstitel erhalten. Der in London reich gewordene Bruder Nathan Mayer lehnte diesen indes ab und bestand auf einem englischen Adelstitel, der ihm aber zeitlebens verwehrt blieb.

## KAPITEL 6

### RATINGAGENTUREN ALS KOMPLIZEN

Wie dramatisch sich Staatsschulden auswirken können, erlebte die Europäische Union (EU) im Zuge der Finanz- und Bankenkrise. Denn die Zinsen für Neuemissionen stiegen für manche Länder auf unbezahlbare Höhen. Tatkräftig angeheizt wurde die Staatsschuldenkrise von den Ratingagenturen. Zu diesem Schluss kommt eine aufsehenerregende, aber dennoch kaum beachtete Analyse von Wissenschaftlern der renommierten Schweizer Hochschule St. Gallen (HSG), in der sie die Arbeit der US-Ratingagenturen unter die Lupe genommen haben. Anhand der Wirtschaftsdaten von 1999 bis 2011 entdeckten sie, dass die rapide heruntergestuften Bewertungen (Ratings) maßgeblich den Boden für die Schuldenkrise in Europa aufbereitet hatten. Denn diese seien geradezu eine »Self-fulfilling Prophecy« gewesen – sie erfüllten sich von selbst, auch wenn sie ungerechtfertigt waren.

Die Macht der Ratingagenturen leitet sich nämlich davon ab, dass sie fast das gesamte Kapital der Welt und die Kreditwürdigkeit von Konzernen, Ländern, Kommunen und Wertpapieren gewerbsmäßig bewerten. Davon profitieren die umsatz- und gewinnorientierten »großen Drei«. Standard & Poor's (S&P) und Moody's jeweils mit Sitz in New York sowie Fitch (New York und London) führen nämlich 97 Prozent aller weltweiten Bewertungen durch. Und sie machten auch in den Jahren nach der Krise noch mehr als 4 Milliarden Euro Umsatz – wovon fast 40 Prozent direkt als Gewinn erzielt wurden. Ihre höchst zweifelhaften Methoden hatten in den vergangenen Jahren verheerende Folgen.

Ab 2008 mehrten sich die Verdachtsmomente, denen zufolge zumindest die New Yorker Ratingagenturen den Großbanken der Wall Street als den größten Käufern von Staatsanleihen gezielt in die Hände gespielt haben. Diese profitierten einerseits von den übertrieben positiven Ratings von »Ramschpapieren« – jenen minderwertigen Hypothekenkonstruktionen, die von den Wall-Street-Banken als vermeintlich besonders lukrative Veranlagung in Höhe von Hunderten Milliarden Dollar skrupellos weiterverkauft wurden. Und andererseits in der Folge von den höheren Zinsforderungen auf Basis der negativen Länderratings im Zuge der Staatsschuldenkrise, die wiederum Folge der staatlichen Bankenrettung auf Pump war.

#### TEIL EINES WELTWEITEN NETZWERKS DER FINANZKONZERNE

Regelrecht kriminell erscheinen die Handlungen von Branchenprimus S&P (als Abteilung des Verlagshauses McGraw-Hill Inc.) und Moody's als Nummer zwei erst recht dann, wenn man ihre Aktionärsstruktur durchleuchtet. Denn dann stellt sich heraus, dass sie von denselben Großaktionären beherrscht werden, wie die Großbanken der Wall Street: den

weltweit größten Finanzinvestoren Capital Group, BlackRock, Vanguard, State Street, Fidelity, T. Rowe Price, Bank of New York Mellon und Northern Trust. Über diese »Schattenbanken« sind die Agenturen mit den international operierenden Bankriesen Goldman Sachs, Morgan Stanley, JPMorgan Chase, Bank of America, Wells Fargo, Citibank und Deutsche Bank gleichsam verwandt (siehe Kapitel 7 »Die Spur des Geldes in den Schatten«). Fitch Ratings hingegen gehört zu 60 Prozent der französischen Fimalac Holding von Marc Eugène Charles Ladreit de Lacharrière.<sup>110</sup>

Der vormalige EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier beschuldigte die Agenturen daher: »Sie haben die eigenen Produkte ihrer Eigentümer bewertet« und »es gab schwerwiegende Interessenskonflikte, aber keine Transparenz.«<sup>111</sup> Die Agenturen haben also mit ihren willkürlichen Ratings just jenen »verwandten« US-Banken vielfältig in die Hände gespielt, die die Krise durch den Verkauf betrügerischer Wertpapiere verursacht haben und einen Großteil der Staatsschulden der EU in Höhe von rund 10 Billionen Euro (Juli 2016) finanzieren. Diese profitieren aber nicht nur von Zinsen der Staatsanleihen, sondern auch von Zinsänderungen über Spekulationen mit Zinsderivaten wie den Credit Default Swaps (CDS). Und die beiderseitigen Eigentümer profitieren natürlich über die Dividendenausschüttungen von Agenturen und Banken gleichermaßen. Auf Kosten von hunderten Millionen Menschen.<sup>112</sup>

Es war also eine regelrechte Kette von Gaunerei und Bereicherung. Sie begann beim Einsammeln von guten, weniger guten bis ausgesprochen notleidenden Hypothekarkrediten und setzte sich in der fantasiereichen Mischung (»Verbriefung«) in einer Mogelpackung von Asset Backed Securities (ABS) in verschiedensten Ausgestaltungen unter der speziellen Bezeichnung Mortgage Backed Securities (MBS) fort. Die nächste Stufe der kriminellen Handlung war die hoch bezahlte wohlwollende Bewertung dieser MBS durch die Ratingagenturen. Das Amerika-Syndikat leistete ganze Arbeit und sackte Billionen von Dollar als Profit ein.

## ÄNDERUNGEN DER LÄNDERRATINGS IN NUR ZWEI JAHREN

Bevorzugter Absatzmarkt der amerikanischen Banken für ihre Ramschpapiere war Europa. Dort häuften sich nach 2008 Änderungen der Länderratings: Allein 140 waren es binnen zwei Jahren. Dabei wurden viele europäische Länder nach anderen Maßstäben und weit strenger beurteilt als früher oder als außereuropäische Länder. Ihre Herabstufungen konnten jedenfalls nicht mit einer Verschlechterung der Wirtschaftslage und der Staatsfinanzen begründet werden: Spanien zum Beispiel hätte lediglich um eine halbe Klasse herabgestuft werden müssen, verlor aber drei Klassen. Irland hätte eineinhalb Ratingstufen verlieren müssen, wurde aber um sieben Klassen herabgestuft. Portugal verlor acht Klassen, gerechtfertigt war nur eine halbe Klasse. Selbst Griechenlands Rating hätte sich aufgrund objektiver Wirtschaftsindikatoren in dieser Zeit nur um 0,14 verschlechtern dürfen. Tatsächlich sackte es aber um 12 Klassen ab, von A auf CCC. Sogar die Schweiz wurde von AAA um eine Stufe herabgestuft, obwohl sie mit einer vergleichsweise niedrigen Verschuldung keinerlei Probleme hatte.

Die Zinsen für neue Kredite stiegen nach Ratingherabstufungen sofort an und erhöhten

sprunghaft die Zinseinnahmen der Gläubiger. Für Irland verlangten die Banken innerhalb von fünf Tagen unter Verweis auf die schlechtere Bewertung statt 12,6 plötzlich 14 Prozent p.a. In Italien machte die Zusatzbelastung durch die Herabstufung 120 Milliarden Euro aus, die an die Finanzinvestoren flossen. »Reformiert euch oder wir stufen euch herab.« Mit diesem Ultimatum trieben die Agenturen die Länder regelrecht vor sich her. Denen blieb aber gar nicht die Zeit, Reformen einzuleiten. Eine Abwärtsspirale begann sich zu drehen.

Dass die Bewertungen oft reine Willkür waren offenbarte zunächst die im August 2011 veröffentlichte erste Untersuchung »PIGS or Lambs? The European Sovereign Debt Crisis and the Role of Rating Agencies« der Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie an der HSG St. Gallen (Schweiz). In der nächsten, im Juni 2012 veröffentlichten Studie mit dem Titel »Rating agencies, multiple equilibria and self-fulfilling prophecy? An empirical model of the European sovereign debt crisis 2009-2011« wiesen die Experten dann nach, dass nicht nachvollziehbare und weitgehend unbegründete massive Herabstufungen europäischer Länder tatsächlich zentrale Ursache und Beschleuniger der europäischen Schuldenkrise waren. Die von Manfred Gärtner und Björn Griesbach verfasste Studie wertete Daten für 25 OECD-Länder im Zeitraum 2009 bis 2011 aus. Sie belegte, dass der Kampf der Eurozone gegen Insolvenzen und systemische Gefahren in einem fragilen Umfeld multipler Gleichgewichte stattfand. Wird ein Land unter bestimmten Verhältnissen über eine identifizierbare »Insolvenzschwelle« geschoben, setzt ein Sog in Richtung Insolvenz ein, aus dem es sich selbst nicht mehr befreien kann.<sup>113</sup>

Länder mit dem Rating eines einfachen »A« oder schlechter sind demnach in höchstem Maße gefährdet. Bereits geringste negative Zins- oder Ratingsignale, auch wenn diese unbegründet sind, können solche Länder in den Insolvenzstrudel stoßen. Aber auch Länder mit Spitzenratings können nicht völlig sicher sein. Selbst ein Land mit einem AAA (Triple A-)-Rating kann eine versehentliche oder missbräuchliche Herabstufung um vier Stufen, also von AAA auf A+, in höchste Schwierigkeiten bringen. Denn dann kaufen die Gläubigerbanken neue Anleihen nur, wenn das Land wesentlich höhere Zinsen zahlt.

Der Verkauf von Anleihen ist aber für alle verschuldeten Länder lebenswichtig. Denn eine Tilgung erfolgt nie, weil das Finanzsystem unter der Herrschaft der westlichen, vorwiegend angloamerikanischen Großbanken auf einer steten Umschuldung, der revolvierenden Erneuerung der Schulden, aufgebaut ist: Mit dem Ertrag einer neuen Anleiheemission werden die auslaufenden Anleihen ersetzt. Eine tatsächliche Verringerung der Schuldensumme findet nicht statt. Ein Entkommen ist nicht möglich. Jedes Land ist daher vom guten Willen seiner Gläubiger abhängig, bei der Umschuldung mitzumachen. Wie hoch die Zinsen für die neuen Schulden sind, entscheiden maßgeblich die Ratingagenturen.

## BEWERTUNG HÄNGT VON DER HÖHE DES HONORARS AB

Ende Oktober 2012 fuhren schließlich auch drei Ökonomen der Europäischen Zentralbank (EZB) schwere Geschütze gegen die großen Ratingagenturen auf, nachdem sie 39.000 Bankratings aus den Jahren 1990 bis 2011 analysiert hatten: Die Bewertungen großer

Banken hätten nur wenig mit der tatsächlichen Kreditwürdigkeit des Hauses zu tun. Harald Hau, Sam Langfield und David Marques-Ibanez schrieben in einem Arbeitspapier: »Je häufiger eine Bank eine Ratingagentur zur Bewertung der Emission ihrer besicherten Wertpapiere heranzog, desto eher erhielt diese Bank eine gute Note von der Agentur.« Im Klartext: Je mehr Honorar eine Bank bezahlte, umso bessere Benotungen bekamen die Wertpapiere, die die Bank auf den Markt bringen wollte. Die Agenturen sind also käuflich. »Die Macht einer Bank im Verhältnis zu einer Ratingagentur ist abhängig von ihrer Größe. Große Banken haben sehr wahrscheinlich große und umfassende Geschäftsbeziehungen zu Ratingagenturen«, folgerten die Studienautoren. Sie kamen überdies zu dem Schluss, dass aufgrund der geringen Aussagekraft der Noten auch der zunächst nach Basel II verfolgte Ansatz der Risikogewichtung von Bankaktiva ungenügend sei, da das Rating kaum etwas über die tatsächliche Ausfallwahrscheinlichkeit einer Bank aussagen würde. Es ist also ziemlich nutzlos.<sup>114</sup>

Angesichts des Zauderns der europäischen Politiker erarbeitete die deutsche Bertelsmann Stiftung ein INCRA (International Non-Profit Credit Rating Agency)-Konzept und überraschte Mitte April 2013 mit einem darauf basierenden eigenen Länderrating für die Vereinigten Staaten, das eine Bewertung von nur AA+ bei stabilem Ausblick ergab. Vorangegangen war die Veröffentlichung von Ländergutachten u. a. zu Brasilien, Frankreich, Japan, Italien und Deutschland Ende November 2012. Für Deutschland ermittelte die Studie die höchstmögliche Bonität von 8.1. Auf der Ratingskala der kommerziellen Ratingagenturen entspräche dies einer der höchstmöglichen Einstufungen (Triple A mit negativem Outlook). Nach Deutschland erhielt Frankreich die beste Bonitätsbewertung mit 7.9 (oder AA+), gefolgt von Italien mit 7.2 (entsprechend AA). Die Kreditwürdigkeit Brasiliens bewerteten die Gutachten mit 6.8 (A) und für Japan mit 6.0 (A). Insbesondere bei Italien war die Bertelsmann-Bewertung deutlich positiver als jene der Ratingagenturen.<sup>115</sup>

## EU NIMMT RATINGAGENTUREN AN DIE LEINE

Europas Politiker haben jahrelang in erster Linie Untätigkeit und Naivität bewiesen, anstatt den Ratinggaunern in die Parade zu fahren. Erst spät begann sich die EU zu wehren, wenn auch nur zaghaft. Kritiker sagen: Viel zu spät. Erst seit dem Frühjahr 2013 gelten endlich Regeln für Ratingagenturen, die es vorher nicht gegeben hat. So können Anleger künftig Unternehmen wie Moody's, Fitch und S&P für schwere Fehler bei ihren Bewertungen haftbar machen. Zudem können sie Schadenersatz für Verluste einklagen, wenn Ratingagenturen ein Unternehmen oder einen Staat absichtlich oder fahrlässig falsch beurteilen. Darüber hinaus dürfen sie EU-Staaten nur noch zu festen Terminen bewerten. Die Bekanntgabe der Bonitätsbewertungen von Staaten wird nur außerhalb der europäischen Börsenzeiten erlaubt sein. Zudem müssen die Ratingagenturen die Regierungen vorher informieren und offenlegen, nach welchen Kriterien sie die Bewertung erteilt haben.

Am 6.1.2015 veröffentlichte die Europäische Kommission im Amtsblatt drei »Delegierte Verordnungen«, die von der Europäischen Kommission am 30.9.2014 angenommen worden waren. Sie enthalten technische Regulierungsstandards, die die

grundlegenden Bestimmungen der Verordnung über Ratingagenturen umsetzen. Diese technischen Regulierungsstandards regeln:<sup>116</sup>

- Offenlegungspflichten für Anbieter, Emittenten und Förderer strukturierter Finanzprodukte;
- Informationspflichten für Ratingagenturen über Kosten für ihre Kunden;
- Berichtspflichten für Ratingagenturen gegenüber der Europäischen Kreditbewertungsplattform.

Die neu getroffenen Regelungen bleiben allerdings weit hinter den Plänen der EU-Kommission zurück. Die Pläne, als Gegengewicht eine unabhängige europäische Ratingagentur zu gründen, legten die EU-Politiker nämlich unverständlicherweise auf Eis.

Mitte Januar 2013 entschied der deutsche Bundesgerichtshof in Karlsruhe, dass Ratingagenturen in Deutschland grundsätzlich wegen ihrer Einschätzung verklagt werden können.<sup>117</sup>

## US-RICHTERIN LIESS RATINGAGENTUREN ZITTERN

Nur vereinzelt fassten Gerichte in den USA und Australien Ratingagenturen härter an. Und trafen damit ins Schwarze. Sie untersuchten nämlich das System, dessen sich Banken und Agenturen heute kaum mehr so ungeniert bedienen können wie früher. Demnach erhielten die von Banken emittierten Wertpapiere grundsätzlich möglichst gute Bewertungen von Ratingagenturen, was natürlich den Verkauf unterstützt hat.

Im August 2012 hatten Moody's und S&P schließlich einen Prozess am Hals, den die Vereinigten Staaten wegen falsch benoteter Wertpapiere angestrengt haben. Diese stellten sich letztlich als Ramsch heraus. Die zuständige Richterin Shira Scheindlin im New Yorker Distriktsgericht hat in einer richtungsweisenden Entscheidung erklärt: Wenn sich die Agenturen nur auf ihre Meinungsfreiheit berufen, würden sie nicht durchkommen. Das war insofern relevant, weil Ratingagenturen davor nie für ihre Fehler haften mussten, indem sie sich als US-amerikanische Unternehmen auf das Recht der freien Meinungsäußerung beriefen, das in den USA verfassungsrechtlich geschützt ist. »Bei Ratingurteilen handelt es sich zwar nicht um objektiv messbare Darstellungen von Tatsachen«, schrieb die Richterin in der Begründung. Die Ratings seien aber auch nicht bloße Meinungen, »wie die Ansicht, dass eine Küche besser sei als die andere«. Es handle sich vielmehr um »faktenbasierte Meinungen«. Sie habe sich daher entschlossen, die Klage von 15 Großinvestoren gegen die Ratingagenturen zuzulassen.<sup>118</sup>

Die Investoren hatten beim Kollaps des Investmentfonds Cheyne im Jahr 2007 Milliarden verloren. Neben der Wall-Street-Bank Morgan Stanley machten die Kläger, darunter die Abu Dhabi Commercial Bank, auch die Ratingagenturen für ihre Verluste verantwortlich. Der Vorwurf: S&P und Moody's sollen dem Fonds auf Anweisung von Morgan Stanley eine Topkreditwürdigkeit bescheinigt haben – obwohl dies nicht der Realität entsprach. Im Mittelpunkt des Prozesses stand ein Gespräch zwischen zwei Mitarbeitern von S&P, das via Instant-Messaging-Dienst geführt wurde. In der dem

Gericht vorliegenden Transkription lautete ein Dialog zwischen zwei Analysten z. B. so:

*Analyst A: »Der Deal ist lächerlich, wir sollten ihn nicht bewerten.«*

*Analyst B: »Wir bewerten jeden Deal.«*

*Analyst A: »Der Deal könnte von Kühen strukturiert werden, und wir würden ihn trotzdem bewerten.«*

Ein derartiger Meinungs austausch unter Mitarbeitern war im Zuge des Subprime-Booms allerdings keine Einmaligkeit, als viele »Schrottpapiere« Topratings erhalten haben. Auch bei Klagen gegen andere Banken dienten Mitschnitte von Telefongesprächen unter Mitarbeitern oder E-Mails als Beweise. Das Argument, dies seien nur Meinungen gewesen, hat die Ratingagenturen längere Zeit vor Schadenersatzforderungen geschützt.

Anfang Februar 2013 geriet S&P nochmals in die Fänge der Justiz. Das US-Justizministerium hatte eine Zivilklage gegen die Ratingagentur unter dem Vorwurf eingereicht, Anleger in den Jahren vor der Finanzkrise mit übertriebenen Bonitätsnoten für tausende Hypothekensicherheiten in Form verschiedener Wertpapierkonstruktionen (CDOs) vorsätzlich in die Irre geführt zu haben. In den Wertpapierkonstruktionen waren schlecht abgesicherte Hypotheken gebündelt. CDO (Collateralized Debt Obligation) ist ein Oberbegriff für Finanzinstrumente, die zu der Gruppe der forderungsbesicherten Wertpapiere (ABS, *Asset Backed Securities*) und strukturierten Kreditprodukte gehören. CDOs bestehen aus einem Portfolio aus festverzinslichen Wertpapieren. Diese werden in mehrere Tranchen aufgeteilt, die in absteigender Reihenfolge ihrer Bonität üblicherweise als Senior, Mezzanine und Equity bezeichnet werden. Das Ausfallrisiko steigt – aufgrund der nachrangigen Bedienung im Fall eines Ausfalls – mit sinkendem Rating. Daher bietet die Equity-Tranche als Ausgleich die höchste Verzinsung. Im Zuge der Finanzkrise ab 2007 sind die CDOs in die Kritik geraten, da mittels ihres Einsatzes in hohem Maße risikobehaftete Kreditforderungen als vermeintlich sichere Investments auf dem Kapitalmarkt platziert wurden.<sup>119</sup>

## FÜR SCHLIMMSTE FINANZKRISE SEIT 1930 VERANTWORTLICH

Die Klage hatte sich unter anderem auf Hinweise aus eigenen Reihen des Unternehmens gestützt. S&P räumte schließlich ein, dass Mitarbeiter intern Zweifel an den zu positiven Bewertungen der Hypothekensicherheiten geäußert hätten. »Die Führung des Unternehmens hat die Warnungen von altgedienten Analysten ignoriert«, erklärte US-Justizminister Eric Holder. Das Vortäuschen der Kreditwürdigkeit von Ramschpapieren habe der Wirtschaft schweren Schaden zugefügt und zu der schlimmsten Finanzkrise seit der »Großen Depression« in den 1930er-Jahren beigetragen.

Obwohl Gespräche über einen Vergleich ursprünglich gescheitert waren, gab S&P Anfang Februar 2015 dann doch klein bei. Das Justizministerium hatte ursprünglich 5 Milliarden gefordert, ließ sich aber letztlich auf eine weitaus geringere Strafzahlung von insgesamt 1,5 Milliarden Dollar (ca. 1,367 Milliarden Euro) herunterhandeln. Jeweils rund 687 Millionen Dollar gingen an das US-Justizministerium, an 19 US-Bundesstaaten und die Hauptstadt Washington. Einen weiteren Vergleich in Höhe von 125 Millionen Dollar schloss S&P mit dem kalifornischen Pensionsfonds CalPERS. Im Januar 2015 hatte die

Agentur bereits zugestimmt, wegen zweifelhafter Bonitätsnoten weitere 77 Millionen Dollar an die Börsenaufsicht SEC und zwei andere Finanzbehörden zu zahlen. Die Ratingagentur betonte, sie habe mit der außergerichtlichen Einigung keine Gesetzesverstöße zugegeben. Damit wollte sie zusätzliche Schadenersatzklagen von Investoren auf Basis des Vergleichs verhindern.<sup>120</sup>

Diese und viele andere Vergleiche lassen erkennen, dass amerikanische Richter, wenn es um die Wall Street und ihre Komplizen geht, mit den Täter-Anwälten auf dem Rücken der Geschädigten eher zurückhaltend feilschen, statt in aller Härte Recht zu sprechen. So, wie sie es bei Kleinkriminellen tun.<sup>121</sup>

Gerechter dürfte es in Australien zugehen. Das Unternehmen IMF Australia hatte mehreren australischen Städten und Gemeinden, die komplizierte Finanzprodukte mit der irreführenden Höchstbewertung »AAA« gekauft und 2008 mehr als 90 Prozent ihrer Einlagen verloren hatten, eine Sammelklage finanziert. Eine australische Richterin wählte deutliche Worte und bezeichnete in ihrem Urteil das Rating als fehlerhaft und betrügerisch. Sie sprach den Kommunen gut 30 Millionen australische Dollar Entschädigung zu, um die Verluste sowie Zinszahlungen und Anwaltskosten auszugleichen. Neben S&P musste auch die Investmentbank ABN Amro zahlen. Das Urteil wurde vom Obersten Gericht bestätigt.<sup>122</sup>

Alle drei Agenturen hatten die Papiere lange als unbedenklich eingestuft.<sup>123</sup> US-Medien zufolge soll auch die Ratingagentur Moody's aufgrund ähnlicher Vorwürfe im Visier des US-Justizministeriums gestanden haben. Über eine Anklage ist aber nichts bekannt.<sup>124</sup>

Standard & Poor's hatte indes nach der Klage des Justizministeriums selber mit Zweifeln an seiner Kreditwürdigkeit zu kämpfen. Konkurrent Moody's senkte nämlich kurz darauf die Bonität der S&P-Mutterfirma McGraw-Hill um zwei Stufen auf Baa2. Neben den Risiken der Klage führte Moody's als Grund für die Herabstufung auch das Ende von McGraw-Hills Verlagsgeschäft mit Fach- und Lehrbüchern an. Das Unternehmen hatte die profitable Sparte im November 2012 für 2,5 Milliarden Dollar an einen Investmentfonds verkauft.

## KAPITEL 7

### DIE SPUR DES GELDES IN DEN SCHATTEN

Dass die Ratingagenturen den Großbanken der Wall Street in die Hände arbeiten, ist kein Zufall und liegt auch nicht an der räumlichen Nähe der Adressen im New Yorker Stadtteil Manhattan. Bedeutender ist vielmehr die Identität ihrer gemeinsamen Aktionäre als Drahtzieher und große Gewinner des globalen Finanzkapitalismus. Es sind die in Kapitel 5 ausgewiesenen größten Aktionäre der internationalen Großbanken, die unter der Bezeichnung »Schattenbanken« abseits der inzwischen streng regulierten Finanzmärkte mehr als 75 Billionen US-Dollar im undurchsichtigen Dschungel des Finanzkapitalismus gehortet und investiert haben. Dazu gehören Investment-, Hedge- und Geldmarktfonds ebenso wie spezielle Börsenhändler (Broker), private Geldverleiher, Zweckgesellschaften für dubiose Wertpapiergeschäfte, Privatfonds mit Geldern der Superreichen und ihnen nahestehender Institutionen wie Stiftungen und Trusts sowie Private-Equity-Firmen.

Dazu rechnen muss man auch die Universitätsstiftungen, in denen die Superreichen der Vereinigten Staaten wie einige der Rockefellers Vermögensteile geparkt haben und sogar mitbestimmen können, was gelehrt wird und was nicht. Bei der größten, der University of California, jongliert Chief Investment Officer Jagdeep Singh Bachher immerhin mit 97,1 Milliarden US-Dollar (Stand: 31. März 2016).<sup>125</sup> Die Harvard Management Company der Stiftung der Harvard University mit Stephen Blyth als President und CEO konnte ihr Vermögen im Durchschnitt der letzten Jahre um jeweils 12 Prozent steigern und wies 2016 37,6 Milliarden Dollar aus. Chief Investment Officer David F. Swensen von der Yale-Stiftung schaffte über einen Zeitraum von 20 Jahren eine jährliche Spitzenrendite von 13,9 Prozent und ist damit der Star unter den Finanzmanagern der Universitätsstiftungen. Anfang 2016 verwaltete er ein Vermögen von 25,6 Milliarden Dollar. Von wem diese Milliarden gekommen sind, wissen nur einige wenige Eingeweihte. Sie dienen jedenfalls nicht zur Finanzierung des Lehrbetriebs. Denn diesen muss die Universitätsleitung jeweils durch Spenden großer Konzerne und hohe Studiengebühren finanzieren.<sup>126</sup>

Wegen der enormen Billionen-Dollar-Vermögen werden die amerikanischen Finanzgiganten BlackRock, State Street, Vanguard und Fidelity gemeinsam als die »Big Four« bezeichnet. Diese Finanzkonstrukte »im Schatten« betreiben bankähnliche Geschäfte ohne Bankkonzession und gehören überwiegend jenen Personen, deren Geld sie verwalten. Sie alle breiten sich bereits wie Tentakel eines Kraken über Europa aus. Der Kopf des Kraken ist nach Meinung des Wirtschaftsnobelpreisträgers von 1969, Jan Tinbergen, die Bank of England, die das Finanzsystem beherrsche. Wobei sich die Verhältnisse seither so geändert haben, dass man wohl von einem zweiköpfigen Monster ausgehen müsste: die Bank of England gemeinsam mit der Federal Reserve Bank of New York (FRBNY).

Der weltgrößte Vermögensverwalter BlackRock aus den USA beispielsweise gilt bereits als der größte Aktionär Deutschlands. Er dürfte nach wie vor der einzige Investor

sein, der in jedem großen deutschen Konzern investiert hat. Entweder über seine aktiv verwalteten Aktienfonds oder über seine Indexfonds auf Dax und andere europäische Aktien-Messlatten. Das ist beispiellos in der deutschen Unternehmensgeschichte. Die Börse hat ihr Urteil über diese Company gefällt. Seit 1999 bis September 2016 hat die Aktie von 14,13 auf 373,85 US-Dollar um das 26-Fache an Wert gewonnen. Seit März 2009 hat sich der Kurs noch immer mehr als verdreifacht.

Um die Anonymität perfekt zu wahren, beteiligen sich die Schattenbank-»Tresore« rege untereinander. Stufenweise wird so mit Überkreuzbeteiligungen verdeckt, wer die wahren Kapitaleigner sind. Um das Versteckspiel zu vollenden, werden die Eigentümer des Großkapitals nach außen nicht nur von Verwaltern und Managern vertreten, sondern auch von Stroh Männern oder anderen Bevollmächtigten. Bereits legendär ist die übertragene Macht an jene großen Anwaltskanzleien, die seit mehr als hundert Jahren für die Wall Street tätig sind.

## RASANTE GELDFLÜSSE IN DEN SCHATTEN

Hinzu kommt, dass die Schattenbanken oft von exotischen Finanzzentren oder Steuerparadiesen aus operieren und damit den Steuerbehörden und der Aufsicht der G20-Staaten entzogen sind. Das Volumen der dort inzwischen angesammelten Vermögen beziffert der Financial Stability Board (FSB) mit den international wichtigsten Bankenaufsichtern der G20-Staaten für das Jahr 2015 mit 75,2 Billionen Dollar. Laut Bericht über das globale Schattenbankensystem vom 30. Oktober 2014 waren es Ende 2011 erst 67, ein Jahr später bereits 70,4 Milliarden Dollar. Zum Start der Krise 2007, für die die Schattenbanken mit verantwortlich gemacht wurden, waren es 62, 2002 gar nur 26 Billionen Dollar. Geldströme in Billionenhöhe suchen also alljährlich aus ihren Herkunftsländern das Weite.<sup>127</sup>

Die Finanzmoloche, die eine große Sprengkraft besitzen, sind nur wenig bekannt. Ihnen haben die Politiker in den USA und Europa bereitwillig den Boden aufbereitet, indem sie wieder einmal den Finanzmächten im Konstrukt der Basel-Regulierungen sperrangelweit die Hintertür offenließen. Durch diese stiehlt sich seit Jahren das spekulative Kapital an die unkontrollierten Strände der Steueroasen. Aber auch auf den Binnenmärkten tummeln sich Geldjongleure des Schattenbankensystems und wildern ungeniert auf den Kredit- und Investmentmärkten. Und alle sehen zu. Denn hinter ihnen stehen die Mächtigen dieser Welt – die Eigentümer der weltgrößten Vermögen, die in keinen Milliardärslisten der US-Magazine *Forbes* und *Fortune* erscheinen. Während die großen Banken im Scheinwerferlicht von Börsenkontrolle und Öffentlichkeit stehen, läuft ein großer Teil des Finanzgeschäfts im Verborgenen. Schattenbanken investieren und spekulieren mit Billionenbeträgen – und das ohne öffentliche Kontrolle. Ihre Macht umspannt den ganzen Globus.

Der *Pensions & Investments Magazine's 2015 Special Report* über die größten Money-Manager berichtete, dass im Berichtsjahr weltweit die verwalteten Vermögen der 500 größten Firmen um 2,8 Prozent auf 36,12 Billionen US-Dollar zurückgegangen sind. Zum Vergleich: BlackRock dirigierte Ende 2015 4,651 Billionen Dollar. Vanguard schien als

Nr. 2 mit einem Vermögensmanagement von mehr als 3,148 Billionen Dollar auf, State Street als Nr. 3 mit 2,244 Billionen Dollar und Fidelity als Nr. 4 mit 1,97 Billionen Dollar. Die Capital Group folgt als Nr. 5 mit 1,39 Billionen Dollar.<sup>128</sup>

Eine Sonderstellung von State Street unter den größten Kapital-»Tresoren« der Welt resultiert aus dem zusätzlich administrativ verwahrten Vermögen inklusive der Fondsadministration von 25,1 Billionen Dollar zur Jahresmitte 2016. Damit weist sich State Street als der nachgewiesenen weltweit größte Vermögensdienstleister aus.<sup>129</sup>

<b>Unternehmen</b>	<b>Billionen USD</b>
1. BlackRock Inc.	4,651896
2. Vanguard Group Inc.	3,148496
3. State Street Global Advisors <sup>133</sup>	2,448112*
4. Fidelity Investments	1,974077
5. J.P. Morgan Asset Management	1,744320
6. BNY Mellon Investment Management	1,710282
7. The Capital Group Cos. Inc.	1,390777
8. PIMCO	1,274223
9. Deutsche Asset & Wealth Mgmt.	1,265518
10. The Goldman Sachs Group Inc.	1,178000
11. Prudential Financial	1,175947
12. Amundi	1,051392
13. Northern Trust Asset Management	0,934100
14. Wellington Management Group LLP	0,913720
15. Franklin Templeton Investments	0,880146

**Volumen der Vermögensverwaltung der Top-15 Money Manager<sup>130</sup>**

**\*) Angaben des Unternehmens**

**Quelle: Total worldwide assets under management/Pensions & Investments Magazine's 2015 Special Report**

## DIE »BIG FOUR« SIND ÜBERALL

Insgesamt hatten die »Big Four« 2015 Finanzvermögen im Wert von mehr als 12 Billionen US-Dollar auf Konten und Aktien-Depots gehortet. Die größten 15 haben mehr als 25 Billionen Dollar eingesammelt. Hinzu kommen die rund 25 Billionen Dollar des administrativ verwahrten Vermögens bei State Street. Damit wären rund zwei Drittel jener 75 Billionen Dollar lokalisiert, auf die der Financial Stability Board der G20-Staaten die Schattenbanken insgesamt geschätzt hat. Wie die dort gehaltenen weltweiten Unternehmensbeteiligungen tatsächlich zu bewerten sind, ist aber kaum zu ermesen.

Sorgt der Nachweis der Aktionäre der Banken schon für Aufregung, so überrascht die Eigentümerstruktur der »Big Four« noch mehr. Sie halten nämlich massive gegenseitige Beteiligungen. BlackRock Inc. mit Hauptsitz in New York weist beispielsweise zum 30. Juni 2016 als Hauptaktionär die PNC Financial Services Group Inc. mit einem Aktienanteil von 21,19 Prozent aus. Hinzu kommen State Street, Vanguard, Fidelity, die eigene Konzerngesellschaft BlackRock Institutional Trust Company, die norwegische Zentralbank-Tochter Norges Bank Investment Management mit immerhin 5,72 Prozent sowie Wellington Management Company und andere.<sup>132</sup>

Und wer steckt hinter dem BlackRock-Großaktionär PNC Bank National Association? Erraten! Die »Big Four« und weitere Aktionäre, die auch an den anderen Wall-Street-Riesen über Kreuz beteiligt sind. Vanguard hat mit mehreren Fonds sogar einen Anteil von mehr als 16 Prozent, Wellington Management 8,34 Prozent, State Street 4,33 Prozent, BlackRock 2,88 Prozent, Capital Group 2,28 Prozent. Hinzu kommen J.P.Morgan Chase, Invesco Advisers, Franklin Resources, T. Rowe Price, Barrow Hanley Mewhinney & Strauss LLC etc.<sup>133</sup>

An der State Street Corporation halten so wie an den anderen wiederum die übrigen der »Big Four« BlackRock, Vanguard, Fidelity und State Street selber wesentliche Beteiligungen. Hinzu kommen unter den Top Ten: Massachusetts Financial Services, Capital Research Global Investor, Barrow Hanley, GE und Putnam Investment. Immer wieder dieselben Namen ...

## IMMER MEHR BANKGESCHÄFTE AUSSERHALB DER BILANZ

Das Volumen der Schattenbanken entsprach 2013 bereits der Hälfte der Bilanzsumme aller Banken und 120 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts. Damit verwalten diese großteils unregulierten Institutionen fast ein Viertel der Vermögenswerte im gesamten Finanzsystem. Ein Teil ist allerdings den Banken selbst zuzuordnen und gilt damit offiziell, aber zu Unrecht, als reguliert. Die Banken selbst verwalten knapp die Hälfte dieses Kapitals, der Rest kommt von Versicherern, Pensionsfonds, Staatsbanken und Zentralbanken. Dabei sei die Dunkelziffer bei den Schattenbanken noch groß, räumte der FSB ein. Denn viele Hedgefonds seien in Steuer- und Finanzparadiesen zu Hause, wo den Aufsehern genaue Daten fehlen.

Das Gremium, das bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel angesiedelt ist, will im Zuge der weltweiten Regulierungsbemühungen auch die Kontrolle

über die Schattenbanken verstärken, um die Ansteckungseffekte des Sektors auf die Wirtschaft und die Finanzbranche einzudämmen. Denn ihre Größe »kann zu Systemrisiken führen und Marktreaktionen verstärken, wenn die Liquidität am Markt knapp ist«, warnte der FSB daher schon vor Jahren. Die Aufsichtsbehörden sollten daher »mit hoher Dringlichkeit« mehr Daten zu Rückkaufsvereinbarungen und Wertpapierleihen bei großen, international tätigen Finanzinstitutionen sammeln. Zudem sollten Mindeststandards zur Berechnung von Verlusten aus verschiedenen Formen von Sicherheiten, die bei diesen Transaktionen benutzt werden, festgelegt werden. Im Bericht 2013 fordert der FSB auch neue Regeln, um die Schuldenaufnahme durch Schattenbanken zu begrenzen. Dabei hat der FSB aber Schwierigkeiten, die Schattenbanken überhaupt zu identifizieren. Denn sie erlauben den Banken Geschäfte außerhalb ihrer Bilanzen und solche, bei denen Investoren Kreditinstitute am Markt umgehen können.

## USA MIT GRÖSSTEM SCHATTENBANKENSEKTOR

Seit Beginn der 1990er-Jahre haben sich Schattenbanken frei von jeglichen Beschränkungen oder Regulierungen in den USA als voluminöse Kapitalsammelstellen zum weltweit größten Markt ausgedehnt. Die Manager investieren ständig Billionen von Dollars, auf der Suche nach höchster Verzinsung, und bewegen damit Märkte. Gemäß FSB-Daten ist ihr Markt mit 23 Billionen Dollar schon fast doppelt so groß wie der regulierte Bankenmarkt. Der Markt der Schattenbanken macht 35 Prozent der Institutionen und Systeme des Finanzsektors aus – wie Finanzmärkte generell (Geldmarkt, Kapitalmarkt und Devisenmarkt) und Finanzintermediäre (Banken, Versicherungen usw.). Die gesamte Eurozone kommt auf 22 Billionen Dollar. Allerdings ist der Anteil der USA von 2005 bis 2011 von 44 auf 35 Prozent gesunken – vor allem zugunsten von Großbritannien. In internationalen Finanzzentren wie Hongkong, Großbritannien, Singapur und der Schweiz erreicht das Volumen der Schattenbanken ein Vielfaches des Bruttoinlandprodukts (BIP).<sup>134</sup>

Seit Mitte der 1990er-Jahre übertraf ihre Bilanzsumme die der amerikanischen Geschäftsbanken und hatte letztlich einen wesentlichen Anteil am Entstehen der US-Immobilienblase, die schließlich 2008 ein globales Finanzbeben auslöste. Schon Jahre zuvor hatte es indes ein ernstes Warnzeichen gegeben. Im Jahr 1998 drohte der erste Super-GAU, als der amerikanische Hedgefonds Long-Term Capital Management (LTCM) als Folge von Verlusten in Milliardenhöhe in eine bedrohliche Krise geriet und hohe Summen nicht zurückzahlen konnte, die er von Banken geliehen hatte. Die Federal Reserve Bank of New York (FRBNY) war daraufhin gezwungen, eine Rettungsaktion zu organisieren, um die kreditgebenden Banken nicht zu gefährden. Dass sich die Investmentbank Lehman Brothers daran nicht beteiligen wollte, war angeblich mit ein Grund dafür, dass der Bank im September 2008 die Wall-Street-Konkurrenten und die von ihnen beherrschte FRBNY die Hilfe verweigerten.

Gewünscht von der Wall Street und besonders gefördert durch die US-Präsidenten Bill Clinton und George W. Bush setzte sich der Aufstieg der Schattenbanken fort. Die Eliminierung der energischen Beschränkungen aus der Ära von US-Präsident Franklin D. Roosevelt in der Großen Depression nach dem Börsenkrach 1929 hatte diese Entwicklung begünstigt. Die Entfesselung und Bereicherung der Finanzwölfe der Wall Street um jeden Preis konnte wieder beginnen. Im Jahr 1999 verfassten Clintons Finanzminister Larry Summers und Staatssekretär Timothy Geithner die Entwürfe für zwei Gesetze, die letztlich die Finanzkatastrophe 2008 begünstigten. Mit dem Gramm-Leach-Bliley Act wurde der 1933 erlassene Glass-Steagall Act aufgehoben. Dieser hatte eine strikte Trennung der Geschäfte von Banken und Investmenthäusern verfügt. Das zweite Gesetz mit der Bezeichnung »Commodity Modernization Act of 2000« ermöglichte fortan Geschäfte mit Finanzterminkontrakten und anderen Derivaten wie Kreditausfallversicherungen (CDS) ohne jegliche Regulierung und Kontrolle. Diese Gesetze gestatteten dem »Money Trust«, den mächtigen Superreichen der amerikanischen Finanzwelt, einen gigantischen Raubzug. Deren Kapitalakkumulation und Kontrolle über die großen Banken und weite Teile der übrigen US-Wirtschaft war schon 1913 Gegenstand einer Untersuchung durch das Pujokomitee des Kongresses (benannt nach dem Abgeordneten Arsène Pujo) gewesen. Aus Banken-Dienstleistern für die Realwirtschaft wurden eigennützige Zockerbuden. Geithner wurde später mit dem Gouverneursposten der Federal Reserve Bank of New York (FED NY) belohnt und fungierte als Vertrauensmann der Wall-Street-Bosse von 2009 bis 2013 als Finanzminister. Larry Summers gab kurzzeitig ein Intermezzo im Weißen Haus als Chef-Ökonom Barack Obamas.

Um gegen Finanzkrisen künftig besser gewappnet zu sein, verschärften die Aufsichtsbehörden weltweit die Regulierungen. Die Dodd-Frank-Gesetze in den USA und die globalen Basel-III-Richtlinien verpflichten die regulären Banken, mehr Eigenkapital zurückzulegen und sich aus bestimmten riskanten Anlageformen zurückzuziehen. Das macht die Institute zwar sicherer, aber es bedeutet auch, dass sie weniger Kapital für Kredite haben. Europas Banken darben bis heute auf Schmalkost im ureigensten Geschäft der Geldverleiher. Damit wurde auch in Europa der Boden für die Schattenbanken aufbereitet. Sie profitieren von Kreditknappheit und niedrigen Zinsen auf Anleihen und Bankeinlagen. Denn Anleger investieren ihr Geld zunehmend in Vermögensverwalter oder private Kreditfonds, die damit Kredite vergeben. Auch Crowdfunding-Firmen profitieren von den niedrigen Zinsen. Internetseiten wie »Lending Club« oder »Fundrise« sammeln online Geld von Kleininvestoren und geben es direkt als Kredite oder Hypotheken weiter – als sogenannte Peer-to-Peer-Kredite. Und sie locken mit zweistelligen Renditen, da sie das Geld ihrer Investoren so riskant anlegen können, wie sie wollen. So finanzieren Crowdfunding-Firmen zum Beispiel vermehrt Baukredite, die für viele Banken zu unsicher sind. Lending Club, der größte Peer-to-Peer-Geldgeber, vermittelt inzwischen eine Milliarde Dollar an Krediten pro Quartal und wird an der New Yorker Börse mit 8 Milliarden Dollar bewertet.

Die US-Banken sind natürlich gleichfalls betroffen, umgehen Basel-III aber elegant und lagern die Geschäfte eben in eigene Schattenbanken aus. Diese sind nach Erkenntnis des Internationalen Währungsfonds (IWF) bereits für mehr als die Hälfte der Kreditvergabe in den USA verantwortlich. In der Eurozone ist es bislang nur gut ein Viertel, doch auch hier steigt der Anteil. »Seit der Krise fördert die zunehmende

Verschärfung der Bankenregulierung möglicherweise eine Verschiebung traditioneller Bankenaktivitäten in die Schatten«, lautet die Schlussfolgerung in einem IWF-Bericht von Oktober 2014.<sup>135</sup>

Die Schattenbanken haben mangels Regulierung natürlich einen Wettbewerbsvorteil. Für viele Private wie auch Unternehmen ist ihr Aufstieg sogar ein wahrer Segen. Denn sie können Kredite meist billiger und schneller als traditionelle Banken einräumen. Auf Konferenzen beklagen sich New Yorks Bankmanager daher regelmäßig darüber, dass sie mit der Geschwindigkeit und den Zinssätzen der Nichtbanken im Hypothekenmarkt nicht mehr mithalten können. Stellvertretend dafür kann das Finanzunternehmen Cantor Commercial Real Estate (CCRE) gelten, das vornehmlich Hypotheken auf kommerzielle Gebäude in Anleihen verpackt. Es wurde 2014 vom New Yorker Wirtschaftsmagazin *Crain's* als am schnellsten wachsendes Unternehmen New Yorks ausgezeichnet. Seit der Gründung im Jahr 2010 hat CCRE Kredite im Wert von 24 Milliarden US-Dollar vermittelt und avancierte zu einem der führenden Emittenten von Hypothekarbesicherten Wertpapieren in den USA – also jenen berüchtigten Mortgage Backed securities (MBS), die 2007/08 im Mittelpunkt der zerplatzenden Immobilienkredit-Blase in den USA standen.

Ein anderes Beispiel: Als der in New York beheimatete Basketballclub Brooklyn Nets Ende 2014 einen 60-Millionen-Dollar-Kredit refinanzieren musste, bekam er von keiner Bank ein akzeptables Angebot. Und das, obwohl er eines der bekanntesten Teams der US-Liga NBA hat, den Rapper Jay-Z zu seinen Gründern zählt und mit dem russischen Milliardär Michail Prochorow einen finanzstarken Besitzer hat. Stattdessen lieh der Vermögensverwalter Blackstone dem Club das benötigte Geld zu einem Zinssatz von 7,5 Prozent und übernahm zudem Hypotheken auf das Barclays Center, das Stadion der Nets. »Blackstone Group ist der weiße Ritter des Barclays Center«, titelte die *New York Post*.

Dieser Ritter witterte auch in der Ölindustrie reiche Beute. Denn der Absturz des Ölpreises ließ Umsatz und Gewinn der Ölfirmen einbrechen. Das trifft besonders die Fracking-Firmen, die ihre Produktion mit viel Fremdkapital gestartet haben. Der texanische Ölproduzent Linn Energy musste beispielsweise einen scharfen Rückgang seines Marktwerts um rund zwei Drittel einstecken. Daraufhin wollte Anfang 2015 keine Bank mehr weiteres Geld riskieren. Stattdessen stellte GSO Capital Partners, der Kreditarm von Blackstone, 500 Millionen Dollar bereit und reservierte eine weitere Milliarde für die Ölindustrie.

## HOCHRISKANTE HEDGEFONDS KÖNNEN MÄRKTE MANIPULIEREN

Der größte Anteil der weltweit verwalteten Vermögen der Schattenbanken lag 2013 in »klassischen« (offenen) Investmentfonds mit 30,05 Billionen US-Dollar. Davon wurden in den USA rund 17,156 Billionen US-Dollar, in Europa etwa 9,37 Billionen, in der Region Asien/ Pazifik 3,375 Billionen und in Afrika 142 Milliarden Dollar investiert.<sup>136</sup>

Doch ein größeres Risiko sehen die Aufseher vor allem in Geldmarktfonds, die in der Euro-Schuldenkrise für Verwerfungen gesorgt hatten, als sie den europäischen Banken Dollar-Liquidität entzogen. Sie seien am verwundbarsten, weil ihre eigenen Geldgeber in

schlechten Zeiten häufig blitzschnell die Liquidität abzögen. Deshalb könnten sie eine Finanzkrise beschleunigen oder sogar selbst auslösen, wenn sie für eine steigende Verschuldung der Banken sorgen und langfristige Kredite zu kurzfristig refinanzieren. Aber auch die Wertpapierleihe, die Wiederverbriefung von Verbindlichkeiten oder Repo-Geschäfte sollen besser überwacht werden. Die Pleite von Lehman Brothers und die Beinahe-Pleite des US-Versicherungsriesen AIG in der Finanzkrise hatten vor allem deswegen einen Flächenbrand ausgelöst, weil beide in der Wertpapierleihe stark vertreten waren.

Keinen Regulierungen unterliegen bis heute auch die Aktivitäten der Hedgefonds. Sie waren einst für ihre Traumrenditen bekannt, die grundsätzlich im prozentual zweistelligen Bereich lagen. Allerdings haben einige Hedgefonds ihr Risiko in letzter Zeit zurückgefahren, um damit dem Wunsch institutioneller Investoren nachzukommen, die sich im Unterschied zu Privatanlegern weniger Volatilität wünschen und im Gegenzug bereit sind, geringere Renditen in Kauf zu nehmen. Darüber hinaus leidet die Branche unter dem Niedrigzinsniveau und der Tatsache, dass immer mehr konkurrierende Hedgefonds einander gewinnbringende Gelegenheiten abjagen. 2014 erwirtschafteten Hedgefonds weniger als 3 Prozent Rendite, wie aus einer Erhebung von »Hedge Fund Research« hervorgeht. Lediglich computergestützte Fonds und solche, die in Indien investiert sind, brachten es auf prozentual zweistellige Renditen. 2013 haben Hedgefonds noch gut dreimal mehr Geld gemacht.<sup>137</sup>

Hedgefonds verfolgen verschiedene und mitunter höchst komplexe, computergesteuerte Anlagestrategien, die es ihnen ermöglichen, sowohl an steigenden als auch an fallenden Märkten zu partizipieren. Sie können das Geld der Anleger nicht nur in Aktien oder Anleihen investieren, sondern auch in derivative Finanzinstrumente und damit in Termingeschäfte. Auch Leerverkäufe sind möglich. Das Fondsmanagement darf also Wertpapiere auf Termin verkaufen, die es zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gar nicht besitzt. Und weil sie damit höhere Renditen erzielen als andere Märkte hergeben, verfügten sie 2015 über mehr Geld als je zuvor. Diese Strategien können von anderen institutionellen Anlegern wie z. B. von Investment- oder Pensionsfonds aufgrund regulatorischer Beschränkungen nicht nachgeahmt werden.<sup>138</sup>

Das Bedenkliche an Hedgefonds liegt darin, dass mit Futures und Optionen ein großer Hebel- oder Leverage-Effekt zu erzielen ist. Das liegt daran, dass mit der »Margin« als hinterlegte Sicherheitsleistung nur ein Bruchteil des von einem Kontrakt betroffenen Werts bei den Brokern hinterlegt werden muss. Diese Hebel reichen von 20 bis 400 – Letzteres bei sogenannten Contracts for Difference (CFD), auf Deutsch Differenzkontrakte.<sup>139</sup>

Zusätzlich versuchen die mit einem Milliarden-Kapital ausgestatteten großen Spekulanten, über Fremdfinanzierung eine noch höhere Eigenkapitalrendite zu erwirtschaften. Das ist der Grund, warum Hedgefonds mit hochspekulativen Anlagetechniken arbeiten. Mit dieser Vorgehensweise werden auch Devisen-, Rohstoff- und Zinsmärkte manipuliert. Berüchtigt sind z. B. die Spekulationen mit Agrarprodukten wie Weizen. Diese haben die Preise für Lebensmittel in Entwicklungsländern in nahezu unerschwingliche Höhen getrieben. Oder die Spekulationen mit Credit Default Swaps (CDS), durch die am Höhepunkt der Euro- und Schuldenkrise in Europa die Zinssätze

gefährdeter Staaten in unbezahlbare Höhen stiegen.

Bei der Abschätzung des Hedgefonds-Volumens können die Regulierer nur auf Zahlen aus der Eurozone und aus weiteren 25 Ländern zurückgreifen. Aber nicht auf solche aus exotischen Steuerparadiesen, in denen diese Investoren oft angesiedelt sind. Waren es 1997 erst 118 Milliarden Dollar, so spekulierten 2014 11.000 Hedgefonds bereits mit 2,6 Billionen Dollar. Das analysierte die US-amerikanische Consulting-Firma eVestment, die über eine breit gefächerte Datenbasis verfügt. Darunter waren 7.524 traditionelle Hedgefonds und 1.723 Fonds mit »Managed Futures«. Zusätzlich waren darunter »Commodity Trading Advisors« (CTAs), die in Futures-Kontrakten z. B. auf Rohstoffe spekulieren, und 2.074 »Funds of Hedge Funds«. Diese Fonds wurden von mehr als 4.500 separaten Firmen verwaltet.<sup>140</sup>

## VORSCHLÄGE ZUR REGULIERUNG VERHALTEN IM WIND

Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hatte auf dem Höhepunkt der Finanzkrise im September 2009 unmittelbar vor dem G20-Gipfel in Pittsburgh/USA von den Regierungschefs der 20 größten Industriestaaten gefordert, dass »jedes Finanzmarktprodukt, jeder Finanzplatz und jede Finanzinstitution Regeln unterworfen werden muss, und zwar weltweit«. Nie wieder sollten Finanzspekulanten die Weltwirtschaft in den Abgrund stürzen dürfen. Doch auf dem G20-Treffen im November 2014 in Brisbane, Australien, musste die deutsche Kanzlerin erneut feststellen, dass der Schattenbankensektor »regulatorisch ziemlich nackt dasteht«. Da stand das Thema Schattenbanken ganz oben auf der Agenda. Die Regierungen planen vor allem strengere Veröffentlichungs- und Registrierungspflichten sowie höhere Standards für die billionenschweren Geschäfte. Damit soll mehr Licht in das Reich der Schattenbanken gebracht werden. Auch direkte Eingriffe der Aufseher in Hedgefonds-Geschäfte sind im Gespräch.

Am 26.4.2015 forderte auch Vitor Constancio, EZB-Vizepräsident, pflichtgemäß eine stärkere Überwachung von wichtigen Finanzmarktteilnehmern außerhalb der Bankenbranche. »Wir müssen die Risiken von diesen systemischen Mitspielern senken«, sagte er auf einer Konferenz in Brüssel. Zu den Instrumenten, mit denen diese Finanzfirmen stärker reguliert werden könnten, gehören laut Constancio zusätzliche Liquiditätsanforderungen und Stresstests.<sup>141</sup>

Die meisten Vorschläge zur schärferen Kontrolle verhalten allerdings bislang im Wind. Auch die Aufseher selbst sind skeptisch, dass man diese Finanzfirmen wirklich in den Griff bekommen kann. Denn schon in den sechs Jahren zuvor waren die Staaten nicht über die Analyse hinausgekommen. Zu groß ist die Bremskraft der großen Banken in New York und London, die schließlich viele Schattenableger in Steueroasen angesiedelt haben. Zuletzt weichte der US-Senat sogar die ohnehin eher harmlosen Dodd-Frank-Gesetze auf. Und in Europa haben die Parlamente und Behörden derzeit dringendere Probleme.

Gefährlich für das Welt-Finanzsystem sind die Schattenbanken aber weniger wegen ihrer Größe, sondern eher wegen ihrer engen Vernetzung mit den Banken und Versicherungen. Die Großbanken verkaufen angesichts der schärferen Regulierung immer

mehr riskante Geschäfte in das Reich der Schattenbanken, die sich hiervon wiederum hohe Renditen versprechen. »Die Risiken verlagern sich in das System der Schattenbanken«, bestätigte denn auch IWF-Kapitalmarktexperte José Viñals. Dadurch blieben sie aber im Gesamtsystem. Auch die EU-Kommission sieht die Gefahren: »Jede Insolvenz kann erhebliche Ansteckungseffekte nach sich ziehen.«

Bei aller Sorge gibt es auch Stimmen, die vor einer überzogenen Reaktion warnen. So bezeichnet der Internationale Währungsfonds (IWF) die Schattenbanken als »Fluch und Segen« für das globale Finanzsystem. Aufgabe der Politiker sei es nicht, einem wichtigen Teil der Finanzindustrie einen Riegel vorzuschieben, sondern die von ihm ausgehenden Risiken beherrschbar zu machen. Viele Fonds erfüllten wichtige Funktionen, etwa als alternative Finanzierungsquelle für Unternehmen. Auch das deutsche Bundesbank-Vorstandsmitglied Andreas Dombret wird nicht müde zu betonen: »Das sogenannte Schattenbanken-Geschäft ist – anders als der etwas unglückliche Begriff suggeriert – für sich genommen weder illegal noch gänzlich unreguliert.« Das zu lösende Problem sei lediglich, dass es sich um bankähnliche Geschäfte handle, die der Bankenregulierung entzogen seien.

Die Schattenbanken haben zweifellos einen großen Markt, und es gibt Argumente dafür, dass sie gut für das globale Finanzsystem sind. Sie schaffen in der Theorie mehr Wettbewerb und machen den Bankensektor damit effizienter. Denn: »Der Wettbewerb an der Wall Street ist auf ein Minimum reduziert worden«, schrieb der Buchautor und ehemalige Banker William Cohan in der US-Zeitschrift *The Atlantic*. Wo einst Hunderte Banken und Anleihefirmen um Geschäfte konkurrierten, gibt es heute nur noch eine Handvoll. Schuld ist vor allem eine Konsolidierungswelle unter Banken unmittelbar nach der Finanzkrise. Der zunehmende Wettbewerb durch Schattenbanken wirkt diesem Trend entgegen. Deren Befürworter sagen nun, dass die Vorteile die Risiken klar überwiegen. Eine schärfere Regulierung des Sektors sei unnötig oder sogar schädlich. Robert Litan, Ökonom des US-Thinktanks Brookings Institution, argumentiert beispielsweise, dass der freie Markt die Schattenbanken von alleine reguliere. »Der entscheidende Grund, warum wir Banken regulieren, ist, dass wir eine staatliche Einlagengarantie haben.« Für Schattenbanken gilt diese aber nicht.

## DIE NÄCHSTE KRISE WIRD HIER ENTSPRINGEN

Andere Experten sehen in dem Aufstieg unregulierter Schattenbanken und der Ausbreitung unregulierter Kreditvergabe jedoch eine Gefahr. Sogar für das globale Finanzsystem. Letztlich werde das in die Katastrophe führen. »Das Schattenbankensystem ist unglaublich undurchsichtig«, sagt Mark Zandi, Chefökonom des Forschungsunternehmens Moody's Analytics. »Wenn man Banken dazu verpflichtet, sich in einem so hohen Maße zu kapitalisieren, eliminiert man nicht das Risiko. Man verschiebt es nur. Es ist wie mit einem Ballon. Wenn ich an einer Seite drücke, geht die Luft einfach zur anderen Seite.« Für Mark Zandi stellt sich daher nicht mehr die Frage, ob der Ballon platzen wird, sondern wann. Die nächste Finanzkrise werde hier entspringen – »mit Sicherheit«.<sup>142</sup>

Einer der Gründe liegt darin, dass mit den Schattenbanken die riskante Kreditvergabe aus den Jahren vor dem Crash wieder zurückgekehrt ist. So heißt es an der Wall Street. Und damit wächst auch das Risiko. Es gibt zwar kaum systemrelevante Schattenbanken, doch kann sich das binnen einiger Jahre durchaus ändern. Vor der Krise war die chinesische Bank ICBC noch das größte Finanzunternehmen der Welt. Heute ist es der Vermögensverwalter Black-Rock, der seit der Abspaltung vom Konkurrenten Blackstone und der Übertragung der gesamten Vermögensverwaltung von Barclays Global Investors im Juni 2009 ein Anlagevolumen von 4,6 Billionen Dollar verwaltet. Natürlich unterliegt er keinerlei Beschränkungen. BlackRock kann durchaus als der größte und gefährlichste Krake der internationalen Finanzwelt angesehen werden, der sich mit seinen Fangarmen überall dort festsaugt, wo es profitträchtig erscheint.

Im Financial Stability Board wird bereits daran gearbeitet, die systemrelevanten Firmen in dem Sektor zu identifizieren. Zugleich warnt der FSB auch, dass »unter den Schwellenländern die Größe und das rapide Wachstum in China besondere Aufmerksamkeit verlangen«. Denn zuletzt häuften sich die Meldungen von Pleiten in dem Sektor. Das hat bereits die chinesische Regierung auf den Plan gerufen, die ihrerseits die Schattenbanken unter Kontrolle bringen wollte. Im Dezember 2014 sind die durch Schattenbanken vergebenen Kredite allerdings nach einer Abkühlphase wieder auf den höchsten Stand seit 2012 gestiegen. Der Grund: Die von offiziellen Banken vergebenen Kredite reichen offenbar so wie in den USA nicht aus, um die Wirtschaft ausreichend mit Geld zu versorgen. Das Volumen dieses grauen Kapitalmarkts liegt völlig im Dunkeln. Die Schätzung der US-Bank JPMorgan Chase liegt bei knapp 70 Prozent des chinesischen Bruttoinlandsprodukts (BIP). In der Studie »Risks in China's Shadow Banking« vom Oktober 2013 hat der in Hongkong tätige Makro-Analyst der Schweizer Großbank UBS, Tao Wang, hingegen nur einen Wert von 46,5 Prozent des BIP im 3. Quartal 2013 hochgerechnet. Bei einem chinesischen BIP von mehr als 9 Billionen US-Dollar im Jahre 2013 wären das knapp 4,2 bzw. nach Schätzung von JPMorgan sogar 6,3 Billionen Dollar. Und damit alles andere als ein Pappenstein.<sup>143</sup> Aber nicht einmal 10 Prozent des Volumens in den USA und Europa.

## KAPITEL 8

### ENTTARNT: DIE WAHREN HERRSCHER DER WELT

Wie stark in Schattenbanken auch Macht und Einfluss auf die Realwirtschaft konzentriert ist, zeigt sich an den »Big Four«, die sich nicht mit der Kontrolle der Internationalen Großbanken zufriedengeben. Sie ziehen vielmehr eine immer tiefere Spur durch die Realwirtschaft der USA und Europas. An den 30 größten Konzernen, die im Deutschen Leitindex DAX zusammengefasst sind, dominieren insgesamt ausländische Aktionäre mit bereits 54 Prozent – also deutlich mehr als jede zweite Aktie der Börsen-Schergewichte. Dies hat die Prüfungs- und Beratungsgesellschaft EY, früher Ernst & Young, in einer Studie zur Anlegerstruktur bei den 30 Börsenschergewichten in Frankfurt erhoben. Nur noch 37 Prozent entfallen auf das Inland, 9 Prozent der Aktien konnten keiner Region zugeordnet werden.<sup>144</sup>

BlackRock war nach Berechnungen der deutschen Tageszeitung *Handelsblatt* schon 2011 mit rund 30 Milliarden investierten Dollar (rund 22 Milliarden Euro) Deutschlands größter Aktionär. Das Finanzunternehmen hielt an 21 Dax-Unternehmen Beteiligungen von mehr als 3 Prozent und durchschnittlich etwa 4 Prozent an den deutschen Großkonzernen. Bei etlichen waren es mehr als 5 Prozent, heute bereits zwischen 6 und 9 Prozent.<sup>145</sup>

Das erste Mal waren die 30 größten deutschen börsennotierten Konzerne im Durchschnitt bereits im Jahr 2007 mehrheitlich in ausländischen Besitz gekommen. Gegenüber 2005 ist dieser Anteil nach Berechnungen der Zeitung *Handelsblatt* von damals um 20 auf 53 Prozent gestiegen. Ein Bollwerk gegen die ausländische Übernahme bilden lediglich die mehrheitlich in Familienbesitz befindlichen Aktienpakete von Dax-Unternehmen wie Volkswagen (Familien Porsche und Piëch), BMW (Quandt), Continental (Schaeffler), Fresenius und FMC (Kröner und Schenk), Beiersdorf (Tchibo bzw. maxingvest-Holding der Familie Herz), Henkel (Henkel und Bagel-Trah), Metro (Haniel) sowie dem Verlagshaus Springer (Springer). Umso stärker werden die Übrigen bereits aus dem Ausland beherrscht. In diesem Ranking führt die Deutsche Börse mit einem Anteil von ausländischen Aktionären von 84 Prozent vor Linde (80), Adidas (74), Munich Re (74), Bayer (72), Allianz (71), Daimler (68), Merck (66), Eon (59) und Lanxess (58 Prozent).<sup>146</sup>

Wie so eine Aktionärsstruktur unter Fremdherrschaft aussieht, ist beispielgebend auf der Website der Merck KGaA zu sehen. Es liegen z. B. nur 10 Prozent des Aktienkapitals auf Depots in deutscher Hand und 6 Prozent bei deutschen Wertpapierhändlern. 47 Prozent liegen in den USA, 16 in Großbritannien, 17 im restlichen Europa und 4 Prozent liegen weltweit verstreut. Die größten Aktienbesitzer sind natürlich die Schattenbanken.<sup>147</sup>

Franklin Resources Inc.	USA	5 - 10 %
BlackRock	USA, UK	5 - 10 %
Old Mutual	USA	5 - 10 %
Sun Life Financial	USA, UK	5 - 10 %
State Street	USA, UK	3 - 5 %

## DEUTSCHE BANK IST KAUM MEHR DEUTSCH

Die Deutsche Bank ist das nach Bilanzsumme und Mitarbeiterzahl größte Kreditinstitut Deutschlands. Sie ist das Flaggschiff sowohl der deutschen Finanzbranche als auch der gesamten deutschen Wirtschaft. Sie weist zwar noch einen Anteil von 56 Prozent inländischer Aktionäre aus, doch ist dafür schon der Kunstgriff nötig, dass sie am 30. Juni 2016 2,97 Prozent der Aktien direkt im Eigenbesitz nachweisen konnte und zumindest weitere 1,99 Prozent bei Fondsgesellschaften des Konzerns wie Deutsche Asset Management Invest und Deutsche Asset & Wealth Management Investment GmbH. Die DekaBank Deutsche Girozentrale (1,40 Prozent) und die Commerzbank (1,54 Prozent) sichern die knappe Mehrheit in deutscher Hand ab.

An der Spitze der institutionellen Aktionäre dominiert die weltweit größte Schattenbank BlackRock Inc., New York, mit 5,76 Prozent am 23. August 2016. Dann verliert sich die Spur zunächst in Steueroasen: 3,05 Prozent hält die Treetop Family Foundation Inc. in Panama City.<sup>148</sup> Den gleich hohen Anteil weist die Deutsche Bank jeweils für die Paramount Services Holdings Ltd. auf den British Virgin Islands und die Supreme Universal Holdings Ltd. auf den Cayman Islands aus.<sup>149</sup> Das sind zum Kurs von 13,337 Euro von Anfang September 2016 immerhin jeweils Werte von 560,3 Millionen Euro für die Aktionäre in den Steuerparadiesen. Dann ist aber auch schon Schluss mit den Überraschungen. Denn die übrigen institutionellen Investoren sind neben einigen Großbanken vorwiegend Schattenbanken inkl. Fondsgesellschaften:

Macquarie Investment Management Limited mit 2,68 Prozent, gefolgt von Merrill Lynch International Solutions (2,59 Prozent) und Vanguard Group Inc. (2,21 Prozent). Weniger als 2 Prozent besitzen der Government Pension Fund of Norway, Goldman Sachs & Co., Crédit Agricole Asset Management Group, Credit Suisse First Boston (CSFB), HSBC Holdings, Citigroup Inc., Mellon Capital Management Corporation, OppenheimerFunds Inc. und Lyxor International Asset Management.<sup>150</sup> Auch die personelle Ausstattung ist international, angeführt von CEO John Cryan, der zuvor bei UBS und dem Staatsfonds von Singapur tätig war.

Nicht weniger ausländisch geprägt sind die Besitzverhältnisse der größten Schweizer Bank UBS, der viertgrößten in Europa. Schon 2007 bestätigt Rainer E. Gut, lange CEO und zuletzt Ehrenpräsident der Credit Suisse: Die beiden großen Bankkonzerne UBS und Credit Suisse seien ebenso wie Nestlé »ausländisch beherrscht«. Offiziell hieß es hingegen immer, beide Banken seien zu 51 Prozent der Aktien noch unter Schweizer Kontrolle. Am

30. Juni 2016 wies die Bank folgende sieben führende Aktionäre aus:<sup>151</sup>

Chase Nominees Ltd, London	9,12 %
GIC Private Limited, Singapore	6,38 %
DTC (Cede & Co.), New York*	6,15 %
BlackRock	4,89 %
Nortrust Nominees Ltd, London	3,52 %
Norges Bank (Norwegische Zentralbank)	3,30 %
<b>MFS Investment Management</b>	<b>3,05 %</b>

DTC ist ein Clearinghaus in New York, wo anonym Aktien geparkt sind. Die Nominees fungieren als Treuhänder. Das heißt, fast 19 Prozent des Stammkapitals ist bei anonymen Aktionären verborgen, die auch anonym bleiben wollen. Doch dieses Geheimnis wird kaum zu lüften sein. Von GIC ist hingegen bekannt, dass sie der Regierung von Singapur zuzurechnen ist.

## WO DIE GROSSEN VERMÖGEN VERSTECKT SIND

Gegenüber den Finanzvermögen in den Schattenbanken nehmen sich die Vermögen der angeblich reichsten Menschen der Welt, Bill Gates und Warren Buffett, eher wie Peanuts aus. Das gilt auch für den Vergleich mit jenen Familien wie den Rothschilds und Rockefellers. Deren Ahnen hatten schon im vorletzten Jahrhundert große Vermögen aufgebaut, die von den nachfolgenden Generationen ansehnlich vermehrt wurden. Buffett gilt übrigens ebenso wie George Soros als nur einer von mehreren Vermögensverwaltern des englischen Familienoberhaupts Lord Jacob Rothschild und nimmt an dessen privaten Konferenzen im handverlesenen Kreis teil – bevorzugt im Schloss Waddesdon Manor in Waddesdon, Buckinghamshire, England. Es werden dem Lord dabei aber auch kommende Spitzenpolitiker vorgestellt. So geschehen am 24. September 2002, als vor dem Prachtschloss, einem der zahlreichen historischen Familiensitze der Rothschilds, nach Warren Buffett auch der Filmstar und »Terminator« Arnold Schwarzenegger einem soeben gelandeten Helikopter entstieg. Dieser war damals republikanischer Kandidat für das Amt des Gouverneurs von Kalifornien, der achtgrößten Volkswirtschaft der Welt. Gastgeber Lord Jacob Rothschild, 80 Jahre alt, und einer der reichsten und mächtigsten Männer der Welt, begrüßte sie noch auf dem Rasen. Zu der elitären Gruppe war auch James Wolfensohn, damals noch Weltbank-Präsident und Partner des Gastgebers in der Firma Rothschild, J. Wolfensohn & Co, eingeladen. Ebenso eingeladen waren der Diamantenkrösus Nicky Oppenheimer – damals noch geschäftsführender Gesellschafter der weltgrößten Diamanten- und Goldminengesellschaft De Beers –, Jorma Ollila, Generaldirektor (CEO) des finnischen Handy-Herstellers Nokia und Roland Berger, ein prominenter Berater für globale Strategie. Mit seiner Anwesenheit war klar, dass sich Schwarzenegger nicht nur als Kandidat des internationalen Großkapitals für das

Spitzenamt in Kalifornien fühlen durfte, sondern auch als Mitglied im exklusiven Zirkel der heimlichen Herrscher der Welt. 14 Monate später konnte der gebürtige Österreicher das Amt in Kalifornien tatsächlich antreten.<sup>152</sup>

## DIE MEGA-REICHEN MIT BILLIONENVERMÖGEN

Angeführt würde ein realistisches Ranking der tatsächlichen Mega-Reichen dieser Welt, so es denn je eines gäbe, zweifellos von der Bankiersfamilie Rothschild. Deren aktuelles Vermögen sollte die Billionen-Dollar/Pfund/Eurogrenze längst überschritten haben. Nathan Mayer Rothschild (1777–1836), der dritte Sohn des Dynastie-Gründers Mayer Amschel Rothschild, brachte es als Gründer des Bankhauses N M Rothschild in London zu großer Berühmtheit. Er galt Mitte des 19. Jahrhunderts bereits als erster Pfund-Milliardär der Welt. Sein damaliges Vermögen wäre zu heutigen Preisen hochgerechnet mit rund 350 Milliarden Dollar zu bewerten.<sup>153</sup> Doch in Wahrheit dürfte es um einige Dimensionen höher liegen. Je nachdem, mit welchen Zins- und Zinseszinserträgen man die daraus resultierenden Erträge hochrechnet, lässt sich eine einstellige bis hohe zweistellige Billionen-Pfund-Dimension ermessen. 10 Prozent p.a. ist sicherlich nicht zu hoch gegriffen, wenn dies die Finanzmanager der amerikanischen Universitätsstiftungen auch schaffen.

Ähnliches gilt für die Nachkommen von John D. Rockefeller (1839–1937). Der amerikanische Öl-Tycoon, Gründer der Standard Oil Company, wurde 1910 als erster Dollar-Milliardär taxiert. Sein damaliges Vermögen würde heute 340 Milliarden Dollar entsprechen. Das Ölverarbeitungs-Monopol der Standard Oil Company musste 1910 zwar zerschlagen werden, die Nachfolgegesellschaften blieben aber über die Einbringung der Aktien in zahlreiche Stiftungen und Trusts weiterhin in Familienbesitz. Zu diesen gehören heute u. a. drei der weltgrößten (Öl-)Unternehmen: ExxonMobil (Marktkapitalisierung Anfang August 2016 von mehr als 322 Milliarden Dollar), ConocoPhillips (48,16 Milliarden) und Chevron (167,3 Milliarden).

Die offizielle Familienstiftung »Rockefeller Family Fund« hat allerdings im März 2016 angekündigt, Anteile an dem Ölkonzern Exxon abzustößen. Begründung: »Wir können nicht mit einem Unternehmen in Verbindung gebracht werden, das dem öffentlichen Interesse anscheinend Verachtung entgegenbringt.« In dem Streit geht es darum, dass sich Exxon-CEO Rex Tillerson seit Jahren weigert, den Wünschen von Familienmitgliedern nachzukommen und im Konzern auch Alternativenergien und Umweltschutz zu berücksichtigen. Entsprechende Anträge inklusive der geforderten Abberufung von Tillerson wurden jeweils von einer Mehrheit der anderen Aktionäre abgeschmettert.

Auch die Wall-Street-Riesen JPMorgan Chase (208,8 Milliarden Dollar) und Citigroup (121,34 Milliarden Dollar) sind dem Rockefeller-Imperium zuzuordnen, wobei die Rothschilds den Anteil von JPMorgan im Jahr 2000 bei der Fusion mit Chase Manhattan eingebracht haben.

Die Rockefellers kommen wahrscheinlich nicht an die Vermögensdimension der Rothschilds heran. Es reicht aber auch bei ihnen für einige Billionen Dollar in einem

Finanzsyndikat mit Stiftungen, Industrie- und Handelsbeteiligungen. Mit diesem Finanzsyndikat haben die Nachkommen des Ölkönigs John D. Rockefeller Amerikas Wirtschaft, Wissenschaft und Politik überzogen. Hinzu kommen Grundstücke in den USA wie z. B. das 9 Hektar große Rockefeller Center im New Yorker Finanzdistrikt Manhattan und das riesige 1.800 Hektar (18 Quadratkilometer) große Areal Pocantico Hills. Auf letzterem befindet sich der luxuriöse und historische Familiensitz Kykuit, 64 Kilometer nördlich von New York City gelegen, und mit einem eigenen Operationssaal im Herrenhaus. Hier ließ sich der Öl- und Geld-Tycoon David Rockefeller, der letzte noch lebende Enkel von John D., 2015 das bereits sechste neue Herz von einem Spezialistenteam transplantieren. Auch drei neue Nieren hatte er bereits erhalten.

Der frühere Besitz von Henry Ford (1863–1947), Erfinder und visionärer Automobil-Unternehmer, würde heute mit 199 Milliarden Dollar zu bewerten sein. Der Stahl-Tycoon Andrew Carnegie (1835– 1919) brachte es Ende des 19. Jahrhunderts auf heutige 310 Milliarden Dollar. In seinem »Evangelium des Reichtums« schrieb er: »Der Mann, der reich stirbt, stirbt in Schande.« Er gründete deshalb zahlreiche Stiftungen und wohltätige Einrichtungen. Auch der Schiffs- und Eisenbahnkönig Cornelius Vanderbilt (1794–1877) hinterließ seinen Nachkommen ein Vermögen, das heute in einer dreistelligen Milliarden-Dollar-Dimension bewertet wäre. Alles natürlich, wie bereits angeführt, unter Außerachtlassung der jährlichen und immer wieder veranlagten Kapitalerträge während der vergangenen hundert Jahre.<sup>154</sup>

## DER MONEY TRUST DER WALL STREET HÄLT SICH EINE NOTENBANK

Kaum bekannt, aber umso gewichtiger ist die Tatsache, dass zu dem beschriebenen Geldkartell auch das Federal Reserve System (FED) gehört. Wobei die Federal Reserve Bank of New York (FRBNY) als Zentralbank des weltgrößten Finanzdistrikts auch als tonangebende Notenbank der USA operiert. Letztlich wird also auch die amerikanische Notenbank über die Beteiligungen an den Wall-Street-Riesen von den »Big Four« (BlackRock, State Street, Vanguard und Fidelity) kontrolliert. Diese Finanzholdings bzw. ihre Kapitaleigner beeinflussen die amerikanische Geld-, Währungs- und Finanzpolitik ohne jegliche Kontrolle oder demokratische Legitimierung. Dementsprechend operierten sie jenseits von Gesetzen im Zentrum der Finanzkrise und versuchten natürlich, so wie ihre Satellitenbanken in der Wall Street, daraus einen möglichst hohen Profit zu erzielen. Was ihnen zweifellos auf Kosten der Steuerzahler gelungen ist, wie die Rekordergebnisse von JPMorgan Chase, Goldman Sachs & Co. seit 2009 beweisen.

Aus den oben dargestellten Besitzverhältnissen ergibt sich zwar ein aufschlussreiches Bild über die Aktionärsstruktur der internationalen Hochfinanz. Doch auf dem Weg zur internationalen Finanzoligarchie, also hinter die Kulissen des Money Trusts von Wall Street und Londoner City, verlieren sich die Spuren in der Anonymität. Wer sich hinter den Vermögensverwaltungsgesellschaften verbirgt, die als Aktionäre aufscheinen, lässt sich lediglich erahnen.

Auch die Forscher der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich konnten die Anonymität nirgendwo lüften, als sie sich daran machten, die größten Geheimnisse des Kapitalismus zu enträtseln. Sie haben aber ein Netzwerk in der Weltwirtschaft enttarnt, das zuvor noch nie identifiziert werden konnte. Bekannt wurde es, als das renommierte Wissenschaftsmagazin *New Scientist* im Oktober 2011 die Bombe hochgehen ließ. Andy Coghlan und Debora MacKenzie berichteten unter dem markigen Titel »Enthüllt – das kapitalistische Netzwerk, das die Welt regiert« über eine aufregende Studie von drei renommierten ETH-Wissenschaftlern.<sup>155</sup>

Sie zeigt, in welch bedenklichem Ausmaß der Großteil der Weltwirtschaft von wenigen Finanzhäusern kontrolliert wird und wie die Weltwirtschaft mit diesen wenigen Finanzhäusern ein gemeinsames Ganzes bildet. Seit 2007 hat sich zudem die Macht des innersten Zirkels verdichtet, weil die sieben größten Wall-Street-Banken JPMorgan Chase, Bank of America, Citigroup, Goldman Sachs, US Bancorp, Bank of New York Mellon und Morgan Stanley Konkurrenten wie Bear Stearns oder Merrill Lynch schluckten.

Da die ungeheure Akkumulation des Kapitals bei verschwindend wenig Adressen nicht mehr zu leugnen ist, zog James Glattfelder von der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) in Zürich als einer der Autoren der Studie kryptisch das Resümee:

*»Wir müssen uns von allen Dogmen befreien, ungeachtet, ob es sich um Verschwörungstheorien oder die freien Märkte handelt. Unsere Analyse basiert auf Tatsachen.«*

Als Spezialisten für komplexe Systeme ist es den Forschern erstmals gelungen, abseits jeglicher Ideologie mit mathematischen Methoden ein Netzwerk der ökonomischen Macht empirisch nachzuweisen. Frühere Studien haben zwar schon Hinweise darüber geliefert, dass wenige multinationale Firmen große Teile der Weltwirtschaft besitzen. Aber sie deckten nur eine beschränkte Anzahl von Firmen ab, klammerten indirekte Eigentümer aus und beschränkten sich auf einzelne Länder oder Märkte. Deshalb gab es bislang keine Hinweise, wie die Firmen die globale Wirtschaft beeinflussen und ob sie zu Stabilität beitragen oder diese gefährden.

Die ETH-Studie baute auf der Datenbank »Orbis 2007« auf, in der 37 Millionen Unternehmen und Investoren weltweit gespeichert sind. Aus dieser Gesamtmenge filterten die Wissenschaftler zunächst 43.060 transnationale Konzerne (TNCs) in 191 Ländern und deren 77.456 Anteilseigner heraus. Weiterhin filterten sie 479.992 von den TNCs oder die von deren Aktionären kontrollierten Beteiligungen heraus und prüften alle Verbindungen untereinander. Dann konstruierten sie ein Computermodell, um Firmen zu finden, die andere durch Aktienbesitz kontrollieren. Diese verbanden sie mit den operativen Umsätzen jeder Gesellschaft, um die Struktur der wirtschaftlichen Macht auch kartographisch darstellen zu können. Über das Ergebnis war sogar der ETH-Wissenschaftler Stefano Battiston verblüfft: »Die Konzentration der wirtschaftlichen Kontrolle, die wir gefunden haben, ist wirklich enorm.« Stefano gehört zu den führenden Forschern auf dem Gebiet der hochkomplexen Systeme und hat bereits Analysen von Wirtschaftsnetzwerken – unter anderem gemeinsam mit dem Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz – publiziert.

Den inneren Kern der Weltwirtschaft bilden lediglich 1.318 TNCs, die im Durchschnitt jeweils 20 Verbindungen untereinander haben und selbst einen Umsatzanteil von 20 Prozent repräsentieren. Über direkte und indirekte Beteiligungen kontrollieren sie zusätzlich weitere 60 Prozent der globalen Umsätze. Darunter die »Blue Chips«, also die größten und ertragsstärksten Konzerne der Welt. Letztlich kontrollieren 147 vielfach miteinander verbundene Unternehmen – also weniger als 1 Prozent der TNCs – immerhin 40 Prozent der 43.060 TNCs. Hier laufen die Fäden von weiteren 400.000 weltweit verstreuten Unternehmensbeteiligungen und identifizierbaren Beteiligten zusammen. 80 Prozent davon stecken in einem Beteiligungs- und Einflussnetz von 737 Konzernen. Die Top 50 repräsentieren fast ausschließlich die machtvollen Kapitaltresore der internationalen Hochfinanz. Diese garantieren den Kapitaleignern die ökonomische und politische Macht über weite Teile der Welt.<sup>156</sup>

Die Liste ist allerdings in einigen Details bereits überholt, so z. B. im Fall Barclays und Lehman Brothers. Die Übermacht unter den Top 50 stellt eine angloamerikanische Armada mit 24 Geldmolothen aus den USA und acht britischen. Die französische Versicherung AXA rangiert in der Studie überraschenderweise an vierter Stelle, die Schweizer UBS auf Rang 9, die Deutsche Bank auf 12, Credit Suisse auf 14 und der deutsche Versicherungskonzern Allianz SE auf Rang 28. Mit dabei sind die beiden großen französischen Banken Société Générale auf Platz 24 und die BNP Paribas auf Platz 46.

#### Die Top 50 der 147 am dichtesten vernetzten Konzerne im Jahr 2007

Rang	Name	Land NACE code****)	Kumulierte Netzwerk Kontrolle in %
1	BARCLAYS PLC *)	GB 6512	4,05
2	CAPITAL GROUP COMPANIES INC., THE	US 6713	6,66
3	FMR CORP (Fidelity)	US 6713	8,94
4	AXA	FR 6712	11,21
5	STATE STREET CORPORATION	US 6713	13,02
6	JPMORGAN CHASE & CO.	US 6512	14,55
7	LEGAL & GENERAL GROUP PLC	GB 6603	16,02
8	VANGUARD GROUP INC., THE	US 7415	17,25
9	UBS AG	CH 6512	18,46
10	MERRILL LYNCH & CO. INC.	US 6712	19,45
11	WELLINGTON MANAGEMENT CO.	US 6713	20,33

	L.L.P.		
12	DEUTSCHE BANK AG	DE 6512	21,17
13	FRANKLIN RESOURCES INC.	US 6512	21,99
14	CREDIT SUISSE GROUP	CH 6512	22,81
15	WALTON ENTERPRISES LLC	US 2923	23,56
16	BANK OF NEW YORK MELLON CORP.	US 6512	24,28
17	NATIXIS	FR 6512	24,98
18	GOLDMAN SACHS GROUP INC., THE	US 6712	25,64
19	T. ROWE PRICE GROUP INC.	US 6713	26,29
20	LEGG MASON INC.	US 6712	26,92
21	MORGAN STANLEY	US 6712	27,56
22	MITSUBISHI UFJ FINANCIAL GROUP INC.	JP 6512	28,16
23	NORTHERN TRUST CORPORATION	US 6512	28,72
24	SOCIÉTÉ GÉNÉRALE	FR 6512	29,26
25	BANK OF AMERICA CORPORATION	US 6512	29,79
26	LLOYDS TSB GROUP PLC	GB 6512	30,30
27	INVESCO PLC	GB 6523	30,82
28	ALLIANZ SE	DE 7415	31,32
29	TIAA	US 6601	32,24
30	OLD MUTUAL PUBLIC LIMITED COMPANY	GB 6601	32,69
31	AVIVA PLC	GB 6601	33,14
32	SCHRODERS PLC	GB 6712	33,57
33	DODGE & COX	US 7415	34,00

34	LEHMAN BROTHERS HOLDINGS INC.**)	US 6712	34,43
35	SUN LIFE FINANCIAL INC.	CA 6601	34,82
36	STANDARD LIFE PLC	GB 6601	35,20
37	CNCE	FR 6512	35,57
38	NOMURA HOLDINGS INC.	JP 6512	35,92
39	THE DEPOSITORY TRUST COMPANY	US 6512	36,28
40	MASSACHUSETTS MUTUAL LIFE INSUR.	US 6601	36,63
41	ING GROEP N.V.	NL 6603	36,96
42	BRANDES INVESTMENT PARTNERS, L.P.	US 6713	37,29
43	UNICREDITO ITALIANO SPA	IT 6512	37,61
44	DEPOSIT INSURANCE CORP.OF JP	JP 6511	37,93
45	VERENIGING AEGON	NL 6512	38,25
46	BNP PARIBAS	FR 6512	38,56
47	AFFILIATED MANAGERS GROUP INC.	US 6713	38,88
48	RESONA HOLDINGS INC.	JP 6512	39,18
49	CAPITAL GROUP INTERNATIONAL INC.	US 7414	39,48
50	CHINA PETROCHEMICAL GROUP CO.	CN 6511	39,78

\*) Barclays würde in einer aktuellen Studie wohl von BlackRock ersetzt werden.

\*\*) Lehman existiert in dem Datensatz aus dem Jahr 2007 noch. Nach dem Lehmann-Bankrott im September 2008 schnappte sich Barclays das amerikanische Kerngeschäft.

\*\*\*) NACE code = Branchen Code. Die Nummern des Finanz- und Versicherungssektors beginnen mit 65, 66 und 67, jene der allgemeinen Dienstleistungsbranchen beginnen mit 74, die Hersteller von Waren mit 29.

Angesichts der Spitzenstellung der Londoner Bank Barclays kann man sie ohne Bedenken als börsennotiertes »monetäres Schlachtschiff« im Reich der englisch-französisch-schweizerischen Rothschild-Gruppe bezeichnen. Jahrelang wurde Barclays von dem Rothschild-Familienmitglied Marcus Agius geführt. Ansonsten besteht das Imperium nur aus Privatbanken ohne Veröffentlichungspflicht und ebensolchen Schattenbanken. Bei den

führenden Schattenbanken sind dementsprechend Rothschild-Familienmitglieder in vertraulichen Führungspositionen tätig. Auch hier gilt der Grundsatz der Familie: Angesichts des riesigen weltweiten Netzes von mehr als 70 Rothschild-Privatbanken und Schattenbanken hat es kein Rothschild in der Finanzwirtschaft nötig, in Unternehmen tätig zu sein, die kapitalmäßig nicht zur Familie gehören.

Wie umfassend die Dominanz des Investment-Vehikels »Barclays Global Investors Holdings Ltd« und der State Street Corporation war, lässt sich von deren Beteiligungen ableiten. Sie waren nämlich u. a. Großaktionäre bei jenen Unternehmen, die per 30. Juni 2006 den Dow Jones Industrial Index bildeten:<sup>157</sup>

- Alcoa Inc.
- Altria Group Inc.
- American International Group Inc.
- American Express Co.
- AT&T Inc.
- Boeing Co.
- Caterpillar Inc.
- Citigroup Inc.
- Coca-Cola Co.
- E. I. du Pont de Nemours & Co.
- Exxon Mobil Corp.
- General Electric Co.
- General Motors Corporation
- Hewlett-Packard Co.
- Home Depot Inc.
- Honeywell International Inc.
- Intel Corp.
- International Business Machines Corp.
- Johnson & Johnson
- JPMorgan Chase & Co.
- McDonald's Corp.
- Merck & Co. Inc.
- Microsoft Corp.
- 3M Co.
- Pfizer Inc.

- Procter & Gamble Co.
- United Technologies Corp.
- Verizon Communications Inc.
- Wal-Mart Stores Inc.
- Walt Disney Co.

Direkt und indirekt kontrollierte Barclays Global Investors auch die weltgrößten Bergbaukonzerne, deren Aktien im NYSE Arca Gold BUGS Index (HUI/XAU) gelistet sind:<sup>158</sup>

- Agnico-Eagle Mines Ltd.
- Barrick Gold Corp.
- Coeur d’Alene Mines Corp.
- Eldorado Gold Corp.
- Goldcorp Inc.
- Golden Star Resources Ltd.
- Gold Fields Ltd.
- Harmony Gold Mining Co. Ltd.
- Hecla Mining Co.
- IAMGOLD Corp.
- Kinross Gold Corp.
- Meridian Gold Inc.
- Newmont Mining Corp.
- Randgold Resources Ltd.
- Yamana Gold Inc.

Des Weiteren hielt Barclays ebenso wie State Street auch kontrollierende Beteiligungen an den zehn größten US-Rüstungskonzernen:<sup>159</sup>

- Lockheed Martin Corp.
- Boeing Co.
- Northrop Grumman Corp.
- General Dynamics Corp.
- Raytheon Co.
- Halliburton Co.
- BAE Systems PLC
- United Technologies Corp.

- Communications Holdings Inc.
- Computer Sciences Corp.

## DIE FINANZKRISE BRACHT EINIGES DURCHEINANDER

Seit 2007, dem Jahr, aus dem die zugrundeliegenden Daten der ETH-Analyse stammen, hat sich im Zuge der Finanzkrise die Kontrolle des Machtzirkels noch verdichtet. Das liegt daran, dass der Konzentrationsprozess im Bankensektor durch die Krise wie auch durch die strengeren Vorschriften durch das Banken-Regulierungswerk Basel III beschleunigt wurde.

Merrill Lynch gehört inzwischen zur Bank of America. Und die auf Rang 37 gereichte französische Bank CNCE (Caisse Nationale des Caisses d'Epargne) wurde 2009 mit der BFBP (Banque Fédérale des Banques Populaires) zur Banques Populaires Caisses d'Epargne (BPCE) verschmolzen, die mit 8.200 Zweigstellen und fast 40 Millionen Kunden zur zweitgrößten Bank Frankreichs gewachsen ist.

Es wurde aber auch offensichtlich, dass der Bail-out der Bankenriesen 2008/09 in Wirklichkeit eine Vermögensrettung für keineswegs bedürftige Aktionäre der Hochfinanz war. Die generöse Vorgangsweise, die die FED einigen Bankriesen gegenüber an den Tag legte, erscheint rückblickend umso befremdlicher. Besonders, wenn man diese Freizügigkeit mit der eher unnachgiebigen Gangart der FED im Falle der Investmentbanken Bear Stearns und Lehman Brothers vergleicht und die verheerenden Folgen in Betracht zieht, die daraus resultierten.

Lehman Brothers musste am 10. September 2008 wegen Verlusten in Höhe von vergleichsweise mickrigen 3,9 Milliarden Dollar für das 3. Quartal 2008 am 15. September 2008 die Insolvenz gemäß Chapter 11 anmelden. Davor hatte Vorstandschef Richard Fuld als Sanierungsschritte den Verkauf eines Mehrheitsanteils an der Investmentsparte, die Ausgliederung von Gewerbeimmobilien und weiteren illiquiden Vermögenswerten sowie eine Kürzung der Dividende auf 0,05 US-Dollar pro Aktie angekündigt. Noch-Finanzminister Henry Paulson weigerte sich aber, dem Konkurrenten von Goldman Sachs beizustehen. Auch persönliche Animositäten gegenüber Richard Fuld sollen dabei eine Rolle gespielt haben. FED-Gouverneur Geithner seinerseits wollte sich gleichfalls nichts einfallen lassen, um die Pleite abzuwenden – was damals noch billig gewesen wäre im Vergleich zu dem, was dann folgte. Auch JPMorgan-Chef Jamie Dimon weigerte sich, und die britische Großbank Barclays sagte die bereits versprochene Beteiligung ab.

Wenige Tage nach der Insolvenz waren nur noch 170 Mitarbeiter für Lehman Brothers tätig, 24.988 Mitarbeitern war unter dem Insolvenzverwalter Bryan Marsal in wenigen Tagen gekündigt worden. Der Schaden, der durch diese plötzliche Insolvenz hervorgerufen wurde, wird auf 50 bis 75 Milliarden US-Dollar geschätzt. Der wertvollste Teil, nämlich die eigenständige Nordamerika-Tochter, wurde danach umgehend der Londoner Bank Barclays aus der Insolvenzmasse heraus zu einem Spottpreis verkauft: Der Kaufpreis lag mit 1,85 Milliarden US-Dollar nur unwesentlich höher als der auf 1,2 Milliarden taxierte Wert der Lehman-Zentrale in New York als Kaufbestandteil. Mit

eingeschlossen in den Kaufpreis waren 10.000 hochspezialisierte Mitarbeiter und der gesamte Kundenstock. Angeblich wurden Entscheidungsträgern von Lehman hochdotierte Posten bei Barclays versprochen.<sup>160</sup> Japans größtes Brokerhaus, Nomura Holdings, kaufte am 22. September das Asiengeschäft sowie die Investmentbanksparte von Lehman Brothers in Europa und im Nahen Osten. Am Tag der Lehman-Insolvenz verkündete die Bank of America die Übernahme der gleichfalls angeschlagenen Investmentbank Merrill Lynch um 50 Milliarden Dollar.

Im März 2008 war bereits ein ähnlich dubioser Deal über die Bühne gegangen, mit dem bereits ein anderer Konkurrent von Goldman Sachs liquidiert worden war. Zunächst hatte sich der damalige US-Finanzminister Henry Paulson gemeinsam mit Timothy Geithner geweigert, der Investmentbank Bear Stearns mit einer kurzfristigen Liquiditätsspritze auszuhelfen. Henry Paulson hatte zuvor die Konkurrenzbank Goldman Sachs geleitet, Timothy Geithner war damals noch Gouverneur der Federal Reserve Bank of New York. Hedgefonds und andere Großkunden hatten zuvor nach einer wochenlangen Gerüchte-Kampagne gegen die Investmentbank spekuliert und massiv Gelder abgezogen. Gleichzeitig sagte Geithner der Konkurrenzbank JPMorgan Chase 29 Milliarden Dollar zu, damit diese an jenem Freitag im März noch eine Kreditlinie bis zu 30 Milliarden Dollar und einer Laufzeit von 28 Tagen mit Bear Stearns vereinbaren konnte.

Am Abend desselben Tages setzten Geithner und Paulson allerdings dann Bear-Stearns-Boss Alan Schwartz per Telefon völlig überraschend das Messer an die Brust. Schwartz sollte über das Wochenende einer Übernahme durch JPMorgan Chase, die in den Wochen davor bereits in Verhandlung war, zustimmen. Das aber um einen Pappenstiel von zwei Dollar je Aktie, die an der Börse am selben Tag noch mit 32 Dollar und ein Jahr zuvor noch um 260 Dollar gehandelt worden war. Die Alternative wäre der Bankrott gewesen. Mangels Alternative musste Schwartz zähneknirschend dem räuberischen Deal zustimmen. Die Altaktionäre mussten sich letztlich mit 10 Dollar je Aktie zufriedengeben.

Zweck des Ultimatums war ohne Zweifel, einen der wesentlichsten Konkurrenten der Wall-Street-Platzhirschen JPMorgan Chase und Goldman Sachs auszuschalten. Wie zur Bestätigung kaufte die New Yorker FED dem neuen Eigentümer von Bear Stearns unmittelbar nach dem erpresserischen Deal im Austausch gegen die zugesagten Gelder genau jene toxischen (= wertlosen) Asset Backed Securities (ABS) aus dem Portfolio von Bear Stearns ab, an deren Abschreibungen die Investmentbank gewürgt hatte. Damit hat die New Yorker FED jene 29 Kredit-Milliarden, die Jamie Dimon für den Bear-Stearns-Deal zuvor als Kredit erhalten hatte, in Cash umgewandelt.

Warum wohl hatte die FED nicht schon vorher den Deal gemacht? Die Antwort wurde erst viele Monate später herausgefunden: Auch JPMorgan Chase war zu jener Zeit eigentlich pleite. Die 29 Milliarden Dollar von der New Yorker FED waren schließlich die Rettung.

## **BLACKROCK** ÜBERNIMMT EIN **B**ILLIONENVERMÖGEN VON **B**ARCLAYS

Bei Barclays war die Übernahme von Lehman Brothers der Startschuss für eine massive Kapitalverschiebung. Im Juni 2009 trat sie die solcherart angereicherte gesamte, in San

Francisco (USA) domizilierte Vermögensverwaltung Barclays Global Investors (BGI) mit allen Beteiligungen im Wert von zunächst rund 2,8 Billionen Dollar für 13,5 Milliarden Dollar (9,6 Milliarden Euro) an die amerikanische BlackRock Inc. ab. Ohne tatsächlich an Einfluss zu verlieren. BGI CEO John Varley und Aufsichtsratspräsident Bob Diamond zogen in den Aufsichtsrat von BlackRock ein. Die Amerikaner avancierten durch den Transfer zum weltgrößten Vermögensverwalter mit damals 3.200 Milliarden (3,2 Billionen) US-Dollar an verwaltetem Vermögen.<sup>161</sup> Mit BGI wechselte auch iShares, einer der bedeutendsten Anbieter von börsengehandelten Exchange Traded Funds (ETFs), von BGI in den Besitz von BlackRock. Da der Deal zur Hälfte mit einem Aktientausch getätigt wurde, hielt Barclays zunächst 20 Prozent der Aktien von BlackRock Inc. und diese umgekehrt auch einen ähnlichen Prozentanteil an Barclays. Die beiden Finanzgiganten waren somit massiv miteinander verflochten und die Verbindung publik geworden: Rothschild-Billionen sind bei BlackRock geparkt.

Gleichzeitig musste Barclays selbst einen Teil des Kaufpreises gemeinsam mit anderen Banken den Amerikanern über eine bis zu 2 Milliarden Dollar große Kreditlinie leihen, da BlackRock die finanziellen Ressourcen für einen derart großen Deal nicht flüssig hatte. Die beiden Konzerne kooperierten fortan eng in der Vermögensverwaltung und dem Investmentbanking, Barclays-Vorstände zogen in den Verwaltungsrat von BlackRock ein.<sup>162</sup> Weitere 2,8 Milliarden Dollar sammelte BlackRock über den Verkauf von Aktien an andere Schattenbanken ein, mit denen BlackRock durch Überkreuzbeteiligungen in einem Syndikat verbunden ist. Nach Abschluss der Übernahme benannten sich die Amerikaner in BlackRock Global Investors um, hatten 9.000 Mitarbeiter und waren in 24 Ländern präsent.

Es war die größte Finanz- und Beteiligungstransaktion in der Geschichte. Mit der Transaktion dürfte BlackRock von Barclays auch imaginär die Spitzenposition im ETH-Ranking der am durch Beteiligungen weltweit dichtesten vernetzten Finanzkonzerne übernommen haben. Sie zu bewältigen war keine Kleinigkeit. Auf Seiten von Barclays wickelten Barclays Capital und Lazard das Geschäft ab, juristisch beraten von den Anwaltsfirmen Clifford Chance und Sullivan & Cromwell. BlackRock wurde von Citigroup, Credit Suisse, Bank of America, Merrill Lynch, Morgan Stanley und Perella Weinberg Partners sowie den Anwaltsfirmen Skadden, Arps, Slate, Meagher & Flom unterstützt.<sup>163</sup>

## **DAS BILLIONENVERMÖGEN LANDET LETZTLICH BEI PNC**

BlackRock war 1992 in den USA entstanden, als Larry Fink, Ralph Schlosstein und Keith Anderson ihre Financial-Management-Gruppe aus der Blackstone Group herauslösten und sie 1995 als Konzerngesellschaft an PNC anschlossen. 1999 brachten sie das Unternehmen an die Börse, wobei BlackRock die Zuständigkeit für die offenen Investmentfonds von der PNC Financial Services Group (PNC) mit Firmensitz in Pittsburgh, Pennsylvania, übernahm. PNC wurde für die Verwaltung der Obligationsanlagen zuständig. Inzwischen sind neben den Rothschilds auch die englische Queen Elisabeth II., die US-Politiker Al Gore und Maurice Strong sowie die US-

Milliardäre Warren Buffet und George Soros an BlackRock beteiligt. Die Rothschilds sind mit ihnen geschäftlich vielfach verbunden.<sup>164</sup>

BlackRock war bereits 2006 durch die Fusion mit Merrill Lynch Investment Managers (MLIF) zum weltgrößten Asset-Management-Unternehmen gewachsen. Die internationale Fondspalette »Merrill Lynch International Investment Funds« mit verwalteten Vermögenswerten von 3,792 Billionen US-Dollar wurde im April 2008 in BlackRock Global Funds (BGF) umbenannt. Im Oktober 2007 hatte BlackRock von der Quellos Capital Management überdies deren Dachfondsgeschäft übernommen. Im deutschsprachigen Raum bietet BlackRock Global Funds BGF (ehemals MLIF – Merrill Lynch International Investment Funds) mehr als 200 verschiedene Investmentfonds an sowie die börsengehandelten Fonds der ETF-Sparte iShares.<sup>165</sup>

Als die erhöhten Kapitalanforderungen durch die Basel-III-Vorschriften auch die Beteiligungen an Vermögensverwaltern und ähnlichen Finanzfirmen unattraktiver machten, entschloss sich Barclays-Präsident Marcus Agius im Mai 2012, die BlackRock-Anteile innerhalb des Netzwerks für 5,5 Milliarden US-Dollar (4,3 Milliarden Euro) zur PNC Financial Corporation in Pittsburgh, Pennsylvania, zu verschieben. Hier wurde Ende 2015 dann fast ein Viertel der BlackRock-Aktien verzeichnet – also in etwa der frühere Anteil von Barclays.<sup>166</sup> BlackRock scheint zudem 6,4 Millionen Anteilscheine für eine Milliarde US-Dollar über ein Aktienrückkaufprogramm selber aufgenommen zu haben.<sup>167</sup>

Da es hier um Billionen Dollar geht, ist anzunehmen, dass PNC Barclays besonders nahesteht und von der Londoner Bank in jedem Fall beherrscht wird. Denn wer würde derartige Vermögenswerte ohne entsprechend penible Kontrolle Fremden anvertrauen? Die zehn größten institutionellen Aktionäre, darunter »natürlich« führend die »Big Four«-Schattenbanken, enttarnen PNC inzwischen jedenfalls, nachdem es 2007 bei der ETH-Studie noch nicht unter den Top 50 aufgetaucht war, als einen der zentralen Teile des internationalen monetären Netzwerks: Vanguard (Anteil inkl. Investmentfonds 16,07 %), State Street (4,41 %), BlackRock (2,59 %), Fidelity (1,7 %) Wellington Management Company (8,33 %), Invesco (2,17 %), Franklin Resources (1,74 %), JPMorgan Chase (2,09 %) und Bank of New York Mellon (1,35 %) hielten im Juni 2016 gemeinsam mit ihren Investmentfonds fast 40 Prozent der Aktien.<sup>168</sup>

An BlackRock waren zum 30. Juni 2016 PNC und gleichfalls die Big Four und z. T. deren Investmentfonds direkt beteiligt: PNC Financial Corp (21,19 %), Vanguard (10,47 %), State Street (3 %), Fidelity (2,53 %), BlackRock selber (1,92 %), Norges Bank (5,72 %), Wellington Management (5,47 %), Capital World Investors (2,01 %), Bank of America (2,76 %) und JPMorgan Chase (2,06 %).

Die Rothschild-Billionen verblieben also mit der Vermögensverwaltung bei BlackRock und mit dem Domizil bei PNC letztlich in dem ETH-Netzwerk, das die Welt beherrscht. PNC wies Ende 2015 mit 52.500 Mitarbeitern ein eigenes Gesamtvermögen von »nur« 358 Milliarden Dollar aus. Das Unternehmen ist im Aktienindex S&P 500 gelistet, Die Abkürzung PNC geht zurück auf die beiden Banken Pittsburgh National Corporation und Provident National Corporation, die sich 1982 bei der bis dahin größten Bankenfusion in der Geschichte der USA zur PNC Financial Corporation zusammengeschlossen hatten.<sup>169</sup>

## BLACKROCK-BETEILIGUNGEN AN BANKEN UND ANDEREN FINANZKONZERNEN

2015 verwaltete BlackRock bereits 4,747 Billionen Dollar und ist zudem Großaktionär des Ölkonzerns BP, an dem das Haus Rothschild und Queen Elisabeth II. ebenfalls direkt beteiligt sind. Eine weitere Beteiligung betrifft den weltgrößten Rohstoffhändler Glencore, der 2012 den schweizerisch-britischen Bergbaukonzern Xstrata übernommen hat. Nathaniel Rothschild, der einzige Sohn von Lord Jacob Rothschild, war schon im Dezember 2009 mit 25 Millionen Pfund eingestiegen und hatte Simon Murray als CEO vermittelt. »Nat«, einst der begehrteste Junggeselle Londons mit Wohnsitz in der Schweiz und als Nummer 191 der 300 reichsten Schweizer auf ein Vermögen von 427 Millionen Euro geschätzt, überraschte die High Society im April 2016 mit der Ankündigung seiner Hochzeit mit dem ehemaligen Nacktmodel Loretta Basey.<sup>170</sup> Bis zur Auflösung des Hedgefonds Atticus Capital im Jahr 2009 war Nathaniel Rothschild dessen stellvertretender Vorstandsvorsitzender und 50-Prozent-Eigentümer. Bis Ende 2011 agierte er als stellvertretender Vorstandsvorsitzender bei dem New Yorker Nachfolge-Hedgefonds Attara Capital LP.<sup>171</sup>

Außerdem ist er mit 100 Millionen Dollar am weltgrößten Aluminium-Produzenten Rusal beteiligt, deren Großaktionäre die befreundeten russischen Oligarchen Oleg Deripaska und Roman Abramowitsch sind. Für ihre Ostgeschäfte betrieben Jacob und Nathaniel Rothschild eigens die JNR UK Ltd-Bank. Sie versuchten vergeblich, nach der Verurteilung des russischen Strohmann-Eigentümers Michail Chodorkowski den russischen Ölkonzern Yukos direkt zu übernehmen, ehe er verstaatlicht wurde.

Jacob Rothschild, damals 76 Jahre alt, hatte im Mai 2012 einen aufregenden Deal mit David Rockefeller, damals 96, abgeschlossen: Mit seiner RIT Capital Partners beteiligte er sich zu 37 Prozent an jenem Vermögensmanagement von Rockefeller, das zuvor bei der französischen Société Générale domiziliert war. Über den Kaufpreis wurde selbstverständlich Stillschweigen vereinbart. Die Verbindung zwischen dem reichsten europäischen Haus Rothschild und der reichsten amerikanischen Dynastie gleicht einer »transatlantischen Märchenhochzeit des Geldadels«.<sup>172</sup>

## ROTHSCHILD DOMINANT BEI SCHATTENBANKEN PRÄSENT

Der Name Rothschild taucht übrigens bei vielen der Top 50 aus der ETH-Studie auf. Damit ist offensichtlich, dass die reichste Familie der Welt mit der gleichnamigen weltgrößten Privatbanken-Gruppe und ihrem Billionenvermögen auf diesen Umwegen auch die Großbanken der Wall Street wie Goldman Sachs, JPMorgan Chase, Citigroup, Bank of America, Merrill Lynch etc. zumindest mit kontrolliert. Denn kein Rothschild, der in der Finanzwelt tätig ist, hat es nötig, einem fremden Herrn zu dienen. Das gilt für alle Familienmitglieder.

Darüber hinaus halten Rothschild-Unternehmen wesentliche Beteiligungen an folgenden Unternehmen:<sup>173</sup>

- N M Rothschild & Sons/London: Barclays (Nr. 1 der ETH-Liste), Fidelity Investments - FMR (Nr. 3), Legal & General Group (Nr. 7), Natixis (Nr. 17), Lloyds TSB (Nr. 26),

Massachusetts Mutual Life (Nr. 40), ING Group (Nr. 41) und Northern Trust (Nr. 23), Lloyds Bank und The Depository Trust Company.

- Rothschild Bank AG (Zürich): Fidelity Investments - FMR (Nr. 3),
- Rothschild Asset Management Inc.: Vanguard (Nr. 8), Legg Mason (Nr. 20) und Wellington (Nr. 11);
- Rothschild GmbH: AXA (Nr. 2)
- Rothschild Fund Management: Franklin (Nr. 13);
- Banque Privée Edmond de Rothschild: Mitsubishi UFJ (Nr. 22);
- Rothschild Investment Trust: Dodge & Cox (Nr. 33);
- Rothschild Group: Nomura (Nr. 38);
- Rothschild North America: Deposit Insurance Corp. of Japan (Nr. 44).

Bei wichtigen internationalen Beteiligungen agier(t)en Familienmitglieder sogar in den Führungsetagen:<sup>174</sup>

- Mit Marcus Agius hatte der Schwiegersohn von Edmund Leopold de Rothschild, verheiratet mit dessen Tochter Kate, jahrelang als Vorstandsvorsitzender von Barclays (Nr. 1 der Liste der Top 50 in der ETH-Studie) die Zügel in der Hand. Jedoch musste Agius nach den Skandalen um Manipulationen der Zinssätze Libor und Euribor am 2. Juli 2012 seinen 750.000 Pfund-Job quittieren.<sup>175</sup> Er blieb aber der Bank zunächst für weitere 12 Monate mit einem Salär von 175.000 Pfund und danach noch bis März 2014 als Betreuer von reichen Kunden mit einem nicht veröffentlichten Honorar erhalten. Agius blieb also noch 20 Monate nach seinem offiziellen Rücktritt bei Barclays beschäftigt.<sup>176</sup>
- Steven M. Rothschild kontrolliert Capital Research/Capital Group Companies Inc. (Nr. 2).
- James Rothschild sitzt im Aufsichtsrat der Capital Group (Nr. 2). Außerdem ist er in den USA bei der Monument Capital Group LLC als Vizepräsident engagiert, die sich auf Aufrüstung und Aufträge des US-Heimatschutzministeriums spezialisiert hat.
- Edmond de Rothschild kontrolliert State Street (Nr. 5),
- Simon Rothschild, Resona Holdings (Nr. 48).
- Lord Jacob Rothschild sitzt im Board der britischen Versicherung Standard Life (Nr. 36)
- Randall Rothschild fungiert in New York als Managing Director der börsennotierten US-Beteiligungsfirma Blackstone Group. Sie war 1985 mit Rothschild-Geld ausgestattet worden. Zudem fungiert Randall Rothschild als COO (Chief Operating Officer) der Immobilienfinanzierungssparte Blackstone Real Estate Debt Strategies. Blackstone verwaltete im März 2015 76 Milliarden US-Dollar und 20 weitere Milliarden Dollar an Beteiligungen. Lord Jacob Rothschild kontrolliert persönlich im Blackstone-Aufsichtsrat und unterstreicht damit die Wichtigkeit dieser Beteiligung. Zu den großen Aktionären zählt die Crème de la Crème der Hochfinanz-

Vermögensverwalter mit Fidelity, Morgan Stanley, Deutsche Bank, Citigroup, UBS, Merrill Lynch & Co Inc. etc.<sup>177</sup>

Des Weiteren gelten die Rothschilds als Hausbankiers und Aktionäre der US-amerikanischen Carlyle Group, an der das saudische Königshaus, die Familie Bin Laden und Ex-Präsident George H. W. Bush (sen.) beteiligt sind. Carlyle gilt mit zahlreichen Rüstungsbeteiligungen, die z. T. inzwischen versilbert wurden, als einer der Hauptprofiteure der US-Kriege in Afghanistan und Irak. Kriege, die von George W. Bush (jun.) als übernächstem Nachfolger seines Vaters auf dem Präsidentenstuhl geführt wurden. Die Bush-Familie war somit einer der großen Kriegsgewinnler, ohne selbst etwas riskiert zu haben.

## INDUSTRIE- UND HANDELSKONZERNE DER »BIG FOUR«

Bei den Industrie- und Handelskonzernen sieht es nicht anders aus. Die »Big Four« kontrollieren abgesehen von der Mehrzahl der deutschen DAX-Konzerne u.a. folgende börsennotierte US-Konzerne:<sup>178</sup>

- Apple
- Alcoa
- Altria Group
- American International Group
- AT&T
- Boeing
- Caterpillar
- Coca-Cola
- DuPont
- Exxon Mobil
- General Electric
- General Motors
- Hewlett-Packard
- Home Depot
- Honeywell International
- Intel
- IBM
- Johnson & Johnson
- JPMorgan Chase & Co.

- McDonald's
- Merck & Co.
- Microsoft
- 3M
- Pfizer
- Procter & Gamble
- United Technologies
- Verizon Communications
- Wal-Mart Stores

## RISIKO DER VERNETZUNG KAUM ZU KONTROLLIEREN

Auch wenn verschiedene Schlussfolgerungen aus der ETH-Studie, wie etwa die Gleichsetzung einer Beteiligung mit einer entsprechenden Kontrolle, umstritten sind – der generelle Befund ist so klar, dass er nicht ignoriert werden kann. Die gewaltige Machtkonzentration in den Händen weniger Finanzkonzerne und ihrer Manager sowie die nicht minder große gegenseitige Abhängigkeit dieser Konzerne untereinander werfen auf jeden Fall eine Menge Fragen auf.

Aus marktliberaler Sicht stellt etwa die enge Verknüpfung der Marktteilnehmer den Wettbewerb infrage. Außerdem stehen die nationalen und internationalen Institutionen zur Marktregulierung vor der kaum lösbaren Herausforderung, Wege zu finden, wie Risiken in einem solchen Abhängigkeitsnetzwerk überhaupt isoliert und neutralisiert werden können. So dürfte beispielsweise die bereits diskutierte Abspaltung der Investmentaktivitäten von Banken unter diesen Umständen zwar die unmittelbaren Auswirkungen auf ein Land begrenzen. Das weltweite Finanzsystem würde von einem Bankrott aber kaum weniger stark erschüttert werden als bisher.

Auf dem Höhepunkt der Bankenkrise 2008 stand das amerikanische, wenn nicht sogar das weltweite Finanzsystem, knapp vor dem Kollaps. Vergleichbar damit, wenn ein Stromnetz wegen Überforderung zusammenbricht. Doch während daraufhin ausgewählte Großbanken in den USA und Europa für systemrelevant und »too big to fail« erklärt wurden, haben Wirtschaftsforscher der ETH Zürich 2012 mit einer neuen Methode nachgewiesen, dass es um etwas anderes ging: und zwar um »too connected to fail« und »too central to fail«. Ob Banken in Krisensituationen ein Risiko für das gesamte Finanzsystem darstellen, bestimmt nämlich weniger ihre Größe, als vielmehr die Intensität ihrer Vernetzung mit anderen Banken.<sup>179</sup>

John Driffill von der Universität London, ein Experte für Makroökonomie, wies daher nicht zu Unrecht darauf hin, dass der Wert der Analyse nicht nur darin besteht, dass sie aufdeckt, wie eine kleine Anzahl von Leuten die globale Wirtschaft kontrolliert, sondern dass sie auch Erkenntnisse hinsichtlich der wirtschaftlichen Stabilität liefert. Eine Konzentration der Macht ist isoliert gesehen noch nicht schlecht, sagt auch das ETH-

Team, aber die engen Verknüpfungen des Netzwerks könnten es sein. Das leuchtet ein. Denn wie die Welt ab September 2008 erkennen musste, sind solche Netzwerke gerade in der Finanzbranche höchst instabil. Wenn ein Unternehmen fällt, dann fallen auch die anderen wie Dominosteine.

Dass die ETH-Studie die Londoner Großbank Barclays an der Spitze der weltweiten und mächtigsten Finanzkonzerne identifizierte, mag zwar für die meisten eine Überraschung gewesen sein. Doch es zeigt, dass nicht New York, sondern noch immer London als Nabel der internationalen Finanzwelt anzusehen ist.

## KAPITEL 9

### SO BEHERRSCHEN SCHATTENBANKEN DIE AMERIKANISCHEN MEDIEN

Ein besonderes Kapitel in Wirtschaft und Politik repräsentieren seit jeher die Medien. Denn sie sind Meinungsbildner und haben einen enormen Einfluss auf die Menschen. Wer als Eigentümer hinter ihnen steht und damit Macht und Einfluss ausübt, wird nicht gerade in der Öffentlichkeit verbreitet. Denn Medien sollen zumindest nach außen hin den Schein der Unabhängigkeit wahren, um bei den Lesern, Hörern und Zuschauern glaubwürdig zu sein. Das kann aber auch rasch umschlagen, wie man an der Empörung in Deutschland über die »Lügenpresse« gesehen hat. Der Vorwurf bezog sich auf die Berichterstattung über den Russland-Ukraine-Konflikt und später über die verzögerte Berichterstattung über die tatsächlichen Vorgänge in der Silvesternacht 2015/16 am Kölner Hauptbahnhof.

Wie die Geschichte zeigt, sind die Eigentümer der Medien von größter Relevanz. Denn sie wollen immer mitbestimmen, worüber berichtet wird und worüber nicht.

Wegen der großen Breitenwirkung auf europäische Printmedien und TV-Anstalten lohnt sich daher ein Blick hinter die Kulissen der US-Medien. Dabei tritt Überraschendes zutage. Die Netzwerk-Analyse der ETH-Experten hat ergeben, dass nur 118 Leute in den Aufsichtsräten die zehn größten Medienunternehmen in den USA kontrollieren. In acht von ihnen regieren gemeinsame Mitglieder. Diese Leute sitzen auch in den Leitungsgremien des »wirtschaftlichen Supergebildes«, des »eng verwobenen Kerns von Finanzinstitutionen«.<sup>180</sup>

Das zeigt, dass sich in den letzten 130 Jahren wenig geändert hat. Denn schon 1880 klagte John Swinton bei seinem Ausscheiden als Chefredakteur der *New York Times*: »Bis zum heutigen Tag gibt es so etwas wie eine unabhängige Presse in der Weltgeschichte nicht. Ich werde jede Woche dafür bezahlt, meine ehrliche Meinung aus der Zeitung, bei der ich angestellt bin, herauszuhalten. Wenn ich meine ehrliche Meinung in einer Ausgabe meiner Zeitung veröffentlichen würde, wäre ich meine Beschäftigung innerhalb von 24 Stunden los. Es ist das Geschäft der Journalisten, die Wahrheit zu zerstören, unumwunden zu lügen, zu pervertieren, zu verleumden, die Füße des Mammons zu lecken und das Land zu verkaufen für ihr täglich Brot. Wir sind die Werkzeuge und Vasallen der reichen Männer hinter dem Vorhang. Wir sind die Hampelmänner, sie ziehen die Fäden, und wir tanzen. Unsere Talente, unsere Möglichkeiten und unsere Leben sind das Eigentum anderer Männer. Wir sind intellektuelle Prostituierte.«

Tatsächlich finden sich die mehrfach identischen Schattenbanken auch unter den Topaktionären der amerikanischen Medien-Giganten. Und wenn man sich die Medien vor Augen hält, die von diesen Konzernen betrieben werden, erscheint die oftmals beklagte Gleichschaltung der amerikanischen »Mainstream-Medien« nicht mehr aus der Luft gegriffen. Denn nur 232 Medienmanager lenken die Informationen für 318,9 Millionen

Amerikaner (Stand: 2014). Während sich 1983 noch 50 Unternehmen die überwiegende Anzahl der Medienbetriebe teilten, waren es 1992 nur noch zwei Dutzend. Heute sind es gerade einmal sechs Konglomerate, die über 90 Prozent des Marktes kontrollieren: Time Warner, Disney, die von Rupert Murdoch gegründete News Corporation, General Electric/NBC, CBS Corp. und Viacom. 2010 machten sie zusammen einen Umsatz von 275,9 Milliarden Dollar.<sup>181</sup>

Die heutige Viacom Corp. ist ein amerikanischer Medienkonzern mit Sitz in New York City und verschiedenen weltweiten Beteiligungen an Kabel- und Satellitenfernsehgesellschaften (MTV Networks und BET), Videospieleherstellern (Sega of America) sowie an Filmproduktions- und Verleihgesellschaften (Paramount Pictures, Dream-Works). Das Unternehmen entstand am 31. Dezember 2005 durch die Aufteilung des alten Viacom-Konzerns in CBS Corporation und (neue) Viacom. Rechtlich handelt es sich bei der CBS Corporation um die vormalige Viacom, deren Name geändert wurde. Die durch einen Spin-off entstandene »neue« Viacom ist dagegen rechtlich nicht die Nachfolgegesellschaft der alten Viacom, sondern eine Neugründung, auf welche einige Unternehmensteile übertragen wurden.<sup>182</sup>

Etliche Kritiker sehen in dieser hochkonzentrierten Medienlandschaft eine Gefahr für die Demokratie. »Themen und Argumente, die den Interessen großer Konglomerate zuwiderlaufen, finden immer weniger Beachtung in den von ihnen kontrollierten Medien«, befindet beispielsweise die deutsche Bundeszentrale für politische Bildung.<sup>183</sup>

Wie stark die Konzentration in den USA inzwischen geworden ist, lässt sich an den mehrfach identischen Großaktionären und den einzelnen Beteiligungen an den größten sechs Medienkonzernen klar erkennen. Es sind überwiegend die den Lesern bereits bekannten Namen der Schattenbanken, die die amerikanischen Großbanken und Industriekonzerne der verschiedensten Branchen kontrollieren:

## TIME WARNER<sup>184</sup>

**Top-10-Aktionäre (per 4.7.2015):** BlackRock Institutional Trust Company, Vanguard Group Inc., State Street Corporation, N.A., Massachusetts Financial Services Co., Dodge & Cox Inc., JPMorgan Chase & Company, Capital (Group) Research Global Investors, Capital (Group) World Investors, AllianceBernstein L.P., T. Rowe Price Associates Inc. Die Übernahme von Time Warner durch den Telefonkonzern AT&T für 85,4 Milliarden Dollar ist gleichsam eine Familienangelegenheit. Denn die größten AT&T-Aktionäre sind wie bei Times Warner Vanguard, State Street, BlackRock, Capital Group sowie Fidelity, Northern Trust, Bank of New York Mellon, Evercore Trust und Bank of America.

## Medienbeteiligungen:<sup>185</sup>

- Home Box Office (HBO)
- Time Inc.
- Turner Broadcasting System Inc.
- Warner Bros. Entertainment Inc.

- CW Network (Beteiligung)
- TMZ
- New Line Cinema
- Time Warner Cable
- Cinemax
- Cartoon Network
- TBS
- TNT
- America Online
- MapQuest
- Moviefone
- Castle Rock
- Sports Illustrated
- Fortune
- Marie Claire
- People Magazine

## W<sub>ALT</sub> D<sub>ISNEY</sub><sup>186</sup>

**Top-10-Aktionäre (per 4.7.2015):** BlackRock Inc., Vanguard Group, State Street Corporation, Fidelity Management & Research Com., Capital (Group) World Investors, State Farm Mutual Automobile Insurance Co, Massachusetts Financial Services Investment Management K.K., Northern Trust Corporation, T. Rowe Price Associates Inc., Jennison Associates LLC.

### **Medienbeteiligungen:**

- ABC Television Network
- Disney Publishing
- ESPN Inc.
- Disney Channel
- SOAPnet
- A&E
- Lifetime
- Buena Vista Home Entertainment
- Buena Vista Theatrical Productions

- Buena Vista Records
- Disney Records
- Hollywood Records
- Miramax Films
- Touchstone Pictures
- Walt Disney Pictures
- Pixar Animation Studios
- Buena Vista Games
- Hyperion Books

## COMCAST/NBC UNIVERSAL<sup>187</sup>

Am 12. Februar 2013 gab Comcast bekannt, von General Electric auch die restlichen 49 Prozent Anteile an NBC Universal zu übernehmen. Der vereinbarte Preis dafür lag bei rund 16,7 Milliarden US-Dollar, davon 11,4 Milliarden in bar.

### **Top-Aktionäre (per 4.7.2015):**

BlackRock Fund Advisors, Vanguard Group, State Street Global Advisors (Aus) Ltd, Fidelity Management and Research Company, Capital (Group) World Investors, Wellington Management Company LLP, Dodge & Cox, Capital (Group) Research Global Investors, NORGES BANK, Northern Trust Corporation, J.P. Morgan Investment Management Inc., Brown Brothers Harriman & Co., T. Rowe Price Associates Inc., Northern Trust Investments, N.A.

### **Medienbeteiligungen:**

- Bravo
- CNBC
- NBC News
- MSNBC
- NBC Sports
- NBC Television Network
- Oxygen

## CBS CORPORATION<sup>188</sup>

### **Top-10-Aktionäre (per 4.7.2015):**

BlackRock Institutional Trust Company, Vanguard Group, State Street Corporation,

Capital (Group) World Investors, JPMorgan Chase & Company, Franklin Resources Inc., Soroban Capital Partners LLC, Waddell & Reed Financial Inc., Bank of New York Mellon Corporation, Highfields Capital Management L.P.

**Medienbeteiligungen:**

- CBS News
- CBS Sports
- CBS Television Network
- CNET
- Showtime
- TV.com
- CBS Radio Inc. (130 Stationen)
- CBS Consumer Products
- CBS Outdoor
- CW Network (50 %-Beteiligung)
- Infinity Broadcasting
- Simon & Schuster (Taschenbücher, Scribner-Verlag)
- Westwood One Radio Network
- SciFi Magazine
- Syfy (SciFi Channel)
- Telemundo
- USA Network
- Weather Channel
- Focus Features
- NBC Universal Television Distribution
- NBC Universal Television Studio
- Paxson Communications (Beteiligung)
- Trio
- Universal Parks & Resorts
- Universal Pictures
- Universal Studio Home Video

## **Top-Aktionäre (per 4.7.2015):**

BlackRock Fund Advisors, Vanguard Group Inc., State Street Corporation, Capital (Group) World Investors, Dodge & Cox Inc., Wellington Management Company, LLP, Yacktman Asset Management LP, JPMorgan Chase, Northern Trust Investments, MFS Investment Management K.K., Government Pension Fund of Norway Global

## **Medienbeteiligungen:**

### **Cable Networks**

- Fox Networks
- Big Ten Network
- Fox Business Network
- Fox Deportes
- Fox News Channel
- Fox International Channels
- Fox Sports 1
- Fox Sports Net (FSN)
- FX Networks and Productions
- MundoFox (heute: MundoMax)
- National Geographic Channels
- STAR India
- Tata Sky (30 %)
- YES Network

### **Filmed Entertainment**

- 20th Century Fox
- Fox 2000 Pictures
- Fox International Productions
- Fox Searchlight Pictures
- Fox Animation and Blue Sky Studios
- 20th Century Fox Home Entertainment
- 20th Century Fox International
- 20th Century Fox Television
- Fox 21
- 20th Television
- Fox Television Studios

- Shine Group

## **Television**

- Fox Broadcasting Network
- Fox Sports
- Fox Television Stations Group
- MyNetworkTV

## **Direct Broadcast and Satellite TV**

- Sky Plc. (Vereinigtes Königreich, Irland, Deutschland, Italien und Österreich) mit 39,1 Prozent

## **NEWS CORPORATION<sup>190</sup>**

### **Top-10-Aktionäre (per 4.7.2015):**

International Value Advisers, Sterling Capital Management, Alkeon Capital Management, Pzena Investment Management, Newtyn Management, Tensile Capital Management, Sheffield Asset Management, Manikay Partners, Vanguard Group, D. E. Shaw & Co.

### **Medienbeteiligungen:**

- Dow Jones & Company Inc.
- Fox Television Stations
- The New York Post
- Fox Searchlight Pictures
- Beliefnet
- Fox Business Network
- Fox Kids Europe
- Fox News Channel
- Fox Sports Net
- Fox Television Network
- FX
- My Network TV
- MySpace
- News Limited News
- Phoenix InfoNews Channel
- Phoenix Movies Channel

- Sky PerfecTV
- Speed Channel
- STAR TV India
- STAR TV Taiwan
- STAR World
- Times Higher Education Supplement Magazine
- Times Literary Supplement Magazine
- Times of London
- 20th Century Fox Home Entertainment
- 20th Century Fox International
- 20th Century Fox Studios
- 20th Century Fox Television
- BSkyB
- DIRECTV
- The Wall Street Journal
- Fox Broadcasting Company
- Fox Interactive Media
- FOXTEL
- HarperCollins Publishers
- The National Geographic Channel
- National Rugby League
- News Interactive
- News Outdoor
- Radio Veronica
- ReganBooks
- Sky Italia
- Sky Radio Denmark
- Sky Radio Germany
- Sky Radio Netherlands
- STAR
- Zondervan

V<sub>IACOM</sub><sup>191</sup>

**Top-10-Aktionäre (per 4.7.2015):**

GAMCO Investors Inc., Gabelli Funds, Neuberger Berman Group, Ionic Capital Management, Pacific Heights Asset Management, James Investment Research Inc., CQS Cayman Limited Partnership, Berkley W. R. Corporation, Renaissance Technologies, LLC, Stifel Financial Corp.<sup>192</sup>

**Medienbeteiligungen:**

- Paramount Pictures
- Paramount Home Entertainment
- Black Entertainment Television (BET)
- Comedy Central
- Country Music Television (CMT)
- Logo
- MTV
- MTV Canada
- MTV2
- Nick Magazine
- Nick at Nite
- Nick Jr.
- Nickelodeon
- Noggin
- Spike TV
- The Movie Channel
- TV Land
- VH1

**VIER NACHRICHTENAGENTUREN BEHERRSCHEN DEN NEWS-MARKT**

Bei den Nachrichtenagenturen in der westlichen Welt beherrschen nur vier Große den Informationsmarkt: United Press International (UPI), Associated Press (AP), Reuters und Agence France Presse (afp). Diese »Großen Vier« liefern über 90 Prozent der Auslandsnachrichten. Und das kostengünstiger als es eigene Korrespondenten für Medien leisten.

Die Reuters Group war zunächst die weltweit größte internationale Nachrichtenagentur mit Hauptsitz in London. Sie wurde im Mai 2007 von der kanadischen Thomson-Gruppe

zu einem kolportierten Preis von umgerechnet 12,9 Milliarden Euro übernommen und fusioniert. Seit dem 17. April 2008 heißt der Konzern Thomson Reuters und hat seinen Hauptsitz in New York. Die Briten haben durch Reuters weiterhin starken Einfluss in den Englisch sprechenden Commonwealth-Ländern. Die kanadische Familie Thomson kontrolliert das Unternehmen und hält durch ihre Investmentfirma The Woodbridge Company 55 Prozent an Thomson Reuters (Stand 1. März 2012). Der Konzern erwirtschaftete 2015 mit 53.000 Mitarbeitern einen Umsatz von 12,6 Milliarden US-Dollar.<sup>193</sup>

AP ist eine Non-Profit-Genossenschaft von 1.400 US-Zeitungen. UPI ist Eigentum von News World Communications Inc. mit Sitz in New York und gehört dadurch zur »Reverend Sun Myung Moon's Unification Church«. 50 Prozent der News in den südamerikanischen Zeitungen kommen von UPI und AP und weitere 10 Prozent von Reuters und AFP. Zeitungen in Asien, Afrika und Lateinamerika, die sich keine eigenen Korrespondenten leisten können, hängen bei den Auslandsnachrichten praktisch vollständig von den großen vier Agenturen ab.

Die französische AFP ist die älteste und weltweit drittgrößte internationale Nachrichtenagentur nach Associated Press und Reuters, gegründet 1835 in Paris von Charles-Louis Havas. Pro Tag versendet AFP weltweit rund 3.200 Artikel, 2.500 Fotos, 100 Infografiken und 150 Videobeiträge. 1957 erhielt AFP einen Rechtsstatus, der den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland nahekommt. Der gesetzlich verankerte Status soll die Unabhängigkeit von Staat und Privateigentümern garantieren. Finanziell besteht aber eine erhebliche Abhängigkeit vom französischen Staat: 40 Prozent der Einnahmen von AFP stammen aus Abonnements staatlicher Einrichtungen. Die AFP arbeitet mit ungefähr 1.200 fest angestellten Journalisten, unter ihnen etwa 250 Fotografen, und mehr als 2.000 freie Mitarbeitern in 165 Ländern. Damit hat sie eines der dichtesten Korrespondentennetze weltweit. AFP ist stark im Französisch sprechenden Afrika vertreten, AP und UPI in Lateinamerika und zum Teil auch in Japan, Süd-Korea und auf den Philippinen – den Regionen, die nach dem Zweiten Weltkrieg von den USA kontrolliert wurden.<sup>194</sup>

Die »Großen Vier« der Agenturen senden jeden Tag Nachrichten in einem Umfang von 34 Millionen Wörtern und liefern 90 Prozent von den Auslandsberichten der Zeitungen weltweit. Die Dritte Welt, in der mehr als zwei Drittel der Weltbevölkerung leben, nimmt nur 25 Prozent der Nachrichten ab.

# KAPITEL 10

## ZENTRALBANKEN ALS INSTRUMENTE DES BANKENSYNDIKATS

*»Die Bank von England (BoE) ist der Kopf einer globalen Krake des Bankwesens; ohne ihn würden die Menschen überall nicht mehr als 17 Prozent an Steuern bezahlen, um alle gesellschaftlichen und sozialen Kosten zu decken. Und zwar wirklich alle: Gesundheit, Ausbildung, öffentlicher Transport, Altenpflege und alle anderen Dienste, für die wir normalerweise bezahlen. Alles über 17 Prozent an Steuern ist Diebstahl der Regierung an den Bürgern.«*

So prangerte der niederländische Mathematiker und Wirtschaftswissenschaftler Jan Tinbergen 1969 die Drahtzieher des westlichen Finanzsystems an, kurz bevor er den ersten Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhielt. Tinbergens Analysen hatten immer Gewicht, gilt er doch als Vater der ökonometrischen Konjunkturmodelle, die heute aus der Volkswirtschaftslehre nicht mehr wegzudenken sind. Und er war der Erste, der sich Gedanken zu einer angemessenen Managerentlohnung machte, schon Jahrzehnte, bevor das Thema weltweit politische Brisanz erlangte.

Die Einschätzung von Jan Tinbergen hinsichtlich der Zentralbanken hatte fundierte Gründe. Denn unabhängige Notenbanken wie die Bank of England (BoE), das US-Federal Reserve System (FED) und die Europäische Zentralbank (EZB) zeichnen sich dadurch aus, dass sie in erster Linie unabhängig von den Interessen der Staaten und ihrer Bürger als »Bank der Banken« Geldpolitik machen. Daher vergeben sie frisch geschöpftes Geld in Form von Krediten zu günstigen Konditionen ausschließlich an Geschäftsbanken. Außerdem kaufen sie über die Offenmarktgeschäfte, dem wichtigsten Instrument der Geldpolitik, festverzinsliche Wertpapiere oder bieten sie umgekehrt aus ihren eigenen Beständen den Geschäftsbanken an. Darüber hinaus nehmen sie von den Banken den Gegenwert von Spareinlagen als Sicherheit, genannt Mindestreserve, in einem bestimmten Prozentsatz in Verwahrung.

**Wichtige Mindestreservesätze:**<sup>195</sup>

<b>Zentralbank</b>	<b>Satz</b>
Europäische Zentralbank	1 %
Schweizerische Nationalbank	2,5 %
Russische Zentralbank	3,5 %
Federal Reserve System	10 %
Chinesische Volksbank	20 %

Das Ergebnis der Politik von den führenden Zentralbanken erleben wir seit 2008 anschaulich. Es ähnelt erschreckend den verheerenden Abläufen der 1920er- und 1930er-Jahre. Sogar der »New Deal« von Franklin D. Roosevelt findet seine Parallele in dem europaweiten Investitionsprogramm, das die EU-Kommission seit 2015 propagiert. Hinter diesen Zentralbanken stehen Menschen und Mächte mit eigenen Interessen, die sich von jenen der Staaten und ihrer Bürger fundamental unterscheiden. Sie bestimmen die Aktivitäten und wählen die Personen aus, die an den Schalthebeln der Finanzmacht die Vorgaben umsetzen. Dass es sich dabei nicht um Wohltäter der Bürger, sondern der Banken handelt, ist an der Struktur des Finanzsystems mit den nichtstaatlichen (privaten) Zentralbanken erkennbar. Dabei geht es immer wieder um dasselbe: Die Normalbürger der Länder zahlen, und die Finanzmächte kassieren. Und weil manchen an der Spitze dieses Systems Geld und Luxus nicht mehr reichen, wollen sie auch Macht ausüben.

Verständlich ist das nur, wenn man anerkennt, dass die Finanzmächte immer noch die Regierungen über die Natur des Geldes und seine Verwendungsweisen weitgehend im Unklaren lassen. So gelang es ihnen schon immer, Geschäftswelt und Regierungen abhängig zu machen und zu dominieren. Um diesen Zustand dauerhaft aufrechtzuerhalten, trachteten sie danach, in jedem Land eine private Zentralbank zu etablieren, die über die Privilegien verfügt, Geldmenge und Zinsen zu steuern. Gelungen ist es schon früh mit den nationalen Zentralbanken in London, Paris, Rom, Brüssel und New York (Federal Reserve Bank of New York). Mit der EZB klappte der ganz große Wurf: Mit ihr sind gleich 19 Länder diesem System unterworfen – ungehindert, kritikresistent und allmächtig. Um die Gründung der EZB und ihre Funktionsweise zu verstehen, lohnt sich ein Blick zurück in die Geschichte.<sup>196</sup>

## BANKIERS BEGANNEN WECHSELSPIEL VON KAPITAL UND GESCHÄFTEN

Die Bankiers gehörten in der Geschichte nicht eben zu den Lieblingsthemen von Autoren und politischen Journalisten. Wenn überhaupt, dann neigten Romanciers und Stückeschreiber am ehesten dazu, diese als übelwollende Charaktere oder bestenfalls wagemutige Finanzartisten darzustellen. Als Menschen, die einen schwindelerregenden Aufstieg erleben, dann aber straucheln und schließlich ganz fallen. So unrecht hatten die Poeten damit nicht, wie die Geschichte zeigt.

Die Ursprünge des heutigen Bankwesens sind im mittelalterlichen Europa zu finden, als das Wechselspiel von Kapital und Geschäften bald den ganzen Kontinent durchflutete und in Italien den neuen Berufsstand des Bankiers hervorbrachte. Dieser ist nicht zu verwechseln mit den bloßen Geldverleihern, deren Ursprung international war. Die mittelalterlichen Rechtsordnungen und die katholische Religion verboten nämlich die Verrechnung von Zinsen. Den Juden indes hatte Papst Alexander III. 1179 ausdrücklich das Zinsgeschäft gestattet, weshalb diese zeitweise die einzigen im mittelalterlichen Europa waren, die gewerbsmäßig Geld verleihen durften. Das verschaffte ihnen den unschätzbaren Vorteil, das Wissen um die Geheimnisse des Geld- und Zinsgeschäfts zu kultivieren und von Generation zu Generation gleichsam »exklusiv« weiterzugeben. Hierdurch und wegen der ihnen von der christlichen Obrigkeit ab dem Spätmittelalter durch den Zunftzwang auferlegten Verbote, Handwerk und Ähnliches auszuüben, waren

die europäischen Juden häufig als Geldverleiher tätig. Da die wenigsten Kleingewerbe ohne Geldkredite auskamen, wurden Juden insbesondere in ökonomischen Krisen wegen ihrer Zinsforderungen vielfach als Wucherer betrachtet und wie Ausgestoßene beschimpft. So entwickelte sich im Antijudaismus des Mittelalters das Stereotyp des reichen, habgierigen und betrügerischen Juden.

Im weltlichen Recht wurde das Zinsverbot erst allmählich aufgehoben – u.a. 1545 vom englischen Tudor-König Heinrich VIII. nach dessen Bruch mit dem Papst. Innerhalb der katholischen Kirche beendete erst Papst Pius VIII. in einem Schreiben vom 18. August 1830 an den Bischof von Rennes in der französischen Bretagne die Konvention. Zuvor wurde es allerdings schon vom Ritterorden der Templer und anderen Bankiers durch einen Zuschlag geschickt umgangen.<sup>197</sup>

## ERSTE BANKEN EUROPAS IM SPÄTMITTELALTER

Die ersten international tätigen Banken entstanden im späten Mittelalter im Gefolge des expandierenden europäischen Handels, der durch die Kreuzzüge der Christen gegen den Islam neue Impulse erhalten hatte. Rund um die venezianischen Kaufleute blühte ein Ballungszentrum von Vermögen, mit dem die Renaissance finanziert wurde. Für die dort wirkenden italienischen Bankiers war England damals noch ein unzivilisiertes Entwicklungsland, dessen Wollexporte allerdings hohe Gewinne versprachen.

Da König Edward im Jahr 1290 die Juden aus England vertrieben hatte, brauchte er die Italiener als Geldgeber, um seine Kriege zu finanzieren. König Edward III., der 1327 den Thron bestieg, weigerte sich allerdings dann, die italienischen Bankschulden zu bezahlen. Dies führte zum Zusammenbruch der Florentiner Bankhäuser der Familien Bardi und Peruzzi. Mitte des 15. Jahrhunderts hatte Cosimo de Medici eine in Florenz ansässige Bank etabliert, die er um ein weitgespanntes internationales Netz von Filialen wie beispielsweise in Brügge, Avignon und London erweiterte. In Rom führten die Medici das Konto des Papstes, in Florenz nahm die Bank Einlagen reicher florentinischer Bürger entgegen.

Die immensen Goldimporte aus Lateinamerika nach Spanien im 16. Jahrhundert ermöglichten eine rasche Ausdehnung des Kreditwesens. Dieses bestand immer darin, das Geld anderer Leute zu benutzen, um daraus einen möglichst hohen eigenen Gewinn zu erzielen. Damals nahmen die englischen Goldschmiede Münzen, Edelmetalle und verzinsliche Geldeinlagen gegen Depotscheine in Verwahrung, wodurch sie bereits zu Beginn des 17. Jahrhunderts über bedeutende Kapitalien verfügten. Diese Scheine ersetzten im Geschäftsverkehr zunehmend das Münzgeld als Zahlungsmittel, um bei der Zahlung von großen Geldbeträgen nicht Unmengen von Einzelmünzen transportieren zu müssen. Da die Goldschmiede erkannten, dass nie gleichzeitig alle Depotscheine eingelöst wurden, begannen sie, insgeheim mehr Depotscheine auszustellen, als Gold tatsächlich bei ihnen deponiert war. Auf diese Weise gestatteten die Goldschmiede auch ihren Gold-Einlegern, die bei ihnen angelegten Konten zu überziehen. So wurde in England das erste, mit Edelmetall lediglich teilweise gedeckte Papiergeld als Kredit geschaffen, dessen nicht gedeckter Teil gleichsam aus dem Nichts, aus Luft, stammte. Für das Verleihen dieser

Scheine verlangten sie die damals üblichen Jahreszinsen von 8 Prozent aufwärts.

## BETRUG DURCH MÜNZFÄLSCHUNGEN UND GELDERZEUGUNG AUS DEM NICHTS

Nicht anders funktionierte das später als »Mindestreserve-Bankwesen« bekannte System, in dem die Bankiers gleichfalls Papierquittungen über mehr Gold ausstellten, als sie tatsächlich zur Verfügung hatten. Diese Papierquittungen wurden »Banknoten« genannt. Auf diese Weise entwickelte sich das geniale, aber betrügerische Bankgeschäft der sogenannten »Goldsmith Banker«: die Geldschöpfung aus dem Nichts durch Kredit und damit verbunden die Ausweitung der Geldmenge des Landes. Und niemand ahnte zu dieser Zeit, dass sich diese betrügerische Gelderzeugung über die Jahrhunderte verfestigten ließ und durch Gesetze legitimiert wurde.

Wenn die Goldeinleger aus irgendeinem Grund allerdings misstrauisch wurden und immer mehr ihr Gold zurückverlangten, brach das System zusammen und der Betrug flog auf. Und wenn ein Goldschmied Pech hatte, wurde er von den erbosten Gläubigern gleich aufgehängt. Viele Goldschmiede konnten auch der Versuchung nicht widerstehen und bereicherten sich durch Münzfälschung, indem sie von Originalmünzen die Ränder abzwickten und mit dem gestohlenen Material neue Münzen prägten. Es gab sogar Zeiten in England, in denen jede Geldmünze rundum an den Rändern beschnitten war und kaum mehr als die Hälfte des ursprünglichen Gewichts hatte. Besonders einträglich war natürlich die Beschneidung von Gold- und Silbermünzen. Das solcherart geraubte Edelmetall konnte dann zu Barren eingeschmolzen oder gleichfalls zu neuen Münzen mit weitaus geringerem Gehalt an Gold oder Silber verarbeitet werden – angereichert mit minderwertigen Materialien. Im täglichen Handel konnten die Münzen leicht in Umlauf gebracht werden. Die Gauner unter den Goldschmieden sammelten so enorme Reichtümer an. Diese Betrügereien blieben natürlich nicht verborgen und wurden bis hin zur Todesstrafe geahndet. Zum Glück für die Gauner konnte eine Fälschung aber kaum einem bestimmten Goldschmied zugeordnet werden, sodass der Betrug tatsächlich mit Reichtum belohnt wurde. Das Münzgeld verleitete also seit jeher zum Betrug durch Fälschung.

Im 17. Jahrhundert bildeten die Goldschmiede gemeinsam mit den Kaufleuten der Britischen Ostindien-Kompanie (English East India Company, EIC) in London den wegen seines enormen Reichtums mächtigen und politisch einflussreichen Geldadel. Dieser festigte seine Position vor allem während der Zeit der Republik nach dem Bürgerkrieg von 1642 bis 1646, als Geld knapp war und ein Rumpfparlament ohne Oberhaus regierte. Das Rumpfparlament wurde 1653 von der puritanischen Militärdiktatur unter Oliver Cromwell als Lordprotektor abgelöst.

Unter der Herrschaft Oliver Cromwells von 1653 bis 1658 hatte der Geldadel seine Macht im Parlament bereits derart gefestigt, dass es ihm gelang, die einzige wirklich ernste Bedrohung ihrer lukrativen Fälschergeschäfte volle sieben Jahre abzuwehren. Aus Frankreich kommend hatte nämlich ein Erfinder namens Pierre Blondeau Cromwell angeboten, mit einer neuartigen Prägemaschine Münzen mit eingekerbten Rändern zu erzeugen, sodass eine Beschneidung von Münzen sofort zu entdecken war – wenn auch nur an einer kleinen Stelle die Rillen fehlten. Während die Regierung in Frankreich sofort

davon Gebrauch machte, um Münzfälschungen zu unterbinden, hatte Blondeau in London erst nach einigen Jahren im zweiten Versuch unter König Karl II. die Möglichkeit, seine Künste unter Beweis zu stellen.

Daraufhin lancierte der Geldadel im Parlament durch Bestechung von Abgeordneten ein Gesetz, das die bestehenden Restriktionen für den Export von Edelmetallmünzen ebenso wie für Gold- und Silberbarren aufhob. Dadurch konnten die Goldschmiede die neuen, schweren Gold- und Silbermünzen des Herrschers mit hohem Edelmetallgehalt einschmelzen und zu Barren verarbeiten. Diese verkauften dann die Kaufleute der Britischen Ostindien-Gesellschaft vor allem an Potentaten in Indien mit hohen Gewinnen.

Drei Jahre später folgte wiederum durch Bestechung von Abgeordneten der nächste Raubzug des Geldadels, um Karl II. und damit den Staat und das Volk mit der Verabschiedung des Free Coinage Act of 1666 des Privilegs der alleinigen Münzprägung zu berauben. Kaufleute und Goldschmiede konnten danach in der königlichen Münzanstalt Gold und Silber zu Münzen als anerkanntem Geld prägen lassen. Der heimtückische Putsch des Geldadels entriss der Krone und dem Staat auch die Kontrolle über die verfügbare Geldmenge, über die de facto dann die Goldschmiede und früheren Münzfälscher verfügten. Brachten sie Goldmünzen verstärkt in Umlauf, so erhöhten sie die Geldmenge. Wenn dann zu wenige Güter auf dem Markt waren, stiegen die Preise. Inflation konnte man also schon damals willkürlich verursachen. Zogen die Goldschmiede und ihre Kumpane hingegen größere Mengen von Münzen aus dem Verkehr, um sie zu horten, blieben die Waren auf den Märkten liegen, weil die Geldmenge geschrumpft war. Immer wieder kam es daher zu Paniken und Katastrophen auf dem Handelssektor, wie sie bis zu dieser Zeit nicht bekannt waren. Trat Geldknappheit auf, sprangen die gerissenen Goldschmiede als Geldverleiher großzügig ein, verlangten für die »gute Tat« aber Wucherzinsen.

Interessanterweise findet der im 17. Jahrhundert in England stattgefundene historisch erstmalige Verlust des königlichen Münzrechts, also der staatlichen Gelderzeugung, in der Geschichtsschreibung kaum und in den Werken über politische Ökonomie überhaupt keine Beachtung. Doch von allen Elementen politischer Ökonomie ist Geld das bedeutendste. Und von all den Institutionen des Geldes ist das Recht der Geldschöpfung das wichtigste. Und doch sucht man dieses jahrtausendealte Recht des Staates bei den Erklärungen der Ökonomen für die gegenwärtige Krise vergeblich. Obwohl die Privatisierung der Gelderzeugung einen Wendepunkt in der Geschichte des Geldwesens bedeutete.<sup>198</sup>

Schließlich taten sich Goldschmiede mit holländischen Geldverleihern zu einer richtigen Geld-Allianz zusammen. In der Auseinandersetzung um einen geforderten Ausschluss von Karls katholischem Bruder Jakob II. von der Thronfolge bildeten sich die politischen Gruppen der Whigs und Tories. Diese bekämpften einander massiv und brachten England bis 1680 an den Rand eines Bürgerkriegs. Am 6. Februar 1685 starb Karl II. Auf dem Sterbebett trat er gemäß einem Geheimvertrag mit dem französischen König Ludwig XIV. zum Katholizismus über. Sein katholischer Bruder Jakob II. erließ 1687 per Dekret eine fast unbegrenzte Religionsfreiheit und löste im Herbst des Jahres das protestierende Parlament auf. Als 1688 ein Thronfolger geboren wurde, drohte der Beginn einer katholischen Dynastie auf dem englischen Thron.

In dieser Situation forderte eine Gruppe reicher englischer Lords Wilhelm von

Oranien, Ehemann seiner Cousine Prinzessin Maria II., Jakobs Tochter aus erster (protestantischer) Ehe, zu einer Invasion Englands auf. Die Invasion erfolgte am 5. November 1688 im Südwesten Englands. Jakob flüchtete nach Frankreich, Wilhelm von Oranien zog Mitte Dezember kampfflos und umjubelt in London ein und bestieg, weiterhin auch Statthalter der Niederlande, als William III. gemeinsam mit Maria II. den englischen Thron. Die »Glorreiche Revolution« führte zur Abschaffung des königlichen Absolutismus und zur endgültigen Stärkung des englischen Parlaments.

Als König William 1694 wieder einmal Geld für einen Krieg gegen Ludwig XIV. benötigte, offerierte ihm eine Gruppe von Goldschmieden und Geldverleihern ein nicht rückzahlbares »Darlehen« in Form von Goldstücken im Wert von 1,2 Millionen Pfund zu 8 Prozent Zinsen jährlich. Als Gegenleistung verlangten sie einen Freibrief zur Gründung einer Notenbank mit dem Namen Bank of England (BoE) und dem Privileg, Banknoten als nationale Papierwährung in Umlauf bringen zu dürfen. Diese Banknoten bestanden aus an sich wertlosem Papier, sollten aber Geld aus dem Nichts erzeugen. Das Papier konnte theoretisch jederzeit gegen Münzen aus Edelmetall eingetauscht werden, wofür indes nur ein Bruchteil des ausgegebenen Banknotenwerts als Reserve in Goldmünzen zu halten war. Den ihm eingeräumten Kredit musste der König niemals zurückzahlen, sondern nur durch Regierungswechsel (I. O. U.'s = I owe you, ich schulde Dir) absichern und jährlich 8 Prozent Zinsen abliefern. Die Regierungswechsel dienten als Sicherheit für den Wert des Geldes und als »Reserven« bei der BoE für die Bereitstellung zusätzlicher Kredite an private Schuldner. Die Regierungswechsel kamen einer Bürgschaft des Staates gleich. Es war das gleiche Prinzip, das schon die Goldschmiede angewendet hatten. Nur war die Ausgabe von nicht durch Gold gedeckten Geldscheinen diesmal durch die Staatsmacht legalisiert und der Wert des Geldes als Tauschmittel von ihr mittels der deponierten Regierungswechsel garantiert.<sup>199</sup>

## GRÜNDUNG DER BANK VON ENGLAND IN PRIVATER HAND

Die Gründungsurkunde der Bank von England wurde auf den offiziell vorgeschobenen William Paterson ausgestellt, einen Schotten, der davor in Amsterdam gelebt hatte. 1688 war er gemeinsam mit holländischen Geldverleihern während der England-Invasion von William III. mit dessen Armee nach London zurückgekehrt. In London wurde er durch den Aufbau der Wasserversorgung mit der »North London Water Company« wohlhabend und einflussreich. Außerdem verfügte er über beste Beziehungen zu reichen Juden in London, Amsterdam und Deutschland. Sein wichtigster Förderer aber war Charles Montagu, dessen Familie während fünf Jahrhunderten einflussreiche Positionen in England innehatte. Montagu selber war ab 1689 Mitglied des Parlaments und ab 1694 Schatzkanzler. In dieser Funktion forcierte er die Gründung der »Bank of England« als etwas abgeänderte Kopie der holländischen »Wisselbank« (Wechselbank) als Notenbank mit privaten Eigentümern. In dem Rundbrief zur Werbung weiterer Anteilseigner schrieb William Paterson: »Die Bank erhält die Zinsen von all den Geldern, die sie, die Bank, aus dem Nichts erzeugt.« Angesichts dieser wahrlich verlockenden Aussichten konnten binnen drei Tagen weitere Anteilseigner aus dem Kreis seiner reichen Bekannten gefunden werden, mit denen schließlich Aktien im Wert von 1,2 Millionen Pfund gezeichnet

wurden. Die Anteile an der Bank wurden in Goldmünzen und -barren als Grundkapital eingezahlt. Wegen Differenzen mit den Partnern verkaufte Paterson später seine Anteile und schied aus dem Aufsichtsrat aus. Die Familien der verbliebenen Eigentümer rafften enorme Reichtümer zusammen.<sup>200</sup>

Die BoE war fortan als dominierende Bank für die Ausgabe von Banknoten in England und Wales zuständig. Und zwar aus dem Grund, weil die Banknotenausgabe für die damals weit verbreiteten Zettelbanken, die gleichfalls Banknoten (Zettel) ausgaben, beschränkt wurde, um dadurch eine Monopolstellung der Bank of England zu erreichen. Allerdings verfehlte das Bankgesetz zunächst diese Zielvorgabe, verbot aber jedenfalls die Neugründung weiterer Zettel- (Noten-) Banken.

Im Funktionsschema der »Gelderzeugung aus dem Nichts« durch die Bank von England sahen die gerissenen Bankiers vor, dass für Kredite an den Staat lediglich die Zinsen zu zahlen waren und die Tilgungen jeweils mit neuen Krediten an den Staat gegengerechnet und somit nur umgeschuldet wurden. Mit dieser Notenbank als Geldmaschine ermöglichten die Geldmächte Londons, dass die englische Krone im 18. und 19. Jahrhundert die Expansion bis zum weltumspannenden Empire vorantreiben konnte.

Natürlich war die Gründung der Bank für einen derartigen Geldschöpfungsprozess überhaupt nicht notwendig. Denn die Regierung hätte das Papiergeld auch selber drucken können, ohne dafür Zinsen zu bezahlen. Schließlich standen ja auch andere, zuvor gegründete gleichartige Notenbanken wie die Bank von Schweden (gegründet am 17. September 1668) oder die Amsterdamer Wechselbank (31. Januar 1609) im öffentlichen Eigentum. Doch in England wurde nunmehr das Recht der Geldschöpfung konsequent dem Herrscher und dem Staat vorenthalten. Die Regierungen mussten sich seither durch Ausgabe von Schuldverschreibungen finanzieren, um Geld für Kriege und aufwändigen Lebensstil zu erhalten. Für das Geld zahlten sie an private Personen Zinsen. 1694 war daher das Geburtsjahr der nationalen Verschuldung Englands. Diese stieg binnen vier Jahren von den ursprünglichen 1,2 auf 16 Millionen und auf 800 Millionen englische Pfund im Jahr 1815 – hauptsächlich verursacht durch den Zinseszins. Anfang 2011 betrug die Verschuldung Großbritanniens 1.116 Milliarden (1,1 Billionen) Pfund (umgerechnet 1,32 Billionen Euro) oder 83,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). 2016 erreichten die Schulden bereits die Höhe von 1,715 Billionen Pfund (87,7 % des BIP).

Überraschenderweise führte die Ausweitung der Verschuldung nicht zum Bankrott des Staates, wie von vielen erwartet. Denn die Bezahlung der Zinsen wurde durch die Eintreibung von Steuern bei der Bevölkerung sichergestellt. Ab dem Jahr 1751 verwaltete die private Bank von England sogar vollständig die Staatsschulden und führte der Einfachheit halber die Kassen für den Staat. So konnte sich der Geldadel im 18. Jahrhundert in aller Ruhe an den Staatsfinanzen bereichern und hatte mit seiner privaten Notenbank vollends das Kommando übernommen.

ZENTRALBANK AM GEWINN ORIENTIERT

1825/26 brachen in England nach einem Börsencrash, dessen Ursachen nie geklärt

wurden, 145 englische Banken zusammen. Die Gold- und Devisenreserven der BoE schrumpften bedrohlich, und es gelang ihr nur noch unzureichend, die von ihr ausgegebenen Banknoten in Gold einzulösen.

Den englischen Goldmarkt beherrschte damals bereits der 1796 aus Deutschland eingewanderte Nathan Mayer Rothschild. Er konnte bei der unter Einfluss seines Bruders James stehenden Banque de France und mit Hilfe der anderen Brüder in Frankfurt, Wien und Neapel in kürzester Zeit Goldmünzen im Wert von 10 Millionen Pfund einsammeln und rechtzeitig heranschaffen, um die Bank von England flüssig zu halten und eine Panik zu verhindern. Nun war er aber nicht gerade als selbstloser Wohltäter bekannt, sondern eher für seinen gnadenlosen Willen und sein unbegrenztes Wissen zur Reichtumsvermehrung. Dies dürfte somit die Gelegenheit gewesen sein, da sich Nathan Mayer Rothschild endgültig den Mehrheitsanteil und die Macht in der Bank von England sicherte. Weil alle Eigentümer immer geheim blieben, ist dies freilich nicht offiziell dokumentiert.

Vorgeblich um Liquiditätsschwierigkeiten der BoE wie 1825/26 zu verhindern, sah das nach langen und stürmischen Debatten im Parlament 1844 beschlossene erste Notenbankgesetz (»Peelsche Bankakte«) vor, dass der Notenumlauf großteils mit Gold gedeckt sein müsse. Ungedeckt durften nicht mehr als 14 Millionen Pfund in Banknoten ausgegeben werden. Für die Privatbankiers Rothschild kam der Zwang zur Golddeckung »wie gerufen«, da sie sich schon seit 1840 selbst »Goldhändler der Bank von England« (Bank of England's Bullion Brokers) nannten. Schon damals galten sie als die weltweit unumstrittenen Herrscher über den internationalen Goldmarkt, die an der Beschaffung des Edelmetalls für die Notenbank prächtig verdienten. Sie verdienten so prächtig, dass Nathan M. Rothschild Mitte des 19. Jahrhunderts als erster Milliardär der Welt bezeichnet wurde. In englischen Pfund natürlich.

Die Peelsche Bankakte ermöglichte außerdem der BoE eine auch später nie wieder gekannte Ausnahmestellung durch die Teilung der Tätigkeit mittels zweier Abteilungen, für die jeweils unterschiedliche gesetzliche Regelungen galten. Genauer gesagt: Nur die »Notengeldabteilung« unterlag einem strengen Reglement zur Ausgabe gedeckter Banknoten. Die wahre Allmacht der Bankeigentümer zeigte sich aber darin, dass die »Bankabteilung« ausdrücklich keinerlei staatlicher Beschränkung unterlag. Sie konnte normale Bankgeschäfte abwickeln, womit sie in Konkurrenz zu anderen Banken stand. Die Direktoren führten daher die Zentralbank als profitorientiertes Unternehmen. Ihre Priorität war die Maximierung von Ertrag und Dividende und nicht die Stabilisierung des Bankwesens oder eine an volkswirtschaftlichen Erwägungen ausgerichtete Geldpolitik.

Die BoE verband also quasi-staatliche Macht als Notenbank mit der Tätigkeit einer normalen privaten Geschäftsbank. Lange Zeit nahm sie nur sehr eingeschränkt andere Zentralbankfunktionen wahr. Es war die lukrativste Geldmaschine in den Händen einiger weniger Privatbankiers, die je erfunden wurde. Die Direktoren der BoE verfügten über völlige Autonomie von der Regierung und waren nicht verpflichtet, Haushaltsdefizite des Staates abzudecken. Sie vertraten vorrangig die Interessen ihrer eigenen Aktionäre. Diese Elite der Finanzwelt war mit jener des Dienstleistungssektors und der Regierung durch gemeinsame Herkunft, Ausbildung, Weltbilder und Überzeugungen geeint.<sup>201</sup>

## ZENTRALBANKEN STÜRZTEN DIE WELT IN DEN ABGRUND

Erst unter den besonderen Belastungen des Ersten Weltkriegs war die BoE dann zur Zusammenarbeit mit der Regierung bereit. In der Zwischenkriegszeit nahm sie auch Aufgaben der geldpolitischen Steuerung und Regulierung sowie der Unterstützung des Bankensystems wahr. Die engere Zusammenarbeit wurde aber nicht primär von Seiten der Regierung betrieben, sondern ergab sich aus dem Währungssystem des Goldstandards und der Rolle als profitorientiertes Unternehmen, das zu anderen Geschäftsbanken in Konkurrenz stand.

In den 1920er-Jahren hatten sich die »unabhängigen« Zentralbanken bereits als eine Art supranationale Nebenregierung etabliert. Die Präsidenten Montagu Norman von der Bank of England, Hjalmar Schacht von der Deutschen Reichsbank und Benjamin Strong von der Federal Reserve Bank of New York koordinierten auf einer parallelen internationalen Handlungsebene die Geld- und Währungspolitik. Gemeinsam steuerten sie 1929/30 letztlich die gesamte Welt mit einer verfehlten Politik der Geldverknappung in den Abgrund der Weltwirtschaftskrise. Die Gründung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel (Schweiz) im Jahr 1930 erwies sich nicht als wirkungsvolle Maßnahme. Sie wurde vielmehr im Rahmen einer Neuregelung der deutschen Reparationsverpflichtungen nach dem Ersten Weltkrieg gegründet und dient seither u.a. dazu, möglichst viele Zentralbanken weltweit unter Kontrolle zu halten.

Die drei Notenbanken konterkarierten im Übrigen die Ziele jener internationalen Stabilisierungsprogramme, derentwegen den Zentralbanken formale Unabhängigkeit zugestanden wurde. Eine demokratische oder verfassungsgesetzliche Legitimation fehlte damals wie heute. Das Konzept einer auch im heutigen Sinn unabhängigen Zentralbank hat sich also schon in dieser Periode wegen zweier Probleme nicht bewährt. Das eine bestand in den seit dem Ersten Weltkrieg nicht mehr zu kontrollierenden Haushaltsdefiziten und die dadurch verursachte Inflation. Und das zweite war, dass der Krieg die Grundlagen der sparsamen Haushaltsführung des 19. Jahrhunderts zerstörte. Allerdings brachte der Krieg auch einen Demokratisierungsschub, wodurch gesellschaftliche Interessen gestärkt wurden.

Rückblickend wird die Autonomie der Zentralbanken im Konnex mit der Einführung des von Experten in den Zentralbanken empfohlenen Währungssystems des Goldstandards in der heutigen Forschung als Hauptursache der Weltwirtschaftskrise ab 1929 ausgemacht. Der Goldstandard diente wohl in erster Linie den führenden fünf Goldhändlern am London Bullion Market, die unter Führung der Bank N M Rothschild in einem dort eingerichteten Raum seit 1919 zweimal täglich im Rahmen des Goldfixing den international richtungsweisenden Goldpreis festlegten. Das transnationale Expertentum der Zentralbanker erwies sich indes in den 1920er-Jahren als Belastung der Weltwirtschaft, da es sich an untauglichen volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen orientierte und eine unbeschränkte Autonomie frei von Verantwortung genoss.<sup>202</sup>

## PRIVATE ZENTRALBANK ALS KOPF DES FINANZKAPITALISMUS

Die nichtstaatlichen Notenbanken in Großbritannien und Frankreich waren, von außen fast unsichtbar, eng von privaten Investmentbanken als ihren heimlichen Eigentümern umgeben. In Wirklichkeit dominierten sie die Zentralbanken, benutzten sie als ihr eigenes Instrument und profitierten von ihren Operationen. Die Verbindung zwischen den Bankiers und ihrer Notenbank bestand in den Direktoren und Aufsichtsräten, die von den wichtigsten Eigentümerfamilien gestellt wurden.

Der schließlich entstandene Finanzkapitalismus war in Großbritannien wie auch anderswo aber nicht nur durch eine zunehmende Kontrolle der Industrie durch die Finanzwelt gekennzeichnet. Er war auch gekennzeichnet durch eine zunehmende Konzentration dieser Kontrolle und eine zunehmende Kontrolle der Banken über die Regierung. Die Kontrolle der Bank von England über die Wirtschaft wurde indirekt durch Aktienbanken ausgeübt. Durch Verschmelzungen sank die Zahl dieser Banken von 109 im Jahr 1866 bis auf 33 im Jahr 1933. Davon befanden sich aber nur 16 in England und Wales, der Rest befand sich in Irland und Schottland. Die »Großen Fünf« (Midland, Lloyds, Barclays, Westminster und National Provincial) kontrollierten wenigstens 7 der 28 anderen mit Beteiligungen bis zu 98 Prozent. Alle unterstanden aber dem machtvollen Einfluss der Bank von England.<sup>203</sup>

Dieses Heranwachsen eines »Geld-Trusts« führte zu einer Untersuchung durch ein Komitee des Schatzamtes über Bankenfusionen. In seinem Bericht vermerkte das Komitee, dass die Konzentration der Geldmacht eine Gefahr darstelle und verlangte ein Einschreiten der Regierung. Statt Entflechtungen gab es als Ergebnis aber einen Schutz der Dominanz der Bank von England, die jederzeit das Schatzamt beeinflussen konnte.<sup>204</sup>

Das Jahr 1931 war für Großbritannien der Wendepunkt vom Finanz- zum Monopolkapitalismus. Ein letzter großer Sieg gelang der Finanzwelt unter Führung von BoE-Gouverneur Montagu Norman und dem Privatbankier John Pierpont Morgan, indem sie den Rücktritt der britischen Labour-Regierung erzwang. Der Monopolismus in der übrigen Wirtschaft war aber bereits so weit gewachsen, dass er danach trachtete, das Bankensystem zu seinem Diener anstatt seinem Herrn zu machen. Die deflationäre Geldpolitik der Bankiers mit niedrigen Preisen und hoher Arbeitslosigkeit hatte ihnen Politiker und Industrielle entfremdet. Auch die Monopol-Gewerkschaften wurden in eine gemeinsame Front gegen die Bankiers hineingetrieben. 1942 war Großbritannien schließlich das einzige hochindustrialisierte Land, wo monopolistische Organisationen in Handel und Industrie ohne Widerstand herrschten.

Ein weiteres hervorstechendes Merkmal des englischen Wirtschafts- und Finanzlebens war seit jeher die absolute Geheimhaltung. Der innere Kern des englischen Finanzlebens ist daher eher eine Angelegenheit von »wen man kennt« als von »was man kann«. Stellungen werden immer noch durch Familien, Heirat oder schulische Verbindungen vermittelt. Charakter wird als wichtiger angesehen als Wissen oder Fähigkeiten.

Das Herz dieses Systems bildeten jahrzehntelang 17 private »Merchant Bankers«. Unter diesen Handelsbanken mit insgesamt weniger als hundert aktiven Partnern dominieren die Privatbanken N M Rothschild und J. Henry Schroder. Hambros gehört heute Société Générale, Lazard Brothers ist seit dem Zusammenschluss der Firmen in London, Paris und New York im Jahr 1999 seit 2005 in New York börsennotiert. Baring Brothers fiel durch eine Pleite heraus und Morgan Grenfell wurde von der Deutschen

Bank gekauft. All diese Banken und ihre privaten Eigentümer hatten in der Epoche des florierenden Finanzkapitalismus eine dominierende Stellung in der Bank von England, heute wohl nur noch N M Rothschild und Schroder.

## VERSTAATLICHUNG UND REPRIVATISIERUNG DER BANQUE DE FRANCE

Auch bei der französischen Notenbank Banque de France waren bis zum Ersten Weltkrieg der Goldstandard und die Beteiligung der Aktionäre aus Hochfinanz und z. T. Großindustrie bestimmend für die Geschäftspolitik. Allerdings immer wieder mit unterschiedlichen Interessen, die zu wechselnden Koalitionen unter den Direktoren (Régents) führten. Eine klare gesetzliche Regelung fehlte bis ins 20. Jahrhundert hinein.

In der Zwischenkriegszeit wurde die Autonomie der Zentralbank im Zusammenhang mit interessenpolitischen Auseinandersetzungen eingesetzt, wobei sie auf Seiten von Arbeitgebern und der politischen Rechten in die Tagespolitik eintrat. Je höher das Staatsdefizit und je schwächer der Franc, desto stärker die Position der Zentralbank. Durch die Drohung mit der sofortigen Sperrung des Zentralbankkredits stürzte der Notenbank-Gouverneur Emile Moreau z. B. 1926 die Regierung um Edouard Herriot, von der er erst drei Wochen zuvor ernannt worden war.

Unter der Volksfrontregierung 1936/37 kam es zu einer Reform der Banque de France mit der Verbannung privatwirtschaftlicher Aktionäre aus dem Direktorium. Nach Kriegsende wurde die Banque de France dann gänzlich der Hochfinanz entrissen und – temporär – verstaatlicht.

## VERSTAATLICHUNG DER BANK VON ENGLAND

Auch in England dominierte Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr die Bruderschaft der Bankiers, sondern das Schatzamt bzw. Finanzministerium. Die Labour-Regierung ging dann so weit, 1947 neben der Stahlindustrie auch die Bank of England zu verstaatlichen. Dies hatte ursprünglich Symbolcharakter für die Schwächung des Finanzkapitalismus, da sie ja schließlich 200 Jahre lang allen nichtstaatlichen Zentralbanken als Vorbild diente. Ihre Geschichte zeigt anschaulich, wie Geldverleiher seit Jahrhunderten vorgehen, um durch listige Manöver Geld und Macht an sich zu reißen.

Zur gleichen Zeit wie in England wurde auch in Frankreich die Notenbank verstaatlicht. Die sozialistische Regierung in Paris und die Labour-Regierung in London gingen somit nach dem Zweiten Weltkrieg den einzig probaten Weg, um die gigantischen Kriegsschulden reduzieren zu können.

Die Verstaatlichungen tangierten zwar in erster Linie die Interessen der Familie Rothschild, deren Privatbank in Paris später gleichfalls verstaatlicht wurde. Die Regierungen in Paris und London hatten dadurch aber die Möglichkeit, die Überschuldung ihrer Länder infolge des Zweiten Weltkriegs durch das staatliche Monopol der Gelderzeugung wieder abzubauen. Die privaten Eigentümer wurden aber zumindest in England insofern fürstlich entlohnt, als sie mit den Staatsanleihen aus dem damaligen

Besitz der Zentralbank entschädigt wurden. Im Klartext: Rothschild und Lazard & Co erhielten nicht nur die jährlichen Zinszahlungen für Geld, das einst »aus Luft« erzeugt worden war, sondern auch den vollen Nominalwert am Ende der Laufzeit jeder Anleihe als Geschenk ausbezahlt.

Trotz der Verstaatlichung bestand der Einfluss der Privatbankiers weiter, da in erster Linie sie über das Geld-Wissen verfügten, um das Finanzwesen des Staates zu steuern. Daher kamen die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat der Bank von England weiterhin hauptsächlich von den alten Merchant-Banken wie Rothschild, Baring, Morgan Grenfell und Lazard Brothers.

Auch im Frankreich der 1960er-Jahre waren trotz der Verstaatlichung noch immer dieselben 40 Familien in Direktorium und Aufsichtsrat vertreten, die sie im Jahr 1800 gegründet hatten. Der Name Rothschild war in Paris erst 1819 hinzugekommen. In vielen Fällen konnte man die Familien allerdings nicht sofort erkennen, weil die Namen von Schwiegersöhnen auftauchten. Es waren überwiegend Familien von Protestanten schweizerischer Herkunft, die im 18. Jahrhundert in Frankreich ihr Glück suchten, und von jüdischen Bankiers deutscher Herkunft, die im 19. Jahrhundert eingewandert waren.<sup>205</sup>

## REPRIVATISIERUNG DER NOTENBANKEN IN LONDON UND PARIS

Wie weitreichend die Macht der Hochfinanz inzwischen wieder auswucherte, zeigte sich zunächst 1993, als am 4. August ein Gesetz in Kraft trat, durch das die Bank von Frankreich unter der Verpflichtung, auf die Preisstabilität und Unabhängigkeit von der inländischen Politik zu achten, wieder »in die Unabhängigkeit« entlassen wurde. So lautet die unverdächtige Umschreibung für Privatisierung. Wer die neuen Eigentümer sind, blieb bis heute verborgen.

Gleiches geschah in London. 1998 beschloss die britische Regierung unter Tony Blair und Schatzkanzler Gordon Brown, auch die Bank von England wieder »in die Unabhängigkeit zu entlassen«. Der Coup erfolgte ohne große Erklärungen. In aller Stille wurde die Bank of England der Regulierung durch das britische Parlament entzogen, erneut geheim gehaltenen privaten Aktionären und somit der Allmacht einiger Bankiers der Londoner City übergeben. Mit einem Notenbank-Gesetz (Bank of England Act 1998) wurde ihr mit dem 1. Juni 1998 wieder uneingeschränkt das Privileg zur Festlegung der Zinssätze sowie die Möglichkeit der Geldschöpfung und zur Steuerung der Geldmenge übertragen. Aber es gehört wohl nicht viel Fantasie dazu, um das Privatbankhaus N M Rothschild heute wieder dem Kreis der größten Aktionäre der BoE zuzurechnen.<sup>206</sup>

Die Banken im engsten Umfeld der reprivatisierten Notenbanken in London und Paris sind jedenfalls auch heute noch als private Gesellschaften organisiert. Nur so ist es ihnen möglich, ohne Veröffentlichung von Jahresabschlüssen ihre Geschäfte und Einkünfte aus der neuerlichen Notenbankbeteiligung geheim zu halten.

Schon am 6. April 1977 war mit der Bank of England Nominees Limited (BOEN) eine ominöse Gesellschaft formell als Tochtergesellschaft der BoE gegründet worden. Eine

Bank, über die niemand Auskunft erteilt, die keine aussagekräftigen Bilanzen legt und die seit ihrer Gründung am 6. April 1977 keine richtige Tätigkeit entfaltet hat. Exakt zwei der 100 Ein-Pfund-Aktien wurden an unbekannte Empfänger ausgegeben. Es wird vermutet, dass in dieser BOEN das Finanzvermögen der Queen verwaltet wird. Als Gegenleistung für die Privatisierung erhielt Gordon Brown die machtvolle Unterstützung der Geldhäuser und avancierte nach zehn Jahren im Amt vom Schatzkanzler zum Premierminister.<sup>207</sup>

Er und Tony Blair verewigten sich als typische Beispiele einer Verbindung der wirtschaftlichen und industriellen Elite mit den Interessen der politischen Elite, die einander unterstützen und in gegenseitiger Abhängigkeit fördern. Daraus formierte sich eine holistisch herrschende Klasse mit sehr ähnlichen Interessen. Jedoch besteht diese aus einer derart schmalen Elite, dass sie zahlenmäßig kaum als echte Klasse innerhalb einer Gesellschaft angesehen werden kann. Zumal sie auch noch international strukturiert ist.<sup>208</sup>

## KEINE KRIEGE OHNE GELDDRUCKENDE ZENTRALBANK

In seinem bemerkenswerten Buch »Tragedy and Hope« (Katastrophe und Hoffnung) betonte Carroll Quigley, ein wahrer Insider der US-Politik und als Professor an der Georgetown University in Washington, D.C., u.a. auch Lehrer des späteren US-Präsidenten Bill Clinton, dass das private Zentralbanksystem zunächst vor allem für ganz bestimmte staatspolitische und gesellschaftspolitische Zwecke konzipiert worden sei. Nämlich um ...

- die Monopolisierung der Industrie zu fördern und
- die Militarisierung der Nationen durch die Finanzierung von Kriegen, Eroberungen und Imperialismus fortzusetzen.<sup>209</sup>

Historisch gesehen waren daher Kriege neben Wirtschaftskrisen die wesentlichen Antriebskräfte für die steigende Verschuldung der Nationen. Denn die westlichen Industriestaaten haben ja längst das Recht, Geld zu produzieren, an Geschäftsbanken abgegeben. Das ist auch das Diktat des künstlich geschaffenen Euroraums.

Diese Erkenntnisse sind anhand der Entwicklung in Großbritannien und ab 1914 in den USA anschaulich nachzuvollziehen. Zunächst ermöglichten die Geldmächte Londons mit der Bank von England als Geldmaschine der englischen Krone im 18. und 19. Jahrhundert die Expansion bis zum weltumspannenden Empire. Zum Nutzen einer schmalen Wirtschaftselite. Dieselben Londoner Geldmächte nutzten die 1914 gegründete US-Notenbank Federal Reserve System (FED), um die weitaus größeren Ressourcen des neuen Kontinents für ihre Zwecke zu mobilisieren. Die Bank war eine Geldmaschinerie und mit einer Lizenz bis in alle Ewigkeit in den Finanzmärkten verankert. Die FED ermöglichte z. B. gleich nach der Gründung 1914 den USA den Eintritt in den Ersten Weltkrieg und eröffnete damit den Verschuldungsreigen der USA.

An dem US-Zentralbanksystem konnte die schmale Elite der Hauptaktionäre bereits ein Jahrhundert lang risikolos prächtig verdienen und die Monopolisierung der Wirtschaft vorantreiben. Allgemein herrscht die Meinung vor, dass die FED seit jeher ihre Gewinne an den Staat abgeliefert. 1933 wurde aber im amerikanischen Kongress ein Bankgesetz

beschlossen, mit dem die alte Bestimmung, wonach die Regierung am Gewinn beteiligt sein sollte, gegen eine Einmalzahlung der FED aufgehoben wurde. Damit konnte die Regierung die neu gestaltete Einlagensicherungsinstitution Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC) mit Kapital ausstatten. Das neue Gesetz erlaubte es überdies den Federal-Reserve-Banken, direkt an die Industrie Kredite zu vergeben. Inzwischen finanzieren die Fed-Banken auch fremde Staaten, Banken und Industriekonzerne.

Erst als die FED nach Ende des Zweiten Weltkriegs schöne Gewinne schrieb, erwachten im Kongress die Begehrlichkeit und die Idee zur Wiedereinführung einer Konzessionsabgabe an den Staat. Am 24. April 1947 kam der Gouverneursrat des Federal Reserve Systems aber der Absicht des US-Kongresses zuvor, eine neue Steuer per Gesetz einzuführen. Auf Basis einer Neuinterpretation des Bankgesetzes aus dem Jahr 1933 kündigte das Fed-Board an, freiwillig zumindest die Hälfte des jährlichen Überschusses an das Finanzministerium zu überweisen. Für das Jahr 1947 waren dies 60 Millionen Dollar. Damit waren neue gesetzliche Regelungen vom Tisch.<sup>210</sup>

1999 wies das Federal Reserve System einen Gewinn von 26,2 Milliarden Dollar aus, der es als das profitabelste Unternehmen der Welt auswies. 25,4 Milliarden Dollar oder 96,9 Prozent gingen an das Finanzministerium, 342 Millionen (1,4 Prozent) wurden an die Mitgliedsbanken ausgeschüttet. Deren 6-prozentige Dividenden auf das eingezahlte Beteiligungskapital haben immer Vorrang vor anderen Zahlungen. Weitere 479 Millionen (1,8 Prozent) behielten die 12 Fed-Banken ein.<sup>211</sup>

In den letzten Jahren schütteten die Fed-Banken im Durchschnitt 80 Prozent ihres Überschusses an den Staat aus. Bis zum Beginn der Finanzkrise überwies das Fed-System durchschnittlich 25 Milliarden Dollar pro Jahr an das Finanzministerium, 2012 sogar fast 89 Milliarden. Das entsprach fast 21 Prozent der jährlichen Zinszahlungen des Staates für die Staatsschuld von rund 19,420 Billionen Dollar (Stand 05/2016:). Für marktfähige Schuldpapiere zahlten die USA im Juli 2016 durchschnittlich rund 2 Prozent Zinsen, für Treasury Bonds allerdings 4,461 Prozent.<sup>212</sup>

Für 2015 plante der Fed-Board eine Überweisung von 93,8 Milliarden Dollar ein, danach allmählich kleiner werdende Beträge. 2020 sollen dem Staat nur noch 31 Milliarden Dollar zugutekommen.<sup>213</sup>

## DIE MACHT DER INTERNATIONALEN FINANZMÄRKTE

Für die Herrscher über das globale Finanzkapital gibt es heute keine Grenzen. Angesichts der riesigen Staatsschulden, die ständig umgeschuldet und mit Neuemissionen von Staatsanleihen weiter finanziert werden müssen, kann heutzutage keine Regierung gegen die Interessen der Banken regieren. So wie ab dem 19. Jahrhundert die Rothschilds als mächtigste und einflussreichste Finanziers von Kaisern und Königen letztlich darüber entschieden, ob diese Krieg führen konnten. Die Billionen an Zinszahlungen aus Steuergeldern weltweit sind letztlich eine der wichtigsten Quellen für den Reichtum der Finanzwirtschaft und deren Aktionäre sowie für die Macht dieses Systems.

Die Zentralbanken verwenden das frisch geschöpfte Geld ausschließlich für die

Ausweitung der Geldmenge durch die Vergabe von Krediten an die Geschäftsbanken oder den Ankauf von Schuldpapieren. Dafür kassieren sie Zinsen. Es handelt sich dabei nicht um Produktivkapital, da es nicht dafür verwendet wird, neue Waren zu produzieren oder Arbeitskräfte zu beschäftigen. Da der Zentralbankgewinn einzig aus den abgesaugten Zinszahlungen resultiert und dadurch die umlaufende Geldmenge verkürzt wird, muss ständig das Verschuldungswachstum forciert werden.

Egal ob es um Kriege geht oder sonstige Entscheidungen in der internationalen Politik – London und Washington marschieren stets Schulter an Schulter. Ein untrügliches Zeichen dafür, dass zwischen den beiden Finanzzentren unsichtbare, aber unauflösbare Bande bestehen. Daher wird sich London auch nie in den Euroraum einreihen, sondern in der EU eher die Interessen der USA wahrnehmen. Bis zum Brexit zumindest.

# KAPITEL 11

## VERSCHWÖRUNG FÜR DAS MÄCHTIGSTE

### KARTELL DER WELT

Seit der Gründung des Federal Reserve Systems (FED) 1914 glaubt die ganze Welt, dass Währung, Finanzmarkt und Banken der Vereinigten Staaten unter der Kontrolle einer staatlichen Zentralbank stünden. Ein Irrglaube. Denn die zwölf regionalen FED-Banken handeln in ihren jeweiligen Distrikten vielmehr als private Finanzzentralen der dort ansässigen Geschäftsbanken. Die Federal Reserve Bank of New York (FRBNY) am größten Finanzplatz der Welt übt als wichtigste Bank unabhängig von der Regierung die uneingeschränkte Macht und Vorherrschaft im Dienste der großen Wall-Street-Banken aus.

Den offiziellen Beweis lieferte 1982 das Distrikt-Gericht für den Zentralen Distrikt von Kalifornien (District Court for the Central District of California) in einer eher banalen Angelegenheit. In dem Gerichtsverfahren Lewis gegen United States mit der Aktenzahl 680 F.2d 1239 (1982) ging es um die Klage des US-Bürgers John L. Lewis gegen den Staat USA. Lewis war am 27. Juli 1979 von einem Fahrzeug der vermeintlich staatlichen Federal Reserve Bank of San Francisco verletzt worden. Das Gericht wies seine Klage mit der Begründung zurück, dass der beklagte Staat gar nicht zuständig sei, weil die der Klage zugrunde liegende FED-Bank jedenfalls nicht dem Staat gehöre.<sup>214</sup> Damit ist erstmals von einer staatlichen Institution öffentlich aufgedeckt worden, was bis zu diesem Zeitpunkt strikt geheim gehalten wurde: Die USA werden von einem privaten Notenbanksystem beherrscht.

#### FIRST UND SECOND BANK OF THE UNITED STATES

Der Weg dahin war gepflastert mit Präsidentenmorden, fehlgeschlagenen Mordversuchen und Verschwörungen und dauerte von 1791 bis 1913. Zunächst war eine erste derartige Institution bereits von Alexander Hamilton, dem ersten Finanzminister der USA, initiiert worden. Das Ziel war es, die durch den Unabhängigkeitskrieg vom 19. April 1775 bis 3. September 1783 entstandenen Kriegsschulden abzubauen und eine nationale Währung zu entwickeln. Die »First Bank of the United States« erhielt dann 1791 nach dem Vorbild der in privatem Besitz stehenden Bank of England für 20 Jahre eine gesetzliche Bewilligung mit entsprechenden Vorrechten, welche 1811 auslief. Sie hatte ihren Sitz in der damaligen Hauptstadt Philadelphia, Pennsylvania. In dem Prägungsgesetz (Coinage Act) von 1792 wurde das monetäre System festgelegt und die Einführung einer dezimalen Währung beschlossen. Binnen fünf Jahren konnte sich die Regierung von der Bank 8,2 Millionen Dollar gegen Zinsen leihen. Es war schon damals Geld, das aus dem Nichts erzeugt wurde. Genauso gut hätte die Regierung das Geld – zinsfrei – selber drucken können.

Thomas Jefferson, 3. Präsident der Vereinigten Staaten von 1801 bis 1809, warnte schon damals: »Eine private Zentralbank, die Zahlungsmittel ausgibt, ist für die Freiheit der Menschen eine größere Gefahr als eine stehende Armee.«

Um ihre Schulden an die Bank zu reduzieren, musste die Regierung letztendlich sogar ihren 20-prozentigen Anteil an die Londoner Bankiers, die den Rest besaßen, abtreten. Ehe die Notenbank trotz aller Drohungen und Forderungen der englischen Bankiers um Verlängerung der Konzession vom Kongress 1811 aufgelöst wurde.<sup>215</sup>

Als Vergeltung begannen englische Truppen, wie von dem damals mächtigsten Londoner Bankier Nathan Mayer Rothschild zuvor angedroht, 1812 von Kanada her einen neuerlichen Krieg gegen die ehemaligen Kolonien. Dieser sollte bis 1814 dauern und ohne Sieger enden. Die amerikanische Regierung musste diesen natürlich durch Kriegsanleihen finanzieren und gestattete den finanzierenden Banken dann, diese in selbstgedruckte Banknoten umzuwandeln. Auf den Krieg folgte ein Nachkriegsaufschwung, den die vorwiegend englischen Bankengründungen in den USA durch eine starke Erhöhung der Geldmenge ermöglichten. Innerhalb von zwei Jahren verdreifachten sich Geldmenge und Preise. Durch die hohe Geldentwertung wurden die Bürger aber enorm geschädigt. Als die Banken dann die Geldmenge gezielt wieder verringerten, strengere Regeln für neue Kredite einführten und gleichzeitig versuchten, so viel wie möglich an alten Schulden einzutreiben, war die Folge eine erneute ökonomische und finanzielle Krise.

Daraufhin sah sich die Regierung genötigt, zur Stabilisierung der Lage 1816 einer »Second Bank of the United States« als privater Zentralbank die Konzession gleichfalls mit einer Laufzeit von 20 Jahren zu erteilen. Doch just als 1832 ein Beschluss über die Verlängerung des Bankgesetzes gefasst werden sollte, gewann der Demokrat Andrew Jackson die Präsidentschaftswahl. Er legte gegen den Gesetzesantrag sein Veto ein und erklärte den Bankiers den Krieg. Die Zentralbank war für ihn »ein Hydra-köpfiges Monster, das die einfachen Leute auffrisst«. Sein Kampf gegen diese Bank dauerte noch vier Jahre. Am 30. Januar 1835 entging Andrew Jackson knapp einem Mordanschlag, ehe die Lizenz 1836 auslief.<sup>216</sup>

Bis dahin verfolgten die Bankiers eine altbewährte Strategie: Sie verknappten die Geldmenge, indem alte Kredite gekündigt und keine neuen vergeben wurden. Daraufhin brach eine Finanzpanik aus, der erneut eine tiefe wirtschaftliche Depression folgte. Wenig später gelang es der englischen Bank N M Rothschild allerdings noch, sich als neuen Finanzagenten des US-Außenministeriums in London per 1. Januar 1835 einzukaufen und den Konkurrenten Baring zu verdrängen. Die mächtigen Feinde Jacksons hatten sich also bereits in der Regierung eingenistet. Bei der Liquidierung der Zentralbank stellte sich dann heraus, dass Baron James de Rothschild aus Paris Hauptaktionär war.<sup>217</sup>

Mit der Zentralbank verschwand auch jener Teil der Geldmenge, der nur durch die Notenbank über den Druck von Banknoten und die Vergabe von Krediten an andere Banken künstlich geschaffen worden war. 1837 kam es dann zu einer Panik auf den Finanzmärkten, als die Bank von England an einem einzigen Tag alle US-amerikanischen Wertpapiere abstieß und durch das plötzliche Überangebot einen heftigen Kursrutsch auslöste. Der Wall-Street-Bankier Henry Clews schrieb damals, dass dies die Rache für das von Jackson betriebene Auslaufen der US-Notenbank-Konzession war. Als Drahtzieher im Hintergrund wurde der damals einflussreichste Londoner Bankier Nathan

Rothschild vermutet.<sup>218</sup>

1838 verschwanden weitere 16 Prozent der gesamten Geldmenge. Im Umlauf war nur noch das Papiergeld, das von einzelnen Banken in den Bundesstaaten ausgegeben wurde. Diese Banknoten stellten nur private Zusagen für die spätere Zahlung in harter Währung mit Gold oder Silber dar.

Danach wurden jahrzehntelang die Pläne der Bankiers, die USA erneut unter das Diktat einer privaten Zentralbank zu zwingen, vereitelt. 1841 gelang dies nur, indem Präsident John Tyler zweimal sein Veto gegen einen Gesetzesentwurf für eine neue Zentralbank einlegte.<sup>219</sup>

Auch der republikanische Präsident Abraham Lincoln sollte später die Pläne der Londoner Bankiers durchkreuzen, indem er zur Finanzierung des Bürgerkriegs wegen verlangter Wucherzinsen von rund 30 Prozent auf ihre Dienste verzichtete. Stattdessen ließ er einen staatlichen Dollar, der auf der Rückseite grün bedruckt war und daher »Green Back« genannt wurde, drucken. Lincoln wurde sofort nach dem Sieg über die Südstaaten am 15. April 1865 ermordet. Danach emittierten die auf Basis des »National Banking Acts« von 1863 legitimierten »National Banken« Dollars, die von anderen Banken akzeptiert werden mussten. Der republikanische Präsident James A. Garfield überlegte später die Wiedereinführung des staatlichen Dollars. Er überlebte aber nur 100 Tage im Amt und wurde 1881 wie Lincoln ermordet.

## KAMPAGNE FÜR DIE DRITTE PRIVATE NOTENBANK IN DEN USA

Erst 40 Jahre später erfolgte der nächste Anlauf für eine private Notenbank. Treibende Kraft dafür war der Londoner Bankier Alfred Charles de Rothschild (1842–1918). Er war der zweite Sohn von Lionel de Rothschild und Baroness Charlotte von Rothschild von der Frankfurter Rothschild-Linie und somit Enkel des Londoner Bankengründers Nathan Mayer Rothschild. Schon im Alter von 26 Jahren durfte er ab 1868 einen Direktorenposten in der Bank of England (BoE) bekleiden – als bis dahin erster und einziger jüdischer Direktor der Bank. Wegen einer Indiskretion wurde er allerdings 1889 zum Rücktritt gezwungen. Er hatte von einem Händler ein teures Bild gekauft, der ihm versicherte, er wolle nichts daran verdienen und lediglich gefällig sein. Als Alfred Rothschild entdeckte, dass der Händler ein Konto bei der BoE hatte, verschaffte er sich verbotenerweise Einsicht und erkannte, dass der Händler das Bild in Wahrheit billig gekauft und beim Verkauf einen großen Gewinn gemacht hatte. Darüber erzürnt, erzählte Alfred Rothschild diesen vermeintlichen Betrug überall herum, was ihm einen unehrenhaften Abgang aus dem Direktorium der Bank einbrachte.

Ob dieser Schande offenbar herausgefordert, wollte er ein Gegengewicht für den Einfluss der Bank of England in den früheren Übersee-Kolonien schaffen. Er begann, den alten und mehrfach gescheiterten Plan seines Großvaters Nathan Mayer Rothschild zu verfolgen: die Etablierung einer privaten Notenbank in den USA unter Einfluss der Rothschilds. Schließlich weihte er den befreundeten Hamburger Bankierssohn Paul Warburg in seine Pläne ein. Nach Jahren der gemeinsamen Vorbereitung übersiedelte Warburg 1902 nach New York, wo er unverzüglich mit der Umsetzung des Plans begann.

Der Warburg-Chronist Ron Chernow schrieb später: »Er war die einzige Person in Amerika, die verstand, wie eine Zentralbank funktioniert.«<sup>220</sup>

Mit einem für damalige Verhältnisse auffallend hohen, aber dem erstrebten Ziel durchaus angemessenen Jahressalär von 500.000 Dollar wurde er von dem bereits eingeweihten Bankier Jacob Schiff, einem engen Rothschild-Verbündeten, als Partner im Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. aufgenommen. Sein Bruder Felix folgte ihm wenig später als weiterer Partner in die Bank. Beide heirateten Töchter anderer Gesellschafter. Der damals mächtigste Bankier New Yorks, John Pierpont (J.P.) Morgan, den gleichfalls traditionell enge Geschäftsbeziehungen mit den Londoner Rothschilds verbanden, ergänzte ebenso wie der Öl-Tycoon John D. Rockefeller und dessen Bruder William die verschworene Clique.

Nach intensiven Vorarbeiten mit Vorträgen, Studien, Einweihung weiterer Verbündeter und Entwicklung von Strategien warnte Jacob Schiff 1906 in einer Rede vor der New Yorker Handelskammer eindringlich vor einem Bankenkrach und verband diese Warnung mit der Forderung nach einer neuen Zentralbank. Diese würde derartiges als »Lender of last resort« verhindern.

Die Verschwörung hatte begonnen. 1907 begannen die Banken von J.P. Morgan mit einer Geld- und Kreditverknappung, um eine Finanz- und Wirtschaftskrise herbeizuführen. Die Börsen-Hausse drehte in eine Baisse. Die Kurse gingen zurück. Kredite waren nicht mehr ausreichend durch Wertpapiere gesichert. Zwangsverkäufe folgten ebenso wie eine Rückforderung bestehender und eine Kürzung neuer Kredite.

Als dann am 21. Oktober die National Bank of Commerce aus der Morgan-Bankengruppe die Einlösung von Wechseln der Knickerbocker Trust Company, der damals drittgrößten Bank New Yorks, verweigerte, löste dies eine Panik aus. Einen Tag später folgte einem Massenansturm auf die Bank ein Börsencrash an der Wall Street. Banken forderten ihre Kredite zurück. J. P. Morgan verdiente durch die billige Übernahme von pleitebedrohten Konkurrenzbanken und den massenweisen Kauf von Aktien zu billigsten Kursen ein Vermögen. Dass sich die Stimmung in der Bevölkerung gegen Morgan und John D. Rockefeller richtete, weil sie zu Recht verdächtigt wurden, die Krise verursacht zu haben, störte die beiden, wegen ihrer rücksichtslosen Geschäftspraktiken »Robber Barons« – Räuber-Barone – genannt, nicht im Geringsten. Um die Panik zu beenden, forderte Morgan alle Banken auf, den Markt mit einer konzertierten Geldzufuhr wieder zu stabilisieren.

Nelson W. Aldrich, republikanischer Senator mit engen Verbindungen zur Bankenwirtschaft als Gesellschafter bei J. P. Morgans Bank und Schwiegervater von John D. Rockefeller junior, leitete dann eine Kommission, die nach dieser Panik einberufen wurde. Um eine solche künftig zu vermeiden, schlug er die Etablierung einer Zentralbank vor.

## GEHEIMGESPRÄCHE IN MORGANS JAGDCLUB AUF JEKYLL ISLAND

Die unmittelbare Umsetzung des Plans für eine private Notenbank in den USA begann

1910. In einer eiskalten Novembernacht stahl sich eine handverlesene Gruppe von nicht ganz unbekanntem Männern der New Yorker Gesellschaft unter dem Vorwand einer Entenjagd, ausgestattet mit Jagdgewehren und Jagdkleidung, in einem luxuriös ausgestatteten Eisenbahnwaggon mit zugezogenen Gardinen vom New Yorker Bahnhof Hoboken davon. Nach einer 800 Meilen langen Reise in den Süden ließ man in Brunswick im US-Bundesstaat Georgia den Zug auf einer Rangierfläche kurz vor dem Bahnhof anhalten und den letzten Waggon unbemerkt abhängen. Privatlimousinen brachten dann die Reisenden in den Hafen, von wo sie sich mit einem geheimnisvollen Boot auf die fast verlassene Insel Jekyll Island übersetzen ließen. Im Jagdclub von J. P. Morgan quartierten sie sich ein. Das stark reduzierte Personal hörte nur die Vornamen der Gäste. Auf dem Plan stand aber nicht, wie vorgegeben, die Entenjagd, sondern die Ausarbeitung eines Gesetzestextes für die Gründung der bald mächtigsten Bank der Welt.

Sieben Personen nahmen an dem neun Tage andauernden Tauziehen um Geld und Macht teil<sup>221</sup>:

- Nelson W. Aldrich
- Henry P. Davison, Großaktionär der J.P. Morgan Company
- Charles D. Norton, Präsident von J.P. Morgan's First National Bank of New York
- Benjamin Strong, Vorstand von J.P. Morgan's Bankers Trust Company
- Frank A. Vanderlip, Vertreter der Rockefellers als Präsident von deren National City Bank of New York, der damals größten Bank der USA
- Paul Warburg, Teilhaber der zweitgrößten New Yorker Investmentbank Kuhn, Loeb & Co., Vertreter der mächtigsten europäischen Bankendynastie Rothschild (London und Paris), Teilhaber des gleichnamigen Bankenkonsortiums in Hamburg und Amsterdam und Bruder von dessen Chef Max Warburg;
- Abram Piatt Andrew, Ministerialdirektor des US-Finanzministeriums und Direktor der Nationalen Währungskommission.

Die FED-Gründung machten vor hundert Jahren also die vermögendsten Familien der Welt untereinander aus. Allein die ersten vier der oben angeführten Personen repräsentierten als Zugehörige der Morgan-Bankengruppe ein Sechstel des gesamten Reichtums der Welt.<sup>222</sup> Unter Hinzurechnung der Rockefeller-Gruppe und der europäischen Bankiers war es sogar ein Viertel.<sup>223</sup>

## STARTSCHUSS FÜR DAS GIGANTISCHSTE KARTELL AUF ERDEN

Der erste Anlauf, das vorbereitete Gesetz vom republikanischen Senator Nelson W. Aldrich als dessen Vorlage im Kongress beschließen zu lassen, scheiterte 1912 an dessen Eitelkeit. Denn er musste damit rechnen, dass er im Kongress als bekannter Interessensvertreter der Wall Street keine Mehrheit finden würde. Sein Engagement weckte denn auch das Misstrauen vor allem der Abgeordneten aus dem Westen.

Im nächsten Durchgang benutzte das Syndikat der weltweit reichsten Bankiers aus

London und New York die Präsidentschaftswahlen 1913, um den nach außen hin honorigen, aber auch gefügigen demokratischen Kandidaten Woodrow Wilson mit massiver finanzieller Unterstützung ins Präsidentenamt zu hieven. Nach außen hin gab sich dieser im Wahlkampf noch als Gegner des »Wall Street Money Trust«. Er versprach den Amerikanern ein Geldsystem, das frei von der Herrschaft der internationalen Bankiers sein sollte. So unterstützte Wilson mit der ihm zur Verfügung stehenden Autorität seines Amtes den Gesetzesvorschlag.

Unter dem irreführenden Titel »Federal Reserve Act«, der angeblich den gescheiterten Aldrich-Plan mit einer von den Banken beherrschten Zentralbank zunichte machen sollte, peitschten die Verschwörer das Gesetz in einem Überraschungscoup am 23. Dezember 1913 durch den dünn besetzten Kongress. Die meisten Abgeordneten hatten bereits die Heimreise in ihre Bundesstaaten zum Weihnachtsfest angetreten. Unter den Anwesenden hatte kaum jemand vor der Abstimmung Gelegenheit und Lust, so knapp vor dem Weihnachtsfest, die Gesetzesvorlage auch tatsächlich zu studieren. Die ahnungslosen Abgeordneten auch der demokratischen Fraktion verabschiedeten letztlich mehrheitlich jenen nur geringfügig umformulierten Gesetzesentwurf, der die Allmacht über das Geldwesen der USA dem Federal Reserve System (FED) und damit der Wall Street in die Hände legte.

Die wenigen Abgeordneten, die das üble Spiel durchschauten, waren empört. Der Konservative Henry Cabot Lodge sen. prophezeite in weiser Voraussicht »eine gewaltige Inflation der Zahlungsmittel« und dass die damals bestehende Goldwährung »in einer Flut von nicht einlösbarer Papierwährung« ertrinken werde. Und Charles A. Lindbergh sen., der Vater des berühmten Atlantik-Fliegers, erklärte nach der Abstimmung vor dem Kongress: »Dieses Gesetz etabliert das gigantischste Kartell auf Erden ... dadurch wird die unsichtbare Regierung der Geldmacht legalisiert sein ... Dies ist die verkleidete Aldrich-Gesetzesvorlage ... Das neue Gesetz wird Inflation erzeugen, wann immer das Kartell die Inflation wünscht ...«

Und Präsident Wilson bedauerte später: »Ich bin ein zutiefst unglücklicher Mann. Ich habe unwissentlich mein Land ruiniert. Eine große industrielle Nation wird von ihrem Kreditwesen kontrolliert. Unser Kreditwesen ist vereinigt. Daher ist das Wachstum unserer Nation und alle unsere Tätigkeiten in den Händen einiger weniger. Wir sind eine der schlechtest regierten, meistkontrollierten und beherrschten Regierungen der zivilisierten Welt. Nicht länger eine Regierung der freien Meinung, nicht länger eine Regierung der Überzeugung oder des Mehrheitsentscheides, sondern eine Regierung der Ansichten und Nötigungen einer kleinen Gruppe herrschender Männer.«

Tatsächlich lag die Brisanz des Gesetzes darin, dass es dem FED-System der privaten Geschäftsbanken das alleinige Recht übertrug, den Staat mit einer privaten, allgemein gültigen nationalen Dollar-Währung zu versorgen, die Geldmenge nach Belieben zu manipulieren und den »Leitzins« zur Steuerung des Geld- und Kapitalmarkts festzulegen. Tatsächlich steht heute auf den von den FED-Banken emittierten Banknoten nicht mehr »United States Note«, oder, wie es J. F. Kennedy versucht hat, »Silver Certificate«, sondern »Federal Reserve Note«.

Die New Yorker Wall Street beherrschte eben schon damals Regierung und Kongress in Washington. In dem neuen Gesetz war die Zentralbank als »Federal Reserve System«,

also als staatliches System, ausgewiesen. Es sollte aus zwölf unabhängigen, lose miteinander verbundenen regionalen Notenbanken bestehen, die als Federal-Reserve-Banken, also staatliche Banken, zur Haltung von Geldreserven der Mitgliedsbanken bezeichnet wurden. Allerdings war im Gesetzestext nirgendwo der Staat als Aktionär vorgesehen, sondern vielmehr ungeniert private Banken. Ihre Aktienanzahl sollte sich von deren Eigenkapital ableiten. Damit war gewährleistet, dass die größten Banken auf jeden Fall auch die größte Macht über die jeweilige FED-Bank besaßen.

## DIE GEHEIMHALTUNG ÜBER DIE FED HIELT NICHT LANGE

Das erste Leck in der Geheimhaltung der regelrechten Verschwörung öffnete sich dann bereits 1916. Damals schrieb der junge Finanzjournalist B. C. Forbes, der spätere Gründer von *Forbes Magazine*, in *Leslie's Weekly* eine Lobhudelei über Paul Warburg. Darin beschrieb er auch die Expedition nach Jekyll Island und die Erarbeitung des Gesetzestextes als Grundlage für das neue Währungssystem.<sup>224</sup>

1930 berichtete Paul Warburg selber in einem Buch mit insgesamt 1.750 Seiten unter dem Titel »The Federal Reserve System; its Origin and Growth« über das Geheimtreffen und die dahinterstehenden Absichten. Ort des Meetings und die Namen der Teilnehmer verschwieg er allerdings.

Am 31. Mai 1931 wurde in einem Artikel in der *New York Times* zum Ableben von George F. Baker, einem der verschwiegensten Teilhaber an Morgans Bankenimperium, das Treffen und der Tagungsort Jekyll Island erwähnt.

1935 erschien in der *Saturday Evening Post* vom 9. Februar ein Artikel des Mitverschwörers Frank Vanderlip, in dem er die Reise nach Jekyll Island beschrieb und zugab, dass »... ich so geheimnisvoll, ja geradezu geheimnistuerisch wie ein Verschwörer handelte ...«<sup>225</sup>

Und 1964 veröffentlichte Paul Warburgs Sohn James ebenso weitere Einblicke wie Nathaniel Stephenson in der Biographie über Senator Nelson Aldrich, dessen Tochter den Sohn des 1910 ersten US-Milliardärs John D. Rockefeller geheiratet hat.

## DIE GRÜNDUNGSBANKEN BLIEBEN GEHEIM

Welche Aktionäre tatsächlich die FED gründeten, blieb indes lange Zeit ein ebenso streng gehütetes Geheimnis wie die Aktionäre der Bank of England. Zwischen beiden Notenbanken bestanden aber enge Verbindungen wie z. B. durch die englische Privatbank N M Rothschild, wie 1976 in einer Untersuchung des US-Kongresses nachgewiesen wurde.

Der Kongressabgeordnete Wright Patman konnte später mit einem nach ihm benannten Ausschuss nachvollziehen, dass die Aktien der zwölf regionalen Federal-Reserve-Banken von »National-Banken« (»National Banks« mit bestimmten Befugnissen und Eigenkapitalvorschriften gemäß dem Bankengesetz aus dem Jahr 1863) in den jeweiligen

FED-Distrikten gekauft wurden. Und weil es das Privileg der Federal Reserve Bank of New York (FRBNY) war, mit Leitzinsen den Preis des US-Geldes und mit Offenmarkt-Operationen die Steuerung der Geldmenge zu beeinflussen, waren ihre Aktionäre von Beginn an und bis heute auch die wahren Mächtigen des neuen FED-Systems. Wegen der weitreichenden Auswirkungen der Geldpolitik waren sie auch die wahren Mächtigen der gesamten US-Wirtschaft.

Durch mehr als 100 gesetzliche Adaptierungen seit 1913 wurde das FED-System immer mehr gestrafft und zentralisiert. Der Federal Reserve Bank of New York (FRBNY) wurde immer mehr Macht zu Lasten der elf anderen FED-Banken übertragen. Im Zuge der Finanzkrise von 2007 bis 2009 zeigte sich, dass sie heute als mächtiges Exekutionsorgan der Wall-Street-Banken schier grenzenlos eingesetzt werden kann.

So übernahm die FRBNY beispielsweise am 16. September 2008 89,9 Prozent der Aktien der von der Pleite bedrohten weltgrößten Versicherung AIG (American International Group) und räumte ihr einen Kredit von 85 Milliarden Dollar ein, um die riesigen Volumina an Kreditversicherungen (Credit Default Swaps, CDS) einlösen zu können. AIG konnte somit einfach in der Bilanz dieser Zentralbank unterschlüpfen und hatte somit ausreichend Zugriff auf frisch geschöpfte Dollar-Milliarden. Vorrangiger Nutznießer war neben anderen Wall-Street-Banken vor allem die Investmentbank Goldman Sachs, die alle CDS gewinnbringend einlösen und im Crash-Jahr 2008 immer noch einen Nettogewinn von 2,336 Milliarden Dollar ausweisen konnte; 2009 waren es bereits 13,39 Milliarden Dollar.

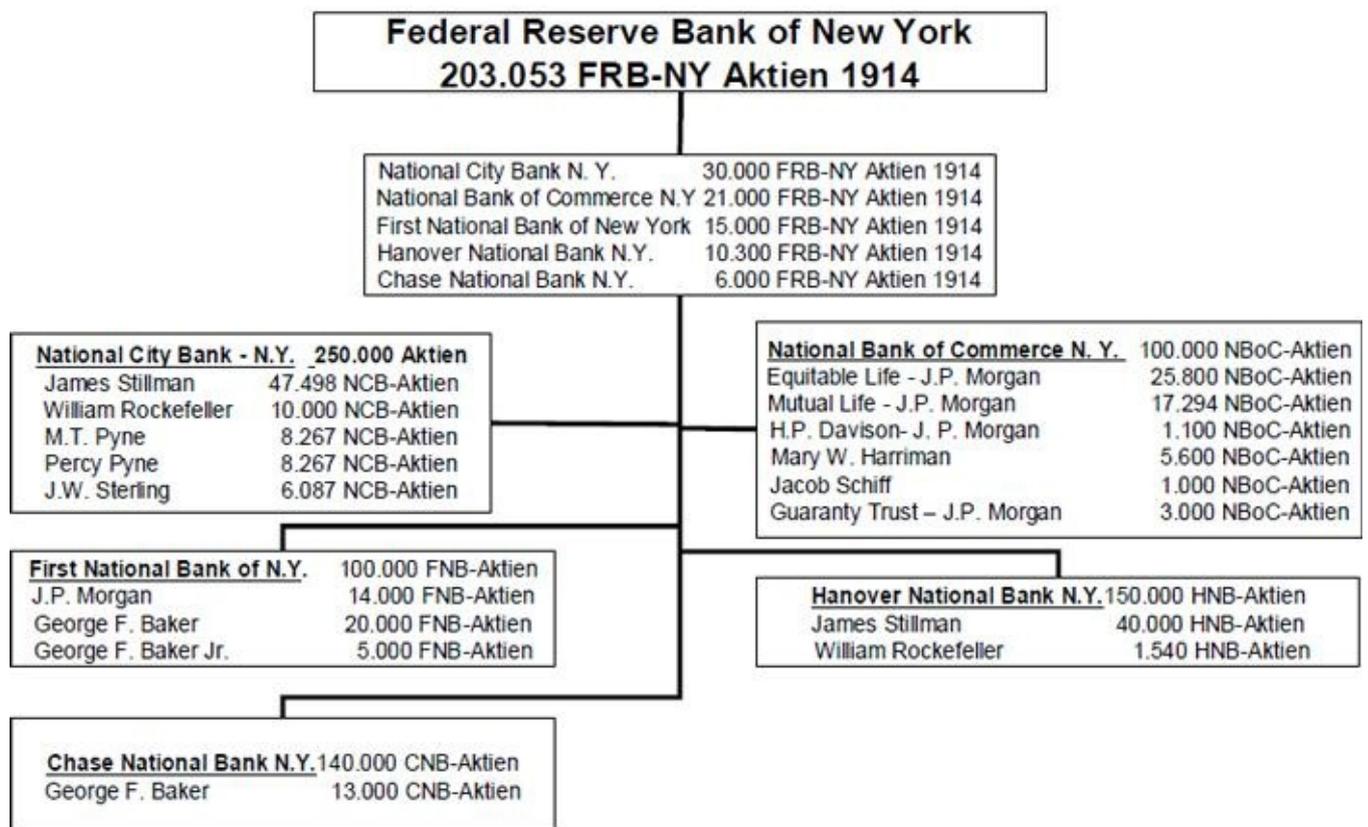
## DIE HERRSCHER ÜBER DIE FEDERAL RESERVE BANK OF NEW YORK

Aus den Aufzeichnungen des Comptroller of the Currency (der Abteilung für Bankenaufsicht beim Finanzministerium) vom 19. Mai 1914 geht hervor, dass von den zunächst 203.053 Aktien der FRBNY als wichtigster Geldzentrale mehr als die Hälfte den großen New Yorker Banken zugeteilt wurde. Mit dabei waren kleinere Privatbanken mit großem Einfluss wie Goldman Sachs, Kuhn, Loeb & Co sowie Lehman Brothers. Nicht überliefert ist, ob alle den Preis für die Aktien lediglich mit Schecks hinterlegten oder Bargeld einzahlten.

Die damals von John D. Rockefellers Bruder William, James Stillman und Kuhn, Loeb & Co kontrollierte National City Bank of New York (heute: Citigroup) übernahm mit 30.000 Aktien den größten Anteil. Die First National Bank von J. P. Morgan übernahm 15.000 Aktien. Die National Bank of Commerce of New York City erhielt 21.000 Aktien. Ihr beherrschender Aktionär war J. P. Morgan über die Versicherungen Equitable Life und Mutual Life sowie die Bank Guaranty Trust. Ebenfalls beteiligt waren der FED-Lobbyist und spätere FED-Gouverneur Paul Warburg sowie Jacob Schiff – beide Partner bei Kuhn, Loeb & Co. Die Chase National Bank kaufte ebenso 6.000 Stück wie die Marine National Bank of Buffalo, besser bekannt unter ihrem späteren Namen Marine Midland.

Die größten Aktionäre 1914	Aktienanzahl	%-Anteil
National City Bank of New York	30.000	14,8 %
National Bank of Commerce	21.000	10,4 %
First National Bank of New York	15.000	7,4 %
Hanover National Bank	10.300	5,0 %
Chase National Bank	6.000	2,3 %
Marine National Bank of Buffalo	6.000	2,3 %

## Hauptaktionäre der Federal Reserve Bank of New York und ihrer Eigentümer-Banken 1914



Quelle: Eustace Mullins, The Secret of the Federal Reserve

Durch Fusionen und Aufkäufe kumulierten diese Banken alsbald eine schier grenzenlose Macht. So wurde z. B. aus der National Bank of Commerce die Morgan Guaranty Trust Company, die sich erst dann als Teil des Geldimperiums des J. P. Morgan auswies. Lehman Brothers fusionierte mit Kuhn, Loeb & Co, die First National Bank of New York mit der National City Bank of New York.

In den anderen elf FED-Distrikten besaßen oder kontrollierten indirekt oder direkt größtenteils dieselben New Yorker Aktionäre jene Banken, die sich an den jeweiligen regionalen FED-Banken beteiligten. Durch ihre Beteiligungen oder die Kontrolle an den wichtigsten Industriekonzernen in der jeweiligen Region saßen ihre Mittelsmänner als Vertreter von Industrie und Wirtschaft überdies im Aufsichtsrat der jeweiligen Federal

Reserve Bank. Die reichsten Familien in diesen Regionen besetzten seit 1914 die regionalen Aufsichtsräte nach Anweisungen aus New York, wo später in Machtzirkeln wie dem Council on Foreign Relations die personellen Entscheidungen getroffen wurden.

Die zehn größten Bankenholdings waren damals fest in der Hand einiger weniger Bankiers. Bankiers, die alle Tochtergesellschaften in London betrieben oder umgekehrt Töchter Londoner Banken leiteten, wie z. B. J.P. Morgan Company, Brown Brothers Harriman, Warburg, Kuhn, Loeb & Co. und J. Henry Schroder. Sie alle unterhielten enge Verbindungen zur Privatbank N M Rothschild in London, von deren Büros aus die Bank of England und fast zwei Jahrhunderte lang der weltweite Goldmarkt beherrscht wurde. Ab 1919 mit dem täglichen, weltweit richtungweisenden Preisfixing um 10.30 Uhr und 15.00 Uhr unter den fünf Goldhändlern (Bullion-Banken) in einem eigens dafür eingerichteten Raum in der Rothschild-Bank. Den Vorsitz hatte der Gastgeber. Dass dabei jeglicher Manipulation Tür und Tor geöffnet war, ist nur logisch. Nach Verlegung zu Barclays 2004 und späteren Manipulationen wurde das intransparente System 2015 durch eine elektronische Handelsplattform ersetzt.<sup>227</sup>

## DIE HISTORISCHE LONDON-CONNECTION DER US-BANKEN

Die »London Connection« der US-Banken geht auf das 19. Jahrhundert zurück, als der amerikanische Kaufmann und Sklavenhändler George Peabody aus Baltimore nach zahlreichen Geschäftsreisen 1835 endgültig nach London übersiedelte und dort eine gleichnamige Firma gründete. Unterstützt wurde er von Alexander Brown (»Brown Brothers«), der in Baltimore 1801 jene Bank gegründet hatte, die heute als »Brown Brothers Harriman« in New York als älteste Bank der USA gilt, in London aber unter »Brown, Shipley and Company« firmiert. Die ursprüngliche Gründung »Alex Brown and Son« in Baltimore gehört heute zur Deutschen Bank (Deutsche Bank Alex.Brown Inc. US).<sup>228</sup>

Zu seiner eigenen Überraschung wurde Peabody sofort von Nathan Mayer Rothschild (1777–1836) mit der Offerte begrüßt, große gesellschaftliche Einladungen zu veranstalten, auf denen Rothschild anwesend sein wolle. Er versprach zudem, alle Kosten übernehmen zu wollen. Dahinter stand, dass die Londoner Aristokratie überwiegend Einladungen von Nathan Mayer Rothschild wegen dessen angeblicher Geschmacklosigkeit und schlechter Manieren zurückwies. Peabody konnte künftig auch mit Rothschild-Geld seine Geschäfte ausbauen und hatte dafür oft sogar 500.000 Pfund zur Verfügung. Peabodys Partner in den USA war Junius S. Morgan, der Vater von John Pierpont (J. P.), der 1854 als Peabodys Partner gleichfalls nach London übersiedelte. Nach Peabodys Rückzug hieß die Firma J. S. Morgan & Co., die innige Verbindung zum Haus Rothschild blieb selbstverständlich bestehen und wurde sogar intensiviert. Schließlich vervielfachten sich für Vater Morgan und seinen Sohn John Pierpont (J. P.) mit Rothschild-Geld im Rücken die Geschäftsmöglichkeiten. Vor allem für die gleichnamige Niederlassung in New York, aus der dann J.P. Morgan & Co. hervor ging, die von J. P. Morgan geführt wurde. Als Vater Junius 1890 starb, wurde J. P. Seniorpartner der Firma in London, reduzierte später aber seinen Anteil auf 50 Prozent. Da die andere Hälfte Edward Grenfell hielt, firmierte die

Bank fortan unter Morgan Grenfell & Co.<sup>229</sup>

Diese enge Kooperation von Banken in London und New York dehnte sich auch auf andere Kontinente aus, wo diese Syndikate enorme Profite auf Kosten fremder Länder erzielten. In der African Development Bank arbeiteten z. B. jahrzehntelang die Londoner Banken Morgan Grenfell und SG Warburg, ein Syndikat der US-Banken Kuhn, Loeb & Co. und Lehman Brothers International sowie die französische Bank Lazard Frères diskret als finanzielle Berater von zehn schuldengeplagten afrikanischen Staaten zusammen. Das Ergebnis war eine enorme Aufblähung des Schuldenbergs dieser Entwicklungsländer durch Aufnahme von Krediten der Beraterbanken und der Emission von Staatsanleihen. Von Schuldenreduktion ist nie die Rede. Immer höhere Verbindlichkeiten bedeuten auch immer höhere Zinszahlungen an die Gläubiger. Dies ist das jahrhundertealte Geschäftsprinzip der Bank von England.<sup>230</sup>

## JOHN PIERPONT MORGAN UND SEIN BANKENIMPERIUM

J. P. Morgan (1837–1913) galt zu seiner Zeit als der mächtigste Mann der USA, der einen Bankenkonzern befahlte und einen richtigen Finanzkapitalismus entwickelte, indem er Geld einsetzte, um durch Zukäufe Branchenkonzerne zu gestalten. Diese waren dann der Grund für die Anti-Trust-Gesetze, mit denen diese Kartelle allmählich wieder zerschlagen wurden. Säule seines Imperiums war der Finanzkonzern J.P. Morgan & Co., der noch bis 1940 als Privatbank firmierte und sich erst dann in die Rechtsform einer Aktiengesellschaft umwandelte. 1959 verschmolz die Bank mit der Guaranty Trust Company of New York zur Morgan Guaranty Trust Company of New York (9,5 Prozent Anteil an der FRBNY).

Zu seinem Bankenimperium zählten neben einer Reihe von Regionalbanken in verschiedenen Bundesstaaten auch die National City Bank, an der er eine Beteiligung von 14.000 Aktien hielt. Hauptaktionär war sein Freund und Partner bei J.P. Morgan & Co., George F. Baker, der 20.000 Aktien besaß. Sein Sohn George F. jun. besaß weitere 5.000 Aktien.

Während der Stahlmagnat Andrew Carnegie sein Business aufbaute und den Wettbewerb liebte, kaufte Morgan das Geschäft anderer Leute auf. Er hasste Wettbewerb. So wie übrigens auch John D. Rockefeller, der der Meinung war, Wettbewerb sei eine Sünde. Beide waren als »Robber Barons« nicht gerade beliebt.

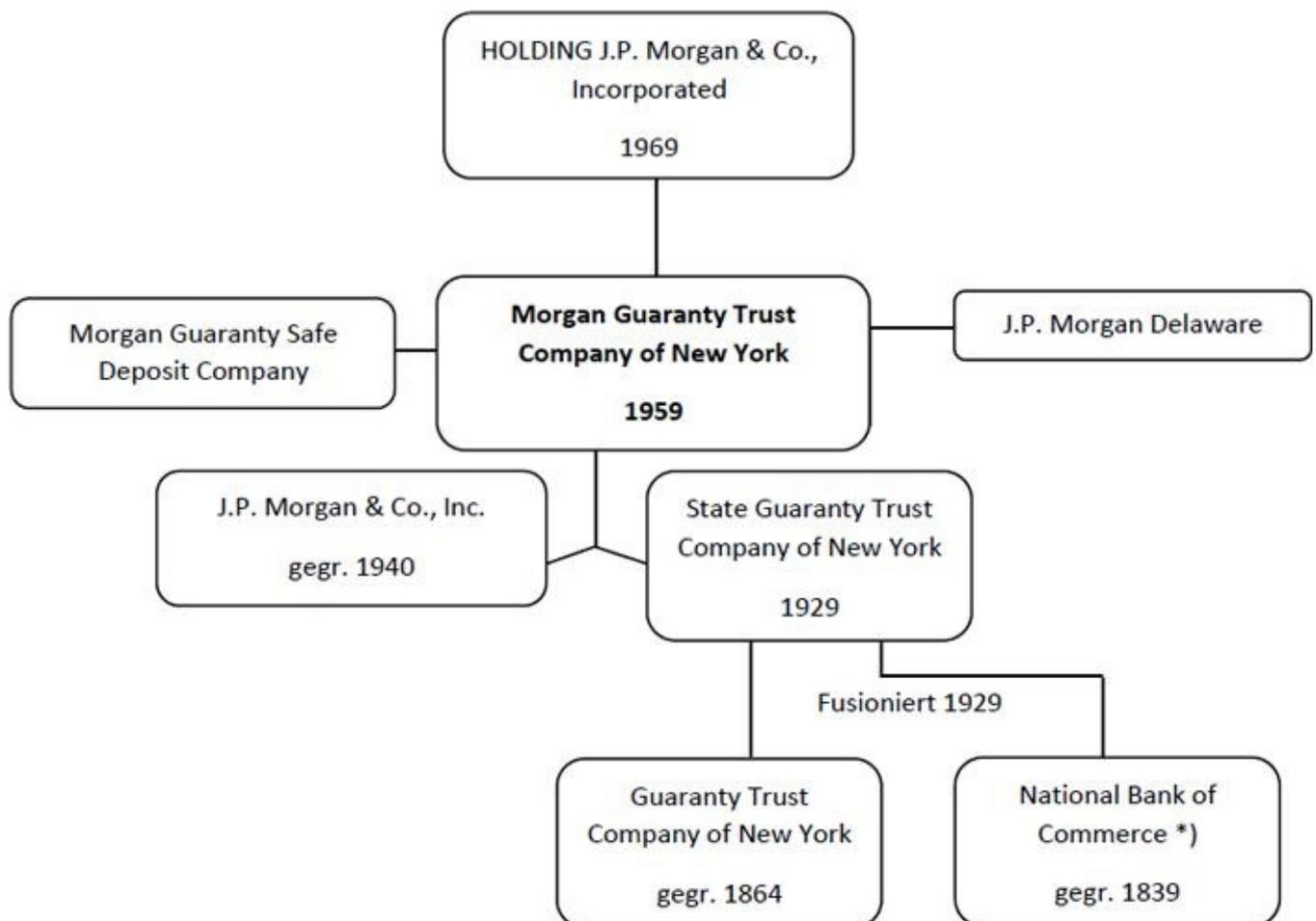
Morgan baute also keine Unternehmen auf, sondern kaufte sie – womöglich Konkurrenten gleichzeitig, bevorzugt in Phasen, in denen sie finanzielle Schwierigkeiten durch ruinösen Wettbewerb hatten. Bis zu seinem Tod weitete Morgan seine Geschäftsaktivitäten über die Branchen Eisenbahn, Bankenwesen, Schifffahrt hinaus auch auf die Telekommunikations- und Elektroindustrie aus. So kontrollierte Morgans Unternehmen 1901 z. B. die Hälfte des Streckennetzes der Eisenbahn und zwei Drittel der Stahlindustrie.

Mit der Finanzierung weiterer Fusionen in der Stahlproduktion formierte er 1901 den Stahltrust United States Steel Corp., der damals größten Aktiengesellschaft der Welt.<sup>231</sup>

Neben den Einnahmen aus dem Wertpapierverkauf mehrte Morgan sein Vermögen auch, indem er für Fusionen 150 Millionen Dollar als Verhandlungsgebühr für sich beanspruchte.<sup>232</sup> Morgan liebte auch die amerikanische »Boom-and-Bust«-Wirtschaft mit ihren Höhen und Tiefen, um ruinöse Preiskriege zwischen Konkurrenten zu bremsen und damit die Zerstörung großer Konzerne zu verhindern.

Das größte Monopol in den USA schuf allerdings John D. Rockefeller mit der Standard Oil Company in der Ölindustrie, mit der er den Wettbewerb ausschaltete. Außer Carnegie verfügte nur noch Jacob Schiff mit seiner Bank Kuhn, Loeb & Co. über die nötigen Finanzmittel für ein derartiges Monopoly.

John Pierpont Morgan galt zwar zu Lebzeiten als schwerreich. Doch als er 1913 während eines Urlaubs in Rom starb, stellte sich heraus, dass er lediglich über ein Wertpapiervermögen in Höhe von 80 Millionen Dollar (heute ca. 1,2 Milliarden) verfügte. Was John D. Rockefeller zu der Bemerkung veranlasste, dass Morgan gar nicht reich gewesen sei. Er selber galt zu diesem Zeitpunkt als erster amerikanischer Milliardär (zu heutigem Wert 190 Milliarden). Carnegie hatte 1901 sein Stahlunternehmen für 480 Millionen Dollar an J. P. Morgan verkauft, wovon er 350 Millionen (entspricht heute etwa 4,8 Milliarden US-Dollar) für gute Zwecke spendete. Morgans Macht leitete sich also nicht von eigenem Vermögen ab, sondern von der Verfügungsmacht über fremdes Vermögen. Angesichts der innigen Verbindung mit dem Haus Rothschild in London gehört nicht viel Phantasie dazu, um zu ahnen, dass er wohl auch mit dessen Kapital und für dessen Gewinn gearbeitet hat.



\*) Gründungsaktionär der FED

## DIE FED VON NEW YORK VERÖFFENTLICHTE EINE AKTIONÄRSLISTE

Als einzige der FED-Banken veröffentlichte die bei Weitem wichtigste und dominierende *Federal Reserve Bank of New York* am 26. Juli 1983 eine Liste von 27 New Yorker Mitgliedsbanken, die damals Aktien der FED-Bank besessen hatten. Allerdings ohne die Höhe der Beteiligungen anzuführen.

Tatsächlich hatten die zehn größten Aktionäre zu jenem Zeitpunkt über eine fundierte Mehrheit von 66,8 Prozent an den 7.005.700 ausgegebenen Aktien verfügt.

### FEDERAL RESERVE BANK OF NEW YORK<sup>233</sup>

Die wichtigsten Aktionäre 1983	Aktienanzahl	%-Anteil
Citicorp (heute: Citigroup)	1.092.892	15,6 %
Chase Manhattan Bank (heute JPMorgan Chase)	1.011.862	14,5 %
Chemical Bank of New York (JPMorgan Chase)	544.962	7,8 %
Manufacturers Hanover of New York (JPMorgan Chase)	509.852	7,3 %
Morgan Guaranty Trust (JPMorgan Chase)	655.443	9,5 %
Bankers Trust Company (dzt. Deutsche Bank Trust Company Americas)	438.831	6,3 %
Bank of New York (Bank of New York Mellon Corporation)	141.482	2,0 %
European American Bank & Trust *)	127.800	1,8 %
J. Henry Schroder Bank & Trust (heute State Mizuho Corporate Bank (USA))	37.493	0,5 %
National Bank of North America **)	105.600	1,5 %

\*) Die European American Bank & Trust wurde als erste »europäische« Bank in den USA im Mai 1968 von der Deutschen Bank (Frankfurt), der Amsterdam-Rotterdam Bank (Amsterdam), der Midland Bank (London) durch Beteiligung an der von der Société Générale de Banque (Brüssel) geführten Belgian American Banking Corp. samt der Belgian American Bank & Trust gegründet.

\*\*\*) Damals im Eigentum der National Westminster Bank PLC (London)

Die deutliche Erhöhung ihres Kapitals gegenüber dem Gründungsjahr 1914 resultiert aus der zwingenden Vorschrift in Teil 5 des ursprünglichen Federal Reserve Gesetzes von 1913. Hiernach ist eine Mitgliedsbank verpflichtet, Aktien der FED-Bank in dem für sie zuständigen regionalen Distrikt in Höhe von 6 Prozent ihres Eigenkapitals zu halten. Damit ist zugleich sichergestellt, dass die größten Banken jedenfalls auch über die größten Geschäftsanteile an der jeweiligen FED-Bank verfügen. Auf ihren Anteil erhalten die Banken jährlich eine Ausschüttung von (mindestens) 6 Prozent.

Nach der Fusion der beiden Institute 1955 hätte die neu entstandene Citibank der Familien Rockefeller, Stillman, Morgan und Baker eigentlich 22,5 Prozent an der FRBNY halten müssen. 1983 wurde aber gemäß der einzig vorhandenen Quelle lediglich 15,6 Prozent ausgewiesen. Da die Citibank aber im Verhältnis zu den übrigen Banken immer unter den größten Drei rangierte, mussten Morgan und Baker den FED-Anteil vor der Fusion über eine andere Bank herausgelöst haben. 1983 schien jedenfalls als Morgan-Bank unter den FED-Aktionären noch Morgan Guaranty Trust mit einem Anteil von 9,5 Prozent auf. Diese fusionierte später mit der Chase Manhattan des anderen Rockefeller-Zweigs nach John D. Rockefeller.

## RASCHES WACHSTUM DURCH FUSIONEN UND AUFKÄUFE

Zwischen 1914 und 1982 gingen im Zuge zahlreicher Finanzkrisen in den USA tausende Banken pleite und verschwanden aus dem Wettbewerb. Die Gründer und Aktionäre des Federal Reserve Systems indes überlebten erstaunlicherweise nicht nur alle Krisen, sondern gingen aus jeder gestärkt hervor. Von Jahr zu Jahr kam es zu einer weiteren Konzentration in der Bankenlandschaft und auch unter den größten FED-Aktionären.

1983 hielten fünf der oben genannten Banken bereits 54,7 Prozent der Aktienanteile der FRBNY. Eine Analyse ihrer bedeutendsten Aktionäre bestätigte, dass einige Familien, die miteinander durch Heirat oder enge geschäftliche Beziehungen verbunden sind, immer noch jene New Yorker Banken beherrschten, die schon 1914 die kontrollierende Mehrheit der Aktien der Federal Reserve Bank von New York besaßen.<sup>234</sup>

*U.S. News* veröffentlichte am 11. April 1983 eine Liste der damals größten Bankenholdings in den Vereinigten Staaten gemessen an den Vermögenswerten per 31. Dezember 1982. Mit Ausnahme der Nummer 2, der Bank of America, waren es die ursprünglichen Gründungsaktionäre der Federal Reserve Bank of New York im Jahr 1914.

Die größten Bankenholdings 1983 <sup>235</sup>	Vermögen in Mrd. USD	Rang
Citicorp (heute: Citigroup)	130,1	1
Bank of America	n. a.	2
Chase Manhattan Bank	80,9	3
Manufacturers Hanover of New York	64,1	4

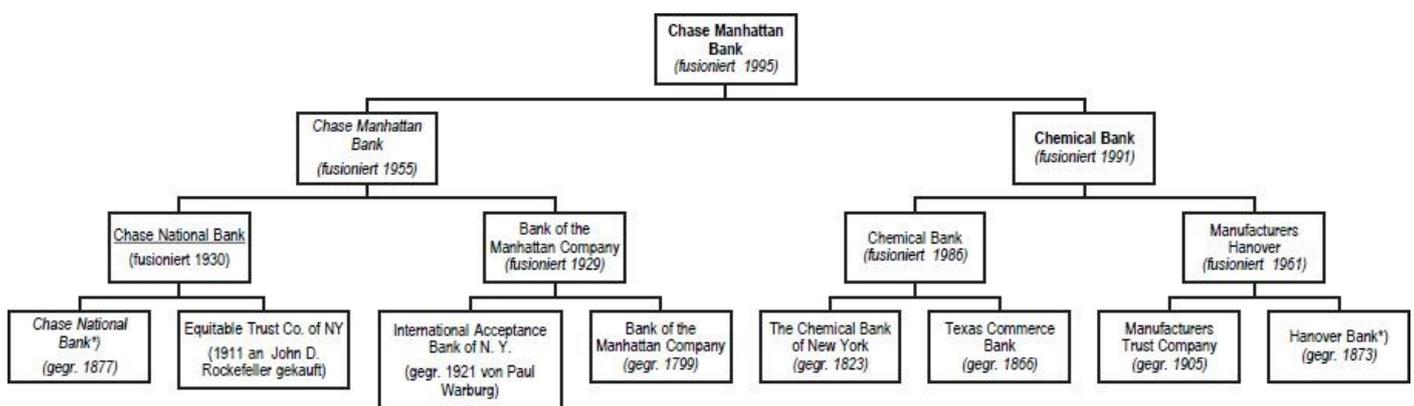
Morgan Guaranty Trust	58,6	5
Chemical Bank of New York	48,3	6

Als Nummer 11 erschien die First National Bank von Chicago, eine geschäftlich nahestehende Korrespondenz-Bank der Morgan Guaranty Trust in New York, von der auch die ersten beiden Präsidenten des Federal Advisory Council ausgewählt wurden. Das Federal Advisory Council war das in der ersten Phase nach der Gründung 1914 noch mächtige Beratergremium für den Gouverneursrat des Federal Reserve Board of Governors unter dem Vorsitz von J. P. Morgan jr.

Aus diesem Kreis kamen auch jene Banken, die sich durch eine besonders hohe Eigenkapitalrendite auszeichneten: Citicorp (früher: National City Bank und First National Bank of New York, Fusion 1955) 18,6 %, Morgan Guaranty 17 %, Chemical Bank und Bankers Trust je 16 %.<sup>236</sup>

## DIE ROCKEFELLER-BANK CHASE MANHATTAN

Nach 1983 hatte sich der Konzentrationsprozess in der amerikanischen Bankenlandschaft mit zahlreichen Fusionen weiter fortgesetzt. Zunächst schloss sich die Chemical Bank mit der Manufacturers Hanover und danach mit der Chase Manhattan Bank zusammen, unter deren Namen die damals größte Bank der USA entstand. Dieser neue Bankgigant besaß daher die Aktien aller drei vorangegangenen Einzelinstitute mit einem nunmehrigen Gesamtanteil an der Federal Reserve Bank of New York von rund 30 Prozent. Gemeinsam mit der Citibank haben sich somit rund 45 Prozent der Aktien der Federal Reserve Bank of New York im Besitz der beiden von der Rockefeller-Familie geführten Banken befunden. Die Entstehungsgeschichte dieser Banken zeigt außerdem, wie sie durch Aufkäufe und Fusionen in relativ kurzer Zeit enorme Größe erreicht haben.

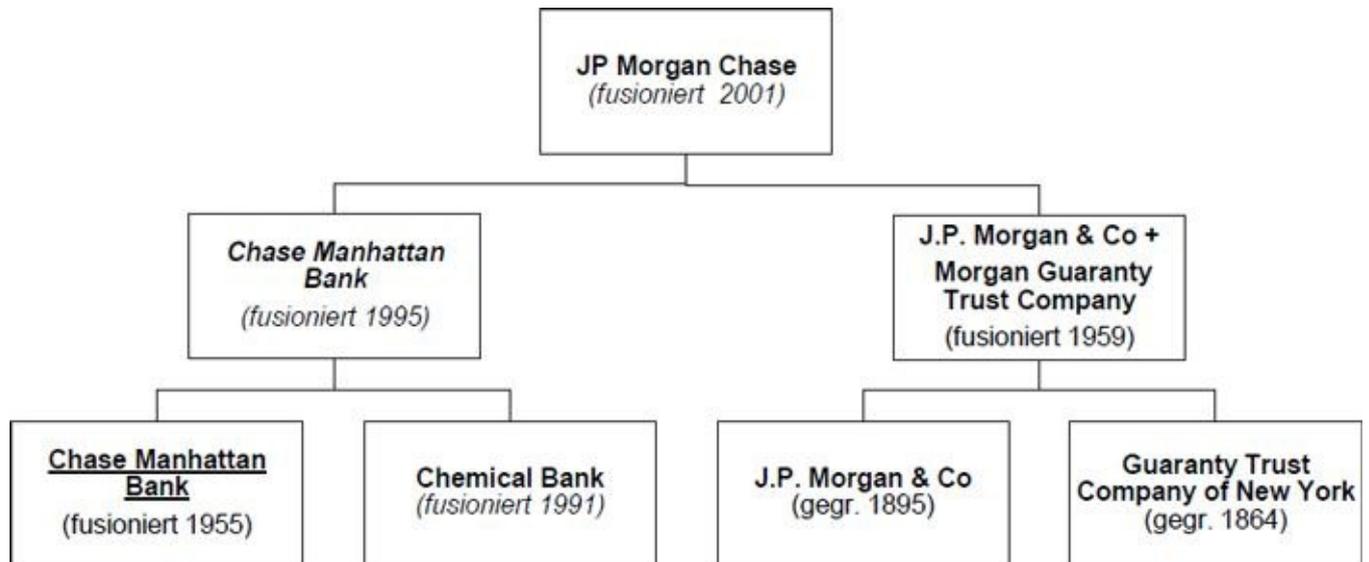


### \*) Gründungsaktionäre der FED

John D. Rockefeller hatte trotz seiner Abneigung gegen die Bankiers 1911 die Equitable Trust Company gekauft, die in den 1920er-Jahren rasch expandierte und andere Banken schluckte. 1930 wurde der Schwager von John D. junior, Winthrop Aldrich, Präsident des Equitable Trust, der bald darauf die Chase National Bank aufkaufte, die der neuen Bank den Namen gab. Sie fusionierte 1955 mit der Bank of the Manhattan Company, deren Vorstandsvorsitzender und Großaktionär von 1929 bis zu seinem Tod

1932 Paul Warburg gewesen war, zur Chase Manhattan Bank. Diese stand zunächst unter der Kontrolle von John D. Rockefeller jun. und wurde danach zwei Jahrzehnte lang von dessen jüngstem Sohn David Rockefeller geleitet. Dieser feierte am 12. Juni 2016 seinen 101. Geburtstag.

Unter David Rockefeller wurde die Bank Teil einer Holding, der Chase Manhattan Corporation. Im Jahr 2000 wurde mit dem Erwerb des Finanzunternehmens Robert Fleming & Co. der letzte Zukauf in der selbstständigen Geschichte der Chase Manhattan Bank getätigt.



Im September 2000 kaufte die Chase Manhattan Corporation für 36 Milliarden Dollar Aktien von J.P. Morgan & Co und fusionierte zur heutigen J.P. Morgan Chase & Co. (kurz: JPMorgan Chase). Wie und an wen der Kaufpreis bezahlt wurde, ist nicht bekannt. Dieser Bank-Gigant ist somit heute das Resultat von Zusammenschlüssen vieler großer US-Banken, darunter Chase Manhattan Bank, J.P. Morgan & Co., Bank One, Bear Stearns, Washington Mutual, Chemical Bank, Manufacturers Hanover, First Chicago Bank, National Bank of Detroit, Texas Commerce Bank, Providian Financial und Great Western Bank etc.

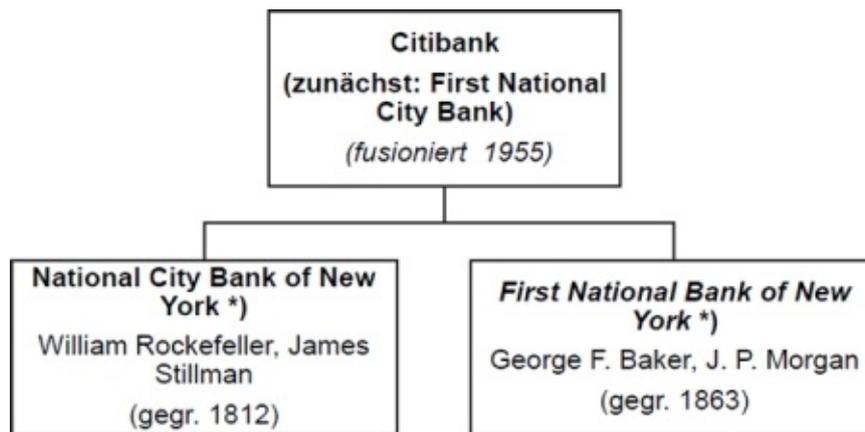
Der neue Bank-Gigant verfügte über rund 40 Prozent des Aktienkapitals der Federal Reserve Bank von New York.

## WILLIAM ROCKEFELLER UND DIE CITIBANK

William Rockefeller war ab 1866 Partner seines Bruders John D. Rockefeller beim Aufbau des Standard-Oil-Imperiums. Bei dessen Gründung 1870 war er mit 13 Prozent am Konzern beteiligt. Später saß er im Vorstand von 35 Gesellschaften und leitete von 1882 bis 1911 die Standard Oil of New York (Socony), aus der sich später der Mobil-Oil-Konzern (heute: ExxonMobil) entwickelte. Schon ab 1897 war er gleichzeitig an der National City Bank beteiligt, die fortan als Hausbank für Standard Oil fungierte. Nach der per Gerichtsbeschluss erzwungenen Auflösung des monopolartigen Standard-Oil-Trusts im Jahr 1911 zog sich William Rockefeller aus der Führung der Ölgesellschaften zurück und verkaufte den Großteil seiner Anteile an den Bruder. Danach widmete er sich

vorrangig der National City Bank und investierte die hohen Gewinne aus dem Verkauf der Öllaktien in Eisenbahnen und Grundbesitz/Immobilien. Er gilt überdies als Mitbegründer des Metallgiganten Amalgamated Copper. Gemeinsam mit der Familie Stillman, mit der dieser Rockefeller-Zweig mehrfach verschwägert ist, kontrollierten William Rockefeller und sein Sohn William G. fortan die Geschicke dieser damals größten Bank in New York.

Die City Bank of New York war 1812 gegründet und 1863 in National City Bank of New York mit dem Privileg zur Banknotenausgabe umbenannt worden. Von dem Zeitpunkt an avancierte sie schon 1868 zu einer der größten Banken der USA. Was sie bis heute geblieben ist. Als 1955 die National City Bank von Stillman & Rockefeller mit der First National Bank of New York von Baker & Morgan fusionierte, besaß die neue Citibank fast ein Viertel der Aktien von der New Yorker FED.



**\*) Gründungsaktionär der FRBNY**

Nach Schätzung des US-Magazin *Forbes* von 1998 rangierte William Rockefeller zu Lebzeiten auf Rang 38 der reichsten Amerikaner aller Zeiten (nach 1998er Werten: 16,9 Milliarden US-Dollar Vermögen).

## DIE ROCKEFELLERS ALS HERRSCHER ÜBER DIE USA

1952 bis 1967 war James Stillman Rockefeller, ein Enkel von William Rockefeller, Präsident und Generaldirektor der Citibank. Sein Cousin David Rockefeller, Enkel von John D. Rockefeller, wurde 1960 Präsident der Chase Manhattan Bank. Diese wechselt sich seither mit der Citibank und gelegentlich der Bank of America immer wieder auf Platz eins im Ranking der größten US-Banken ab.

Zu jener Zeit beherrschten die Rockefellers die USA. Sie dirigierten die beiden größten Banken des Landes. Und Davids Bruder Nelson Rockefeller, zunächst Gouverneur von New York, avancierte in der Regierung unter Präsident Gerald Ford vom 19. Dezember 1974 bis zum 20. Januar 1977 zum 41. Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten.

Unter den zahlreichen Bankenfusionen seit 1913 verschwand letztlich die Bank Lehman Brothers. 1977 fusionierte sie mit Kuhn, Loeb & Co. und firmierte kurzzeitig als Lehman Brothers Kuhn, Loeb & Co., ehe sie 1984 von American Express aufgekauft und mit Shearson sowie 1988 mit E. F. Hutton & Co. fusionierte. 1993 verkaufte American Express die so entstandene Firma an die Travelers Group. Diese trennte sich 1994 vom Investmentbanking und verkaufte die Sparte mitsamt dem entlehnten Namen Lehman

Brothers wieder als eigenständige Firma, die dann an die Börse ging, um Kapital aufzunehmen. Im September 2008 führte der Konkurs von Lehman zur größten Finanz- und Bankenkrise seit 1929. Die Travelers Group wurde 1998 von der Citibank übernommen.

Damit hat sich der Kreis der ursprünglichen FED-Gründer wieder geschlossen. Die Familienbeteiligungen der deutsch-jüdischen Bankiers Schiff, Kahn, Kuhn, Loeb und Warburg (allesamt Partner von Kuhn, Loeb & Co.) sowie Lehman sind ebenso wie 1955 die First National Bank of New York von George F. Baker und John Pierpont Morgan in der heutigen Citibank aufgegangen.

Diese Bank repräsentiert somit ebenso wie JPMorgan Chase die Familien und Namen jener Männer, die vor 100 Jahren federführend die Gründung der neuen US-Notenbank vorbereitet und durchgezogen hatten. Ihre Compagnons aus London scheinen allerdings bis heute nirgendwo auf.

## VERDIENEN AN DER STAATSVerschULDUNG

Warum gerade jene Banken so prächtig verdienten, die aus dem Kreis der ursprünglichen Teilnehmer der Jekyll-Island-Konferenz von 1910 hervorgegangen sind, wurde einige Jahre zuvor in einem Bericht des Bank- und Währungsausschusses im Repräsentantenhaus (88. Kongress, 2. Sitzung) vom 5. August 1964 beleuchtet. Darin wurde festgehalten, dass alle An- und Verkäufe von US-Staatsanleihen sowie die Transaktionen der Federal Reserve Bank of New York (FRBNY) mit Staatsanleihen im Zuge von Offenmarkt-Operationen zur Erweiterung oder Verknappung der Geldmenge gegen Zahlung einer Gebühr über den Wertpapierhandel einiger weniger bevorzugter Banken (Primary Dealers) abgewickelt werden müssen. Diese verdienen seither geradezu zwangsweise an der jährlichen Um- und Neuverschuldung der USA sowie daran, dass die FED nicht direkt mit der Regierung handeln will. Je größer das Volumen, umso größer der Profit dieser privilegierten Banken auf Kosten der Steuerzahler.

Das Primary Dealer System wurde von der FRBNY 1960 eingeführt und begann mit 18 Banken und anderen Wertpapierhändlern. Bis 1964 waren davon nur sechs »Bank«-Händler, darunter die Gründungsaktionäre der New Yorker FED aus dem Jahr 1914: First National City Bank of New York; Chemical Bank, Morgan Guaranty Trust Co., Bankers Trust of New York. Die anderen beiden waren die Morgan-Verbündeten und Gründungsaktionäre der Federal Reserve Bank of Chicago (Distrikt 7): First National Bank of Chicago und Continental Illinois Bank of Chicago.

Bis 1988 wuchs die Anzahl auf 46. Da in den Folgejahren Händler entweder fusionierten oder ihr Geschäft restrukturierten, sank die Anzahl allmählich wieder ab.

LISTE DER PRIMARY GOVERNMENT SECURITIES DEALERS DER FEDERAL RESERVE BANK OF NEW YORK 1999:<sup>237</sup>

- ABN AMRO Inc.
- Aubrey G. Lanston & Co., Inc.
- Bear, Stearns & Co., Inc.
- BT Alex. Brown Inc.
- Barclays Capital Inc.
- Chase Securities Inc.
- CIBC Oppenheimer Corp.
- Credit Suisse First Boston Corp.
- Daiwa Securities America Inc.
- Deutsche Bank Securities Inc.
- Donaldson, Lufkin & Jenrette Securities Corp.
- Dresdner Kleinwort Benson North America LLC.
- First Chicago Capital Markets, Inc.
- Fuji Securities Inc.
- Goldman, Sachs & Co.
- Greenwich Capital Markets, Inc.
- HSBC Securities, Inc.
- J. P. Morgan Securities, Inc.
- Lehman Brothers Inc.
- Merrill Lynch Government Securities Inc.
- Morgan Stanley & Co. Inc.
- NationsBanc Montgomery Securities LLC.
- Nesbitt Burns Securities Inc.
- Nomura Securities International, Inc.
- Paine Webber Inc.
- Paribas Corporation
- Prudential Securities Inc.
- Salomon Smith Barney Inc.
- Warburg Dillon Read LLC.
- Zions First National Bank
- 2009, mitten in der Finanzkrise, waren nur noch folgende 16 Primary Dealer für das damals besonders stark expandierende Geschäft mit den Staatsschulden privilegiert:<sup>238</sup>

- BNP Paribas Securities Corp.
- Banc of America Securities LLC
- Barclays Capital Inc.
- Cantor Fitzgerald & Co.
- Citigroup Global Markets Inc.
- Credit Suisse Securities (USA) LLC
- Daiwa Securities America Inc.
- Deutsche Bank Securities Inc.
- Dresdner Kleinwort Securities LLC
- Goldman, Sachs & Co.
- Greenwich Capital Markets, Inc.
- HSBC Securities (USA) Inc.
- J. P. Morgan Securities Inc.
- Mizuho Securities USA Inc.
- Morgan Stanley & Co. Inc.
- UBS Securities LLC.

Jefferies & Co. wurde erst Mitte Juni 2009 aufgenommen. Aus der Zulassungsliste gestrichen wurden 2008/09 aufgrund der Turbulenzen auf den Finanzmärkten sechs Banken:

Countrywide Securities Corporation am 15. Juli 2008 wegen des Kaufs durch Bank of America; Lehman Brothers Inc. am 22. September 2008 wegen Insolvenz; Bear Stearns & Co. Inc. am 1. Oktober 2008 wegen der Akquisition durch JPMorgan Chase; Merrill Lynch Government Securities Inc. am 11. Februar 2009 wegen der Akquisition durch Bank of America; Dresdner Kleinwort Securities LLC am 26. Juni 2009 wegen des Kaufs durch die deutsche Commerzbank.

2016 waren folgende 23 Primary Dealers bei der FRBNY zugelassen:

- Bank of Nova Scotia, New York Agency
- Barclays Capital Inc.
- BMO Capital Markets Corp.
- BNP Paribas Securities Corp.
- Cantor Fitzgerald & Co.
- Citigroup Global Markets Inc.
- Credit Suisse Securities (USA) LLC
- Daiwa Capital Markets America Inc.

- Deutsche Bank Securities Inc.
- Goldman, Sachs & Co.
- HSBC Securities (USA) Inc.
- J.P. Morgan Securities LLC
- Jefferies LLC
- Merrill Lynch, Pierce, Fenner & Smith Inc.
- Mizuho Securities USA Inc.
- Morgan Stanley & Co. LLC
- Nomura Securities International Inc.
- RBC Capital Markets, LLC
- RBS Securities Inc.
- Société Générale, New York Branch
- TD Securities (USA) LLC
- UBS Securities LLC.
- Wells Fargo Securities, LLC

## AUSLÄNDISCHE AKTIONÄRE DER FEDERAL RESERVE BANK OF NEW YORK

Unter den zehn größten FED-Aktionären schienen 1983 drei Banken auf, die über 270.893 Aktien der New Yorker FED verfügten und nachweislich Tochtergesellschaften Londoner Banken waren. Laut Standard & Poor's war J. Henry Schroder Bank and Trust eine Tochtergesellschaft von Schroders Ltd., London. Die National Bank of North America war eine Tochtergesellschaft der National Westminster Bank, eine der »Big Five«, der fünf großen Banken in London. Die European American Bank & Trust war eine Tochtergesellschaft der European American Bank (EAB) mit Sitz im Steuerparadies Bahamas.<sup>239</sup>

Im Aufsichtsrat des FED-Aktionärs European American Bank & Trust saßen u.a. folgende Personen:

Hamilton F. Töpfer, Partner von Sullivan und Cromwell, den Rechtsanwälten der englischen J. Henry Schroder Bank & Trust; Edward H. Falte, Partner von Shearman und Sterling, den Rechtsanwälten der Citibank; F. H. Ulrich und Hans Leibkutsch, Vorstandsmitglieder der Midland Bank, gleichfalls eine der »Großen Fünf« unter den Londoner Banken; Roger Alloo, Paul-Emmanuel Janssen und Maurice Laure von der Société Générale de Banque in Brüssel (Belgien).

Laut der *Los Angeles Times* vom 13. Februar 2001, im Juli bestätigt von der FRBNY, übernahm die damals größte US-Bank Citigroup die EAB von der niederländischen ABN Amro Holding für 1,6 Milliarden US-Dollar in cash.<sup>240</sup>

Inwieweit Londoner Banken über ihre Beteiligungen an US-amerikanischen Banken indirekt und insgesamt an FED-Banken beteiligt sind, lässt sich kaum feststellen. Denn nur selten werden Beteiligungen wie jene von Prinz Alwaleed Bin Talal von Saudi-Arabien veröffentlicht, der im Januar 1996 8,9 Prozent der Citicorp-Aktien gekauft hat.<sup>241</sup>

## FRBNY VERSORGTE IHRE WALL-STREET-EIGENTÜMER MIT LIQUIDITÄT

Als Säulen des mächtigsten und reichsten privaten Bankensyndikats der Welt sind JPMorgan Chase (Familien Rockefeller und Morgan bzw. die Londoner Rothschilds) als der größten Bank der USA heute 40 Prozent der Aktienanteile an der Federal Reserve Bank of New York zuzuordnen. Der Citibank (Rockefeller, Stillman etc.) sind 22,5 Prozent zuzuordnen. Für die Rothschilds tätigte J. P. Morgan den Großteil seiner Geschäfte. Auch hielt er treuhändig Firmenanteile, wie sich nach seinem Tod herausstellte. Auch Goldman Sachs und Morgan Stanley besitzen natürlich so wie andere auch dem Gesetz und dem Eigenkapital entsprechend Aktienanteile.

Ihre bis heute ungebrochene Macht demonstrierten diese Banken in der jüngsten Finanzkrise, als sie von der US-Regierung und der Federal Reserve Bank of New York, deren wichtigste Aktionärsgruppe sie ja repräsentieren, bevorzugt behandelt wurden. Sie sind aber nicht »too big to fail« – zu groß, um fallen gelassen zu werden –, sondern sie verkörpern als Hauptaktionäre der privaten Notenbank das System schlechthin. Sie haben sich letztlich selbst mit Billionen von frisch geschaffenen oder garantierten US-Dollars versorgt. Außerdem konnten sie riesige Eigenbestände von ihren selbst erzeugten »giftigen« Wertpapieren aus Kreditverbriefungen (Mortgage Backed Securities, MBS) im Volumen von 1,741 Billionen Dollar (per 4. August 2016) im Federal Reserve System entsorgen. Dort parkten Anfang August 2016 auch US-Staatspapiere im Wert von inzwischen 2,462 Billionen Dollar.<sup>242</sup> Offensichtlich ist, dass die FRBNY den Banken die MBS-Bestände, obwohl praktisch wertlos, dennoch zu früheren Marktpreisen abgekauft hat und zu diesen Preisen in ihrer Bilanz ausweist. Kein Wunder also, dass sich diese Banken schon im Jahr 2009 als die großen Krisengewinner mit jeweils mehreren Milliarden Dollar Jahresgewinn präsentieren konnten, wenn ihnen die FED derartige Summen zuschiebt.

## KONGRESSUNTERSUCHUNG ÜBER EIGENTÜMER DER FED

Mit einer akribischen Untersuchung hatte der US-Kongress 1976 versucht, Licht ins Dunkel der Eigentümerstruktur der FED zu bringen. Unter dem Titel »Federal Reserve Directors. A Study of Corporate and Banking Influence« wurden im Ausschussbericht vom August 1976 mit Text und Tabellen auf 120 Seiten ein Netzwerk dargestellt, von dem die zwölf Banken des Federal Reserve Systems beherrscht wurden.<sup>243</sup>

In seinem Vorwort zur Studie schrieb der Ausschussvorsitzende Henry S. Reuss, ein demokratischer Abgeordneter aus Wisconsin: »Dieser Ausschuss hat viele Jahre lang den Einfluss privater Interessen auf hoheitliche Aufgaben des Federal Reserve Systems

beobachtet ... viele Firmen in diesen Tabellen haben vielfach ineinander greifende Verbindungen zum Federal Reserve System. First Bank Systems, Southeast Banking Corp., Federated Department Stores, Westinghouse Electric Corporation, Proctor & Gamble, Alcoa, Honeywell Inc., Kennecott Copper, Owens-Corning Fiberglass ... alle haben zwei, oder mehr Aufsichtsratsverbindungen zu Federal-Reserve-Distrikt-Banken oder ihren Zweigstellen. FED-Aufsichtsräte sind Repräsentanten einer kleinen Elite, die das wirtschaftliche Leben dieser Nation beherrscht.«

In der Studie wurde also nachvollzogen, aus welchen Unternehmen die Aufsichtsratsmitglieder der zwölf regionalen amerikanischen Federal-Reserve-Banken kommen und wo sie sonst noch Aufsichtsrats- oder Vorstandsposten innehaben.

## DAS »CLUB SYSTEM« DER FEDERAL RESERVE

In einem Abschnitt der Kongressstudie heißt es unter dem Titel »Das Club System«, dass der Grundsatz, in »ein und denselben Pool einzutauchen«, das FED-System bestimmt. Gemeint ist damit, dass die Aufsichtsratsbesetzungen überall aus denselben Unternehmen, denselben Universitäten, denselben Bankenholdings rekrutiert werden. Außerdem prangerte der Ausschuss an, dass nur ein kleiner Kreis von Konzernen für gegenseitige Besetzungen herangezogen wird: die regionale Bankenholding First Bank Systems Inc.; Southeast Banking Corporation (1991 bankrott); Federated Department Stores (heute Macy's Inc.); Westinghouse Electric Corporation; Procter and Gamble; Alcoa; Honeywell Inc.; Kennecott Copper; Owens-Corning Fiberglass. Sie alle hatten zum Zeitpunkt der Untersuchungen zwei oder mehr Aufsichtsratsverbindungen zu Distriktbanken des Federal Reserve Systems oder deren Zweigstellen.

Ineinandergreifende Postenbesetzungen wie oben beschrieben waren bereits 1929 von einer Untersuchungskommission des US-Senats unter die Lupe genommen worden. Damals wurde dokumentiert, wie einige große Banken in New York die amerikanische Wirtschaft beherrschten und in die Große Depression führten. Die Schlüsselstellung der sechs Banken der Familie Morgan in New York zeigte sich darin, dass ihre Manager in 104 anderen Banken 208 Aufsichtsrats- und Direktorenposten besetzten und darüber hinaus auch 618 Spitzenpositionen in 569 gemischten Gesellschaften, 178 solcher Stellen in 142 Versicherungsgesellschaften, 423 in 360 Großunternehmen der Industrie, 283 in 234 Transportunternehmen und 315 in 266 öffentlichen Körperschaften. 24 New Yorker Banken besetzten insgesamt 4.090 Aufsichtsrats- und Vorstandspositionen in anderen Banken sowie Unternehmen der übrigen Wirtschaft. So beherrschten diese 24 Banken 1929 bereits den größten Teil der US-Wirtschaft.<sup>244</sup>

1961 dirigierten kaum mehr als 7.000 Geschäftsleitungen in der US-Wirtschaft, die häufig miteinander verbunden waren, 83 Prozent des Gesamtabsatzes. Die 1.073 größten Industrie- und Handelsfirmen tätigten Umsätze im Ausmaß von 302.536 Milliarden (302,5 Billionen) Dollar – das waren fast 60 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts (BIP) der USA.<sup>245</sup>

Dass sich an diesem beherrschenden Einfluss irgendetwas Grundlegendes geändert haben sollte, ist kaum anzunehmen. 1976 stellte der Kongressausschuss jedenfalls in

aufschlussreichen Schaubildern die vielfältigen Interessens- und Funktionsverflechtungen nicht nur zu großen US-Konzernen dar, sondern auch nach London zur Bank of England und den Privatbanken N M Rothschild und J. Henry Schroder. Die beiden Letzteren gehörten in den 1920er-Jahren, in der Zeit unmittelbar nach der Gründung der FED, neben der Barings Bank (1995 Bankrott nach 1,4 Milliarden Dollar Verlust aus Fehlspekulationen des Terminhändlers Nick Leeson in Singapur) zu den drei großen Bankhäusern der Londoner City und betrieben Tochtergesellschaften in New York.<sup>246</sup>

Mit der Untersuchung wurden jene Vermutungen über den Einfluss einiger weniger Familien und ihrer Banken, die sich aus früheren Untersuchungen und Dokumentationen sowie Aktionärslisten ergeben haben, bestätigt. Es sind jene Namen, die schon bei der Gründung eine wesentliche Rolle gespielt haben.

## BROWN BROTHERS HARRIMAN, N M ROTHSCHILD UND J. HENRY SCHRODER

Des Weiteren offenbarten sich personelle Verflechtungen zwischen der Federal Reserve Bank of New York, der Londoner Privatbank N M Rothschild und der britischen Notenbank Bank of England.

So zeigte z. B. ein Diagramm über Alan Pifer, den Präsidenten der Carnegie Corporation, New York, der im Aufsichtsrat der FRBNY saß, den persönlichen Konnex zu der Federal Reserve Bank of Boston, den Rockefellers (Rockefeller Center Inc.) und J. P. Morgan (als Aufsichtsrat bei Equitable Life Assurance). Auch seine Verbindung nach London zur Schroder-Gruppe über deren 1978 miteinander fusionierten New Yorker Banken J. Henry Schroder Banking Corp. und J. Henry Schroder Trust Co. wurde dargelegt.

Eine Grafik über Maurice F. Granville, gleichfalls Aufsichtsrat der FRBNY, zeigte dessen Verbindung mit der einflussreichsten New Yorker Privatbank Brown Brothers Harriman, Sun Life Assurance Co. (N M Rothschild & Sons) und der Rockefeller Foundation. Brown Brothers Harriman & Co. war 1931 aus einer Fusion der 1818 gegründeten Brown Brothers & Company mit Harriman Brothers & Company hervorgegangen. Letztere wurde 1912 von W. Averell Harriman (1891–1986), dem Sohn des schwerreichen Eisenbahn-Tycoons E. H. Harriman, gegründet. Er war später u.a. als Gouverneur von New York, stellvertretender Außenminister, Spitzenberater mehrerer US-Präsidenten und als US-Botschafter in Moskau und London einer der einflussreichsten Politiker seiner Zeit. Von den 16 Partnern kamen 1931 11 von der Universität Yale, von denen fast alle Mitglieder des einflussreichen Geheimordens »Skull & Bones« von der Universität Yale waren. In dem Geheimorden war auch Prescott Bush, Vater des US-Präsidenten George H. W. Bush (Sen.) und Großvater des Präsidenten George W. Bush (jun.).

Ein David-Rockefeller-Schaubild zeigte dessen Vernetzung als Präsident der damaligen Chase Manhattan durch seine Aufsichtsratsfunktionen bei 54 weiteren Finanz- und Industriekonzernen. So etwa mit Standard Oil of Indiana und Exxon (beides Nachfolgekonzerne des ursprünglichen Öl- und Raffinerie-Monopols Standard Oil der Familie Rockefeller), General Motors und Allied Chemical Corporation (Hauptaktionär

war die Eugene-Meyer-Familie) und dem Versicherungskonzern Equitable Life (Einflussbereich von J. P. Morgan).

Aufsichtsrat Frank R. Milliken von der FRBNY hatte laut einer Kongressuntersuchung Funktionen in allen wesentlichen einstigen Gründungsbanken der FED aus dem Jahr 1914: so beispielsweise in der Citibank, bei J.P. Morgan & Company und bei Kuhn, Loeb & Company.

## KONGRESS HAT KEINEN ZUGANG ZUR FED

Signifikant für die Geheimniskrämerei um die Eigentümergeflechtungen des Federal Reserve Systems ist wohl, dass nicht einmal der Kongress es schaffte, von der FED eindeutige Aussagen oder gar direkt Einblick in die Aktionärsverhältnisse zu bekommen. Dennoch war die Studie geeignet, den Gesamtkomplex des Federal-Reserve-Systems darzustellen.

Die Auswahl der Aufsichtsräte und deren Netzwerke zeigen jedenfalls deutlich, dass lediglich zwei Segmente der amerikanischen Gesellschaft Zugang haben: einige wenige Bankriesen sowie das »Big Business« mit einigen wenigen Konzernbossen. Sogar die Auswahl der Aufsichtsratsmitglieder der anderen elf regionalen FED-Banken erfolgt nach den Wünschen der Wall Street, des wahren Machtzentrums der Aktionäre. Das Federal-Reserve-Gesetz verbrieft den Geschäftsbanken unter den Aktionären nämlich das Recht, zwei Drittel der Aufsichtsräte in jeder der zwölf Distrikt-FED-Banken zu benennen. Darüber hinaus wählt der Gouverneursrat der FED in Washington die Aufsichtsratsmitglieder des »öffentlichen Bereichs« jeder Distriktbank aus – und dies natürlich auch nach denselben Interessen wie bei der Auswahl der Mitglieder aus dem Bankensektor. Dieses System der Besetzung der Posten in den FED-Banken garantiert noch immer eine weitgehende dauerhafte Konzentration von wirtschaftlicher und finanzieller Macht.

Am gesamten Federal-Reserve-System mit seinen zwölf regionalen FED-Banken sollen verschiedenen Quellen zufolge die rein amerikanischen Großbanken gegenwärtig Anteile von 66 Prozent halten. Den alten europäischen Bankhäusern werden (direkt oder indirekt über US-Bankentöchter) 26 Prozent zugeschrieben, wovon 10 Prozent auf die dem Haus Rothschild nahestehenden Banken entfallen sollen. Es ist und bleibt ein Geheimnis, wieviel Aktienanteile letztere über die »Schattenbanken« als größte offiziell ausgewiesene institutionelle Aktionäre darüber hinaus indirekt an den Bankenriesen in Manhattan halten. Weil die Eigentümer der Schattenbank-Vermögen der ausgewiesenen institutionellen Großaktionäre BlackRock, Vanguard, State Street, Fidelity, Capital Group etc. nirgendwo öffentlich zugänglich registriert sind.

## KAPITEL 12

### ALS DIE EZB VON GOLDMAN SACHS GEKAPERT WURDE

Von der Führungsetage der Europäischen Zentralbank (EZB) geht heute mehr Macht aus als von allen Regierungen Europas. Und das abseits jeglicher demokratischer Legitimierung. Ein undemokratischer Machtfaktor also inmitten von demokratisch regierten Staaten. Was deren Präsident mit der Macht anfängt, ist ununterbrochen zu beobachten: Er hebt Gesetze und Vereinbarungen aus; und niemand kann ihn zur Verantwortung ziehen. Es scheint, als sei er sakrosankt.

Die rigiden deutschen Bundesbanker, bedacht auf Gelddisziplin und niedere Inflation, sind längst entmachteter. Die Regierungen geben als willige Vollstrecker nur mehr die Polit-Marionetten ab. Marionetten, die nach der Pfeife von EZB-Präsident Mario Draghi und damit der internationalen Hochfinanz tanzen. Auch die EU-Kommission handelt als Komplize der großen Gläubigerbanken. Dies tut sie, indem sie deren Wünschen und Sanierungsexperimenten von überschuldeten Staaten bereitwillig nachkommt, um deren Profite aus dem Zinsinkasso für die Staatsschulden nicht zu gefährden.

In der Tat verfügt die EZB heute über eine Allmacht, die bei oberflächlicher Betrachtung kaum zu identifizieren ist. Denn sie ist das Vehikel einer Seilschaft, die hinter den Kulissen arbeitet. Es ist die Seilschaft von Goldman Sachs (GS).

#### GOLDMAN SACHS IN DEN WICHTIGSTEN ZENTRALBANKEN

Tatsächlich hat diese US-Investmentbank in den Machtzentren der USA und Europas ein einflussreiches personelles Lobby-Netzwerk etabliert. Das US-Finanzministerium ist von ehemaligen GS-Mitarbeitern regelrecht unterwandert. Und durch die berühmte »Revolving Door«, die sprichwörtliche Drehtür zwischen Wirtschaft und Politik, wechselten GS-Chefs sogar direkt auf den Sessel des US-Finanzministers. Robert Rubin war langjähriges Aufsichtsratsmitglied von Goldman Sachs, ehe ihn Präsident Bill Clinton zum Finanzminister bestellte. Henry Paulson wurde als Goldman-Generaldirektor (CEO) von George W. Bush berufen. In seine Amtszeit fielen einige der wichtigsten Banken-Rettungsmaßnahmen der USA.<sup>247</sup>

2013 hatte es Goldman Sachs schließlich geschafft, dass die drei wichtigsten Zentralbanken der Welt fortan von GS-Gefolgsleuten gelenkt werden. Menschen, die ihrem früheren Arbeitgeber wohl den Aufstieg an die Spitzen der Zentralbanken verdanken:

Mit der Bestellung von **Mario Draghi** zum EZB-Präsidenten hat Goldman Sachs erfolgreich die Zentralbank der Eurozone gekapert. Er war von 2002 bis 2005 Partner und

Vizepräsident von Goldman Sachs International in der Londoner Europazentrale. Von dort wurde er auf den Präsidentenstuhl der privaten italienischen Zentralbank Banca d'Italia mit Sitz im EZB-Rat gehoben. Seine GS-Anteile hielt er weiterhin. Um die bestehenden Interessenskonflikte zu vertuschen, verkaufte er vor Amtsantritt in der EZB diese Anteile an einen »Blind Trust«, der für die Dauer der Amtszeit treuhändig über das Vermögen verfügt. Eine endgültige Trennung ist das natürlich nicht. Denn schließlich gibt es auch ein Leben nach der EZB. Und das soll dann genau so lukrativ sein wie zuvor. Einmal GS, immer GS.

**William Dudley** wurde nach 21 Jahren als Partner und Managing Director bei Goldman Sachs 2007 in die Federal Reserve Bank of New York entsandt. Zunächst Vizepräsident, folgte er 2009 Timothy Geithner ins Präsidentenamt. Geithner machte als Finanzminister die Steuergeld-Billionen für die Rettung der Wall Street flüssig.

Der Kanadier **Mark Carney** wechselte von der Spitze der kanadischen Zentralbank als Nachfolger von Mervyn King im Juli 2013 als Gouverneur in die Bank von England. In Europas Finanzzentrale London konnte er sich gleich auf eine enge Zusammenarbeit mit zwei weiteren »Goldmännern« stützen: auf Michael Cohrs im Zentralbankrat und im finanzpolitischen Ausschuss der Bank of England; und auf Paul Deighton als Staatssekretär im britischen Finanzministerium. Carney war 13 Jahre bei Goldman Sachs und 1998 in die Finanzkrise Russlands involviert. Diese wurde von GS durch Spekulationen auf eine Zahlungsunfähigkeit Russlands angeheizt. Im Oktober 2007 wurde er zum Gouverneur der kanadischen Zentralbank befördert.

Die drei Zentralbanker sind außerdem Mitglieder in der von der Rockefeller-Stiftung gegründeten Group of Thirty, einer privaten Lobbyorganisation der Finanzwirtschaft. Sie entscheiden heute selbtherrlich und unkontrolliert über Geldschwemme, Zinssätze für Spareinlagen und Kredite, Inflation, Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten. Es hat also jene neue Zeitrechnung in der globalen Ökonomie begonnen, die David Rockefeller, Großaktionär der größten US-Bank JPMorgan Chase, 2005 auf der Bilderberg-Konferenz in Rottach-Egern/Bayern und zuvor schon 1994 vor dem Wirtschaftsrat der Vereinten Nationen angekündigt hatte: »Wir befinden uns am Anfang einer globalen Umwälzung. Alles, was noch fehlt, ist eine große weltweite Krise, bevor die Nationen die ›Neue Weltordnung‹ akzeptieren.« Womit Rockefeller eine Herrschaft der Finanzmächte angesprochen hat. Die Krise kam dann 2008 »wie gerufen«. Rockefeller's Bank JPMorgan Chase profitierte davon mit Rekordgewinnen.

Als wesentlicher Drahtzieher und Nutznießer gilt auch Goldman Sachs. Aufgrund mangelnder Kreditnehmer- und Objektprüfung waren unzählige nicht vertretbare Kredite für US-Immobilien in großem Umfang vergeben worden. Die Investmentbank war dann führend in der sogenannten »Verbriefung«, mit der mehr oder weniger einbringliche Hypothekarschulden von Hausbesitzern zu »Wertpapieren« zusammengemischt und verkauft wurden. Und sie war Meister im Vertrieb dieser »synthetischen« Wertpapiere mit den fantasievollen Namen wie Asset Backed Securities (ABS), Mortgage Backed Securities (MBS), Collateralized Debt Obligations (CDO) etc., die das Banken- und Finanzsystem unter der brüchigen Schuldenpyramide der amerikanischen Wohnbaufinanzierung zusammenbrechen ließ. Eines der bevorzugten Absatzgebiete war Europa. Leider stellte sich heraus, dass viele dieser Papiere im Kaufwert von Hunderten

Milliarden Dollar eigentlich ziemlich wertlos waren. Die Verbriefung von gefährdeten »Subprime«-Krediten war der größte Finanzbetrug der Weltgeschichte. Die Zahl der direkten und indirekten Opfer geht in die Millionen. Als einer der zentralen Verursacher der Finanzkrise galt GS schließlich als meist gehasste Bank in den USA.<sup>248</sup>

## GOLDMAN SACHS VOR EINEM UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

Einblicke in die krude Welt von Goldman Sachs erlaubte ein elf Stunden dauerndes Senats-Hearing am 26. April 2010 in Washington, dem sich sieben Goldman-Sachs-Manager unter Führung von Bankchef Lloyd Blankfein dem Vorwurf stellen mussten, mit minderwertigen »Wert«-Papieren Millionen von Käufern reingelegt zu haben. Das brachte der Bank Milliardengewinne und den Mitarbeitern zig Millionen Dollar an Bonuszahlungen. »Goldman verdiente viel Geld, indem es gegen den Hypothekenmarkt wettete«, wütete der demokratische Ausschussvorsitzende Carl Levin dort und hielt eine E-Mail hoch, in der Blankfein selbst zugab: »Wir verloren Geld, und dann verdienten wir mehr, als wir verloren hatten.« E-Mails aus der Bank waren Bestandteil eines massiven Beweiskatalogs, den der Ausschuss gegen Goldman Sachs zusammengetragen hatte: 901 Seiten, 173 Einzelposten – E-Mails, Memos, Statistiken und Spreadsheets. Senator Levin hatte den Bankern schon zur Begrüßung zügellose Gier vorgeworfen. Dann wiederholte er ein Dutzend Mal, wie die Goldman-Trader eines ihrer faulen Kreditprodukte genannt hätten, das für die Verkaufsabteilung Toppriorität gehabt habe: »Beschissener Deal«.<sup>249</sup>

Eine höchst dubiose Rolle spielten vor der Krise schon die Spitzen des US-Zentralbanksystems Federal Reserve (Fed): US-Finanzminister Timothy Geithner als damaliger Präsident der FED New York, die de facto Zinsen und Geldmenge in den USA steuert; und Alan Greenspan, der als Präsident des Gouverneursrats der FED die Geldpolitik nach außen kommunizierte. Diese Rolle übernimmt tunlichst ein unauffälliger und seriös erscheinender Ökonom wie später auch Ben Bernanke und Nachfolgerin Janet Yellen es waren. Sie alle hatten sich noch nie die Finger am Geldgeschäft schmutzig gemacht. Während das Duo Geithner/Greenspan noch mit flotten Zinssenkungen die Hypotheken-Spekulationsblase in den USA anheizte und dann mit hektischen Zinserhöhungen zum Platzen brachte, sollte Dudley schließlich gemeinsam mit Draghi und Carney die Herrschaft der Finanzoligarchie einzementieren.

## GEMEINSAME VERGANGENHEIT VIELER NOTENBANKER

Auf ihre späteren Aufgaben vorbereitet wurden die Zentralbanker am Massachusetts Institute of Technology (MIT) in den USA in einem als »E52« bekannten Gebäude. Hier befindet sich die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung. Ben Bernanke und Mario Draghi erarbeiteten sich dort in den späten 1970ern ihr Doktorat. Charles Bean, Vize-Gouverneur der Bank of England, schloss 1981 ab; Jeremy Stein, Mitglied im Zentralbankrat der Fed, folgte 1986. 1990 beendete Jose de Gregorio, der Gouverneur der chilenischen Zentralbank, ebenso sein MIT-Studium mit dem Dokortitel wie Athanasios Orphanides, der von Mai 2007 bis Mai 2012 die Zentralbank auf Zypern leitete. 1991 feierte Phillip

Lowe, Vize-Gouverneur der australischen Zentralbank, den Abschluss. Duvvuri Subbarao, Gouverneur der indischen Zentralbank, war 1982 dort als Fellow, Mervyn King unterrichtete am MIT in den 1980er-Jahren und teilte sich das Büro mit Bernanke. Stanley Fisher, ehemals Gouverneur der israelischen Zentralbank und seit dem 28. Mai 2014 stellvertretender Vorsitzender der Fed, war MIT-Professor von 1973 bis 1994.<sup>250</sup>

Dieses Netzwerk von MIT-Abgängern ist eng verknüpft mit jener Seilschaft von einflussreichen Personen, die Goldman Sachs in den letzten 15 Jahren quer durch Europa in den wichtigsten Machtzentren mit eigenen Managern und internationalen Beratern in einem speziellen Advisory Board zusammengeflochten hat:<sup>251</sup>

- **José Manuel Barroso** ist der aktuellste Fang von GS. Er war bis Herbst 2014 noch EU-Kommissionspräsident und fungiert nun seit Anfang Juli 2016 als Berater und »Präsident ohne Geschäftsbereich« bei Goldman Sachs International mit Sitz in London. Gespräche mit Barroso habe es bereits seit etwa einem Jahr gegeben, teilte das Unternehmen gegenüber dem US-Sender CNBC mit.
- **Robert B. Zoellick** (Vorsitzender des Advisory Boards), ehemaliger Präsident der Weltbank
- **Peter Sutherland**, ehemaliger EU-Wettbewerbskommissar und Ex-Präsident von British Petrol (BP), zog als Präsident von Goldman Sachs International (London) bei der finanziellen Rettung seiner irischen Heimat im Hintergrund die Fäden. Er gilt als Dreh- und Angelpunkt des GS-Netzwerks in Europa.
- Der Italiener **Mario Monti**, ehemals EU-Kommissar und von 1999 bis 2004 Präsident der EU-Kommission, wechselte 2005 als Berater in den Verwaltungsrat von Goldman Sachs. Sein Zuständigkeitsbereich heißt »europäische Angelegenheiten und wichtige Fragen globaler Politik.«
- **Romano Prodi**, von 1990 bis 1993 bei Goldman, dann EU-Kommissar, Präsident der EU-Kommission und italienischer Premierminister von 1996 bis 1998 und von 2006 bis 2008, stand so wie Monti als Berater immer wieder in Diensten von GS.
- **Otmar Issing**, früherer Chef-Volkswirt im Direktorium der Deutschen Bundesbank und dann der EZB, ab 2006 internationaler Berater.
- Der Portugiese **Antonio Borges** war ab September 2000 Managing Director der Goldman Sachs Group und dann von November 2010 bis November 2011 Europadirektor. Seither arbeitet er so wie vor ihm auch Mario Monti und Romano Prodi als internationaler Berater für Goldman Sachs und vertritt überdies deren Interessen als Berater des US Electric Power Research Institute, des US-Finanzministeriums, der OECD, der Regierung Portugals und zwischendurch auch als Vize-Gouverneur der portugiesischen Zentralbank.
- **Massimo Tononi** war GS-Direktor und Italiens stellvertretender Finanzminister unter Romano Prodi (2006–2008).
- **Charles de Croisset** fungierte bis 2004 als Vice President für GS Europa und danach als Mitglied der Finanzaufsicht in Frankreich.
- **José Luís Arnaut**, portugiesischer Politiker und Gründungspartner der Anwaltssozietät

CMS-Rui Pena, Arnaut & Associados.

- **Guillermo de la Dehesa**, Aufsichtsrat der spanischen Banco Santander, Mitglied der Euro 50 Group.
- **Vladimir Dlouhy**, Präsident der tschechischen Handelskammer und stellvertretender Vorsitzender der von David Rockefeller gegründeten Trilateralen Kommission.
- **Erik Åsbrink**, ehemaliger schwedischer Finanzminister.
- **Judd Gregg**, US-Senator und Gouverneur von New Hampshire.
- **Lord Griffiths of Fforestfach**, Mitglied des britischen Oberhauses und Mitglied des Verwaltungsrats der Times Newspapers Holding, Ltd., ehemaliger Berater von Margret Thatcher.
- **Victor Halberstadt**, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Leiden Universität/Niederlande, ehemaliger Vorsitzender des International Advisory Board von DaimlerChrysler und Berater des Generalsekretärs der OECD.
- **Philip D. Murphy**, ehemaliger Goldman Sachs Senior Director, ab 2009 Botschafter der USA in Deutschland.

Weiterhin wurden als GS-Berater/-Mitarbeiter folgende Personen bekannt:

- Der Belgier **Karel van Miert**, einst EU-Wettbewerbs-Kommissar.
- **Loukas Papadimos** war von 1994 bis 2002 Gouverneur der griechischen Zentralbank und von November 2011 bis Mai 2012 zwischenzeitlich griechischer Ministerpräsident.
- **Petros Christodoulou** wechselte 1998 von Goldman Sachs in London direkt in die griechische Nationalbank als Gouverneur und leitet seit Februar 2010 die staatliche Schuldenagentur. Seit dieser Zeit untersucht die US-Notenbank formell und eher halbherzig seine Rolle im Jahr 2009, als er mit Goldman Sachs die Londoner Zweckgesellschaft Titlos gründete. Zu ihr wurden von der Privatbank »National Bank of Greece« (nicht zu verwechseln mit der Zentralbank »Bank of Greece«) Anleihen der Regierung transferiert. Diese fanden als neu emittierte Kreditverbriefungen im Wert von 5,1 Milliarden Euro den Weg zurück zur National Bank of Greece. Bei der EZB konnten sie als Sicherheit für einen Kredit in dieser Höhe hinterlegt werden.

Wer unter den gegenwärtigen Spitzen in den EU-Gremien bereits heimlich von Goldman Sachs angeworben ist, wird sich wohl erst nach deren Ausscheiden aus dem Amt herausstellen. Die EU-Zentrale in Brüssel ist jedenfalls nicht gerade bekannt dafür, dass Korruption dort ein Fremdwort ist. Das beweisen die immer wieder auftretenden Skandale. Erinnern wir uns: Als Anfang 1999 aufgedeckt wurde, dass die französische Kommissarin Edith Cresson ihrem Zahnarzt ein einträgliches Nebengeschäft als Berater der europäischen Behörde zugeschanzt hatte und eigenartige Abrechnungen externer Mitarbeiter aufflogen, musste Kommissionspräsident Jacques Santer sogar mit seiner gesamten Kommission am 15. März 1999 zurücktreten.

Auch GS-Manager rückten bisweilen ins Zwielflicht. So beispielsweise Alexander Dibelius, Vorsitzender von Goldman Sachs Deutschland, der als wichtiger Berater der im Finanzwesen unbedarften deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel galt. Bis Oktober

2014 zumindest. Da wurde er nämlich eiligst nach London zurückgerufen, nachdem der Kauf einer millionenschweren Immobilie im Londoner Stadtteil Belgravia über zwei Briefkastenfirmen auf den Britischen Jungferninseln aufgefliegen war. Dass GS als einer der größten Gläubiger Deutschlands ausgewiesen ist, hatte Merkel nicht als Interessenskonflikt angesehen. Jedenfalls operiert Dibelius nunmehr als Co-Chairman der Investmentbanking-Sparte von London aus mit Sonderaufgaben für Großkunden. Seine Nachfolge haben die GS-Partner Wolfgang Fink und Jörg Kukies angetreten, die seit Oktober 2014 gemeinsam als Deutschland-Chefs fungieren. Dibelius-Vorgänger Paul Achleitner aus Österreich wechselte im Jahr 2000 zum Allianz-Konzern und regiert heute als mächtiger Aufsichtsratspräsident in der Deutschen Bank.

Mit der Übersiedlung nach London sind für Dibelius auch etwaige Steuer-Querelen wegen des temporären Wohnsitzes in Deutschland vom Tisch. Nach Darstellung seiner Anwältin sollte mit der Zwischenschaltung der Virgin Islands der »Erwerb der Privatimmobilie in der Londoner Innenstadt steuerrechtlich optimal« gestaltet werden. Dibelius hätte aber seine Beteiligung an den Gesellschaften in dem karibischen Steuerparadies bei den deutschen Behörden melden müssen. Das habe er nicht getan, berichtete die *Bild-Zeitung* unter Berufung auf ihr vorliegende Dokumente. Die unterlassene Meldung gilt im deutschen Steuerrecht als Ordnungswidrigkeit, was Angela Merkel aber nicht irritierte. Denn Steuern müsste Dibelius erst zahlen, wenn er die Immobilie wieder verkauft, und zwar in Großbritannien. Das Objekt in dem Nobelviertel sei seit dem Kauf 2008 und nach einem umfassenden Umbau inzwischen 17 Millionen Euro wert, viermal so viel wie beim Kauf, hieß es in dem Bericht.<sup>252</sup>

## FETTE GEWINNE DURCH INSIDERINFORMATIONEN

Das mittlerweile von den ehemaligen GS-Mitarbeitern gelenkte Zentralbanksystem in Europa und den USA ist für Goldman Sachs die Basis, um damit auf ewig und in großem Stil abzusahnen. Jede Veränderung der Zinssätze kann mit dem Insiderwissen der Seilschaft und dem Einsatz von Derivaten mit großem Hebel in Milliardengewinne umgemünzt werden. An allen Aktienbörsen der westlichen Welt lassen sich gleichzeitig enorme Kursgewinne abschöpfen, wenn man im Voraus die nächsten Schritte der Zentralbanken kennt. »Don't fight the Fed«, heißt schließlich ein geflügeltes Wort an der Wall Street – handle nie gegen, sondern immer im Gleichklang mit dem (tunlichst im Voraus erwarteten) monetären Kurs der Fed. Auch die Bankenaufsicht in der Hand der Zentralbanken wird sich als nützlich erweisen, wenn die Investmentbank so wie in der Vergangenheit die Grenzen von Recht und Gesetz überschreitet.

Was Insiderinformationen wert sind, lässt sich anhand von Giacomo Draghi erahnen. Der Sohn des EZB-Präsidenten handelt seit 13 Jahren Staatsanleihen bei Morgan Stanley in London. Sein Arbeitgeber hat erstaunlicherweise die völlig unerwartete EZB-Leitzzinssenkung Ende 2011 exakt vorhergesehen. Giacomo Draghi und seine Bank machten Hunderte Millionen Dollar Gewinn. Die genaue Summe von Draghis Sohn kennt nicht einmal der englische Fiskus, da Großbanken ihren Angestellten Gehalt, Bonus und Gewinne bei Geschäften auf Eigenrechnung steuerfrei auf Überseekonten in Steueroasen auszahlen. Goldman Sachs, Mario Draghis früherer Arbeitgeber, hat bei richtigen

»Wetten« auf EZB-Entscheidungen gleichfalls wiederholt gewaltige Gewinne gemacht.<sup>253</sup>

Aber offenbar sind Insiderinformationen aus EZB-Quellen nichts Besonderes. Denn am 15. Mai 2015 wurde publik, dass EZB-Direktoriumsmitglied Benoît Cœuré am 11. Mai um 19.30 Uhr MEZ im luxuriösen Londoner Berkeley Hotel einer illustren Schar von wichtigen Hedgefonds- und Banken-Vertretern ein forciertes Aufkaufprogramm für Staatsanleihen vor dem Hochsommer avisiert hatte. Unter ihnen war auch der Chefanlagestrategie des Großspekulanten George Soros. Erst 14 Stunden später, am Dienstagmorgen um 9.00 Uhr, wurde die breite Öffentlichkeit über die geldpolitische Volte informiert.<sup>254</sup>

Da hatten die am Vorabend Eingeweihten bereits die Chance für den Trade ihres Lebens genützt. Das lässt sich klar am Chart des Euro erkennen. Unmittelbar nach der Cœuré-Rede rutschte die Gemeinschaftswährung um 19.45 Uhr MEZ um knapp 0,5 Prozent ab. Am nächsten Morgen fielen die Marktreaktionen noch heftiger aus. Der Euro verlor zum Dollar direkt nach der Veröffentlichung mehr als 1 Prozent an Wert. Anleihen und Aktien haussierten umgehend. Denn wenn die EZB mehr Euro in den Markt pumpt, treibt das die Aktienkurse und schwächt die Gemeinschaftswährung. Da die Hedgefonds ihre Wetten mit einem Hebel von 100 oder gar 1.000 durchführen, konnten am Dienstagmorgen mehr als 2.000 Prozent mit der Eurowette erzielt werden. Von einem Gerichtsverfahren gegen den EZB-Direktor auf Basis der eigentlich strengen Insiderregeln ist bis heute nichts bekannt. Die EZB untersteht nämlich keiner Gerichtsbarkeit.

Ins Zwielficht geraten ist Draghi schon als Chef der italienischen Zentralbank. Als solcher war er nicht nur Mitglied des Rats der EZB und Leiter des Forums für Finanzstabilität am Sitz der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel. In Italien hatte er gleichzeitig die Banca Monte dei Paschi di Siena (MPS) zu beaufsichtigen, die vom italienischen Steuerzahler mit einem Kredit über 4,1 Milliarden Euro gerettet werden musste. Veranlasst vom italienischen Interims-Premier und Draghis ehemaligem Goldman-Sachs-Kollegen Mario Monti. Das Geld wurde aber verwendet, um es Spekulanten zuzuschieben. Also reichten die Kredit-Milliarden nicht. Es war daher ein glücklicher Zufall, dass Draghi im September 2013 ankündigte, europäischen Banken mit weiteren Notkrediten zur Seite springen zu wollen.

Da sich Draghi offenbar bewusst war, dass seine Weste nicht ganz sauber war, nahm er in bester US-Manier die Dienste einer New Yorker PR-Agentur in Anspruch, um 2011 seine Chancen im Kampf um den EZB-Chefsessel zu erhöhen und fundierte Kritik an seiner Person abzuwehren. Mit Hilfe der PR-Agentur dementierte er, führend daran beteiligt gewesen zu sein, als Griechenland mittels schwer zu durchschauender Währungs-Swap-Kontrakte seine Schuldenstatistik schönte. Das Ziel war, sich in den Euroraum hineinzulügen und die griechische Schuldenbombe so zu verstecken, dass diese erst nach dem Eurobeitritt explodierte. Goldman Sachs spielte damals zumindest die Rolle des Animateurs.<sup>255</sup>

1999 hatte das Land die Kriterien für den Beitritt zur Eurozone noch nicht erfüllt. 2001 schafften es die Griechen schließlich. Von 1998 bis 2000 arrangierte Goldman zwölf Währungsswaps für Athen und soll dafür nach Informationen aus Finanzkreisen Gebühren von rund 300 Millionen Dollar kassiert haben. Als die Bank das umstrittene Geschäft in den Jahren 2000 und 2001 vorbereitete, habe sie Rücksprache mit Aufsichtsbehörden der

Europäischen Union gehalten, betonte Gerald Corrigan, Chef von Goldman Sachs in London. Außerdem sei Goldman bei Weitem nicht die einzige Bank, die solche Geschäfte mit Griechenland eingefädelt habe.

Bei dem Swap ging es darum, Schulden im Wert von rund 10 Milliarden Dollar, die in US-Dollar und in Yen denominated waren, in Euro umzuwandeln. Dabei legte Goldman allerdings Wechselkurse zugrunde, die unter dem tatsächlichen Marktpreis lagen. Auf diese Weise kam die griechische Regierung in den Genuss einer hohen Einmalzahlung, die quasi einem Kredit von Goldman Sachs entsprach. Dieses »Darlehen« musste Griechenland erst Jahre später – mit Zins über andere komplexe Tauschgeschäfte – zurückzahlen.

Mario Draghi hatte just zwischen 2002 und 2005 als Vice President, Teilhaber und Europachef von GS mit dem Aufgabengebiet »Unternehmen und souveräne Staaten« fungiert, als sein Institut die Verschleierung der Griechenland-Schulden mit trickreichen Finanzkonstruktionen ermöglichte. Zufällig kümmerte er sich damals um den Verkauf von »Swaps«, die es erlauben, Staatsschulden zu verschleiern. So wurden die griechischen Staatsbilanzen »frisirt«. Draghi gestand zwar, dass er 2002 bei Goldman Sachs diese Funktion übernommen hatte. Er beteuerte jedoch, nichts mit dem Frisieren der griechischen Bilanzen zu tun gehabt zu haben. Dies habe schon zwei Jahre früher begonnen. Draghi trat 2005 zurück, ein Jahr bevor Goldman Sachs einen Teil des infrage stehenden »Swaps« an die National Bank of Greece verkaufen konnte. Die National Bank of Greece ist die führende Geschäftsbank des Landes, deren Chef damals Petros Christodoulos war – überraschenderweise ein ehemaliger Händler von Goldman Sachs in London. Seit 2011 verwaltet dieser als Vorsitzender der griechischen Schuldenmanagementagentur die griechischen Staatsschulden. Natürlich auch mit Unterstützung von Goldman Sachs.

Dass indes just der Europachef der Bank nichts von dem Griechenland-Komplott gewusst haben soll, wie er später behauptete, erscheint nicht ganz glaubwürdig. Zumal die Swaps ja während seiner Amtszeit liefen, auch wenn sie davor begonnen und danach aufgelöst worden wären. Wenn man sich die Folgen für Europa vor Augen hält, dann ist Mario Draghi als EZB-Chef ein ausgesprochenes Sicherheitsrisiko und daher eher untragbar. Mit ihm hat Goldman Sachs jedenfalls erfolgreich den EZB-Tower gestürmt. Er wird künftig auch der Garant dafür sein, dass am gegenwärtigen Finanz- und Schuldensystem in Europa nicht gerüttelt werden kann. Ebenso wird er der Garant dafür sein, dass die Geldpolitik nicht nur der Eurozone nützt, sondern auch der Londoner City und der New Yorker Wall Street. Denn Mario Draghi und seine Kollegen an den Schalthebeln der Finanzmacht sind letztlich Handlanger der internationalen Großbanken. Jede Zentralbank ist schließlich eine Bank der Banken – und nicht eine der Bürger.

Starinvestor Jim Rogers sah im ehemaligen US-Notenbankchef Ben Bernanke allerdings aus anderen Gründen den »gefährlichsten Mann, den es derzeit in den Vereinigten Staaten gibt. Alle wichtigen Zentralbanken der Welt fluten die Märkte mit billigem Geld, aber keiner treibt es so schlimm wie Bernanke«. Über dessen Fähigkeiten gab Rogers ein vernichtendes Urteil ab: »Der Mann versteht nichts von Finanzen, sondern nur etwas vom Gelddrucken.« Und das gelte auch für den Präsidenten der Europäischen Zentralbank. »Er ist nicht so gefährlich wie Bernanke, aber dennoch bedrohlich.

Zentralbankern können Sie einfach nicht mehr trauen: Es sind reine Bürokraten, die sich um die Wirklichkeit nur wenig scheren«, meinte Rogers am 16.3.2013 in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.<sup>256</sup>

Diese Einschätzung von Jim Rogers ist nicht gerade beruhigend. Denn die EZB hat sich unzweifelhaft auf ein unerforschtes Experiment eingelassen, seit im März 2015 EZB und die ihr angeschlossenen nationalen Zentralbanken gemeinsam begonnen haben, in großem Stil Staatsanleihen und andere Schuldtitel aufzukaufen. Das wäre kein Problem, würde sie damit nicht in abenteuerlicher Weise gegen das Verbot der Staatsfinanzierung verstoßen, das für alle Zentralbanken innerhalb der Europäischen Union (EU) seit 1994 Gültigkeit hat. Allerdings haben sowohl der Europäische Gerichtshof (EuGH) als auch das deutsche Bundesverfassungsgericht mehrere Klagen gegen das sogenannte »Outright-Monetary-Transactions-Programm« (OMT) abgewiesen. Der OMT-Beschluss von 2012 sieht vor, notfalls unbegrenzt Staatsanleihen von Krisenstaaten zu kaufen, um diese zahlungsfähig zu halten. Das Programm ist bislang allerdings nur indirekt zum Einsatz gekommen, weil Käufe aus den Portfolios von Banken erfolgen. Nach Ansicht der Karlsruher Richter verstoße dies wegen begrenzender Auflagen des EuGH nicht gegen das Verbot der monetären Haushaltsführung in Eurokrisenstaaten. Die Deutsche Bundesbank darf sich deshalb künftig an dem Kauf von Anleihen maroder Staaten beteiligen. Bundesregierung und Bundestag müssen aber beobachten, ob sich das Programm an die vom EuGH (Az. 2 BvR 2728/13 u.a.) bestimmten Grenzen hält.<sup>257</sup>

Um die Konjunktur anzukurbeln, steckte die EZB ab März 2015 im Rahmen des Programms Quantitative Easing (QE) viele Milliarden Euro in Staats- und Unternehmensanleihen. Dabei wird die Menge (Quantität) an Zentralbankgeld massiv ausgeweitet, indem die Notenbank selbst Geld druckt, um Wertpapiere zu kaufen. Im März 2016 hat die EZB den Leitzins auf null gesenkt und das Anleihen-Kaufprogramm ausgeweitet: Von zuvor 60 Milliarden Euro je Monat auf 80 Milliarden Euro ab April bis März 2017. Nachdem sie davor vor allem Staatsanleihen, besicherte Bankanleihen, Kreditverbriefungen und Anleihen von Förderbanken und internationalen Organisationen erworben hatte, verlautbarte sie, künftig auch Anleihen von Unternehmen außerhalb des Bankensektors zu kaufen. Diese müssen allerdings ein Kreditrating im sogenannten Investment-Grade-Bereich aufweisen – also keine »Ramschanleihen«.<sup>258</sup>

Im Juli 2016 hielten die Notenbanken des Eurosystems bereits rund eine Billion Euro an Wertpapieren bzw. einen Anteil von ca. 10,3 Prozent der Bruttostaatsverschuldung des Euroraums. Bis Ende 2016 dürfte sich dieser Bestand des öffentlichen Sektors auf mehr als 1,3 Billionen Euro bzw. etwa 14 Prozent der Bruttostaatsverschuldung belaufen.<sup>259</sup> Bis zum vorgesehenen Auslaufen des Programms Ende März 2017 sollen inklusive Hypothekenpapieren, Pfandbriefen, Regional- und Firmenbonds Wertpapiere im Umfang von insgesamt 1,7 Billionen Euro durch Geldschöpfung monetisiert worden sein.<sup>260</sup>

## ALTE DOGMEN SIND NUNMEHR ÜBERHOLT

Auf solche Art wurde das Dogma des Verbots der Staatsfinanzierung durch frisch gedrucktes Zentralbankgeld von der Realität ad absurdum geführt. Des Weiteren ist der

Nachweis erbracht worden, dass die Geldschöpfung durch Zentralbanken nicht zwangsläufig zu steigender Inflation führt. Die EZB hat genau dieses Ziel 2015/16 nicht erreicht.

Die Einführung des Euro mit der EZB und der dadurch erfolgte Entzug des Privilegs der staatlichen regionalen Zentralbanken, nämlich die Erzeugung von Geld (Geldschöpfung), nährt somit folgenden Verdacht: den einer gezielten Änderung der monetären Rahmenbedingungen im Euroraum. Die endgültige Verankerung des extremen, reinen Schuldgeldsystems in der Eurozone, durch das die europäischen Staaten den angloamerikanischen Großbanken ausgeliefert wurden.

Mit dem Ausbruch der Schuldenkrise hat dann die EZB – ungeachtet ihrer gesetzlichen Bestimmung – ihre eigene Verwandlung begonnen: Anstatt für Preisstabilität und damit auch für die Stabilität der Eurowährung zu sorgen, fungierte sie plötzlich als das, was immer bestritten wurde: Als »Bank der Banken« statt als Zentralbank im Dienste der Staaten und ihrer Bürger. Noch im Oktober 2011 hatte der damalige EZB-Chefökonom Jürgen Stark erklärt:

*»Die EZB wird niemals zum Lender of last resort werden (Kreditgeber letzter Instanz oder auch Garant von Schuldnern). Das ist kein formaljuristischer Aspekt der Verträge der Union, sondern es geht hier um ein ordnungspolitisches Prinzip.«*

Am 1. November 2011 hat die Finanzoligarchie Mario Draghi an die Spitze der EZB gehievt. Eine Woche danach musste Jürgen Stark von seinem EZB-Posten zurücktreten. Mit ihm war auch das Credo der Stabilitätspolitik Geschichte. Denn wenig später öffnete Draghi die Geldschleusen und verwandelte die EZB just in jenen »Lender of last resort«, den Jürgen Stark kurz zuvor noch ausgeschlossen hatte. Ohne Zustimmung irgendeiner EU-Behörde oder -Regierung.

## EZB TREIBT EUROPA IN DIE ARME DER BANKEN

Die EZB ist nunmehr Teil des angelsächsischen Finanz- und Schuldensystems, in dem ihr Präsident geschult wurde. Dabei spielt die Dominanz der internationalen Hochfinanz eine besondere Rolle. Sie beruht auf der Kontrolle von Kreditflüssen und Investitionskapitalien sowohl in ihren eigenen Ländern wie in der ganzen Welt. Zu ihren Vehikeln gehören neben den wichtigsten Zentralbanken auch die Weltbank und der Internationale Währungsfonds. Sie sind fähig, die Finanz- und Industriesysteme ihrer eigenen Länder durch den Einfluss auf die Währungsflüsse ebenso zu steuern wie die Regierungen durch Kontrolle der Regierungsanleihen und durch die Manipulation der Devisenkurse und Zinssätze. Diese Macht wird über persönliche Einflüsse und Prestige von Männern ausgeübt, die ihre Fähigkeit, erfolgreiche Coups zu landen, in einer Krise kühl zu bleiben und Gewinne mit ihren Verbündeten zu teilen, nachhaltig demonstriert haben. Dafür werden sie mit Supergagen bei der Stange gehalten, mit denen sie an den Gewinnen ihrer Banken partizipieren.<sup>261</sup>

Die Ausbreitung des Finanzkapitalismus und dessen Einzementierung in Europa ermöglicht eine Zentralisierung der Kontrolle und führt dazu, dass diese Macht zum

unmittelbaren Nutzen der Financiers und auf Kosten aller anderen wirtschaftlichen Gruppen missbraucht wird. Noch ist nicht klar auszuloten, ob die Finanzkrise beabsichtigt oder ein unvorhergesehener Betriebsunfall war. In jedem Fall hat sie dazu geführt, dass die EZB und mit ihr die Kontrolle über Europa in die Hände der internationalen Hochfinanz fiel. Unter Mario Draghi wandelte sich die Zentralbank zum Klon von FRBNY und der Bank von England. Die Geld- und Zinspolitik der Eurozone folgte jedenfalls jener der FRBNY – wenngleich mit (zu?) großem zeitlichen Abstand.

Diesen Fall hatten wir schon einmal. Denn in den 1920er-Jahren spielten die Präsidenten der drei wichtigsten Zentralbanken, nämlich Benjamin Strong von der FRBNY, sein enger Freund Montagu Norman von der Bank of England und Hjalmar Schacht von der Deutschen Reichsbank bereits eine Art internationale Über-Regierung. Mit eng koordinierter Geld- und Währungspolitik steuerten sie 1929 die USA in den Bankenkrach und die gesamte Welt in eine lang andauernde Wirtschaftskrise. Goldman Sachs war auch damals Krisengewinner und musste sich in einem Kongress-Hearing verantworten.

## DEUTSCHE SPARMEISTER WERDEN UMGANGEN

1998 gegründet, sollte die EZB eigentlich nur für Preisstabilität sorgen und fungiert seit dem Vertrag von Lissabon 2007 theoretisch sogar als Organ der Europäischen Union. Doch laut Statut darf sie gleichzeitig unabhängig von den EU-Regierungen und damit den Interessen der Völker Europas agieren. Das Resultat ist die Irrfahrt einer Zentralbank, deren Ziel zunächst nicht zu orten war. Von der Hauptaufgabe der Preisstabilität und des Währungshüters ist jedenfalls keine Rede mehr. Während Draghi noch am 4. April 2012 von »Aufwärtsrisiken« für die Preisstabilität gesprochen hat und sagte, die EZB würde diesen gegebenenfalls »entschlossen und rechtzeitig entgegenwirken«, rückte er drei Wochen später von seiner Wortwahl ab. Und das, obwohl die Inflation schon im März 2012 mit 2,67 Prozent die EZB-Obergrenze von 2 Prozent längst überschritten hatte. Damit wich der EZB-Präsident deutlich von jener strikten Geldpolitik ab, die von der Deutschen Bundesbank geprägt war, und von Deutschland ultimativ schon zur Voraussetzung für die Gründung der EZB vorgegeben wurde. Denn die Deutschen wollten ihr Geldvermögen ebenso wie durch die »harte« D-Mark auch durch einen harten Euro abgesichert wissen.

Als der EZB-Präsident Ende April 2012 dem Wirtschafts- und Währungsausschuss des EU-Parlaments Rede und Antwort stehen musste, spitzten denn auch nicht nur die Abgeordneten die Ohren, sondern auch der deutsche Bundesbankpräsident Jens Weidmann und seine Kanzlerin Angela Merkel als Sparmeisterin Europas. Weidmann und die Kanzlerin forderten gebetsmühlenartig das Schließen der Geldschleusen der EZB und ein verschärftes Sparen. Ihnen fuhr Draghi kräftig in die Parade, indem er vor dem Ausschuss in Hinblick auf die üppige Geldversorgung meinte, eine Ausstiegsstrategie wäre verfrüht. Stattdessen drängte er entsprechend den Zurufen aus den USA auf einen Wachstumspakt und vage Strukturreformen, womit er deutlich vom sturen Sparen abrückte. Dass er gegen die Intentionen einer überwältigenden Mehrheit der EU-Regierungen Position bezog, als er sich gegen die geforderte Finanztransaktionssteuer aussprach, zeigt ihn auch als

Lobbyisten der internationalen Großbanken. Die Steuer wurde schließlich erfolgreich durch das Veto der schwedischen und der aus dem Finanzdistrikt der Londoner City gesteuerten britischen Regierung verhindert.

Den einzig probaten Weg aus einer hoffnungslosen staatlichen Überschuldung sind England und Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg gegangen. Die sozialistische Regierung in Paris und die Labour-Regierung in London verstaatlichten damals kurzerhand die bis dahin privaten Zentralbanken, um die gigantischen Kriegsschulden reduzieren zu können. Mitte der 1990er-Jahre wurden beide aber klammheimlich und ohne nähere Begründung wieder reprivatisiert. Die offizielle Sprachregelung dafür lautete »in die Unabhängigkeit entlassen«. Das klingt gut, bedeutet aber letztlich nichts anderes als: unabhängig von den Interessen der Staaten und ihrer Bürger. Das Ergebnis: Beide Länder stecken im zweiten Jahrzehnt danach wieder tief im Schuldensumpf. Und aus diesem führt kein Weg heraus. Es sei denn, dass eine eigene Zentralbank die Geldschöpfung für den Staat betreibt.

## KAPITEL 13

### WARUM ERZEUGEN STAATEN GELD NICHT SELBER?

Im 4. Quartal 2000 betrug der Schuldenstand von Unternehmen, Staaten, Haushalten und Finanzinstituten weltweit 87 Billionen US-Dollar. Im 2. Quartal 2014 lag er um 112 Billionen höher bei rund 199 Billionen Dollar und dürfte inzwischen 212 Billionen Dollar bereits überschritten haben. Wenn man die durchschnittliche Erhöhung je Quartal von 2000 bis 2014 um rund 2,113 Billionen Dollar fortschreibt. (siehe Kapitel 4 »Kreditschwindel der Faust & Mephisto AGs«). Für die Staaten allein ergab sich vom 4. Quartal 2000 bis zum 2. Quartal 2014 eine Erhöhung der Schulden weltweit von 22 Billionen Dollar um 36 auf 58 Billionen. Je Quartal war es ein durchschnittlicher Zuwachs um rund 679 Milliarden Dollar. Demnach wären die weltweiten Staatsschulden zum 3. Quartal 2016 bereits bei mehr als 64 Billionen Dollar gelandet.<sup>262</sup>

Diese Zunahme der Verschuldung würde aber ein wesentlich höheres Wachstum der Weltwirtschaft samt Inflation erfordern als wir es seit 2008 gesehen haben, um nicht im Nirwana der Unfinanzierbarkeit zu landen. Doch stattdessen verzögert sich die Erholung, während die Staaten weltweit immer tiefer in die Schuldenfalle rutschen. Für die Realwirtschaft und die Staaten erhöht sich damit das Risiko neuer Krisen, die Fähigkeit, diese Risiken wirksam zu bekämpfen, wird gemindert. Allmählich müssen sich daher die politischen Führer der Industriestaaten der Realität stellen, dass unser Wirtschaftssystem auf Bankschulden aufgebaut ist. Sie müssen überlegen, wie man die Entwicklung wieder in den Griff kriegt. Dafür benötigt die EU ein jährliches Wachstum von mehr als 3 Prozent, das die Steuereinnahmen entsprechend erhöht. Von diesem kann die westliche Wirtschaft vorerst nur träumen. Die großen Zentralbanken versuchen daher zu Recht, durch den Ankauf von Staatsanleihen die Schuldenbombe zu entschärfen. Offiziell lautet die Sprachregelung aber, das Inflationsziel zu erreichen. Dahinter steht, dass mit der Steigerung von Preisen auch das Aufkommen von Verbrauchssteuern bzw. Massensteuern wie die Mehrwertsteuer mitsteigen, die ja von den Endverbraucherpreisen berechnet werden. Wie immer man es darstellt: Letztlich kaufen EZB, FED und BoE Staatsanleihen mit frisch geschöpftem Geld an. Und das ist positiv zu sehen.

Negativ dabei ist, dass zumindest die EZB nicht direkte Staatsfinanzierung betreibt, sondern nur indirekt durch den Ankauf auf dem Banken-Sekundärmarkt. Die Banken wirken dabei wie ein Filter, in dem das Geld hängen bleibt. Die Zentralbanken erhöhen damit ihre Bilanzsummen. Anfang 2007, vor Ausbruch der Finanzkrise, betragen die addierten Bilanzsummen – und damit die erzeugte (= geschöpfte) Geldbasis – der drei Dutzend größten Zentralbanken weltweit knapp 10 Billionen Dollar. Bis 2013 hatte sich diese vereinigte Bilanzsumme auf 20 Billionen Dollar verdoppelt. Die Summe stammte ziemlich genau zur Hälfte von den Zentralbanken in den USA, Europa und Japan. Diese Banken haben in der Finanzkrise stärker als die meisten anderen expandiert. Die andere Hälfte entfällt auf zwei Dutzend Notenbanken in Schwellenländern und aufstrebenden

Volkswirtschaften vor allem in Asien, Lateinamerika und Osteuropa. Diese Geldbasis der Zentralbanken hat sich bis Ende 2014 nur geringfügig weiter erhöht – zu wenig, um damit die Konjunktur anzukurbeln. Denn die gesamte umlaufende Geldmenge besteht zu etwa 97 Prozent aus Kreditgeld der Geschäftsbanken. Vor allem durch neue Kredite konnten also die globalen Schulden in rund sieben Jahren ab 2007 auch um 57 Billionen Dollar ausgeweitet werden. Davon wurden etwa 55,5 Billionen, also rund 7,9 Billionen jährlich, mittels »Luftgeld«-Schöpfung der Geschäftsbanken in den internationalen Wirtschaftskreiskauf eingeschleust.

## EIGENE WÄHRUNGSHOHEIT UND GELDERZEUGUNG DRÜCKT SCHULDEN

Damit ist ein grundlegender Fehler angesprochen, der dem aktuellen Finanzsystem der EU inhärent ist: das Verbot der Staatsfinanzierung durch die Notenbank. Jahrtausendlang besaß jeweils der Herrscher und somit der Staat die Hoheit über das Geld und dessen Schöpfung. Der Herrscher ließ Münzen erzeugen, die er über die Ausgaben zur Erhaltung des Staatsgebildes und seines Hofstaates in Umlauf brachte und damit die Geldmenge erhöhte. Auch heute noch üben staatliche Notenbanken wie in Norwegen, Schweden, Dänemark und China und in einer spezifischen Form auch in der Schweiz diese Funktion aus. Und sei es auf dem Umweg über die Abführung der Zins- und Währungsgewinne an den Staat. Damit gehen auch wesentlich solidere Staatsfinanzen einher.

Welche Länder in Europa die geringsten Schuldenquoten aufweisen, ist zwar kein Geheimnis, wird aber tunlichst nicht gewürdigt. So, als wären es Zufallsergebnisse. Das sind sie aber keineswegs. Denn es handelt sich um die EU-Länder außerhalb der Eurozone sowie jene, die mit niedrigen Schulden erst in den letzten Jahren hoffnungsvoll beigetreten sind. Dabei fällt auf, dass diese Länder mit eigener Währungshoheit und Gelderzeugung durch (halb-) staatliche Notenbanken kaum von Schuldenproblemen geplagt sind. So lag die Staatsschuldenquote im 1. Quartal 2016 in Dänemark bei 39,3 Prozent des BIP, in Polen bei 52 und in Schweden bei 42,2 Prozent. Rumänien hielt sich von einer hohen Staatsverschuldung mit 37,6 Prozent des BIP ebenso fern wie Bulgarien mit 30,3 Prozent. Dementsprechend liegt in der Eurozone die durchschnittliche Staatsverschuldung um rund 5 Prozentpunkte gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) höher als in der EU insgesamt.

Auch die erst vor Kurzem dem Euro beigetretenen baltischen Staaten sind noch nicht so stark vom Schuldenvirus infiziert. Estland (Beitritt 2011) erreichte gerade mal 9,7 Prozent, Lettland (2014) 36,4 und Litauen (2015) 42,7 Prozent Staatsverschuldung. Man darf gespannt sein, wie sie sich in dem für Staaten besonders teuren EZB-Regime entwickeln. Denn ein großer Teil der Staatsverschuldung in der Eurozone entsteht allein dadurch, dass der Staat das Geld für den Eigenbedarf nicht selbst »schöpft«, sondern von den Geschäftsbanken »schöpfen lässt« und dafür Zinsen zahlt – zulasten seiner Bürger, die mit ihren Steuern diese Einnahmenquelle der Banken finanzieren.<sup>263</sup>

Außerhalb der EU registrierte Norwegen 2015 29,5 Prozent und die Schweiz 46,4 Prozent. Auf der seit 1981 von Dänemark unabhängigen Insel Island lag die Verschuldung bei 88,2 Prozent, nachdem der Staat nach den Bankenpleiten schwer zu kämpfen hatte.<sup>264</sup> Die isländische Zentralbank wurde im April 1961 als unabhängige, staatseigene Institution

geschaffen. Sie steht aber unter eigener Verwaltung und verfügt über das alleinige Recht zur Ausgabe von Banknoten, der isländischen Krone.<sup>265</sup>

Von den europäischen Nicht-EU-Ländern verzeichneten 2014 Schweiz und Island einen ausgeglichenen Staatshaushalt, Norwegen erzielte sogar einen Überschuss. Letzteres gelang innerhalb der EU nur Dänemark, Deutschland, Luxemburg und Estland.<sup>266</sup>

Dafür, dass das EU-Land Großbritannien trotz eigener Notenbank und eigener Währung (brit. Pfund) gleichfalls mit einer Schuldenquote von 89,4 Prozent zu kämpfen hat, gibt es eine besondere Erklärung: Die Bank of England (BoE) ist de facto unabhängig von jeder Regierung und den Interessen der Bevölkerung. Sie gehörte einst einigen Privatbanken, wurde 1947 verstaatlicht und in den 1990er-Jahren reprivatisiert. Die neuen Eigentümer sind hinter einer Mauer des Schweigens verborgen, dürften aber durchaus wenigstens zum Teil mit den früheren wie der Privatbank N M Rothschild identisch sein. Sofern sie ökonomisch noch existieren.

Die Unabhängigkeit der Eurozentralbanken besteht jedenfalls nur darin, dass sie Regierungen und Bürgern keine Rechenschaft schuldig sind, sondern lediglich dafür sorgen, dass das »Perpetuum mobile« des Zinsinkassos der Banken aus dem Titel »Staatsschulden« nie stockt. Denn sie beteiligen sich an der Staatsfinanzierung nur in der Not, wenn das gesamte Finanzsystem wackelt – so wie es gegenwärtig der Fall ist.

Angesichts dieser Zusammenhänge ist das Phänomen der Staatsverschuldung eigentlich nicht zu verstehen. Warum borgen sich autonome Staaten freiwillig Geld gegen Zinsen, das aus dem Nichts erzeugt wird? Warum erzeugen es nicht alle Staaten selber mit einer eigenen Nationalbank, wie das früher üblich war, nur eben mit strengeren Regeln wie in Norwegen, Schweden oder der Schweiz? Warum müssen Leistungen des Staates durch Zinsen an nichtstaatlichen Banken verteuert werden? Warum muss diese Umverteilung von unten nach oben, von der Masse der Steuerzahler hin zu einer schmalen Geldelite, akzeptiert werden? Bei diesen Fragen kommt reflexartig das Argument mit der Weimarer Republik und der Hyperinflation. Doch heute haben die Notenbanken nur noch einen Anteil von 3 Prozent an der umlaufenden Geldmenge. Und das Wissen der Geldmengensteuerung über Zinssätze und die Wirkung einer Erhöhung des Eigenkapitals bei den Banken ist kein Mirakel mehr. Außerdem gibt es strenge Regeln des Baseler Ausschusses bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ).

## DIE TÄUSCHUNG MIT DEN AUSLANDSKREDITEN

Jene Länder, die ihre eigene Währung, ihre eigenen Banken und Zentralbanken haben, können jedenfalls das Geld selber schöpfen und müssen sich auch nichts aus dem Ausland leihen. Denn ausländisches Geld hilft der einheimischen Wirtschaft überhaupt nicht. Auslandskredite werden von den internationalen Banken ja fast immer in ausländischer Währung vergeben. Was für die Entwicklungsländer verheerend ist, weil deren Währungen über längere Zeiträume, wie 50 bis 100 Jahre, fallen und daher die Schulden der Entwicklungsländer, wenn sie sich im Ausland in ausländischer Währung verschuldet haben, natürlich immer größer werden. Schnappt die Schuldenfalle zu, dann heißt es seitens der Banken: »Nun, jetzt müssen wir einen Debt for Equity Swap machen, denn ihr

könnt eure Schulden ja nicht mehr bezahlen. Jetzt kriegen wir eben eure Ländereien und eure Bodenschätze.« So wird das arrangiert.<sup>267</sup>

Dabei könnten diese Länder ja erstens das Geld selber erzeugen, brauchen also keine ausländischen Kredite. Und zweitens: Wo kommen denn die ausländischen Kredite dieser internationalen Banken her? Die Antwort ist simpel: Die internationalen Banken erzeugen sie auch nur aus dem Nichts. Und noch schöner: Das ausländische Geld kommt gar nicht in das Land mit anderer Währung hinein. Denn die Dollar, Pfund und Euro, die von den ausländischen Banken erzeugt werden, bleiben im ausländischen Bankensystem. Das heißt, die britischen Pfund bleiben im britischen Bankensystem, die Schweizer Franken bei den Schweizer Banken und so weiter. Die Kreditwährungen sehen also die Entwicklungsländer gar nicht. Das Ganze ist also nur ein Trick, eine Täuschung. In dem Moment, in dem zum Beispiel Dollar-Kredite in südafrikanische Rand umgewandelt werden, findet im südafrikanischen Bankensystem, also im Bankensystem des Kreditnehmers, die Kreditgeldschöpfung statt. Aber die könnte auch ohne den Umweg über einen Auslandskredit durchgeführt werden. Der angebliche Transfer ist also ein Trick, eine große Täuschung, die manche auch Betrug nennen würden. Das heißt, wenn Länder eine Zentralbank hätten und eine eigene Währung, könnten sie sich das Geld selber erzeugen und benötigten keine Kredite von ausländischen Banken. Die heutige Makroökonomie ist also mehr Fiktion als Realität.<sup>268</sup>

## KREDITSCHÖPFUNG GEGEN AUSLANDSVERSCHULDUNG UND DEFLATION

In diesem Sinn hätte Griechenland eigentlich Kredite bei einheimischen Banken aufnehmen müssen, statt neue Staatsanleihen zu emittieren. Während der Zins im Markt für Anleihen in Griechenland am Gipfel der Staatsschuldenkrise auf hohe zweistellige Prozente hochgetrieben wurde, ist der Zins im Bankkreditmarkt unter 3 Prozent geblieben. Die Anleiherendite lag im Juli 2016 noch immer bei knapp 8 Prozent und damit auf dem höchsten Niveau in der EU. Die nächsthöhere betrug für Portugal 3,06 Prozent. Außerdem hätten die griechischen Banken durch die Kreditgeldschöpfung einen Wachstumsimpuls erhalten, den sie dringend brauchten, weil sie ohnedies jahrelang schrumpften. Das wiederum schlug sich in der Deflation ab 2013 nieder.

Hinzu kommt, dass Staatsanleihen zum Marktwert bewertet werden. Dadurch ist ein Land immer Angriffen der Anleihespekulanten ausgeliefert. So ist Griechenland lange erpresst worden. Mit Kreditfinanzierung durch die einheimischen Banken, auch »Enhanced Debt Management« genannt, wäre die hohe Auslandsverschuldung zu vermeiden gewesen. In der gesamten Eurozone ließe sich solcherart Deflation vermeiden. Es ist also schwer zu verstehen, warum die Finanzminister der Länder wie Griechenland, Irland, Portugal und Spanien überhaupt weiterhin Anleihen ausgeben und sich nicht einfach den viel billigeren Kredit von den eigenen Banken genommen haben. Als der an der Universität Southampton/England lehrende deutsche Finanzökonom Richard Werner mehrfach diesen Vorschlag unterbreitet hat, bekam er u.a. zur Antwort: »Das dürfen wir nicht, das erlaubt uns die EZB nicht.« Das war natürlich glatter Unsinn. Denn ein Bankkredit an Staaten ist keineswegs verboten, sondern ein selbstverständliches Finanzierungsinstrument für jedes Land.

Die anhaltende Aufregung um die Staatsschulden von Griechenland bis Irland ist unter diesen Aspekten gleichfalls schwer zu verstehen. Warum sorgt sich niemand um Japan, wo der Schuldenberg mit 248 Prozent 2016 mehr als doppelt so groß war wie die Wirtschaftsleistung und damit so hoch wie in keinem anderen Industriestaat der Welt? Gemessen an der Hysterie um Griechenland müsste der japanische Staat finanziell längst mausetot sein – ist er aber nicht. Ein Wunder? Keineswegs. Japan betreibt eine eigene Notenbank mit eigener Währung (jap. Yen), die bereits seit 2001 Staatsanleihen aufsaugt und schon mehr als 20 Prozent der Staatsschulden monetisiert hat. Insgesamt liegen ungefähr 95 Prozent der japanischen Staatsanleihen in japanischen Depots. Damit haben ausländische Geldgeber kaum Druckmittel in der Hand. Und auch die US-Ratingagenturen, die mit ihren willkürlichen Bewertungen 2011 die Zinsen für griechische Staatsanleihen bis auf eine Höhe von fiktiven, weil unrealistischen, 40 Prozent getrieben haben, bestätigten sich im Falle Japans mit der zweithöchsten Bonitätsnote »AA« als jene Schwindler, als die sie sich schon bei den Ratings für die finanziellen Fantasieprodukte der Wall-Street-Haie erwiesen haben.

## US-NOTENBANK FINANZIERT DEN STAAT DIREKT

Theoretisch ist auch die Schieflage der Staatsfinanzen in den USA dramatisch. Die Staatsverschuldungen in Höhe von 18,2 Billionen US-Dollar (16,48 Billionen Euro) im Jahr 2015 bedeuteten immerhin mehr als 105 Prozent gemessen am BIP. Doch auch dort ist die Zentralbank, das Federal Reserve System (FED), eingesprungen, indem sie schon 2009 mit erheblichen Ausschüttungen von 47,4 Milliarden US-Dollar und 79,3 Milliarden für 2010 den Staatshaushalt gestützt hat. 2014 schüttete die FED die Rekordsumme von 78,4 Milliarden US-Dollar aus. Seit März 2009 ging sie im Zuge der monetären Lockerung (Quantitative Easing – QE1+2+3) gänzlich dazu über, den Staatshaushalt durch den Ankauf von US-Staatsanleihen mit 45 Milliarden Dollar monatlich bzw. 540 Milliarden Dollar pro Jahr mit frisch gedrucktem Geld direkt zu finanzieren und damit Schulden zu monetisieren. 2014 umfasste das die gesamte Neuverschuldung der USA, die mit 514 Milliarden Dollar veranschlagt war.

Ende August 2016 wiesen die 12 FED-Banken des Systems in der gemeinsamen Bilanz bereits US-Staatschuldnpapiere im Wert von 2,463 Billionen Dollar und praktisch wertlose MBS (Mortgage Backed Securities) im einstigen Nominalwert von 1,744 Billionen Dollar aus. Die MBS sind praktisch wertlos, weil es für sie keinen Markt und daher auch keinen Preis mehr gibt. Mit ihrer Ausgabe half das FED-System mit, wertlos gewordene Kreditforderungen ohne Abschreibungen aus den Bilanzen der Banken zu eliminieren. Von diesen Kategorien entfiel allein auf die New Yorker FED (FRBNY) mit 2,4 Billionen Dollar mehr als die Hälfte. Kein Wunder, dass die Wall-Street-Banken den Stresstest ihrer Zentralbank, die ohnehin ihnen gehört, locker bestanden. Durch die Wertpapierkäufe uferte die Bilanzsumme des FED-Systems von 800 Milliarden US-Dollar im Jahr 2007 auf 4,5 Billionen Dollar aus. Mit dem Ankauf von Wertpapieren der Geschäftsbanken hat das FED-System auch die Dollar-Geldmenge um diesen Betrag erhöht. Die Billionen blieben aber überwiegend im Finanzkreislauf und heizten eine neue Spekulationsblase an.<sup>269</sup>

Eine gesetzliche Verpflichtung zur Gewinnabführung gab es seit der Gründung im Jahr 1914 zumindest theoretisch, sie wurde aber ignoriert und 1935 mit einem Bankengesetz gänzlich aufgehoben.<sup>270</sup> Letztlich behielten die FED-Banken in den ersten 50 Jahren ihrer Geschichte die Zinsen, die sie auf das ausgegebene und an die Regierung verliehene Geld erhalten hatte, ein. Aber in den 1960er-Jahren forderte Wright Patman, Vorsitzender des Banken- und Währungsausschusses des Repräsentantenhauses, eine Verstaatlichung der FED. Um das zu vermeiden, erklärte sich diese bereit, ihre Gewinne an das Finanzministerium abzuführen.

In seinem Buch »The Strange Case of Richard Milhous Nixon« schrieb der Abgeordnete Jerry Voorhis zu diesem Zugeständnis:

*»Dieser Beschluss erfolgte ziemlich offensichtlich aus Anerkenntnis der Tatsache, dass die Federal-Reserve-Banken einerseits wie eine Nationalbank die gesetzlichen Zahlungsmittel des Landes ausgaben, andererseits aber dem Land Zinsen für den von ihm selbst geschöpften Kredit berechneten. So etwas wäre einer wirklichen, gesetzlichen Zahlungsmittel ausgebenden Nationalbank unmöglich und würde auch aus Gründen der Gerechtigkeit niemals geschehen.«<sup>271</sup>*

Die Rückführung der Zinsgewinne an das Finanzministerium war sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung. Aber die Zentralbank finanziert nur einen geringen Teil der Staatsschulden. Die privaten Geschäftsbanken halten einen sehr viel größeren Teil, und, wie Voorhis anmerkt, »wenn es um die Geschäftsbanken geht, gibt es eine entsprechende Rückerstattung des Geldes der Bevölkerung nicht«. Geschäftsbanken behielten die von ihnen eingenommenen Zinszahlungen für sich und gäben sie nicht an die Regierung zurück, schreibt Voorhis. Obwohl sie auch die Anleihen mit neu geschaffenen Sichteinlagen in ihren Büchern kaufen – mehr ist es nicht.<sup>272</sup>

Aufgrund lockerer Geldpolitik ist der Anteil der Staatsverschuldung, der von der FED gehalten wird, drastisch in die Höhe geschossen. Aber immer noch wird der Löwenanteil der Staatsschulden privat mit Zinsen finanziert. Der Großteil dieser Dollar-Gelder entsteht als Bankkredit, geschöpft in den Büchern privater Banken. Auf der Internetseite des amerikanischen Finanzministeriums wird aufgelistet, wie viel Zinsen auf die Staatsverschuldung gezahlt wurden. Diese Zahlen reichen 26 Jahre zurück. Ende 2013 wurden einschließlich der vorangegangenen 26 Jahre auf die Staatsverschuldung in Höhe von 17,25 Bio. Dollar etwa 9 Billionen Dollar Zinsen gezahlt. Hätte sich die Regierung das Geld im gleichen Zeitraum zinsfrei von ihrer eigenen Zentralbank geliehen, verringerten sich die Schulden mit einem Schlag um mehr als die Hälfte. Und das sind nur die Zinsen für die letzten 26 Jahre. Die Staatsverschuldung ist seit 1835, als der damalige US-Präsident Andrew Jackson sein Veto gegen die Erneuerung der Charta der sogenannten Second Bank of the United State einlegte, immer weiter gestiegen. Mit ihr gestiegen sind auch die anfallenden Zinslasten. Hätte die Regierung sich das Geld von ihrer eigenen Zentralbank geliehen, wären die USA heute möglicherweise gar nicht verschuldet.<sup>273</sup>

## SCHWEIZ UND CHINA SIND ANDERS

In der Schweiz ist die Schweizerische Nationalbank (SNB) der Garant für ein stabiles Staats- und Wirtschaftssystem. Die monetäre Position der Schweiz ist in aller Kürze so zu charakterisieren: geringe Staatsverschuldung, kaum Inflation, dafür aber der »Luxus« einer Notenbank, die nicht im Besitz der internationalen Hochfinanz ist, sondern mehrheitlich den Kantonen und Kantonalbanken gehört. Der Hauptteil des Gewinns fließt an die Kantone und den Bund. Für den Bund gilt durch Verfassungsgesetz die Schuldenbremse, die über einen Wirtschaftszyklus grundsätzlich ausgeglichene Haushalte fordert.<sup>274</sup>

Das Wirtschaftswunder schlechthin findet seit gut 20 Jahren in China statt. 1995 lag der Anteil an der Weltwirtschaft noch bei 2,5 Prozent, 2012 bei 11,5 Prozent. Ende 2014 hat China nach der kaufkraftbereinigten Berechnung des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit einem Anteil von 16,5 Prozent an der Weltwirtschaft die USA (16,3 Prozent) als größte Volkswirtschaft der Welt überholt. Im Krisenjahr 2009 überraschte das Riesenreich allen Prognosen westlicher Ökonomen zum Trotz mit einem Wachstum von 8,5 Prozent und erschien damit im Vergleich zum Rest der Welt wie von einem anderen Planeten. Die USA und Europa wurden zu ökonomischen Nachzüglern degradiert. Und das, obwohl der riesige US-amerikanische Exportmarkt für Chinas Wirtschaft plötzlich zusammengebrochen war. 2013 wuchs die chinesische Wirtschaft »nur« um 7,7 Prozent, 2014 knapp darunter und 2015 um 6,9 Prozent. Die Eurozone schaffte 1,5 Prozent.

In der Geschichte der Weltwirtschaft ist es außerdem einmalig, dass ein Land binnen relativ kurzer Zeit ein derartig hohes Volumen an wertvollen Devisenbeständen ansammeln kann. Und das noch dazu auf die billigste nur denkbare Weise: indem es mit frisch gedruckter Inlandswährung die Devisen ankauft. Der Mechanismus ist allerdings nicht neu und durchaus legal. Er steht sogar in den Lehrbüchern zum Geldwesen unter dem Kapitel »Entstehung von Zentralbankgeld«.<sup>275</sup> Weil die Konzerne aus den USA und Europa chinesische Yuan benötigten, um ihre Industrie-Arbeitsplätze nach China zu verlagern, mussten sie bei der People's Bank of China (PBoC), der chinesischen Notenbank, ihre Dollar und andere Devisen gegen frisch gedruckte Yuan eintauschen. Seither spülen die Exporte aus den neuen Fabriken alljährlich automatisch weitere Devisen-Milliarden ins Land.

Überraschenderweise meldete diese Zentralbank sogar für das erste Halbjahr 2009, als die Exportmärkte in großem Umfang ausfielen, eine Aufstockung der Währungsreserven um weitere 17,8 Prozent. Damit stiegen die Devisenreserven 2010 auf 2,9 Billionen Dollar. Das war bereits mehr als doppelt so viel wie die Devisenbestände von Japan, der weltweiten Nummer zwei in dieser Rangliste. Anfang 2015 hütete die chinesische Zentralbank bereits 3,8 Billionen Dollar.<sup>276</sup> Ein Jahr später waren es nur noch 3,2 Billionen US-Dollar – und das vor allem in amerikanischen Staatsanleihen.<sup>277</sup>

Diese PBoC fungiert als zentrale Säule der chinesischen Volkswirtschaft. Sie steht im nationalen Eigentum und ist damit eine echte Nationalbank. Sie ermöglicht es der Regierung, nach ihren Vorstellungen und den Notwendigkeiten des Landes die eigene Währung beliebig in Umlauf zu bringen. Mit dieser Geldmaschine an der Hand konnte die chinesische Regierung überlegen punkten:

- Die Zentralregierung wies seit 1998 nur kleine Defizite aus, die immer unter 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts lagen. 2007 hat der Staatshaushalt sogar mit einem Überschuss von 0,7 Prozent des BIP abgeschlossen. Trotz des fulminanten Wachstums der letzten Jahrzehnte wies China 2014 nur eine Staatsverschuldung des Gesamtstaates von 20,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf – also Schulden des Zentralstaats, der Länder, der Gemeinden und Kommunen sowie der Sozialversicherungen.<sup>278</sup> Die Auslandsschulden lagen mit umgerechnet 797 Milliarden Euro bei 8,8 Prozent des BIP.
- Die schlaun Chinesen strapazierten jahrelang die Amerikaner, indem sie ihre Landeswährung stur an den Dollar gebunden haben. Damit verteidigten sie aber den Wert von amerikanischen Staatsanleihen in chinesischem Besitz im Volumen von 1,24 Billionen Dollar Ende 2014. Die Neuverschuldung der USA wird im Gegensatz zu früher von China nicht mehr mitfinanziert.<sup>279</sup>
- Das strikte Devisenregime und die hohen Währungsreserven schützen China auch im Falle des latenten »Ungehorsams« gegenüber Wünschen aus Washington vor Strafaktionen der amerikanischen Währungsspekulanten. Andere asiatische Länder mussten hingegen für die Kapitalismus-Lektionen bitter bezahlen. Zunächst platzte 1990 in Japan die von ausländischem Spekulationskapital getriebene Börsen- und Immobilienblase mit bis heute nicht bewältigten Langzeitfolgen. 1997 folgte dann die Krise in den südostasiatischen Ländern, nachdem diese der Forderung des Internationalen Währungsfonds (IWF) nachgekommen waren und ihre Finanzmärkte geöffnet hatten. Amerikanische Spekulanten attackierten bei erster Gelegenheit die fremdländischen Währungen. Exotische Währungsderivate mit großer Hebelwirkung kamen zum Einsatz, die den Asiaten damals noch fremd waren und der Reihe nach Währungen und Volkswirtschaften zu Fall brachten. Die Währungsreserven der Opfer waren rasch erschöpft. Die Finanzgangster räumten so in Asien binnen weniger Monate mehr als 100 Milliarden Dollar an harten Devisenreserven ab.
- Für die staatlichen Konjunkturprogramme der letzten Jahre dürfte die PBoC – genauso wie die Federal Reserve in den USA und die EZB in Europa – eine ganze Menge frischen Geldes gedruckt haben. Diese Geldschöpfung erhöht die umlaufende Geldmenge. Doch während in den USA und Europa für die Dauer der Verschuldung – also auf ewig – Zinsen und Zinseszinsen für die Staatsschulden aus den Taschen der Steuerzahler zwangsweise abgeschöpft werden, finanziert die chinesische Nationalbank das Wirtschaftswunder, ohne das Volk mit Steuern übermäßig zur Ader zu lassen. Und das bei einer noch immer harmlosen Inflationsrate von 1,9 Prozent im Juni 2016.<sup>280</sup>

## AUSWEITUNG DER GELDMENGE OHNE INFLATION

Nach den in den USA und Europa vorherrschenden neoliberalen Dogmen hätte die ständige Geldmengenausweitung mittels purer Geldschöpfung die Inflation in China längst explodieren lassen müssen. Doch diese Theorien sind schon lange von der Realität überholt. Die kaum beachtete Begründung hatte der englische Nationalökonom Lord John Maynard Keynes in seiner Wirtschaftstheorie schon früher dargelegt: Wenn genügend Arbeitskräfte und Rohstoffe zur Erhöhung der Produktion und Produktivität zu Verfügung

stehen, stimuliert zusätzliche Nachfrage auf Basis einer Geldmengenausweitung nicht Preissteigerungen, sondern die Mengenausweitung von produzierten Waren, Investitionen und Dienstleistungen. Wenn dann auch noch die Nachfrage mit dem Angebot Schritt hält, werden die Preise auf relativ stabilem Niveau verharren.

Hjalmar Schacht bestätigte dies in seinem Buch »Die Magie des Geldes« aus dem Jahr 1966. Der ehemalige Präsident der Deutschen Reichsbank war insgeheim nach dem Ersten Weltkrieg Verbündeter der Siegermächte und ihrer Notenbanken. Er wurde vom damaligen Reichskanzler Adolf Hitler schließlich abgesetzt. Die Hyperinflation in der Weimarer Republik basierte auf einer Überexpansion der Geldmenge. Mit der Währungsreform, der Einführung der Rentenmark als neuem Zahlungsmittel durch die neue Rentenbank am 15. November 1923, den Sparmaßnahmen und der Einschränkung des Geldumlaufs war der Spuk bald vorbei. Das Geheimnis des anfänglichen Wirtschaftswunders im Dritten Reich erklärte Schacht schlicht mit der Geldschöpfung der Reichsbank. Frisch gedruckte Reichsmark wurden gegen Einreichung von Wechseln unter Zwischenschaltung der eigens eingerichteten Metallforschungsgesellschaft (MEFO) – daher die Bezeichnung MEFO-Wechsel – an industrielle Lieferanten zum Bau von Autobahnen, öffentlichen Gebäuden und auch insgeheim von Rüstungsgütern ausbezahlt. Ohne dass zunächst Inflation wie zuvor in der Weimarer Republik entstanden wäre.<sup>281</sup>

In China zeigte sich ein ähnliches Phänomen. Auch hier entstand trotz hohen Wachstums kein analoger inflationärer Effekt. Auch dies wäre damit zu erklären, dass mit der steigenden Geldmenge reale Investitionen getätigt werden und damit keine Inflation provoziert wird. Im Juli 2009 fielen sogar die Preise um 1,8 Prozent, was den größten Rückgang seit 1999 bedeutete. Gleichzeitig ist aber im 2. Quartal 2009 das Bruttoinlandsprodukt um 7,9 Prozent gewachsen. Die Geldmenge M2\* nahm im Juli sogar um 28,5 Prozent zu. Hausverkäufe schossen in den ersten fünf Monaten nach offiziellen Angaben um 45,3 Prozent in die Höhe. Erst ab November 2009 stiegen die Produktpreise wieder. Im Februar 2010 wurde erstmals seit langem wieder eine – gemessen an der boomenden Wirtschaft aber noch immer moderate – Inflation von 2,7 Prozent registriert. Im Gesamtjahr 2010 waren es 3,3 Prozent, im Jahresverlauf 2014 zwischen 1,5 und 2,5 Prozent und im Juni 2016 1,9 Prozent.<sup>282</sup>

Der Umkehrschluss daraus: Erst wenn das Angebot geringer als die steigende geldmengengetriebene Nachfrage ist, entstehen Preisblasen. Das trifft auf die Aktienmärkte zu, wo immer mehr Spekulationskapital auf die unveränderte Menge an Aktien trifft. Oder auf Immobilienmärkte, wenn die Zahl der neu gebauten Häuser nicht mit der steigenden Nachfrage Schritt hält.

## NORTH DAKOTA MIT EIGENER BANK ALS VORBILD

Ein alternatives Entschuldungsprogramm ließe sich für Europa auch vom US-Bundesstaat North Dakota ableiten. Er ist der einzige Bundesstaat in den USA, der eine eigene Bank besitzt und damit das System der privaten FED-Notenbanken unterläuft. Die Bank of North Dakota (BND) wurde 1919 mit dem ausdrücklichen Ziel gegründet, die Farmer und kleinen Geschäftsleute aus den Fängen der überregionalen Banken der Wall Street zu

befreien. Schon damals ging es darum, eine ähnliche Kreditkrise wie die von 2008 bis 2010 zu überwinden.<sup>283</sup>

Die BND ist seit über 90 Jahren ein Erfolgsbeweis. Sie beteiligt sich an Wirtschaftskrediten anderer Banken, unterstützt niedrige Zinsen durch Übernahme von Garantien und vergibt Kredite an Kommunen zu günstigen Zinssätzen. Der Bundesstaat verzeichnete 2009 den größten Haushaltsüberschuss seiner Geschichte. Neue Arbeitsplätze wurden geschaffen, während sie sonst überall abgebaut wurden. Noch im März 2009 berichtete der Rat der Bundesstaaten (Council of State Governments), dass North Dakota sogar Steuerkürzungen überlege. Anfang 2010 waren nur zwei Bundesstaaten imstande, einen annähernd ausgeglichenen Haushaltsplan zu budgetieren: North Dakota und Montana. Alle anderen US-Bundesstaaten hatten mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Arbeitslosigkeit lag in der Gegend bei 10 Prozent, Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen dämpften die Konjunktur. 2014 lag die Verschuldung von North Dakota bei rund 9 Prozent der Wirtschaftsleistung.<sup>284</sup>

2014 schrieb das *Wall Street Journal*, dass die Bank profitabler als die Goldman Sachs Group Inc. sei und ein besseres Credit Rating habe als JPMorgan Chase & Co. – bei anhaltendem Gewinnwachstum seit 2003.<sup>285</sup> 2015 meldete die Bank trotz der Krise der regionalen Ölindustrie einen neuen Rekordgewinn.<sup>286</sup>

## DIE FEHLER DER NEOKLASSISCHEN MODELLE

Die politisch-ökonomische Begründung für das Verbot jeglicher Staatsfinanzierung durch Zentralbankkredit nach Artikel 123(1) des Lissabon-Vertrags wurzelt in der historischen Bankinglehre und neoklassischen Produktionsmodellen. Die inzwischen zum Stereotyp gewordene Meinung lautet, staatliche Kontrolle über das Geld führe zu Misswirtschaft und Inflation. Bankengeldschöpfung sei hingegen am realen Investitionsbedarf orientiert und diene damit realem nicht-inflationärem Wachstum. Beide Teile dieses Stereotyps halten den Erfahrungen der Praxis und den empirischen Tatsachen in keiner Weise stand.

Denn beispielhafte Inflationsgeschehnisse aus der Geschichte werden unzutreffend dargestellt. Den Verfall der »Continental Currency«, des staatlichen Geldes zur Zeit des Amerikanischen Unabhängigkeitskriegs (1775–1783), verursachte zum Beispiel eine massive Papiergeldfälschung durch die Engländer als Mittel der britischen Kriegsführung. Und im Fall der Hyperinflation in der Weimarer Republik (1920–1924) war es die Erzwingung der maßlosen Reparationszahlungen in Gold, Industriegütern, Pfund und Dollar, die Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg zahlen musste. Wenn das Thema der staatlichen Gelderzeugung zur Lösung des Schuldenproblems angesprochen wird, dann wird sofort reflexartig auf die Hyperinflation in der Weimarer Republik hingewiesen. Ein eigenes Gesetz aus dem Jahr 1922 mit der Verfügung der formellen Autonomie der Reichsbank scheiterte, weil die Regierung in Berlin keine andere Lösung fand, sich finanziell über Wasser zu halten, als den inflationistischen Rückgriff auf die Notenpresse, wie Hjalmar Schacht berichtete.<sup>287</sup> Gleichzeitig erzwangen die Alliierten die Duldung und Zentralbankfinanzierung einer massiven Währungsspekulation gegen die Mark. Das kam einer Fortsetzung des Krieges mit finanziellen Mitteln gleich.<sup>288</sup>

Natürlich waren Regierungen in der Vergangenheit nicht immer die besten Währungshüter. Fälle exzessiven Gelddrucks waren aber eher selten und zuletzt nur für bestimmte Entwicklungsländer mit korrupten Regierungen charakteristisch. Inzwischen besitzen die staatlichen Zentralbanken in den westlichen Industriestaaten ein hohes Maß an währungs- und geldpolitischer Unabhängigkeit. Sie sind ihrem gesetzlichen Auftrag verpflichtet, nicht aber gegenüber Weisungen der Regierung. Das gilt beispielsweise für Norwegen, Schweden, die Schweiz und ebenso für China.

Dennoch postuliert die Deutsche Bundesbank auf ihrer Website weiterhin die Irrlehre: »Würden die Notenbanken Geld drucken, um damit die Haushalte von Krisenstaaten zu finanzieren, könnte sie diesen Auftrag langfristig nicht erfüllen. Denn auf längere Sicht führt eine solche Staatsfinanzierung über die Notenpresse zu einer höheren Inflation – dies lehren die historischen Erfahrungen Deutschlands und vieler anderer Länder. Käme es zu einer solchen monetären Staatsfinanzierung in der Eurozone, geriete der Euro als stabile Währung unweigerlich in Gefahr. Genau aus diesem Grund hat man die monetäre Staatsfinanzierung in den EU-Verträgen verboten.«<sup>289</sup>

Der Euro entfernt sich dennoch immer weiter von einer Hartwährung. Die Bundesbank ignoriert bei ihrer Argumentation, dass die Geldschöpfung so oder so zu rund 97 Prozent eine Angelegenheit der Kredit- und Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken ist. Dadurch wird nicht nur das Volumen an Giralgeld, sondern auch das Volumen an benötigten Reserven, Banknoten und Münzen vollständig durch den vorauslaufenden Giralgeldkredit der Banken vorgegeben. Die Privatisierung der staatlichen Geldhoheit ist insofern schon weit vorangeschritten. Und die Geldmenge wird, anders als es noch immer in den Lehrbüchern steht, nicht von den Zentralbanken kontrolliert. Weder durch Reservepositionen noch durch Zentralbankzinsen. Es ist vielmehr so, dass die vorauslaufende und Tatsachen schaffende Bilanzerweiterung der Banken den Zentralbanken nachträglich keine andere Wahl lässt, als den Bedarf der Banken zu bedienen.<sup>290</sup>

Auf 100 Einheiten Giralgeld benötigen die Banken im Eurosystem nur zu einem Bruchteil von etwa 3 Prozent Zentralbankgeld – davon 1 Prozent Mindestreserven auf Depositen sowie 1,5 Prozent Bargeld und 0,1 bis 0,5 Prozent Zahlungsreserven (= Überschussreserven). Will die Zentralbank den laufenden Betrieb nicht stören, bleibt ihr nichts anderes übrig, als die nötige Refinanzierung prompt zu leisten. Sie kann dafür einen höheren Zins verlangen, was die Zinsmarge der Banken etwas schmälert – auch, weil dadurch am Interbankenmarkt die Zinsen steigen. Die Mengennachfrage nach Reserven ist als »Fait accompli« jedoch zinsunelastisch. Sie wird allenfalls in mittelfristiger Rückkopplung davon beeinflusst. Infolgedessen fungiert die EZB nur noch als Bank der Banken, während die Rechtslage und die derzeit noch vorherrschende akademische Lehrmeinung ihr verbieten, Bank des Staates zu sein. Die Zentralbank wurde außerdem reduziert auf die Funktion eines »Lender of last resort« für die Banken. Im Rahmen des bestehenden Giralgeld-regimes ist die Zentralbank faktisch nicht mehr »Issuer of first instance«. Die wenigen Münzen und die Geldscheine samt Reserveguthaben gibt sie nur noch nach Maßgabe der Banken heraus.<sup>291</sup>

Mit der absoluten Hoheit über die Giralgeldschöpfung können die Banken die Staatsfinanzierung maximal ausweiten. Um dieses Ziel zu erreichen, wird von der

Finanzwelt für die Kreditfinanzierung – im Falle von Staaten mittels Staatsanleihen – nie eine Tilgung der Schulden verlangt, sondern lediglich die Bezahlung der Zinsen und eine periodische Umschuldung.

Das ist natürlich für alle Regierungen verlockend und war es schon 1694, als dem englischen König William III. von einer Gruppe englischer und holländischer Geldverleiher erstmals eine derartige Finanzierung angeboten wurde. Rund 300 Jahre später gelang es den angloamerikanischen Finanzmächten, in Europa mit der Europäischen Zentralbank (EZB), einen weiteren Klon der Bank of England zu etablieren. Die dritte nichtstaatliche Notenbank als »Bank der Banken« mit dem Privileg der Erzeugung von Geld aus Luft. Der Euro ward geboren. Und Politiker wie Wirtschaftsführer, denen die Geheimnisse des Geldwesens fremd waren, jubelten.

Doch allmählich macht sich Ernüchterung breit. Denn das Notenbank-Trio erzeugt nicht nur auf identische Art »Geld aus Luft«, sondern verleiht es ausschließlich an Geschäftsbanken. Und allmählich wird auch klar, dass diese ihrerseits ein Vielfaches an Geld »aus Luft« durch die Kreditvergabe »schöpfen« können. Dieses System hat zwar keinen offiziellen Namen, kann aber als angelsächsisches Finanzsystem bezeichnet werden. Im Gegensatz dazu besorgen andere, meist staatliche, Zentralbanken direkt auch die Staatsfinanzierung.

## WURDEN WEGEN DER GELDSCHÖPFUNG PRÄSIDENTEN ERMORDET?

Das Problem mit dem kleinen, aber feinen Unterschied »staatlich oder privat« ist nicht neu. Und die angloamerikanischen Finanz-Tycoons hatten dabei aus verständlichem Eigeninteresse immer ihre Hände im Spiel. Nach den nicht eindeutig geklärten Morden an drei US-Präsidenten wurden daher auch immer wieder Verdächtigungen laut, die sich bis heute gehalten haben, und die die Morde in Zusammenhang mit der Verstaatlichung des Dollar-Monopols bringen:

- Abraham Lincoln wurde als amtierender 16. Präsident der Vereinigten Staaten am 14. April 1865, kurz nach der Kapitulation der Südstaaten am 9. April, angeschossen. Er verstarb einen Tag später. Er hatte zuvor das Privileg privater Banken zum Drucken von Geld unterlaufen und den »Greenback« als staatlichen Dollar mit grün bedruckter Rückseite herausgeben lassen. Letztlich konnten die Nordstaaten durch die überlegene Finanzierung den Krieg gewinnen. Kredite von den Londoner Privatbankiers unter Führung der Rothschilds hatte Lincoln wegen der verlangten Wucherzinsen bis über 30 Prozent abgelehnt. Um ihn in die Knie zu zwingen, unterstützten die Londoner Bankiers tatkräftig die Südstaaten und verloren letztlich erhebliche Summen. Lincoln allerdings kostete der Sieg das Leben. Als Anstifter des Präsidentenmordes wurden die Londoner Bankiers und ihre Statthalter in den USA beschuldigt. Einige Männer wurden als Verschwörer gehängt. Es gab aber nie Beweise über eine Verbindung des Attentäters John Wilkes Booth zu Londoner Mittelsmännern.
- James Garfield erklärte 1881 als 20. US-Präsident: »Wer auch immer das Geldvolumen kontrolliert, ist in jedem Land der absolute Herr über die gesamte Industrie und den Handel ... Und wenn man sieht, wie das gesamte System auf die eine oder andere

Weise ganz leicht von nur wenigen mächtigen Männern an der Spitze kontrolliert werden kann, dann braucht einem niemand zu erzählen, wie Zeiten von Inflation und Depression entstehen.« Kurz nach dieser Erklärung wurde Präsident Garfield ermordet – knapp 100 Tage, nachdem er sein Amt angetreten hatte. Er war einer neuerlichen Ausgabe von staatlichen »Greenbacks« gegenüber nicht abgeneigt. James Garfield galt nach Abraham Lincoln als weiteres Opfer der Finanzmächte, dessen Ermordung auf die Anstiftung durch einen Kreis mächtiger Bankiers zurückgeführt wurde. Auch hier gab es keine eindeutigen Beweise.

- John F. Kennedy (JFK) wurde als amtierender 35. US-Präsident am 22. November 1963 erschossen. Er hatte zuvor begonnen, das Privileg der privaten US-Notenbank Federal Reserve zum Drucken von Geld zu unterlaufen. »Wenn du das tust, bringen sie dich um«, hatte Joseph Kennedy seinen Sohn John Fitzgerald einige Monate vor dessen Ermordung angeschrien. Der Vorfall im *Oval Office* des Weißen Hauses ist von einer Zeugin im Zuge der Mordermittlungen belegt worden. Am 12. November 1963, zehn Tage vor seiner Ermordung, hatte JFK an der Columbia Universität noch erklärt: »Das Büro des Präsidenten ist benutzt worden, um die Freiheit der Amerikaner zu zerstören, und bevor ich mein Büro verlasse, muss ich die Bürger über diese drohende Gefahr informieren.« Dazu sollte es nicht mehr kommen.

Bis heute gibt es erhebliche Zweifel, ob Lee Harvey Oswald tatsächlich der Todesschütze in Dallas/Texas gewesen ist. Er selber konnte gar nicht befragt werden, weil er schon auf dem Weg in eine Gefängniszelle von dem Nachtclubbesitzer Jack Ruby erschossen wurde. Kennedy war damals jedenfalls im Begriff, das Geldmonopol des Federal Reserve System nachhaltig zu unterlaufen und forderte damit die internationale Hochfinanz heraus. So wie 100 Jahre zuvor Abraham Lincoln. Die Mörder beider Präsidenten wurden noch vor ihrer gerichtlichen Einvernahme beseitigt. Die Nachfolger im Präsidentenamt hießen jeweils Johnson und stellten – angesichts der Präsidentenmorde aus verständlichen Gründen – die staatliche Geldproduktion umgehend wieder ein, die ihre Vorgänger begonnen hatten. Die Geschichte wiederholt sich, heißt es. Aber natürlich sind die Parallelen zwischen Kennedy und Lincoln reiner Zufall.

## SILBERZERTIFIKATE DES STAATES ALS UNITED STATES NOTE

JFK hatte am 4. Juni 1963 die »Executive Order Nr. 11110« unterzeichnet, mit der er die frühere »Executive Order Nr. 10289« außer Kraft setzte. Damit ermächtigte er das Finanzministerium, Silberzertifikate unter der Bezeichnung United States Note herzustellen (im Unterschied zu Federal Reserve Note, wie die Dollar-Scheine des Federal Reserve Systems bezeichnet sind). Diese geldgleichen Zertifikate waren jederzeit gegen Silber-Bullions (standardisierte Anlagemünzen), Silberbarren oder Silberdollar eintauschbar. Zu deren Herstellung war die US-Regierung kraft Verfassung seit jeher berechtigt.

Silberzertifikate als zirkulierendes Papiergeld gab es in den USA schon ab 1878, ehe sie im Jahr 1900 zugunsten des alleinigen Goldstandards aus dem Verkehr gezogen wurden. Diese Maßnahme heizte das Goldgeschäft an. 1928 wurden Ein-Dollar-Silber-

Zertifikate gedruckt. Während des Zweiten Weltkriegs kamen dann Zertifikate aus dem Jahr 1935 mit einem braunen Siegel für die Verwendung in Hawaii und mit einem gelben Siegel für Nordafrika in Umlauf. Als der Goldstandard 1933 von Präsident Roosevelt aufgehoben und alles Gold vom Staat konfisziert wurde, blieben Silberzertifikate davon unberührt auf dem Markt.<sup>292</sup>

Zu Kennedys Zeit war seit dem Bretton-Woods-Abkommen 1944 mit der erneuten Einführung des Goldstandards der Federal Reserve-Dollar eine – allerdings nur theoretisch – jederzeit in Gold eintauschbare Währung. Der Deckungsgrad der Staatsschulden durch den Goldreservenwert lag deutlich unter 10 Prozent. Das bedeutet, dass weder der Dollar noch die Staatspapiere tatsächlich zur Gänze in Gold einzutauschen gewesen wären. Die angebliche Goldwährung war also ein ziemlicher Schwindel.

Kennedy hätte dann angesichts der geringen Golddeckung der Federal Reserve Notes ohne Probleme das alternative Zahlungsmittel gleichfalls als durch Edelmetall gedeckte Währung schaffen können. Nur statt durch Gold eben durch Silber gedeckt, das ohnedies in den Kellern des Finanzministeriums lagerte. An weiteren Staatsschulden hätten private Banken dann nur noch nachrangig verdient, und der Staat und seine Steuerzahler hätten ihre Schulden, die ihnen von willfähigen Politikern aufgehalst wurden, reduzieren können.

Zum Zeitpunkt von Kennedys Ermordung waren schon neue Silberzertifikate mit Stückelungen von 2 und 5 Dollar im Wert von fast 4,3 Milliarden Dollar in Umlauf. In der Staatsdruckerei des Finanzministeriums warteten 10- und 20-Dollar-Zertifikate auf die Auslieferung. Lyndon B. Johnson ließ dann die weitere Produktion im Finanzministerium einstellen. Die zwölf Federal-Reserve-Banken konnten die Kennedy-Scheine ungehindert aus dem Verkehr ziehen und gegen ihr eigenes Schuldgeld austauschen.<sup>293</sup>

## DOLLAR-GOLDSTANDARD DURCH FRANKREICH GESPRENGT

Erst 1981 war dann Schluss mit der Golddeckung, als Frankreich den Umtausch auch seiner letzten Dollar-Reserven in Gold verlangte, und die USA entgegen der Verpflichtung gemäß dem Bretton- Woods-Abkommen nicht mehr liefern konnten oder wollten. Während die Zentralbanken der meisten europäischen Länder sich damit begnügten, das durch Umtausch von Dollar erworbene Gold einfach in die für sie reservierten Tresorräume der FRBNY schaffen zu lassen, bestand die Pariser Notenbank auf Anweisung von Finanzminister Michel Debré auf der Auslieferung von Goldbarren. Staatspräsident Charles de Gaulle empfand es nämlich als unerträglich, dass Frankreichs Gold »dem Zugriff einer fremden Macht preisgegeben« sein könnte. Er hatte schon im Februar 1965 eine Tauschaktion »Gold statt Dollar«, veranlasst, begnügte sich aber zunächst damit, nur neu zufließende Dollar sofort in Gold umzuwechseln. Die damals hohen Überschüsse in der französischen Zahlungsbilanz ließen den Goldschatz rasch wachsen. Allein 1965 tauschte Frankreich in New York 874 Millionen Dollar in Gold um. Damit war es für mehr als die Hälfte des gesamten Goldverlustes der USA verantwortlich. 1966 ließ sich Paris im Schnitt jede Woche 10 Tonnen Gold aus New York an die Bank von Frankreich liefern. Zwischen 1964 und Sommer 1966 hatte Frankreich den Anteil von

Gold an den gesamten Währungsreserven von 73 auf 86 Prozent und somit auf umgerechnet mehr als 10,23 Milliarden Euro gesteigert. Der Wert des größten Goldschatzes der Welt, der in den Gewölben der Federal Reserve Bank of New York (FRBNY) in der Nähe der Wall Street aufbewahrt wurde, hatte sich durch diese Lieferungen 1966 bereits um etwa 350 Millionen Dollar auf ihren niedrigsten Stand seit 28 Jahren vermindert. Deutschland lagert noch immer den größten Teil seines Goldbestandes in den USA. Es versucht seit acht Jahren vergeblich, das Gold aus New York nach Berlin oder Frankfurt zu schaffen.

# KAPITEL 14

## WER DIE STAATSSCHULDEN KONTROLLIERT, KONTROLLIERT EUROPA

Staatsschulden sind in vielerlei Hinsicht eine feine Sache. Regierungen können sich als Wohltäter gerieren und Jahr für Jahr ein Füllhorn von Geschenken über die Bürger ausleeren. Schließlich wollen sie ja wiedergewählt werden. Die Konsequenzen dieser Geschenke auf Pump belasten erst die späteren Generationen. So lange, bis jenes Ausmaß der Verschuldung erreicht ist, bei dem schon die Bezahlung der Zinsen zum Problem wird. In dieser Phase offenbart sich plötzlich das selbstverständlich gewordene Vorgehen von Regierungen: Und zwar Schulden nicht nur für einmalige Investitionen oder sonstige Ausgaben verwendet zu haben, sondern für dauerhafte und alljährlich anfallende Ausgaben wie die Aufrechterhaltung eines allzu üppigen Sozialstaats. Ausgaben, die Jahr für Jahr den Rahmen der Staatseinnahmen sprengen und die Aufnahme von immer mehr Schulden notwendig machen.

Staatsschulden sind aber auch Machtinstrumente, wie schon John Adams (1735–1826), 2. Präsident der USA, wusste: »Es gibt zwei Wege, eine Nation zu erobern und zu versklaven. Einerseits durch das Schwert. Andererseits durch Schulden.« Ähnlich urteilte zuvor der englische Ökonom Adam Smith (1723–1790). Für die Gläubiger sind die Schulden überdies äußerst komfortabel. Denn sie kassieren Jahr für Jahr Zinsen dafür. Einige wenige leiten davon aber auch einen Machtanspruch ab. Den sie dann ausspielen können, wenn die zeitlich limitierten Schulden in Form von Staatsanleihen auslaufen und revolvingierend erneuert werden müssen. Dass es diese Art von Gläubigern gibt, hat der US-amerikanische Historiker Carroll Quigley (1910–1977) von der Georgetown University in Washington 1966 dokumentiert.<sup>294</sup> Der einstige Geschichtspräsident des früheren US-Präsidenten Bill Clinton war zu dem brisanten Schluss gekommen:

*»Die Mächte des Finanzkapitalismus haben einen weitreichenden Plan, und zwar nichts Geringeres, als ein Weltsystem der finanziellen Kontrolle in privater Hand zu schaffen, das es ihnen ermöglicht, das politische System jedes Landes und die gesamte Weltwirtschaft zu beherrschen. Dieses System soll im Stil einer Feudalherrschaft durch die verschiedenen Zentralbanken weltweit beherrscht werden, die ihre Vorgangsweisen durch geheime Absprachen in zahlreichen privaten Treffen und Konferenzen abstimmen. An der Spitze dieses Systems soll die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im schweizerischen Basel stehen, eine private Bank, die von den Zentralbanken der Welt kontrolliert wird, bei denen es sich wiederum um Privatunternehmen handelt.«<sup>295</sup>*

Carroll Quigley wusste sehr genau, wovon er schrieb. Denn er war ein hochgeschätzter Vertrauter des US-Establishments, der für seine Arbeit exklusiv Zugang zu verschlossenen Archiven erhielt. Dennoch wies er in seinem Buch auf die Gefahr hin, die seiner Meinung

nach die Welt bedroht. Sie erschien ihm von so großer Bedeutung, dass er unbedingt öffentlich darauf aufmerksam machen wollte. Seine Warnung wurde aber gerade in Universitätskreisen wie auch in US-Medien und in den politischen Zirkeln in Washington lange totgeschwiegen. Erst als das Buch auch in deutscher Sprache in Europa erschien, begann sich Interesse zu regen. Aber natürlich auch hier nicht bei Politikern oder Universitätsdozenten, sondern im Publikum.

## MENSCHEN UND MÄCHTE BESTIMMEN DEN VERLAUF

Hinter den Zentralbanken stehen Menschen und Mächte. Sie bestimmen die Aktivitäten und wählen die Personen aus, die an den Schalthebeln der Finanzmacht die Vorgaben umsetzen. Dass es sich dabei nicht um Wohltäter handelt, ist an der Struktur des Finanzsystems mit den nichtstaatlichen (= privaten) Zentralbanken erkennbar. Dabei geht es immer wieder um dasselbe: Die Normalbürger der Länder zahlen, und die Finanzmächte kassieren. Und weil manchen an der Spitze dieses Systems Geld und Luxus nicht mehr reicht, wollen sie auch Macht ausüben.

Einer der von Quigley angesprochenen Mächtigen des Finanzkapitalismus bestätigte jedenfalls seine Ahnungen. Es war David Rockefeller (geb. 1915), Oberhaupt der gleichnamigen amerikanischen Billionärs-Familie. Im Juni 1991 ließ der als Großaktionär von JPMorgan Chase und Citibank jahrzehntelang mächtigste Bankier der Welt auf der Konferenz der »Bilderberger« darüber keine Zweifel aufkommen: »Wir sind der Washington Post, der New York Times, dem Time Magazine und anderen großen Publikationen dankbar, deren Chefredakteure an unseren Treffen in der Vergangenheit teilnahmen und die Zusage der Vertraulichkeit fast 40 Jahre lang respektierten. Es wäre für uns nie möglich gewesen, einen Plan für die Welt zu entwickeln, wenn wir während dieser Jahre im Licht der Öffentlichkeit gestanden hätten. Aber die Welt ist auf einem komplexen und vorbereiteten Weg hin zur Weltregierung. Die supranationale Souveränität einer intellektuellen Elite und der Welt-Bankiers ist sicherlich der nationalen Souveränität der letzten Jahrhunderte vorzuziehen.«<sup>296</sup> David Rockefeller hielt diese Rede in der deutschen Kurstadt Baden-Baden. Auf den jährlich stattfindenden Bilderberg-Konferenzen trifft sich das elitärste euro-amerikanische Netzwerk.

Rockefeller bestätigt damit, dass die großen Medienhäuser durch ihr Schweigen ein wichtiger Teil der Verschwörung sind, ohne die es nicht möglich ist, die Weltregierung vorzubereiten. Deswegen berichteten die Medien 60 Jahre lang nicht über Bilderberg, und die Allgemeinheit wusste kaum etwas von diesem geheimen Treffen der Weltelite.<sup>297</sup>

In Baden-Baden wurde der damals unbekannte junge Gouverneur von Arkansas, Bill Clinton, von Vernon Jordan, einer der einflussreichsten politischen Figuren der USA, der Weltelite vorgestellt. Zwei Jahre später, 1993, wurde Clinton Präsident der Vereinigten Staaten und hatte zwei Amtszeiten bis 2001. Die Bilderberger sind demnach »Königsmacher« und bestimmen, wer Staatsführer wird. Selbstverständlich galt auch Bills Ehefrau Hillary Clinton seit jeher die volle Unterstützung des Machtkartells.

2005 kündigte David Rockefeller auf der Bilderberg-Konferenz in Rottach-Egern/Bayern dann geradezu hellseherisch jene Ereignisse an, die drei Jahre später die

Welt erschüttern sollten. »Wir befinden uns am Anfang einer globalen Umwälzung. Alles, was noch fehlt, ist eine große weltweite Krise, bevor die Nationen die Neue Weltordnung akzeptieren.«

In seiner 2006 erschienenen Autobiographie gestand David Rockefeller, einer der reichsten und mächtigsten Männer dieser Erde, freimütig: »Über ein Jahrhundert lang haben ideologische Extremisten versucht ... die Rockefeller-Familie für den übermäßigen Einfluss, den wir laut ihnen auf amerikanische politische und wirtschaftliche Institutionen ausüben, anzugreifen. Manche glauben gar, wir seien Teil einer geheimen Kabale, die entgegen der besten Interessen der USA arbeitet, charakterisieren mich und meine Familie als ›Internationalisten‹ und Verschwörer, die gemeinsam mit anderen weltweit eine integriertere globale politische und wirtschaftliche Struktur schaffen – EINE Welt, wenn Sie so wollen. Wenn das die Anklage ist, dann bin ich schuldig, und ich bin stolz darauf.«<sup>298</sup>

## BILDERBERGER ALS KOMPLIZEN VON DAVID ROCKEFELLER

Doch David Rockefeller ist nicht allein. In mehreren von ihm begründeten Organisationen wie den »Bilderbergern« und der »Trilateral Commission« sowie als Vorsitzender in dem New Yorker »Council on Foreign Relations« (CFR) hat er Gleichgesinnte um sich geschart und diese auf seine Absichten eingeschworen. Allerdings wurde er am 12. Juni 2016 nach inzwischen sechs Herz- und zwei Nierentransplantationen 101 Jahre alt. Wie weit sein Vermächtnis bereits fortgeschritten ist, wird sich in den nächsten Jahren zeigen.

Aber der New Yorker Tycoon hat auch mächtige Konkurrenten: die Bankiers des Hauses Rothschild. Sie sind schon seit Jahrhunderten auf die Finanzierungen von Staaten fokussiert. Und Mayer Amschel Rothschild (1744–1812), der Gründer der bis heute größten und einflussreichsten Finanzdynastie, wusste schon vor 200 Jahren: »Gib mir die Macht über das Geld einer Nation und es interessiert mich nicht mehr, wer deren Gesetze macht.« Sein drittältester Sohn Nathan Mayer Rothschild (1777–1836), der Gründer der Londoner Privatbank N M Rothschild, konnte bereits den Vollzug melden: »Es kümmert mich nicht, welche Marionette auf den Thron von England gesetzt wird, um über das Reich zu herrschen, in dem die Sonne nie untergeht. Der Mann, der Britanniens Geldversorgung kontrolliert, kontrolliert das britische Reich, und ich kontrolliere die britische Geldversorgung.«<sup>299</sup>

Seit damals ist die Finanzierung von Staaten mittels Staatsanleihen eine Domäne der Rothschilds – weltweit und mit der Bank von England im Rücken. Es gab Zeiten, da stellten sich die Herrscherhäuser Europas geradezu an, um bei den Rothschilds Geld borgen zu können. So zum Beispiel nach dem Ende der Napoleonischen Kriege, als Europa zerstört und ein Wiederaufbau notwendig war. Nach dem Kongress von Aachen 1818 bemühten sich fast alle Regierungen um die Rothschilds und ihre Kredite. Keine einzelne Macht in Europa vermochte vergleichbare Anleihen-Volumina auf den Märkten zu platzieren wie das Syndikat der fünf Rothschild-Brüder mit ihren Privatbanken in London (Nathan M. Rothschild, gegründet 1811), Paris (Jakob bzw. James, 1812), Frankfurt (Amschel Mayer, ca. 1810), Wien (Salomon, 1815) und Neapel (Kalman bzw.

Carl Mayer, 1821). So brachten die englischen Rothschilds insgesamt 18 Anleihen für die britische Regierung im Wert von 160 Millionen Pfund auf, wovon u.a. 16 Millionen Pfund für den Krimkrieg und 15 Millionen Pfund als Entschädigung für die westindischen Sklavenbesitzer bestimmt waren.<sup>300</sup>

Gutle Rothschild, die Mutter der fünf Bankiers, war schon zu Lebzeiten zu einer Legende geworden, über die man zahlreiche Anekdoten erzählte. So ist das Zitat überliefert: »Wenn meine Söhne keinen Krieg wollten, würde es keinen geben.« Im Revolutionsjahr 1830 soll sie nach einem Familientreffen ihre besorgten Nachbarn in der Frankfurter Judengasse mit den Worten beruhigt haben: »Es gibt keinen Krieg, meine Söhne werden kein Geld dafür geben!«<sup>301</sup>

Das Londoner Bankhaus N M Rothschild war als Financier auch eine wesentliche finanzielle Stütze der globalen kolonialen Macht des britischen Empires. Es finanzierte z. B. 1875 mit 4 Millionen Pfund der britischen Krone den Kauf des ägyptischen Anteils von 44 Prozent am Suez-Kanal. Diese Schiffsverbindung zwischen Mittelmeer und Rotem Meer war am 17. November 1869 mit einer Länge von 162,25 km eröffnet worden. Dadurch wurde die Seeverbindung Englands mit den Kolonien wesentlich erleichtert.

Die Ansichten der Rothschilds über die Machtausübung durch Staatsfinanzierungen haben bis heute ihre Gültigkeit nicht verloren. Aber nicht nur in Großbritannien, sondern auch in den USA und im Euroraum. Und in allen anderen Länder, in denen nichtstaatliche Zentral- und Geschäftsbanken Geld schöpfen. Und in denen die Staatsschulden so hoch sind, dass sie nie zurückgezahlt werden können. Damit ist das Ziel der Geldgeber erreicht: Weil Staatsanleihen eine begrenzte Laufzeit haben, müssen sie zum Fälligkeitsdatum durch neue ersetzt werden. Und da schlägt die Stunde der Gläubiger, in der sie ihre Macht ausspielen. Denn jedes verschuldete Land ist auf das Wohlwollen von Geldgebern angewiesen, die bereit sind, neue Anleihen zu kaufen, um den Staaten die üblichen und unausweichlichen Umschuldungen zu ermöglichen. Wer nicht willig ihre Wünsche hinsichtlich Zinshöhe, politischer Rahmenbedingungen für ihre Tätigkeit in dem jeweiligen Markt oder Sonstigem erfüllt, bringt seine Anleihen nicht an den Mann. Im Normalfall dreht sich das Schuldenkarussell aber ohne Unterbrechung weiter und beschert den Financiers für die nächste Laufzeit ohne Arbeit einen dauerhaften Profit.

Wer allerdings eine Umschuldung wegen eines simplen Käuferstreiks nicht schafft, wird zum Spielball der Finanzmächte. Dann ist alles möglich. Vom erklärten Staatsbankrott bis zum erzwungenen Regierungswechsel. Dazwischen liegt eine ultimativ erzwungene Wirtschaftspolitik nach den Wünschen des angloamerikanischen Bankensyndikats.

## IN DER KRISE WURDE DIE EUROZONE STURMREIF GESCHOSSEN

Die Macht des beherrschenden Netzwerks der internationalen Großbanken spielt im Europa der Gegenwart auch politisch bereits eine enorme Rolle. Nach der bereits seit langer Zeit erfolgreichen Umklammerung der USA und Großbritanniens haben sie die Krise dazu benutzt, auch den »Alten« Kontinent sturmreif zu schießen. Erreicht haben sie es mit dem von den Wall-Street-Banken herbeigeführten Finanzkrach 2008/09, der

staatliche Bankenrettungsprogramme in Europa erforderte und dadurch die Euroländer an – und manchmal wie Griechenland auch über – die Grenze ihrer finanzierbaren Verschuldung trieb.

Damit hat die internationale Hochfinanz in Europa ihr Ziel erreicht. Denn wer die Staatsschulden kontrolliert, kontrolliert jede Regierung und jede Nation. Und genau das ist der Status quo: ein neofeudales Finanzsystem, in dem wir alle sowie unsere nationalen Regierungen in der Schuldenfalle sitzen. Dieses System wird von den Zentralbanken und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) gesteuert. Es sorgt dafür, dass das weltweite Vermögen permanent aus Steuergeldern in die Taschen der globalen Finanzelite umverteilt wird.

Weder Bürger noch Regierungen sind sich dieser Situation allerdings bewusst. Denn die globale Finanzelite kontrolliert zugleich, was wir sehen, hören und worüber wir nachdenken. So zum Beispiel beherrschen heute nur sechs Medienkonzerne mehr als 90 Prozent aller Nachrichten und Unterhaltungssendungen, die die US-amerikanische Bevölkerung über das Fernsehen vorgesetzt bekommt.<sup>302</sup>

## KAUM JEMAND VERSTEHT DAS GELDSYSTEM

Über das angelsächsische Finanzsystem urteilte Henry Ford, der Gründer der Ford Motor Company, schon 1946: »Es ist gut, dass die Menschen des Landes das Bankensystem und das Geldsystem nicht verstehen, denn wenn sie dies täten, gäbe es eine Revolution noch vor morgen früh. Das vorrangige Ziel dieser Finanziers ist Weltkontrolle durch die Schaffung von unauslöschlichen Schulden.«

Auch der ehemalige deutsche Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer sprach illusionslos vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Februar 1996: »Ich habe bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.« Und der frühere deutsche Verfassungsrichter Paul Kirchhof sah dadurch sogar die Souveränität des Staates und die Demokratie gefährdet, »weil Entscheidungen nicht mehr vom Parlament, sondern von Bankengruppen getroffen werden.«<sup>303</sup>

Der deutsche emeritierte Professor Jürgen Habermas, einer der weltweit meistrezipierten Philosophen und Soziologen der Gegenwart, urteilte nicht weniger hart. Er sagte, dass die politischen Hauptdarsteller »seit 2008 an den Drähten der Finanzindustrie zappeln«, womit er die Entscheidungsfindung in der EU- und Eurokrise beschrieben hat.<sup>304</sup>

## SEIT JAHRHUNDERTEN MACHTKAMPF UM DIE GELDSCHÖPFUNG

Der Machtkampf um die Geldschöpfung, die Erzeugung von Geld aus dem Nichts, dauert vor allem in Europa und den USA bereits seit Jahrhunderten an. Geführt von Bankiers

gegen Herrscher und Völker. Begonnen hat er im 17. Jahrhundert in England, als erstmals in der Geschichte einem regierenden König das königliche Münzrecht, das Privileg der staatlichen Gelderzeugung, durch eine Verschwörung im Parlament streitig gemacht wurde. Durch Bestechung von Abgeordneten gelang es dem Geldadel der Goldschmiede und Kaufleute, König Karl II. und damit dem Staat und dem Volk mit der Verabschiedung eines Gesetzes (»Free Coinage Act of 1666«) das Privileg der alleinigen Münzprägung zu entreißen. Jedermann konnte danach in der königlichen Münzanstalt Gold und Silber zu Münzen als anerkanntem Geld prägen lassen. Der heimtückische Putsch des Geldadels entriss der Krone und dem Staat auch die Kontrolle über Erhöhung und Verknappung der verfügbaren Geldmenge. De facto verfügten dann die Goldschmiede und Münzfälscher darüber.

## MARIONETTEN DER BANKEN STATT GEWÄHLTER REGIERUNGEN

Mit der Einführung des Euro und der EZB intensivierten die Geldmächte in London und New York ihren Eroberungskrieg in Europa. Die von der Wall Street ausgehende Banken- und Finanzkrise erwies sich als regelrechter Sturmangriff.

Dabei sticht die einmalige Sonderstellung von Goldman Sachs (GS) mit ehemaligen Mitarbeitern als spätere Spitzenrepräsentanten eines mächtigen politischen Netzwerks hervor. Der Wechsel von GS-Leuten in die Politik ist schon seit den 1990er-Jahren aus den USA bestens bekannt.

Dass Mitarbeiter von Goldman Sachs in die Politik wechseln, ist aber im Zuge der Finanzkrise unversehens auch in Europa ein Thema geworden. Denn auch hier hat sich die laut einem Bloomberg-Report vom 5. Februar 2015 seit der Subprime-Krise meist gehasste US-Bank offenbar inzwischen eine einzigartige Machtposition geschaffen. Seit Jahren hat Goldman Sachs eine engmaschige, weitgehend unsichtbare Struktur aufgebaut, die Züge einer »Schattenregierung« aufweist.<sup>305</sup>

Wie weit ihre politische Macht auch in Europa reicht, wurde deutlich, als sie im Zuge der Staatsschuldenkrise regierende und demokratisch gewählte Staatschefs durch ehemalige »Goldmänner« ersetzen ließ.<sup>306</sup>

Im November 2011 konnten die Geldverleiher Mario Monti ohne vorherige Wahl zum Premierminister von Italien bestimmen. Was den nicht ganz freiwilligen Rücktritt des immerhin vom Volk gewählten Silvio Berlusconi voraussetzte. Doch Monti hatte gegenüber dem Milliardär Berlusconi einen wesentlichen Vorteil: Als ehemaliger EU-Kommissar und (nie gewählter) Präsident der EU-Kommission (1999–2004) war er von 2005 an als Berater für »europäische Angelegenheiten und wichtige Fragen globaler Politik« als Verwaltungsrat in der Londoner Europazentrale von Goldman Sachs verankert. Von dort hievte ihn das internationale Bankensyndikat an die Regierungsspitze in Rom.

Monti war überdies europäischer Vorsitzender von David Rockefellers Trilateraler Kommission und ein führendes Mitglied von dessen Bilderberg-Gruppe. »Das ist die Verbrecherbande, die uns diese Finanzkrise eingebrockt hat. Es ist, als würde man die

Brandstifter beauftragen, um das Feuer zu löschen«, kommentierte Alessandro Sallusti, der Herausgeber der italienischen Tageszeitung *Il Giornale*. Monti sollte die italienischen Staatsfinanzen wieder so ins Lot bringen, sodass sich das lukrative Schuldenkarussell der internationalen Hochfinanz ungestört weiterdrehen konnte. Er wurde als ungewählter Führer einfach installiert. So war er »der Öffentlichkeit nicht direkt Rechenschaft schuldig«, wie Stephen Faris vom *Time Magazine* anmerkte. Was wieder einmal das undemokratische Fundament der Europäischen Union illustrierte. Die von Monti gegründete Partei »Bürgerliche Wahl« sollte später Ende Februar 2013 bei den demokratischen Wahlen in Italien peinlicherweise nicht einmal 10 Prozent der Stimmen erreichen.

Nach gleichem Muster wie in Rom lief der Machtwechsel in Athen ab. Nachdem der gewählte Ministerpräsident George Papandreou eine Volksabstimmung über die Art der Krisenbewältigung vorschlug, erzwangen Goldman Sachs und die anderen Gläubigerbanken im November 2011 binnen weniger Tage seinen Rücktritt und setzten den ehemaligen Goldman-Sachs-Mitarbeiter Loukas Papadimos an die Regierungsspitze. Dieser war von 1994 bis 2002 Gouverneur der griechischen Zentralbank gewesen. In dieser Funktion hat er eine zentrale Rolle bei der Verschleierung der wahren Höhe griechischer Staatsschulden mit Hilfe von Goldman Sachs gespielt. Im September 2009 kreierte GS schließlich den speziellen Credit Default Swap (CDS) Index, um das hohe Risiko der griechischen Schulden öffentlich zu bewerten. Die Zinsen für griechische Staatsanleihen schnellten daraufhin in schwindelnde Höhen, brachten Griechenland an den Rand der Staatspleite und GS Milliarden Gewinne mit hohen Zinsen und gleichzeitigen Derivate-Spekulationen auf den Griechen-Bankrott. Papadimos erlitt allerdings dasselbe Schicksal wie nach ihm Monti in Rom und wurde im Mai 2012 vom Volk abgewählt.

## GROSSGLÄUBIGER HABEN DEUTSCHLAND FEST IM GRIFF

Wie die Finanzmächte ihre Macht ausspielen, demonstrierten sie im November 2011, als sich Deutschland einem Käuferstreik der internationalen Banken ausgesetzt sah und die angestrebte Summe von 3 Milliarden Euro bei einer Auktion ihrer Staatsanleihen nicht einmal annähernd einsammeln konnte. Unmittelbar zuvor hatte sich Deutschland gegen die Einführung von Eurobonds quergestellt. Kurz danach gingen die deutsche Kanzlerin Angela Merkel und ihr Finanzminister Wolfgang Schäuble vor der Hochfinanz in die Knie. Und plötzlich klappte die Umschuldung. Heute emittiert der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) nach Gutdünken eine etwas abgeänderte Form der Eurobonds. Bei diesen haftet jedes Land nicht generell, sondern nur mit seiner Kapitaleinlage beim EMS – ohne Proteste von irgendeiner europäischen Regierung. Was am 25. April 2012 hinter den Kulissen ablief, als gleichfalls deutsche Staatsanleihen mit Laufzeiten von 30 Jahren und Anleiherenditen von 2,41 Prozent liegenblieben, ist unbekannt. Auch diese Auktion brachte jedenfalls bei Weitem nicht das erhoffte Volumen von 3 Milliarden Euro.

Derartige Käuferstreiks sind für alle Regierungen eine unmissverständliche Warnung. Wohlverhalten wird damit erfolgreich eingefordert. Das gilt aber nicht nur für das Volumen der Staatsanleihen, sondern auch für den seitens »des Marktes« geforderten

Preis. Der Markt wird gelenkt von dem internationalen Bankensyndikat und den von ihnen kontrollierten Zentralbanken. Und der Preis ergibt sich aus der Höhe der Zinsen, zu denen das Syndikat bereit ist, Staatsanleihen zu kaufen. Er wird aber nicht gebildet von Angebot und Nachfrage, sondern durch Absprachen und Manipulation. 47 Milliarden Euro musste das Syndikat allein 2014 an Strafgeldern für die illegale Bereicherung durch manipulierte Libor-Zinsen, Devisenkurse und Goldpreise zahlen. So viel zu den Segnungen der »freien« Marktwirtschaft und dem trügerischen Gesetz von Angebot und Nachfrage.<sup>307</sup>

2011 hatten »die Märkte« anschaulich ihre Leistungskraft demonstriert. Die Zinsen für Staatsanleihen aus Griechenland schossen bis auf 40 Prozent, jene für Portugal auf 18 und für Irland bis auf 17 Prozent hoch. Doch das war reine Theorie, weil die Länder natürlich um diesen Preis keine Anleihen auf den Markt brachten. Aber es waren wirkungsvolle Warnschüsse aus der Londoner City und der New Yorker Wall Street, um ihre Ziele in Europa durchsetzen zu können.

# KAPITEL 15

## SO FÜHRT BRÜSSEL DIE EU IN DIE SCHULDENFALLE

Der europäische Staatsschulden-Mechanismus erhält immer neue Facetten. In der Regel geht es dabei immer um dasselbe: mit neuen Schulden alte Schulden zu sichern. Auch der Europäische Stabilitäts-Mechanismus (ESM) ist so ein Perpetuum mobile der Schuldenmacherei. Ein Notanker für Staaten der Eurozone, die ihre Schulden nicht mehr über die Finanzmärkte prolongieren können. Er soll die Schulden aber nicht verringern, sondern nur von einem Land auf alle anderen verteilen. Ein »Lender of last resort« für Staaten, der Kreditgeber letzter Instanz.

Entgegen Geist und Inhalt ihres ursprünglichen Regelwerks ist die EU somit ein Zwangssystem finanzieller Umverteilung geworden, in dem leistungsbereite Volkswirtschaften die Schulden rückständiger und leistungsschwacher Staaten schultern müssen. In der jetzigen Transfergemeinschaft wurde der Grundsatz, dass kein Staat für die Schulden anderer Staaten Verantwortung übernimmt, staatsstreichartig unterlaufen. Gleichzeitig werden Europas Bürger seit Jahren auf einen katastrophalen Irrweg geführt. Unfähige Bürokraten an den Schalthebeln der Macht verschärften die Krise. Auf fehlerhafte Analysen folgten die falschen Rezepte. Das Ergebnis: Rezession, Anstieg der Arbeitslosigkeit, ausufernde Staatsschulden.

Die Funktion des ESM gleicht jener des Internationalen Währungsfonds (IWF), der bisher erfolgreich Entwicklungs- und Schwellenländer in die Schuldenfalle der Geschäftsbanken manövriert hat. Im Fall der Euro-Währungsunion kooperieren IWF und ESM miteinander, indirekt sekundiert von der Europäischen Zentralbank (EZB). Die alte Troika, die im Fall Griechenland zur allgemeinen Überraschung die Macht übernommen hatte, wurde noch mit Abgesandten der Europäischen Kommission wie mit einem demokratischen Feigenblatt bestückt. Mit dem ESM ist das nicht mehr notwendig. Die neue Troika ESM/EZB/IWF ist eine Krönung des Finanzkapitalismus zum Schutz der internationalen Großbanken: Banken, die aus frisch geschöpftem »Luftgeld« Kredite zaubern, die sie Staaten andienen. Denn das Recht auf die Geldschöpfung durch die eigene Notenbank, entmachtet aber noch existent, wurde eliminiert.

Die drei Institutionen der neuen Troika haben einiges gemeinsam. Sie sind demokratisch nicht legitimiert, operieren außerhalb der staatlichen Rechtsordnung, fernab jeglicher Kontrolle über die Verwendung oder Verschleuderung der Finanzmittel. Und sie sind niemandem Rechenschaft schuldig, ob nach den Regeln der Sparsamkeit und Effizienz gearbeitet wird. Das erleichtert es unter anderem, den Schuldnerländern die harte und letztlich kontraproduktive Austeritätspolitik aufzuerlegen und die Gläubiger vor Verlusten zu bewahren. Obwohl diese, in einer Kombination aus Staats- und Marktversagen, an der Staatsschuldenkrise ebenso viel Schuld tragen wie die betreffenden

Regierungen selbst.<sup>308</sup>

Gleichzeitig werden die wahren Ursachen der Krise verschleiert und der dramatische Anstieg der Staatsverschuldung fälschlicherweise einzig und allein auf die Misswirtschaft von Regierungen zurückgeführt. Doch diese Darstellung war nichts weiter als ein Ablenkungsmanöver:

- Von den kriminellen Machenschaften der großen Wall-Street-Banken, die ursächlich zur Finanzkrise und in der Folge zur Staatsschuldenkrise geführt haben,
- und von der damit verbundenen Absicht, Europa in eine Schuldenfalle zu treiben, aus der eine ewige Abhängigkeit von ihren Gläubigern resultiert.

Unter dem neoliberalen Einfluss aus den USA fördert die herrschende Politiker-Kaste in Europa durch widerspruchslosen Glauben an die Marktkräfte die Vertiefung der Staatsschuldenkrise und verzögert so eine echte wirkungsvolle Bekämpfung. Da die Probleme der GIPSI-Länder (Griechenland, Italien, Portugal, Spanien, Irland) nicht als Solvenz-, sondern bloß als vorübergehende Liquiditätskrise interpretiert wurden, machten die Politiker in der Folge Budgetdefizite und Staatsschulden anstelle der hausgemachten Finanzprobleme für die Krise verantwortlich.<sup>309</sup>

Mit dubiosen Erklärungen drängen die Strippenzieher in Brüssel daher die Staaten immer tiefer in die Schuldenfalle – aus der durch Fiskal-, Banken- und Politische Union kein Eurostaat entkommen soll. Erstere verspricht samt Fiskalpakt vordergründig mehr Haushaltsdisziplin. Gleichzeitig werden immer mehr Zuschüsse aus Steuergeldern aller europäischen Steuerzahler verlangt. Die werden gefordert, um auch die überschuldeten Länder mitzufinanzieren, weil diese in absehbarer Zeit nicht aus eigener Kraft die Schulden reduzieren können. Bei der Banken-Union ist es nicht anders: In erster Linie geht es darum, dass Steuergelder genommen und in die Kassen der Banken umgelenkt werden. Und die Politische Union soll letztlich wohl nur dazu dienen, dass kein Land mehr der Gier der Finanzkonzerne entkommt. Diese verbergen sich hinter dem nebulösen Begriff »die Finanzmärkte«, um ihre Gläubigerstellung in Europa konsequent zu missbrauchen.

## MARKTGLÄUBIGKEIT UND NEOKLASSISCHE THEORIEN VERSCHÄRFTEN DIE KRISE

Die rezessionsähnliche Wachstumsschwäche in Europa ist nur eine sekundäre Folge der Schaffung der Währungsunion, primär aber Ausdruck der Krise des Finanzsystems. Die Harvard-Professoren Kenneth Rogoff und Carmen Reinhart haben längst nachgewiesen, dass Staatsschuldenkrisen in den letzten Jahrhunderten, so wie auch jetzt, meist Folgewirkungen von vorangegangenen Bankenkrisen waren. Doch die europäische Bankenkrise ist noch nicht ausgestanden und Italien nur die Spitze des Eisbergs.

Die Fehleinschätzungen der EU-Politiker und insbesondere die falsche Einschätzung der Mechanismen einer Währungsunion haben die Krise noch verschärft. Verantwortlich für die Analysefehler und die falschen Maßnahmen, die ergriffen wurden, war die neoklassische Dominanz unter den Beratern der Politiker in der EU-Kommission. Und zwar zu einem nicht geringen Teil. Auch den akademischen Ökonomen sind manche

zentrale Wirkungsmechanismen erst im Laufe der Fehlentwicklungen bewusst geworden. Diese Meinung hatten 2013 auch Ökonomen des IWF vertreten und darauf das Manko bei der Krisenbewältigung zurückgeführt.<sup>310</sup>

Entzaubert ist am Beispiel der Finanzkrise jedenfalls die Fiktion von der Selbstregulierung der Märkte. So etwa, wenn Leistungsbilanzdefizite in Brüssel als Reaktion auf renditegesteuerte Kapitalströme dargestellt werden. Die Defizite der EU-Krisenländer in der Peripherie haben in Wahrheit ernste Strukturprobleme in diesen Ländern signalisiert. Die Europäische Kommission hat sich zwar ab der Herbstprognose 2008 für die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen interessiert. Aber Hilfsmaßnahmen bei Zahlungsbilanzproblemen blieben für die Länder der Währungsunion mit ihrem Fixkurssystem bewusst ausgeschlossen.

Als falsch erwies sich auch die gängige neoklassische Theorie des Zinsmechanismus, wonach ökonomische oder politische Fehlentwicklungen eines Landes sehr rasch eine »Bestrafung« durch Zinsaufschläge seitens »des Marktes« zur Folge hätten. Die internationalen Großbanken wie JPMorgan Chase oder Goldman Sachs können vielmehr nach Belieben jeden Preis auf dieser Welt durch den Einsatz von Derivaten wie Credit Default Swaps (CDS), durch konzertierte Aktionen oder heimliche Absprachen manipulieren. Egal ob es Zinssätze, Rohstoffe, Edelmetall-, Energie-, Aluminium- oder Agrargüterpreise sind.

## ALLES FALSCH GEMACHT, WAS MAN FALSCH MACHEN KANN

Dass sich die Präsidenten der EU-Kommission in ihrer Amtszeit keinen unangenehmen Fragen stellen müssen, liegt einzig daran, dass sie nie gewählt, sondern lediglich ernannt werden. Aber 506,82 Millionen EU-Bürger müssen die Folgen ihrer fehlerhaften Politik tragen. Absurd, aber Realität. Denn immerhin haben die EU-Macher die Rezession vertieft, haben Unternehmenspleiten provoziert, Millionen Menschen in die Arbeitslosigkeit getrieben, die Sozialbudgets der Länder dadurch aufgeblasen und Steuerausfälle in Milliardenhöhe verursacht. Heutige wie auch nachkommende Generationen müssen über Steuern und Abgaben die Folgen für die nun verursachten Schulden und Zinsbelastungen tragen. Mitglieder der EU-Kommission erfreuen sich derweil an ihren überhöhten Supergagen und Superpensionen auf Kosten der Geschädigten.

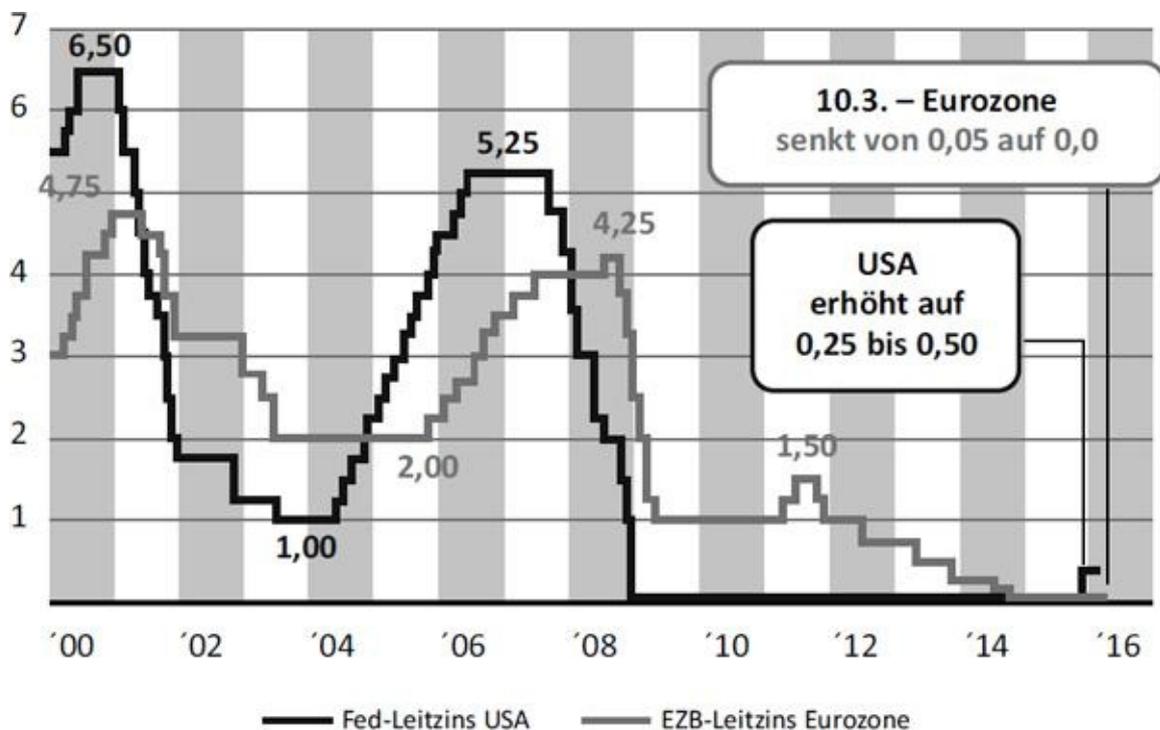
Vorbehalte gegenüber der EU-Kommission finden in einem haarsträubenden Missmanagement ihre volle Berechtigung: Dilettantische Prognosefehler, gravierende Fehleinschätzungen der Krisenursachen und ein eklatanter Missgriff bei der Wahl der Mittel, um die Krise zu bekämpfen. Völlig falsche Prognosen betrafen Budgetsalden, Staatsschulden und künftige Budgetdefizite. Durch laienhafte Analysen wurden die wahren Probleme der Peripherieländer glatt übergangen. Demnach haben die zuständigen Personen in den Institutionen der EU so ziemlich alles falsch gemacht, was man nur falsch machen kann.<sup>311</sup>

Die Kritik zielt zwangsläufig nicht nur auf die EU-Kommission, sondern auch auf den EU-Rat mit den einzelnen Regierungen. Diese tragen letztlich die Maßnahmen der

Kommission mit. Beraten werden alle von den großen US-Banken. Sei es durch deren Mitarbeiter direkt (wie Angela Merkel jahrelang durch Alexander Dibelius von Goldman Sachs) oder über Lobbyisten. Den Lobbyisten haben die Ratingagenturen mit »getürkten« Länderbeurteilungen in die Hände gearbeitet und damit höhere Zinsen für Staatsanleihen herausgepresst. Beide Gruppen werden übrigens von denselben Aktionären beherrscht.

## POLITIKER HÖRTEN AUF DIE FALSCHEN PROPHETEN

Die Zinssenkungen der EZB sind vor allem im angelsächsischen Lager als zu spät und zögerlich (»behind the curve«) kritisiert worden. Tatsächlich begann die US-FED schon in der zweiten Hälfte von 2007 damit, während die EZB bis ins 4. Quartal 2008 hinein noch die Zinsen erhöhte. Unter diesen Aspekten sind die vorgeblichen »Experten« von EZB und Großbanken, von denen sich Regierungen und EU-Kommission beraten lassen, eindeutig die falschen Propheten.



Quelle: APA

Quelle: <http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/ezb-senkt-leitzins-auf-rekordtief—71539839.html>

Die von ihnen und dem Wall-Street-Vehikel Internationaler Währungsfonds (IWF) geforderte Austeritätspolitik führte schließlich in die Rezession. Inzwischen hat wenigstens der IWF zugegeben, dass die negativen Auswirkungen der Sparmaßnahmen in den einzelnen Ländern wohl unterschätzt worden sind. IWF-Präsidentin Christine Lagarde hat daher aus gutem Grund Ende Dezember 2012 sogar den deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble vor »Sparexzessen« gewarnt, der gerade an einem Haushaltsüberschuss bastelte.<sup>312</sup>

Der IWF präsentierte im World Economic Outlook von Oktober 2012 nämlich Erkenntnisse über einen »tatsächlichen Multiplikator ... in der Spanne von 0,9 bis 1,7«, nachdem ein halbes Jahr zuvor von einem niedrigeren Multiplikator ausgegangen worden war. Der Multiplikator drückt den Nachfrageeffekt und damit den Einfluss auf das

Bruttoinlandsprodukt (BIP) aus. Bei ihrer Prognose Anfang 2012 hatten IWF-Experten schwere Fehler gemacht, die jahrelang zu krassen Fehleinschätzungen in den Wachstumsprognosen geführt hatten. Den schlimmsten Prognoseirrtum hat sich der IWF für Griechenland geleistet. Bei seinen Forderungen nach Ausgabenkürzungen und Konsolidierungsplänen, insbesondere in den Jahren 2010 und 2011, haben die »Experten« die negativen Auswirkungen auf Konjunktur und Arbeitslosigkeit in Griechenland kumuliert um 7 Prozentpunkte unterschätzt. Um so viel brach die griechische Wirtschaft wuchtiger ein als vorhergesagt. Hätte man einen höheren Multiplikator unterstellt, dann wären die Prognosen näher an die tatsächliche Entwicklung herangekommen. Die amerikanischen Präsidentenberater Christina Romer und David Romer errechneten für Barack Obamas Konjunkturpaket beispielsweise von vornherein einen Multiplikator von 1,5.<sup>313</sup>

Bei der Berechnung kommt es auch darauf an, ob die Ausgaben durch Kredite finanziert werden. Die Finanzierung der Ausgaben durch Kredite bewirkt, dass zusätzliches Geld in die Volkswirtschaft geleitet wird. Ebenso kann durch Steuererhöhungen bzw. Umverteilungen zusätzliches Geld in die Volkswirtschaft fließen, wodurch aber die Senkung von privaten Ausgaben die höheren Ausgaben des Staates konterkarieren.

Faktum ist: Wenn der Staat spart, um der Schuldenfalle zu entkommen, entzieht er der Wirtschaft Nachfrage, der Geldmenge Volumen und sich selbst Steuereinnahmen bei gleichzeitiger Mehrbelastung für die steigende Arbeitslosigkeit. Über die Folgen gab Mervyn King, der damalige Gouverneur der Bank von England, am 1. März 2011 vor einem britischen Parlamentsausschuss zu Protokoll: »Der Lebensstandard der britischen Bevölkerung wird sich nie wieder auf das Niveau vor dem Ausbruch der Finanzkrise erholen ... Die Haushalte spüren gerade erst den Anfang der vollen Auswirkung der Fehler, die von den Bank-Managern begangen worden waren ... Den Bürgern darf man jedenfalls keine Schuld dafür geben, was auf sie zukommt.«<sup>314</sup> Dass damals noch kein größerer öffentlicher Aufruhr entstanden sei, überrasche ihn zwar, die wahren Kosten der Krise, so Mervyn King, würden aber erst auf die Bürger zukommen.

Lord King war es auch, der die wirtschaftliche Malaise Europas als Resultat einer »gezielten Politik der EU-Eliten« brandmarkte. Er habe sich nie vorstellen können, dass eine Wirtschaftskrise wie in den 1930ern je wieder nach Europa zurückkehren könne wie in Griechenland seit 2009. Dies sei ein entsetzliches Beispiel von missratener Wirtschaftspolitik, erklärte er in einem Vortrag an der London School of Economics.<sup>315</sup>

## GRIECHENLAND ALS KATASTROPHALES BEISPIEL

Unglücklicherweise war Griechenland den Sanierungsvorstellungen der Troika – bestehend aus Bürokraten der EZB, des IWF und der EU-Kommission – gefolgt und hat nach deren Vorstellungen eigentlich alles richtig gemacht. Das Ergebnis: sieben Jahre Rezession, das Bruttoinlandsprodukt von 2008 bis 2015 um 45 Prozent geschrumpft, die Staatsschulden um 33 Prozent weiter gestiegen, deren Anteil am BIP von 103 Prozent im Jahr 2007 auf 177 Prozent im Jahr 2014 explodiert, die Arbeitslosenquote seit 2008 von

sieben auf 27,6 Prozent hochgetrieben, deren Rückführung auf wenigstens 10 Prozent nach Expertenschätzung rund 20 Jahre dauern wird. Auch die »Hilfen« der EU waren nicht gerade förderlich. Denn sie waren nichts weiter als Bürgschaften für zusätzliche Kredite. Zuerst im März 2010 insgesamt 107 Milliarden Euro, im März 2012 dann weitere 130 Milliarden. Die Bürgschaften hatten somit keinen anderen Zweck, als die Staatsschulden trotz eines Schuldenschnitts in Höhe von 100 Milliarden Euro im Jahr 2012 weiter ansteigen zu lassen.<sup>316</sup>

58 Milliarden Euro wurden in die Aufstockung des Eigenkapitals griechischer Banken gesteckt, 55 Milliarden dienten der Rückzahlung auslaufender Staatsanleihen und 11,28 Milliarden dem Rückkauf alter Schulden. Mit weiteren 34,5 Milliarden Euro hat die Regierung internationalen Banken, Versicherungen und Investmentfonds die Teilnahme am Schuldenschnitt von 2012 schmackhaft gemacht. Und von den knapp 47 Milliarden Euro, die tatsächlich im griechischen Staatshaushalt angekommen sind, mussten umgehend 35 Milliarden als Zinszahlungen an die Besitzer von Staatsanleihen weitergeleitet werden. Das versteht man unter »Rettungspaketen«? Wer wurde da gerettet? Jedenfalls nicht die Menschen in Griechenland!<sup>317</sup>

Die vermeintliche Zauberformel der EU-Zentrale – Bekämpfung von Überschuldung und Rezession mit neuen Krediten – ist kläglich gescheitert. Zwar hatten sich die Euro-Finanzminister inzwischen prinzipiell darauf geeinigt, dem Stabilitätsfonds ESM direkte Bankenhilfe zu erlauben, doch hat der deutsche Finanzminister Schäuble eine rückwirkende Finanzierung zur Entlastung des griechischen Staatshaushalts »klipp und klar ausgeschlossen«.

## GANZ EUROPA VERSINKT IM SCHULDENSUMPF

Aber nicht nur Griechenland, sondern fast die ganze Eurozone ächzt unter der erdrückenden Schuldenlast. Denn in den meisten Ländern wächst der Schuldenturm in gigantische Dimensionen. Rund 9,44 Billionen Euro machten die Staatsschulden der Eurozone Ende 2015 aus, 12,477 Billionen Euro jene der gesamten Europäischen Union. Mitte August 2016 war die Verschuldung der Eurozone weiter auf 9,785 Billionen angestiegen.<sup>318</sup>

Mit weiterhin steigender Tendenz bleibt die Staatsschuldenlast in Europa trotz Mini-Zinsen bei der Neuverschuldung ein Fass ohne Boden. Mit 84,8 Prozent Verschuldung in der EU gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) und 91,7 Prozent in der Eurozone im 1. Quartal 2016 ist der Vertrag von Maastricht mit der Obergrenze von 60 Prozent endgültig als gescheitert anzusehen. Auch wenn die Wirtschaft in der EU auf den Wachstumskurs zurückkehrt, bleiben nahezu alle Mitgliedstaaten weit davon entfernt. In Griechenland, Italien, Portugal, Zypern, Belgien und Spanien überstieg der Schuldenstand im 1. Quartal 2016 die Marke von 100 Prozent des BIP. Frankreich lag knapp darunter.<sup>319</sup> Zum einen belasten die Zinszahlungen die nationalen Haushalte. Doch selbst dann, wenn der Schuldendienst unberücksichtigt bleibt und man nur den Primärsaldo betrachtet, erwirtschaften die meisten EU-Staaten weiterhin Defizite. Vor allem in Zypern, Großbritannien, Spanien und Irland gibt der Staat, selbst ohne Zinszahlungen, noch immer

mehr aus, als er einnimmt.

## NUR SECHS EU-LÄNDER MIT EINEM PRIMÄRÜBERSCHUSS

Insgesamt hatten von 28 EU-Ländern 2013 nur sechs einen Primärüberschuss oder wiesen zumindest kein Defizit auf. Alle anderen Staaten würden, wenn man ihnen sämtliche Schulden erlassen hätte, sofort wieder neue Schulden machen. Sollten die Länder weiterhin über ihre Verhältnisse leben, so wird nach Berechnungen des Freiburger Instituts auch 2030 die große Mehrheit der EU-Mitglieder die 60-Prozent-Grenze beim Schuldenstand deutlich überschreiten. In Griechenland droht der Schuldenstand bis 2030 von knapp 181 Prozent des BIP (September 2016) auf rund 280 Prozent des BIP in die Höhe zu schnellen. Doch höchst bedenklich ist die von dem Finanzexperten prophezeite Entwicklung auch in Zypern, Portugal, Irland, Großbritannien und Spanien.<sup>320</sup>

	in Prozent des BIP	Explizite Schulden	Implizite Schulden	Nachhaltigkeitslücke (Gesamtschulden)	Vergleich zum Nachhaltigkeits-ranking 2013
1	<b>Lettland</b>	<b>38</b>	<b>17</b>	<b>55</b>	
2	Italien	128	-23	105	
3	Estland	10	115	125	
4	Portugal	128	3	131	
5	Deutschland	77	81	157	
6	Ungarn	77	95	173	
7	Polen	56	150	206	
8	Litauen	39	212	251	
9	Österreich	81	173	254	
10	Dänemark	45	255	300	
11	Rumänien	38	265	303	
12	Bulgarien	18	305	323	
13	Tschechien	46	306	352	
14	Malta	70	282	352	
15	Schweden	38	327	365	
16	Slowakei	55	411	465	
17	Frankreich	92	368	480	
18	Niederlande	69	432	501	
19	Finnland	58	456	512	
20	Griechenland	175	356	531	
21	Slowenien	70	507	577	
22	Vereinigtes Königreich	87	509	596	
23	Spanien	92	526	618	
24	Bulgarien	105	574	678	
25	Zypern	102	592	694	
26	Irland	123	752	875	
27	Luxemburg	24	1020	1043	
Ø	EU27	87	254	341	

Schuldenabbau  
 etwa gleichgeblieben  
 Schuldenanstieg

### Staatsverschuldung im internationalen Vergleich – Nachhaltigkeitsranking 2014 (in % des BIP)

Quelle: Stiftung Marktwirtschaft. Datenquelle: Europäische Kommission, Eurostat. Berechnungen Forschungszentrum Generationenverträge.

Mit massiven geldpolitischen Interventionen kauft die Europäische Zentralbank zwar Zeit, um den Krisenländern Möglichkeiten für notwendige Strukturreformen und die unerlässliche Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zu eröffnen. Diese Zeit ist bislang allerdings nicht ausreichend genutzt worden. Dies zeigt das Nachhaltigkeitsranking 2014, das die Stiftung Marktwirtschaft erarbeitet hat.<sup>321</sup>

In dieser Darstellung sind die versteckten Schulden inklusive jener Rücklagen enthalten, die ein Land heute bilden müsste, um die Sozialversprechen künftig zu finanzieren. Diese sogenannten impliziten Schulden, die heute formal noch nicht sichtbar sind, resultieren beispielsweise aus dem demographischen Wandel. Insbesondere, wenn soziale Sicherungssysteme nicht ausreichend auf die zunehmende Alterung der Bevölkerung vorbereitet sind. Macht ein Staat gegenüber seinen Bürgern generöse Leistungsversprechen für Rente, Gesundheit oder Pflege, die sich mit den gegenwärtigen Steuer- und Beitragssätzen nicht dauerhaft finanzieren lassen werden, sind fiskalische Probleme in der Zukunft vorprogrammiert. Die implizite Verschuldung gibt folglich an, wie groß die Diskrepanz zwischen zukünftigen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben ist. Da sind aber die Zinsen für die steigende Staatsverschuldung noch gar nicht berücksichtigt. Addiert man die übrigen erwarteten Ausgaben zu den offiziell ausgewiesenen expliziten Schulden der Vergangenheit, erhält man mit der Nachhaltigkeitslücke eine aussagekräftige Größe für die tatsächliche Gesamtverschuldung eines Staates. Und somit ein realistisches Bild der Staatsfinanzen.

Die schon heute errechneten staatlichen Gesamtschulden im Sinne der Nachhaltigkeitslücken übersteigen in fast allen EU-Ländern die jeweilige nationale Wirtschaftsleistung um ein Vielfaches. »Schlusslichter« des Schulden- bzw. Nachhaltigkeitsrankings 2014 mit der vergleichsweise höchsten Staatsverschuldung waren Irland und Luxemburg. Die geringste Gesamtverschuldung aller EU-Staaten hat nach den Berechnungen des »Forschungszentrums Generationenverträge« Lettland, das seit Jahresbeginn 2014 auch Mitglied der europäischen Währungsunion ist. Der baltische Staat weist eine offizielle Staatsverschuldung von 40,4 Prozent des BIP (38 Prozent vor dem Eurobeitritt) auf. Mit einer versteckten Verschuldung von 17 Prozent des BIP steht Lettland sehr gut da. Auf den nächsten Plätzen folgen überraschenderweise Italien und Estland. In Italien ist die Nachhaltigkeitslücke nach Berechnung des Freiburger »Forschungszentrums Generationenverträge« wesentlich geringer als das explizite Defizit. Und zwar aus dem Grund, weil das Land im Rentensystem bereits deutliche Einsparungen für die Zukunft vorgenommen hat. Dennoch bemängelt die Stiftung Marktwirtschaft auch in Rom, Paris und Berlin Reformstillstand.

Deutschland liegt zwar auf einem vermeintlich guten 4. Platz, sieht sich allerdings ebenfalls mit einer steigenden Finanzierungslücke der impliziten Verschuldung konfrontiert. Aber das ohne Berücksichtigung zusätzlicher Ausgaben. In Deutschland ist die in den Sozialkassen schlummernde Staatsschuld jedenfalls im Verhältnis zur Wirtschaftskraft schon jetzt viermal so groß. Doch selbst das ist noch relativ solide verglichen mit Ländern wie Frankreich (359 Prozent des BIP), Griechenland (475 Prozent) oder Spanien (586 Prozent).

## OFFIZIELLE STAATSSCHULDEN — NUR DIE HALBE WAHRHEIT

Die Besonderheit dieses europäischen Gesamtschuldenvergleichs ist also, dass neben den offiziell ausgewiesenen expliziten Schulden auch die zukünftig zu erwartenden Haushaltslücken aufscheinen. Diese scheinen auf, sofern die gegenwärtige Fiskalpolitik unverändert fortgesetzt wird und gleichzeitig in immer stärkerem Ausmaß die Folgen des

demographischen Wandels für die öffentlichen Haushalte spürbar werden. Erste Konsolidierungsfortschritte sind noch viel zu gering, um bereits Entwarnung geben oder gar eine Abkehr vom Konsolidierungskurs empfehlen zu können.

Hört man die selbstzufriedenen Darstellungen des deutschen Finanzministers, dann könnte man meinen, dass das ökonomische EU-Zugpferd Deutschland bereits saniert ist. Dem ist aber nicht so. Denn Deutschlands schwarze Null hat viel mit Sondereffekten zu tun – und nichts mit einem Sparkurs. Aufgrund der stetig gesunkenen Zinsen seit Krisenbeginn im September 2008 hat Jens Boysen-Hogrefe, Ökonom am Institut für Weltwirtschaft in Kiel, für den Bund eine Zinsersparnis für seine ausgegebenen Staatsanleihen von brutto 100 Milliarden Euro errechnet. Schon 2014 musste der Bund statt 58 Milliarden Euro zum Vorkrisenzinssatz von im Schnitt 4,23 Prozent nur rund 29 Milliarden Euro bei einer Zinsbelastung von nur mehr 2,08 Prozent an die Gläubiger abführen.<sup>322</sup>

Die Berliner Haushaltskünste sind außerdem das Ergebnis einer starken Export- wie auch Binnenkonjunktur und enorm gestiegener Steuereinnahmen. Doch diese »einnahmenseitige Sanierung« ist nicht die Leistung der Regierung, sondern die des konjunkturellen Windfall Profit«. Steigende Exporte bewirken zusätzliches Einkommen bei privaten deutschen Haushalten. Ein Teil dieses zusätzlichen Einkommens wird erfahrungsgemäß wieder für den Kauf von Gütern oder für Dienstleistungen ausgegeben. Dies lässt neues Einkommen entstehen. Der ursprüngliche wirtschaftliche Impuls wirkt sich auf die Umsätze in anderen Wirtschaftsstufen aus. So steigt die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland. Viele von ihnen bekommen auch noch ein höheres Gehalt als vor fünf Jahren, wie Daten der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung zeigen. 2015 erzielten Arbeitnehmer bei Tarifabschlüssen ein Plus von 2,5 Prozent. Vor fünf Jahren waren es nur 1 bis 1,5 Prozent. All das lässt die Steuereinnahmen des Bundes ergiebiger sprudeln.



Quelle: Dr. Jens Boysen-Hogrefe, Institut für Weltwirtschaft, Kiel

Deutschlands Finanzminister Schäuble, bekannt für seine vollmundigen Ratschläge an Griechenland, fiel also als Krisengewinnler eine reife Frucht unverhoffter Einnahmen in den Schoß. Die Sparmaßnahmen des Bundes hätten für den ausgeglichenen Haushalt aber nicht gereicht.

Die Aufwendungen konstant zu halten, ist eben nicht gleichbedeutend mit Sparen. Das hätte auch deutlich drastischere Folgen gehabt, kommentierte Gustav Horn, Leiter des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung. Hätte sich der Bund die schwarze Null tatsächlich erspart, dann hätte er wohl die Konjunktur abgewürgt, meint Horn. Es wäre zu ähnlichen – wenn auch wohl schwächeren – Verwerfungen wie in der griechischen Wirtschaft gekommen, so Horn weiter. Der deutschen Wirtschaft ginge es dann längst nicht so gut wie heute. Dass die Regierung kaum gespart hat, ist also noch nicht einmal schlecht. Aber dadurch entfällt die moralische Rechtfertigung, sich gegenüber anderen Ländern als Zuchtmeister aufzuführen.<sup>323</sup>

Die Kehrseite der Medaille äußert sich auch darin, dass die Steigerung der deutschen Exporte für andere Länder eine Steigerung der Importe bedingt. Was dort eine kontraktive Wirkung wie z. B. höhere Arbeitslosigkeit ergeben kann. Das nennt man eine »Beggary-neighbor«-Politik – den Versuch, »den Nachbarn anzubetteln« oder zum eigenen Vorteil auszuplündern.

## ESM-BANK GARANTIERT DIE TRANSFERUNION

Um den IWF im Falle zahlungsunfähiger Staaten nicht mehr zu belasten, haben sich die Eurostaaten inzwischen für künftige Notfälle auf besondere Art aufgerüstet: Von nun an soll der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) als Dauer-Krisenfonds einspringen. Er ergänzt den Euro-Rettungsschirm. Die Gesamtheit der Maßnahmen der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten der Eurozone sollen nach der Eurokrise dazu dienen, die finanzielle Stabilität im gesamten Euro-Währungsgebiet zu sichern. Dazu zählen:

- Bilaterale Kredite als Unterstützungspaket für Griechenland mit einem Gesamtvolumen von 80 Milliarden Euro (»Griechenland-Hilfe«);
- Ankauf von Staatsanleihen gefährdeter Staaten durch die EZB (SMP, September 2012 vom OMT-Programm abgelöst);
- »Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus« (EFSM) und die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), die das zu vergebende Kreditvolumen erhöhen soll;
- Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM), basierend auf dem »Vertrag zur Einrichtung des europäischen Stabilitätsmechanismus«;
- Europäischer Fiskalpakt, basierend auf dem »Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion« (SKS-Vertrag).

Teilweise werden auch die Kreditvergaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) als zum Rettungsschirm zugehörig angesehen.<sup>324</sup>

## ESM AGIERT ALS SUPRANATIONALE MEGA-BANK

Überraschenderweise weiß über das Innenleben der neuesten Mega-Bank kaum jemand Bescheid. Der zugrunde liegende ESM-Vertrag wurde zwar von den Parlamentariern der Euroländer abgesehnet. Doch die Debatten darüber hielten sich in bescheidenen Grenzen. Zu Unrecht. Denn entgegen allen anderslautenden Ankündigungen entpuppt sich der zum 27. September 2012 errichtete ESM de facto zu einer supranationalen Mega-Bank. Das Aktienhaftungskapital liegt bei eingezahlten 80 und insgesamt dotierten (jederzeit abrufbaren) 700 Milliarden Euro. Dieses Eigenkapital macht den ESM zur mit Abstand größten Bank der Welt, mit Bankgeschäften wie Kreditvergabe und Schuldaufnahme durch Emission von Anleihen. Und das ohne Banklizenz oder sonstige einschlägige Genehmigungen sowie außerhalb jeglicher Bankenaufsicht oder Regulierung. Also außerhalb jeglicher Rechtsordnung und ohne jegliche Kontrolle. Sogar das eingezahlte Stammkapital der Europäischen Zentralbank (EZB) beträgt »nur« 7,575 Milliarden Euro – also etwas mehr als 10 Prozent des bisher bar eingezahlten und jederzeit abrufbaren Kapitals des ESM.

Die Aufgabe des ESM besteht darin, die Zahlungsfähigkeit von Ländern wie Banken gleichermaßen mittels Krediten und Haftungen sicherzustellen, wobei finanzielle Hilfsleistungen der Einfachheit halber direkt an die Gläubiger fließen müssen. Die finanziell starken Länder haben künftig für die Schwachen einzuspringen. So schlich sich die nie vereinbarte Transferunion durch die Hintertür in die Realität der EU ein. Nun können 3,5 Billionen Euro an Staatsschulden der Südländer vergemeinschaftet werden. Die Hochfinanz hat somit ihre Wünsche durchgesetzt und kann jetzt ausgiebig Europa plündern. Die Ausweitung der Staatsschulden in Europa ist somit über Jahre hinaus durch die Einbindung der leistungsstarken Länder auch für die südlichen Problemländer möglich. Europa hat sich Zeit erkaufte, um sich den Wünschen der Gläubigerbanken durch Sparpakete und höhere Steuern für die Bürger anpassen zu können.

## VERTRAG VON ANGLOAMERIKANISCHEN JURISTEN

Der entsprechende Vertrag zur Gründung der ESM-Bank wurde von angloamerikanischen Juristen ausgearbeitet. Er gleicht Verträgen amerikanischer Öl- und Minengesellschaften mit afrikanischen Potentaten zur Plünderung der Ressourcen dieser Länder. Mit der Ratifizierung des ESM-Vertrags besiegelten die Regierungen der einzelnen Länder das Ende ihrer eigenen demokratischen, nationalen Rechte. Durch ihn wird Europa künftig finanziell von der Hochfinanz verwaltet – ähnlich wie Afrika – und auf den Status eines monetären Entwicklungslands reduziert.

Der ESM-Vertrag sieht vor, dass die europäischen Finanzminister dem ESM eine Satzung mit Regeln geben. Falls ein Staat der Auffassung ist, dass der ESM entgegen den vertraglichen Vereinbarungen oder der Satzung gehandelt hat, kann es den Europäischen Gerichtshof anrufen. Doch was kann dieser tun? Eine Sanktion ist im Vertrag nicht vorgesehen. Der ESM darf prinzipiell alles tun, was er für erforderlich hält, um Eurostaaten, die von Zahlungsschwierigkeiten betroffen oder auch nur bedroht sind, zu helfen. Er darf hierfür zum Beispiel auch Staatsanleihen auf dem Primär- und dem

Sekundärmarkt aufkaufen oder Eurobonds begeben. So würde der ESM indirekt monetäre Staatsfinanzierung betreiben, die der EZB theoretisch verboten ist. Außerdem ist geregelt, dass sämtliche Entscheidungen des ESM geheim erfolgen, dass die handelnden Organe und die Führungskräfte weder zivilrechtlich noch strafrechtlich für ihre Handlungen belangt werden können und dass die Finanzminister selbst darüber entscheiden, wann ein Interessenkonflikt der Direktoren vorliegt. Der ESM hat keine Veröffentlichungspflichten, keine Finanzaufsicht wird ihn überwachen.

Das hochbrisante Risiko des ESM besteht im Folgenden: Er kann zwar für die redliche Vergabe von Finanzhilfen gegen Auflagen verwendet werden. Von seinem Instrumentarium und seinen nichtexistenten Kontrollmöglichkeiten her ist er aber so ausgestaltet, dass es möglich ist, ohne weitere Parlamentszustimmung die Überweisung von Steuergeld aller Euroländer in unbegrenzter Höhe auf ein Konto des ESM zu verlangen. Das steht dann zur geheimen und freien Verfügung des ESM. Rückzahlungen des einmal eingezahlten Kapitals sind nicht vorgesehen. Aus wirtschaftlicher Sicht wird es durch den ESM im Ergebnis möglich gemacht, die Staatsschulden beliebiger Euroländer durch die Steuerzahler anderer Euroländer tilgen zu lassen. Ohne dass auch nur eine einzige Ursache der staatlichen Überschuldung tatsächlich beseitigt wird. Das ist eine staatlich geförderte Insolvenzverschleppung, die teuer werden kann.<sup>325</sup>

Das Euro-Finanzsystem ist überdies der Garant dafür, dass kein Euroland mehr diesen Zwängen entkommen kann und womöglich so wie früher selber Geld aus dem Nichts schöpft, um seine Schulden zu reduzieren. Es herrscht bedingungsloser Kreditzwang auf dem Umweg über die EZB und die Geschäftsbanken, weil nur auf diesem Weg Geld in Umlauf gebracht werden kann. Der frühere deutsche Verfassungsrichter Paul Kirchhof sah durch dieses System sogar die Souveränität des Staates und die Demokratie gefährdet, »weil Entscheidungen nicht mehr vom Parlament, sondern von Bankengruppen getroffen werden.«

Der Bund deutscher Steuerzahler (BDS) und »Taxpayers-Europe« sprechen inzwischen von einem »Putsch der Regierungen gegen das Volk« und dem »brutalsten Anschlag auf die Demokratie sowie auf die nationale und finanzielle Selbstbestimmung aller freien Europäer seit dem Zweiten Weltkrieg«.

## ESM VERSCHULDET SICH BEREITS BEI DEN BANKEN

Nach anfänglicher Ausgabe von Geldmarktpapieren verschuldet der geschäftsführende Direktor Klaus Regling den ESM bereits seit Januar 2013 durch die Emission von Anleihen bei den internationalen Banken, um so notfalls marode Staaten finanziell über Wasser halten zu können. Regling unterliegt keinerlei Kontrolle und Verantwortung. Bei seiner beginnenden Schuldenorgie stützt er sich auf die Haftung der Euroländer und seiner Bürger. Gleichsam durch die Hintertür haben sich somit die ursprünglich verteufelten Eurobonds in die Eurozone eingeschlichen. Getreu der Taktik von Jean Monnet und Jean-Claude Juncker: Stelle die Staaten, und sei es durch Gesetzesbruch, einfach vor vollendete Tatsachen, dann werden sie schon zustimmen. Doch von einem neuen Schuldenkarussell war nie die Rede gewesen. Ende 2013 hat sich der neue Finanzmoloch bei internationalen

Großbanken bereits mit einem Gesamtvolumen von mehr als 9 Milliarden Euro verschuldet.

Schließlich setzte sich das altbekannte Spiel fort: Die Ratingagentur Moody's entzog nach der Abstrafung von Frankreich dem ESM die Bonitäts-Bestnote AAA (Triple-A) und stufte ihn auf Aa1 herab. Und schon waren höhere Zinsen auf künftig zu emittierende Anleihen zu zahlen. Lag die Durchschnittsrendite der ersten Anleihe vom 8.1.2013 noch bei - 0,0324 Prozent, so musste der ESM im Oktober 2013 für eine fünfjährige Laufzeit bereits eine Rendite von 0,9 Prozent (10 Jahre: 2,0) garantieren. Für eine Anleihe mit zehnjähriger Laufzeit und einem Volumen von 3 Milliarden Euro bot ESM-Chef Regling mitten in der Phase tiefster Zinsen am 20.11.2013 noch eine jährliche Kuponzahlung von 2,125 Prozent an. Diese bezahlt er aus den Steuergeldern der ESM-Länder.

Dass die Eurobonds zu denken geben sollten, hat Otmar Issing, der vormalige Chefökonom im Vorstand von EZB und Deutscher Bundesbank, schon im März 2012 aufgezeigt: »Wer immer Eurobonds propagiert, solle wenigstens der Bevölkerung auch ehrlich die Folgen mitteilen: Enteignung, Inflation und Verlust der Souveränität«. Genau das betrifft den ESM. Er garantiert:

- die Übertragung faktisch unbegrenzter Macht auf die ESM-Bank und deren Organe;
- die Einführung von Eurobonds und damit Haftung für andere Staaten;
- unübersehbare Finanzgeschäfte zu Lasten der EU-Bürger;
- die Zahlungsverpflichtung der Bürger ohne entsprechende Kreditgeberrechte;
- enorm hohe Haftungsrisiken für jeden EU-Bürger;
- die Ausschaltung jeglicher Kontrolle der Bürger über die Verwendung ihres Geldes;
- die Ausschaltung von Kontrolle und Haftung der Gouverneure, Direktoren und ESM-Mitarbeiter;
- finanzielle Sonderrechte inklusive totaler Steuerbefreiung für ESM-Organe und -Mitarbeiter.

## ESM ALS NACHRANGIGER GLÄUBIGER BENACHTEILIGT

Die wahre Brisanz der Einrichtung wurde allerdings hinter einer Nebelwand von Worten und Aktivitäten geschickt versteckt. Der Vertrag im englischen Original ist zudem eher verwirrend formuliert. Sein hochgefährlicher Inhalt ist hinter raffinierten Formulierungen verborgen und in der deutschen Übersetzung zumindest in einem wichtigen Punkt irreführend: Eine juristische Analyse der amerikanischen Citibank hat nämlich ergeben, dass der ESM als Gläubiger jener Staaten, denen er Geld geborgt hat, keineswegs bevorrechtet ist, sondern hinter dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und den anderen Gläubigerbanken zurückstehen muss. Somit finanziert der ESM letztlich die internationalen Gläubigerbanken auf dem Umweg über zahlungsunfähige Staaten. Er kann den Gläubigerbanken notfalls auch direkt die notleidenden Staatspapiere und -kredite mit dem Geld der Steuerzahler anderer Länder ablösen. Denn genau das und nichts anderes ist

der Zweck dieser Einrichtung. Der Bund Deutscher Steuerzahler (BDS) resümiert daher: »Der ESM nutzt ausschließlich der internationalen Finanzoligarchie und den politischen Eliten Europas.«<sup>326</sup>

Auf Anfrage des kritischen deutschen Europaabgeordneten Elmar Brok (CDU) legte die in Luxemburg angesiedelte Eurobehörde offen, dass auf jeden Bürger der verschiedenen Staaten unterschiedlich hohe Beitragszahlungen entfallen:<sup>327</sup>

- Luxemburg 373 Euro
- Irland 277 Euro
- Niederlande 273 Euro
- Finnland 265 Euro
- Deutschland 265 Euro
- Österreich 262 Euro
- Belgien 249 Euro
- Frankreich 249 Euro
- Italien 241 Euro
- Spanien 207 Euro
- Griechenland 200 Euro
- Estland 116 Euro.

Mit diesen Beiträgen finanzieren die Steuerzahler u.a. auch die Topgehälter der Angestellten mit absoluter Steuerfreiheit. Klaus Regling kassiert ein jährliches Grundgehalt von brutto 324.000 Euro im Jahr und verdient somit weit mehr als seine Bundeskanzlerin mit 190.000 Euro. Mit Aufwandsentschädigung und Abgeordnetendiät kommt sie auf weniger als 290.000 Euro. Auch die normalen Mitarbeiter des ESM dürfen sich über eine ordentliche Bezahlung freuen. Für leitende Angestellte sind 64.000 bis 167.000 Euro jährlich vorgesehen; für Assistenten und Hilfskräfte ein Mindestbetrag von 22.000 Euro und eine Höchstgrenze von 72.000 Euro. Hinzu kommen noch die in der EU üblichen üppigen Zulagen und absolute Immunität gegen jegliche Strafverfolgung. Verschwendung und Korruption werden erst gar nicht entdeckt, weil es keine Kontrolle gibt. Die Gehälter seiner rund 100 Mitarbeiter legt ESM-Geschäftsführer Regling übrigens selbst fest.

Das Nord/Süd-Gefälle macht deutlich, dass Brüssel den Ländern Südeuropas erlaubt, ihre Rechnung für die geringere Wirtschaftsleistung an den Norden weiterzugeben, der sie abuarbeiten hat. Das bestätigt ein Blick auf die TARGET2-Salden der Länder des Eurosystems. Der TARGET2-Saldo ist der Betrag, der Forderungen bzw. Verbindlichkeiten einer nationalen Zentralbank gegenüber der Europäischen Zentralbank (EZB) darstellt. Forderungen bzw. Verbindlichkeiten, die im Zuge der Abwicklung grenzüberschreitender Zahlungen über das Zahlungsverkehrssystem TARGET2 entstanden sind. Bei Überweisungen an die betroffene Zentralbank entstehen Forderungen, im umgekehrten Falle Verbindlichkeiten.<sup>328</sup> Lediglich Deutschland (655,5 Milliarden Euro),

Luxemburg (148,3), Niederlande (73,7) und Finnland (73,4) hatten Anfang September 2016 nennenswerte Überschüsse, Zypern und Estland hatten nur minimale. Der Rest der Euroländer ist im negativen Bereich. An der Spitze Spanien mit -294,7 Milliarden Euro, Italien (-276,2) und Griechenland (-93,7). Denn folgen Portugal, Frankreich, Österreich und Belgien.<sup>329</sup>

Die EU-Bürokraten kommen mit dieser Art von Inkasso bei den europäischen Steuerzahlern in unterschiedlicher Höhe dem erklärten Ziel aller Euro-Rettungsaktionen über EZB und ESM immer näher. Dem Ziel der »Überwindung des europäischen Nationalstaates«, wie der frühere Präsident der Europäischen Kommission und heutige Berater des EU-Gläubigers Goldman Sachs, Manuel Barroso, erklärte. Barroso forderte die »Aufgabe der Fata Morgana der nationalen Unabhängigkeit«. Die EU-Kommission habe nicht nur das Recht, nationale Gesetze auf Übereinstimmung mit den – von der Kommission festgesetzten und keineswegs unbestrittenen – »Werten der europäischen Gemeinschaft« zu überprüfen (sprich: deren Änderung zu verlangen). Das gelte vielmehr auch für die Verfassungen der einzelnen Mitgliedstaaten selbst. Die völlig undemokratisch eingesetzten und nie demokratisch gewählten EU-Kommissare maßen sich also an, jede Verfassung zu überprüfen und womöglich deren Abänderung oder gar Aufhebung im Sinne ihres geplanten großeuropäischen Superstaates zu fordern.

# KAPITEL 16

## DAS FINANZSYSTEM KRACHT IMMER WIEDER

Das Euroexperiment wird scheitern, wenn nicht grundsätzlich Strukturen des Finanzsystems geändert werden. Diese Schlussfolgerung drängt sich auf, wenn man die Entwicklung anhand von historischen Parallelen kritisch betrachtet. Denn die monetären Klimmzüge von EZB-Präsident Mario Draghi am Plafond des Finanzsystems können das Wirtschaftswachstum nicht so recht in Schwung bringen, wie es die weisen Sprüche der neoliberalen Wirtschaftspolitiker und der Monetaristen vorausgesagt haben. Und was dann kommt, hat der britische Wirtschaftshistoriker Niall Ferguson schon früher diagnostiziert.<sup>330</sup> Und dass das nötige Wachstum von wenigstens 4 Prozent zur Bereinigung der Schuldenkrise aller Wahrscheinlichkeit nach ein Wunschkonzert bleiben wird, hat schon vor Jahrzehnten der Wirtschaftswissenschaftler Kenneth Boulding prophezeit:

*»Wer glaubt, dass unendliches Wachstum in einer endlichen Welt möglich ist, ist entweder ein Irrer oder ein Ökonom.«*

Boulding hatte immerhin 1.000 Veröffentlichungen und etwa 40 Monographien zu Papier gebracht und wurde mit über 30 Ehrendoktorwürden (u.a. der Michigan State University) ausgezeichnet. Er lehrte an der Harvard University, der University of Chicago, der University of Michigan und der University of Colorado at Boulder. Unter anderem war er Präsident der American Economic Association, der Society for General Systems Research, der International Peace Research Society und der American Association for the Advancement of Science.<sup>331</sup>

Dagegen nehmen sich die Finanzakrobaten Mario Draghi (EZB), Ben Bernanke (ehemals FED-Präsident), Janet Yellen (derzeit FED-Präsidentin) und Mark Carney (Gouverneur der Bank of England) wie Studenten aus. Sie haben jahrelang erfolglos in der Finanzwelt agiert und dabei nur die Staatskassen geleert und die Staatsschulden erhöht. Die westliche Welt versinkt immer tiefer im Schuldensumpf.

### EIN VERSCHULDETES LAND ENTGEHT SELTEN DER KRISE

Die Krise wird Jahr für Jahr verlängert und trägt Merkmale wie alle anderen zuvor auch: Die Fähigkeit der Staaten reicht nur begrenzt aus, um die Schulden zu bedienen. Dadurch kollabiert das System periodisch, ehe der Zyklus von Neuem beginnt. In dieser Phase des kollabierenden Systems befinden wir uns bereits. Alles, was seit 2009 an Rettungsmaßnahmen unternommen wurde, waren Experimente mit ungewissem Ausgang. Denn bisher in der Geschichte haben lediglich Kriege den Kollaps des Systems vertuscht, sofern es nicht in einer der unzähligen Staatspleiten endete. Beides ist auch jetzt möglich.

Die Kriegstrommeln in den USA und der NATO werden immer lauter. Und Staatsbankrott war schon in der Vergangenheit kein Fremdwort.

Außerdem folgten nach Umschuldungen oft weitere Ausfälle, warnte die Ratingagentur Moody's Anfang August 2012 unter Hinweis auf eine kurz zuvor publizierte Studie über Staatspleiten. Demnach war es eine Seltenheit, dass Ausfälle schnell und in einem Durchgang gelöst wurden. Das jüngste Beispiel dafür ist Griechenland, das sein Schuldenproblem trotz mehrerer Rettungspakete nicht in den Griff bekommen konnte.

Moody's bestätigt mit diesen Erkenntnissen auch Kenneth Rogoff von der Harvard-Universität, der nach Veröffentlichung seines Werks »Dieses Mal ist alles anders« 2008 meinte: »Dass ein verschuldetes Land der Krise entgehen kann, kommt sehr selten vor.« Gemeinsam mit seiner Kollegin Carmen Reinhart (damals Universität von Maryland) trug der frühere Berater des IWF acht Jahre lang Daten über Staatsschulden von 77 Ländern zusammen und studierte die Systematik der Staatspleiten. Alle hatten enorme Schuldenberge. Konnten die nicht bedient werden, folgte eine Rezession, die wiederum sinkende Steuereinnahmen nach sich zog. Je mehr Schulden, desto gefährlicher. Sind Banken Krisen der Auslöser, dann kommt es in der Folge zu signifikant fallenden Steuereinnahmen und stark steigenden Staatsschulden. Genauer: In den vergangenen zwei Jahrhunderten haben Banken Krisen die Staatsverschuldung um durchschnittlich 86 Prozent ansteigen lassen. Der Grund dafür liegt darin, dass Regierungen dazu tendieren, über eine expansive Finanzpolitik die Konjunktur zu stimulieren. So wie es in den USA und Europa ab 2008 geschehen ist. Auch Serien von Zahlungsausfällen sind dem Finanzsystem immanent. Internationale Ausfallswellen liegen aber meist viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte auseinander.<sup>332</sup>

In den vergangenen Jahrhunderten brach in vielen Staaten das Finanz- und Schuldensystem etwa alle 50 bis 60 Jahre zusammen. Frankreich erlebte acht Staatsbankrotte zwischen 1558 und 1788, Spanien sechs Pleiten zwischen 1557 und 1647. Seit 1800 konnten deutsche Regierungen achtmal ihre Schulden nicht bezahlen, das letzte Mal 1948. Griechenland ging in dieser Zeit nur fünfmal bankrott, zuletzt 1932.

Die durchschnittliche Dauer solcher Ausfallsperioden betrug im Zeitraum von 1800 bis 1945 sechs Jahre. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren es drei Jahre. War eine Lösung für die Zahlungsausfälle gefunden und eine Umschuldung durchgeführt, begann die Anhäufung der Schulden zwangsläufig von Neuem.

## FINANZKRISEN SCHLIMMER ALS KONJUNKTURKRISEN

Eine wesentliche Erkenntnis von Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff war, dass solche Einbrüche viel schlimmer sind als »normale« Konjunkturkrisen. Das zeigt der internationale Vergleich: Vom jeweiligen Höhepunkt einer Finanzkrise aus gerechnet, sanken die (realen) Immobilienpreise im Durchschnitt sechs Jahre lang, und zwar um 35 Prozent. Die Aktienkurse sanken über einen Zeitraum von dreieinhalb Jahren sogar um 56 Prozent, während die Arbeitslosenrate in vier Jahren um nicht weniger als 7 Prozentpunkte ansteigt. Also von etwa 5 Prozent auf 12 Prozent. Der Schuldenstand des Staates hat sich

fast verdoppelt. Aber diese Zahlen sind nur Mittelwerte. Es kann noch schlimmer kommen. Denn die Finanzkrise in Japan begann schon in den frühen 1990er-Jahren nach einem Aktien- und Immobilienboom ohnegleichen. Heute, 20 Jahre später, ist sie noch immer nicht ausgestanden.

In Ländern mit Fiat-Geld, also dem wertlosen papierernen »Luftgeld«, kam es in den letzten hundert Jahren überdies immer wieder zu Hyperinflation, die mit Finanzkrisen einherging. In den 1920er-Jahren in der deutschen Weimarer Republik, 1922 in der Sowjetunion, von 1921 bis 1923 in Österreich, von 1921 bis 1924 in Ungarn, von 1921 bis 1924 in Polen, 1943/44 in Griechenland, 1945/46 in Ungarn, 1949/50 in der Volksrepublik China, 1985 in Bolivien, 1988 in Nicaragua, 1989 in Polen, 1989/90 in Brasilien, 1989/90 in Argentinien, 1990 in Peru, in den frühen 1990er-Jahren in Bosnien und Herzegowina und Jugoslawien, von 1990 bis 1994 in Zaire, 1992 in Russland, von 1992 bis 1994 in Georgien, 1994 und 1996/97 in Angola sowie 2008/09 in Simbabwe. In allen genannten Staaten betrug die monatliche Inflationsrate mehr als 50 Prozent. Auch die USA blieben in den 1980er-Jahren nicht von zweistelligen Inflationsraten verschont.<sup>333</sup>

## DIE TÜCKEN DES FINANZSYSTEMS

Wegen der Folgewirkungen sind Finanzkrisen daher immer eine große Gefahr für Wachstum und Wohlstand. Darin ähnelt das gegenwärtige Ablaufmuster früheren Krisen. Dass derartige Verwerfungen durchaus als Bestandteil des Wirtschafts- und Finanzsystems anzusehen sind, beschrieb auch der Wirtschaftshistoriker Charles Kindleberger in seinem Buch »Manias, Panics and Crashes: A History of Financial Crises«. Er zählte zwischen 1772 und 2000 exakt 44 Finanzkrisen. Vorangegangen war so wie in den Jahren vor 2008 immer eine unkontrollierte Geldvermehrung, die zu Instabilität infolge verstärkter Spekulation führte. Ein derartiges Muster erleben wir gerade seit 2012.

Weil viele Staaten über ihre Verhältnisse gelebt haben, indem sie mehr Geld ausgegeben als über Steuern eingenommen haben, manövrierten sie sich ahnungslos in die Schuldenfalle. Denn die drei gleichgeschalteten Zentralbanken – Bank von England, US-Federal Reserve und EZB – beherrschen das Geld- und Finanzwesen diesseits und jenseits des Atlantiks. Ein Geld- und Finanzwesen, das mit einer ganzen Reihe von Fallen gespickt ist, die ein Entkommen unmöglich machen. Denn es ist antiquiert und auf Bankschulden aufgebaut. Die Zentralbanken verleihen aber Geld nur an die Geschäftsbanken, denen somit Staat, Unternehmen und Haushalte unwiderruflich ausgeliefert sind. Denn sie haben durch Geldschöpfung »aus dem Nichts« 97 Prozent der weltweiten Geldmenge geschaffen. Und das sind zurzeit bereits mehr als 212 Billionen Dollar. Die jährliche Zunahme liegt gegenwärtig nur wenig über den aus der Realwirtschaft abgesaugten Zinszahlungen.

Die Realwirtschaft benötigt aber eine permanente Ausweitung der Geldmenge, die nur durch neue Kredite geschaffen werden kann. Verringert die Summe von Zinszahlungen und Kredittilgungen die umlaufende Geldmenge, muss zwangsläufig auch die Wirtschaftsleistung stagnieren oder sich sogar verringern. Denn gemäß der Quantitätstheorie, die auch die Grundlage für die geldpolitische Auffassung des

Monetarismus bildet, muss bei jedem Kauf oder Verkauf von Gütern gegen Geld der gezahlte Geldbetrag genau der Gütermenge multipliziert mit dem Einzelpreis entsprechen. Dieser Zusammenhang auf die gesamte Volkswirtschaft übertragen führt zu der Feststellung, dass der Geldstrom genau dem wertmäßigen Güterstrom entspricht. Damit ist auch das Rätsel der immensen und kaum mehr tragfähigen weltweiten Staatsverschuldung gelöst. Aber auch das Rätsel um die stockende Wirtschaft in den westlichen Industriestaaten.

Dabei offenbart sich ein fataler Fehler des Finanzsystems. Wenn der Kreditnehmer sein Kreditkonto durch die »Rück«-Zahlung auf Null stellt, war es bei ihm real letztlich ein »Null-Summenspiel«. Die Bank indes hatte plötzlich statt des Luftgeldes real erwirtschaftetes Geld erhalten. Und zu dem Kreditbetrag auch noch Zinsen. Dadurch entsteht bei jedem Kreditnehmer eine stetig anwachsende monetäre Lücke. Weil aber alle Banken von ihren Kreditnehmern insgesamt mehr Geld erhalten, als sie ihnen zuvor geliehen haben, entsteht in der Realwirtschaft auch insgesamt eine monetäre Lücke, die durch neue Kredite wieder gefüllt werden muss. Sie muss gefüllt werden, um zu verhindern, dass die Wirtschaft durch Geldmangel stranguliert wird. Der Geldmengentransfer aus der Realwirtschaft kumuliert als spekulatives Kapital in der Finanzwirtschaft. So nährt sich die Finanzwirtschaft als Parasit der Realwirtschaft.

Gemäß der vorherrschenden Lehrmeinung besteht auch zwischen der Geldmenge und dem Preisniveau ein direkter Zusammenhang. Angenommen wird dabei, dass sich jede Änderung der umlaufenden Geldmenge auf die Preise der Güter niederschlägt, indem z. B. eine Ausdehnung der Geldmenge die Ursache für eine nachfolgende Steigerung des Preisniveaus ist.

Der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Irving Fisher (1867–1947) hat diese Gleichung insofern erweitert, als er die umlaufende Geldmenge mit der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes multiplizierte. Diesem Betrag sollte auf der anderen Seite das Handelsvolumen – also des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – entsprechen, das sich aus allen umgesetzten Gütern und Dienstleistungen in einer Periode multipliziert mit dem Preisniveau ergibt. Gemäß dieser Quantitäts- oder Verkehrsgleichung entspricht die Geldseite der Güterseite in einer Volkswirtschaft. Jede Veränderung der Geldseite bewirkt eine entsprechende Veränderung auf der Güterseite und umgekehrt. Die Gleichung lautet also:

$$\text{Geldmenge} \times \text{Umlaufgeschwindigkeit} = \text{Gütermenge} \times \text{Preise}$$

Die linke Seite der Gleichung stellt die Geldmenge bzw. den Geldstrom in einem bestimmten Zeitraum dar. Die rechte Seite gibt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen an, also das nominale BIP. Die Gleichung besagt demnach, dass der Geldstrom in einer Volkswirtschaft dem Güterstrom entspricht. Anders ausgedrückt bedeutet dies, dass der Gütermenge eine Geldmenge entgegensteht und die Quantitätsgleichung das Verhältnis von Gütern und Zahlungsmitteln in einer Volkswirtschaft beschreibt.

Ändert sich eine Variable der Gleichung, muss sich eine weitere Variable ändern, damit die Gleichung weiterhin auf beiden Seiten aufgeht. Damit impliziert die Gleichung, dass zum Beispiel eine Ausweitung der Geldmenge in einer Volkswirtschaft, der keine äquivalente Ausweitung der Gütermenge entgegensteht, zu einem Anstieg der Preise führt.

Auf der einen Seite der Gleichung hat sich die Geldmenge erhöht, auf der anderen Seite sind die Preise (in gleicher Höhe) gestiegen. Eine Geldmengenausweitung führt bei gleicher Gütermenge gemäß dieser Gleichung zu steigenden Preisen, um das gestörte Verhältnis zwischen Geld- und Gütermenge wieder auszugleichen. Diese Gleichung hat sich bislang als absolut richtig herausgestellt. Alternativ könnte sich die Gütermenge ausweiten, um das Gleichgewicht wieder herzustellen. Oder die Umlaufgeschwindigkeit könnte sich verringern.

Die Umlaufgeschwindigkeit wird als relativ konstant angenommen, da diese Variable von einer Vielzahl festgelegter Zahlungsgewohnheiten abhängt (z. B. Löhne, Gehälter, Steuern). Diese ändern sich nur langsam und unterliegen somit keinen kurzfristigen Veränderungen. Bei schwerer Inflation steigt allerdings auch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, denn wenn das Geld ständig entwertet wird, will niemand es lange behalten. In Zeiten der Deflation hingegen wird das Geld eher gehalten, da durch die Preisrückgänge die Waren immer günstiger werden und es sich somit lohnt, mit einer Investition zu warten.

Eine Erhöhung der Geldmenge auf der einen Seite wird immer dann zu Preiserhöhungen und damit zu inflationären Entwicklungen auf der anderen Seite führen, wenn Vollbeschäftigung in der Wirtschaft herrscht und die Gütermenge nicht gleichzeitig erhöht werden kann. Der Geldwert bzw. die Kaufkraft des Geldes hängt demnach von der Geldmenge, der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und dem Handelsvolumen ab. Das bedeutet, dass die Geldmenge und die Gütermenge gesamtwirtschaftlich immer im richtigen Verhältnis stehen müssen, damit der Geldwert stabil bleibt. Für den Fall, dass die Geldmenge schneller ansteigt als die Gütermenge, ist die Folge Inflation. Steigt die Gütermenge schneller als die Geldmenge, folgt Deflation.<sup>334</sup>

## ZINSAHLUNGEN WIRKEN ALS SCHULDENPEITSCHEN

Selbst wenn das nicht bezahlte Kreditvolumen gleich bleibt, kommt es durch die notwendigen Zahlungen der Kreditzinsen zu einem Schrumpfen der Geldmenge in der Realwirtschaft und damit zu einer Umverteilung der entsprechenden Gelder von Wirtschaft und Haushalten zu den Banken. Diese erzwungene Abschöpfung der Geldmenge aus der Realwirtschaft muss natürlich ausgeglichen werden – was wiederum nur durch noch mehr Schulden geschehen kann. In jeder Volkswirtschaft wirken daher die Zinszahlungen über die Tilgungen hinaus als regelrechte Schuldenpeitschen, mit der Wirtschaft, Staat und Haushalte immer tiefer in die Verschuldung getrieben werden. Das Ziel ist es, die Geldmenge zu erhalten, um somit überleben zu können.

Darüber hinaus ergibt sich dadurch ein Zwang zum Schuldenwachstum. Der Zwang, dass die Unternehmen ständig rationalisieren, investieren und die Produktivität erhöhen müssen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Eine Stagnation würde zur permanenten Freisetzung von Arbeitskräften und damit steigender Arbeitslosigkeit führen. Wachstum ist daher unerlässlich, setzt aber eben eine Ausweitung des Kreditvolumens voraus.

## ZINSESZINSEN VERSCHÄRFEN DAS PROBLEM

Bei der Staatsverschuldung verschärft sich die Misere dann, wenn eine Regierung sogar für die Bezahlung der Zinsen neue Kredite aufnehmen muss. Dann nämlich manövriert der Staat seine Bürger in die Zinseszinsfalle: Nicht ohne Grund merkte Physik-Nobelpreisträger Albert Einstein schon 1921 ironisch an: »Die größte Erfindung des menschlichen Denkens ist der Zinseszins« und: »Der Zinseszins ist die stärkste Kraft des Universums.« Und genau dieser treibt die Verschuldung all jener Länder gnadenlos immer schneller hoch, die ihre jährlichen Zinszahlungen fahrlässig durch neue Schulden finanzieren. Und das betrifft inzwischen die meisten Industriestaaten. Die Warnung der Ratingagenturen an mehrere Staaten, dass ohne aggressivere Sparmaßnahmen auch das Triple-A-Rating (»AAA«) wackle, kommt daher nicht von ungefähr.

In Deutschland warnte die Deutsche Bundesbank schon 1997, nachdem sie die Dramatik der Staatsverschuldung erkannte, als sie sich auf die Spur der Schuldenwirtschaft begab und u.a. zu dem Ergebnis gelangte: »Als Warnzeichen muss insbesondere gelten, dass der Anstieg der Schuldenquote in den letzten Jahren ... wesentlich mit der hohen Zinsbelastung zusammenhängt. Damit nährt sich die Verschuldung aus sich selbst heraus.« Die Neuverschuldung dient also dann, wenn die Zinsen mittels neuen Krediten bezahlt werden, nur noch der Finanzierung der von ihr selbst erzeugten, stetig steigenden Zinslast mit jährlich immer höherem Schuldenwachstum.

Deutschland hat dieses Problem zwar derzeit nicht mehr. Denn durch die sinkenden Zinsen seit 2009 hat sich der Bund bereits 100,9 Milliarden Euro an Zinsen erspart. Allerdings verteilt auf künftige Jahre, weil die Ersparnis von der Umschuldung auf neue Staatsanleihen mit niedrigster Verzinsung herrührt. Dies ist der wesentliche Teil des »Stabilitäts-Wunders« im deutschen Staatshaushalt.<sup>335</sup> Doch Schäubles Medaille hat auch eine Kehrseite. Nach Analyse von Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn sind durch die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) den deutschen Sparern im Vergleich zu den Zinsen, die Ende 2007 vor dem Ausbruch der Krise zu erzielen waren, seit 2008 etwa 300 Milliarden Euro entgangen. Pro Jahr liege der Verlust damit bei 60 bis 70 Milliarden Euro.<sup>336</sup> In einer anderen Analyse errechnete das genossenschaftliche Zentralinstitut DZ Bank im Februar 2015, dass deutschen Sparern von 2010 bis 2014 Zinseinkünfte in Höhe von 190 Milliarden Euro entgangen sind.<sup>337</sup>

Doch das Blatt wendet sich, wenn die Zinsen wieder steigen. Am Beispiel Österreichs lässt sich das leicht nachvollziehen: Im Bundesvoranschlag wurde für 2011 die Steigerung der Finanzschulden des Bundes fast punktgenau in Höhe der Zinslast von 7,5 Milliarden Euro geschätzt. Mit den Zinsen steigen auch die Schulden.

Wenn die Zinsen für Staatsanleihen wegen der steigenden Inflation wieder über 5 Prozent ansteigen – in Deutschland liegt die Durchschnittsverzinsung derzeit bei 2,15 Prozent, in Österreich bei etwas unter 3 Prozent –, verdoppelt sich die Staatsschuld in diesen Ländern auch bei Stagnation der sonstigen Ausgaben allein durch die Zinszahlungen bereits in 14 Jahren oder noch rascher, je höher die Zinsen steigen. Griechenland war das erste Opfer. Weitere werden folgen.

## ZINSSCHWELLE ZUM POINT OF RETURN

Steigt nun die Rendite von Staatsanleihen bei hoher Verschuldung und schwacher Wirtschaftsentwicklung eines Landes, so gerät es in immer größere Schwierigkeiten. Die Kölner Vermögensverwaltung Flossbach & von Storch hat so etwas wie eine »kritische Zinsschwelle« definiert: Sobald ein Land 30 Prozent oder mehr seiner Steuereinnahmen alleine für Zinszahlungen aufwenden müsse, nehme die Gefahr eines Staatsbankrotts zu. Bei einem Anteil von 40 Prozent sei sogar ein »Point of no Return« erreicht. In diesem Falle helfe nur noch der Schuldennachlass.<sup>338</sup>

Für jedes verschuldete Land gibt es demnach eine kritische Zinsschwelle. Anfang 2011 war zu erkennen, dass sowohl in Griechenland als auch in Irland die kritische Zinsschwelle überschritten wurde. Damit diese Länder lebensfähig bleiben, wurden sie »vom Markt genommen« und aus Fonds des IWF und der Europäischen Union versorgt. Bei Griechenland war nicht nur die kritische Zinsschwelle weit überschritten, sondern das Risiko von Zahlungsschwierigkeiten bei anhaltend hohen Zinsen groß.

Abgesehen von Griechenland hatte Irland zum Jahresende 2010 mit 6,4 Prozent knapp die kritische Schwelle überschritten. Portugal, Spanien und Belgien verfügten noch über Spielraum, sodass keine unmittelbare Insolvenzgefahr bestand. Auch Japan mit 0,7 Prozent aktuellem Zinssatz gegenüber dem kritischen Zinssatz von 2,6 Prozent und die USA mit 2,0 gegenüber 6,2 waren davon weit entfernt.

Unter diesen Aspekten war die Krisenbekämpfung mit Bankenrettungs- und Konjunkturprogrammen in den Jahren 2009/2010 eine geradezu tödliche Medizin. Sie hat lediglich die Probleme von den Banken an die Staaten übertragen und diese noch tiefer in den finanziellen Morast geführt. Sogar im reichen Deutschland stieg die Verschuldung sprunghaft um 10 Prozent. Die New Yorker Großbanken als Verursacher zur Kasse zu bitten, wäre daher durchaus legitim.

Allgemein werden Staatsschulden und deren Wachstum mit dem Bruttoninlandsprodukt (BIP) verglichen. Sinnvoll kann aber nur der direkte Vergleich des Schuldendienstes mit den Steuereinnahmen des Staates sein. Denn von diesen muss der Zinsendienst ja bezahlt werden. Da während der Rezession 2009 die Steuereinnahmen zurückgingen, die Zinszahlungen aber weiter stiegen, öffnete sich die Defizitschere noch weiter.

Gemessen an den Steuereinnahmen von rund 532,0 Milliarden Euro ergab sich in Deutschland für das Jahr 2010 eine Zinssteuerquote von 12 Prozent, das heißt: Knapp jeder achte Euro der Steuereinnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts entfiel auf Zinsausgaben. In Österreich lag die Quote bei rund 10 Prozent. Durch die niedrigen Zinsen dürften sich diese Relationen gleichfalls verringert haben.

Staatsausgaben haben einen Multiplikator, das heißt, dass der Nachfrageeffekt eines Euro in der Wirtschaft höhere Umsätze generiert. Dabei macht es einen Unterschied, ob die Ausgaben durch Kredite finanziert werden, wodurch zusätzliches Geld in die Volkswirtschaft geleitet wird, oder durch Steuererhöhungen bzw. Umverteilung, wodurch die Senkung von privaten Ausgaben die höheren Ausgaben des Staates konterkarieren.

## ZINSAHLUNGEN AN DIE GLÄUBIGER HABEN VORRANG

2008/09 mussten in den USA und Europa zahllose Banken von den Staaten gerettet werden, die dadurch sprunghaft tiefer in die Verschuldung oder sogar selber an den Rand des Ruins getrieben wurden. Dennoch genießen die geretteten Banken weiterhin absoluten Vorrang beim Kassieren der Zinsen vom Staat und somit auch den Erstzugriff bei der Verteilung des BIP. Nicht einmal einen Zinsnachlass wollten sie den Staaten und ihren Bürgern für die eigene Rettung zugestehen. Ihre Ansprüche sind nicht nur vorab vertraglich festgelegt, sondern nehmen, bedingt durch den Automatismus des Zinseszins effekts, auch noch von Jahr zu Jahr automatisch zu – unabhängig von Wirtschaftswachstum und Rezession.

Der Staat wiederum holt sich seinen Anteil vom Kuchen des BIP zwangsweise über die Steuereintreibung bei den Bürgern. Die Umverteilung von unten nach oben, von den Realeinkommen zu den Geldeinkommen, hat bei der Verteilung des BIP also immer Vorrang. Die Arbeitnehmer sind immer die letzten in der Verteilungspyramide, da ihr Anteil von den Unternehmen kommt.

Wenn das Wachstum von Unternehmen über Kredite finanziert ist, aber nicht mit den garantierten Ansprüchen der Geldverleiher Schritt hält, müssen die steigenden Kapitalansprüche entweder durch Einsparungen im Lohnbereich, Freisetzung von Arbeitskräften oder Rückstellungen von Investitionen kompensiert werden – oder durch Inflation.

Unter den heutigen Bedingungen kann also Vollbeschäftigung und Kaufkraftstabilität nur durch ein Wirtschaftswachstum aufrechterhalten werden, das mindestens so hoch ist wie die von Jahr zu Jahr exponentiell wachsenden Ansprüche des Kapitals. Dies ist aber nicht der Fall. Nur die Ansprüche der Banken nehmen von Jahr zu Jahr automatisch zu – egal ob Wirtschaftswachstum oder Rezession.

Die beste und einfachste Hilfe für Schuldner wäre eine Reduzierung oder Aussetzung der Zinszahlungen. Das wäre auch legitim angesichts des hohen Aufwands für die Bankenrettung. Doch diese Lösung will die Finanzwirtschaft als eiserne Regel im Bankgeschäft nicht einmal andenken. Warum? Weil die Hochfinanz dann eine Lawine von Forderungen nach Zinsnachlässen befürchtet, die ihr wackeliges Schwindelsystem mit der Gelderzeugung aus dem Nichts und dem dennoch dreisten Einfordern von überhöhten Zinsen gefährdet.

## SCHLUSSBETRACHTUNG

Die Welt ist nicht so, wie alle glauben. Und nichts bleibt, wie es einmal war. Nur der Glaubenssatz des Volksmunds hat Bestand: Geld regiert die Welt.

Auch das Zitat von Benjamin Disraeli (1804–1881), dem zweimaligen britischen Premierminister und Schriftsteller, aus dem Jahr 1844 hat noch immer Gültigkeit: «Die Welt wird von anderen Leuten regiert, als es das Volk zu wissen glaubt».

Und an Carroll Quigley, einst Professor an der Georgetown University in Washington D.C. und Insider der Hochfinanz, ist ebenfalls nicht zu zweifeln, der in seinem Buch »Katastrophe und Hoffnung« 1963 schrieb: »Die Kräfte des Finanzkapitalismus haben einen weitreichenden Plan, und zwar nichts Geringeres, als ein Weltsystem der finanziellen Kontrolle in privater Hand zu schaffen.«

Eine nicht weniger brisante Offenbarung gewährte Sir Josiah Stamp, ab 1928 Präsident der Bank von England, während einer Rede im Jahre 1927 an der Universität von Texas.

»Das moderne Bankensystem erzeugt Geld aus dem Nichts. Dieser Vorgang ist vielleicht das erstaunlichste Zauberkunststück das jemals erfunden wurde. Das Bankgeschäft wurde in Ungerechtigkeit gezeugt und in Sünde geboren. Den Bankiers gehört die Erde. Nimm sie ihnen weg und belasse die Macht zur Gelderzeugung in ihren Händen und mit einem einzigen Federstrich werden sie genug Geld erzeugen, um alles wieder zurückzukaufen. Nimm ihnen diese überragende Macht und alle großen Reichtümer, genauso wie mein eigener, würden verschwinden, und dann wäre diese Welt, in der wir leben, eine bessere und glücklichere. Aber wenn ihr weiterhin Sklaven der Bankiers bleiben und die Kosten dieser Sklaverei tragen wollt, dann lasst die Bankiers weiterhin das Geld erzeugen und die Kredite kontrollieren.«<sup>339</sup>

Ob Ludwig Heinrich Edler von Mises (1881–1973), österreichisch-US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler, recht behält, wird sich weisen. Aktuell ist sein überliefertes Statement allemal: »Durch Kunstgriffe der Bank- und Währungspolitik kann man nur vorübergehende Scheinbesserung erzielen, die dann zu umso schwererer Katastrophe führen muss. Denn der Schaden, der durch Anwendung solcher Mittel dem Volkswohlstand zugefügt wird, ist umso größer, je länger es gelungen ist, die Scheinblüte durch Schaffung zusätzlicher Kredite vorzutäuschen.«

Angesichts der im vorliegenden Buch aufgezeigten Probleme, Fakten und Hintergründe erscheint die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) jedenfalls in einem etwas anderen Licht als bisher offiziell angegeben. Denn die Europäische Union (EU) ächzt vor allem unter der Last des auf Kredit aufgebauten angelsächsischen Geld- und Finanzsystem, das sich im letzten Jahrhundert wie eine Seuche über den Globus ausgebreitet hat. Das Ergebnis ist eine gigantische Verschuldung von Staaten, Unternehmen und Haushalten. Seit der Finanzkrise 2008/09 ist die Verschuldung weltweit allein bis zum 2. Quartal 2014 um 57 auf 199 Billionen Dollar gestiegen. Davon entfielen

auf Staaten 29 Prozent, auf Unternehmen (ohne Finanzsektor) 28, auf den Finanzsektor 23 und auf Haushalte 20 Prozent.<sup>340</sup> Inzwischen dürfte der weltweite Schuldenstand bereits eine Dimension von 215 Billionen Dollar erreicht haben. Das ist ungefähr das Dreifache des erwarteten weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2016.

Dieses Kreditgeld wurde aus dem Nichts geschaffen und wirkt wie ein »perpetuum mobile« des Reichtums der Finanzwirtschaft und ihrer Eigentümer. Je größer deren Anteile und ihrer Banken, umso größer auch der Vermögenszuwachs. Dem stehen auf der anderen Seite die Schuldner gegenüber, die das einstige »Luftgeld« mit real erwirtschaftetem Geld zurückzahlen müssen – samt Zinsen natürlich.

Dieses System ist das Vehikel der permanenten Vermögens-Umverteilung von unten nach oben, von den wenig Besitzenden, die größere Anschaffungen vom TV-Gerät über das Auto bis zum Eigenheim mit Kredit finanzieren müssen, zu den Reichen, Superreichen und Megareichen. Und die Kluft wird immer größer.

Doch nun scheint die Grenze der Belastbarkeit bedrohlich nahe, wenn nicht schon erreicht. Die Konsequenz beschrieb der britische Harvard-Historiker Niall Ferguson 2009 so: »Hohe Schulden und langsames Wirtschaftswachstum bringen selbst Imperien zu Fall.« Der damalige Obama-Berater Paul Volcker, einst US-Notenbank-Präsident, pflichtete ihm in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« bei.<sup>341</sup>

Die EZB versucht nun zu retten, was es zu retten gilt: Das für Wenige lukrative Geld- und Finanzsystem, das auf den Schulden von Vielen aufgebaut ist. Doch weder konnte sie mit ihrer Geldflut bisher Inflation erzeugen, mit der sich die Schulden »weginflationieren« ließen. Noch springt das Wirtschaftswachstum an, um vor allem den Staaten ein höheres Steueraufkommen zu bescheren, mit dem sie die Staatsschuldenquote gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) senken könnten. Daher griff die EZB zum letzten, wenngleich verbotenen Mittel: dem Ankauf von Schuldpapieren notleidender Staaten mit frisch »gedrucktem« bzw. im Computer erzeugten Geld. Die Monetisierung der Staatsschulden ist in vollem Gang. Ausgang ungewiss. Sie kann wohl erst enden, wenn sich auch die Rahmenbedingungen geändert haben, mit denen die Staaten wieder aus eigenem im Stande sind, sich aus der Gefahrenzone der Überschuldung heraus zu arbeiten.

Von allen Erkenntnissen der Entwicklung seit der Jahrtausendwende schiebt sich eine wesentliche in den Vordergrund: Wer die Macht hat, Geld aus Luft zu erzeugen, der hat auch die Macht über Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Das hat sich bestätigt, als im November 2011 der gewählte italienische Premierminister Berlusconi zwangsweise durch den Goldman-Sachs-Günstling Mario Monti und der griechische Premier Papandreu durch den ehemaligen Goldman-Mitarbeiter Papadimos ersetzt wurde. Und alle übrigen Regierungen der Union haben wortlos gekuscht. Eine Elite? Mitnichten. Und wo war da die Demokratie?

Die Finanzmächte haben an diesem System Gefallen gefunden und werden Änderungen nur zu ihren eigenen Gunsten zulassen. Immerhin geben sie allein für Lobbyarbeit auf EU-Ebene 120 Millionen US-Dollar pro Jahr aus. Das ist die Falle, in die Europa von Juncker & Co geführt wird.

Fazit: Die Reichen schaffen sich ihre Regeln selbst. Die Endstation dieses Weges hat Jimmy Carter, der 39. Präsident der Vereinigten Staaten, so beschrieben: »Die USA sind

keine Demokratie mehr, sondern eine Oligarchie mit uneingeschränkter politischer Korruption.«<sup>342</sup> Das soll Vorbild für die Europäische Union sein?

Vorerst zeichnet sich die EU schlichtweg durch Staatsversagen aus. Und zwar nicht nur von Regierungen der Einzelstaaten, sondern vor allem von der EU-Kommission. Denn sie hat die Staaten in ein komplexes, verworrenes und verschachteltes Vertragsgeflecht aus EU-Verträgen und sich überlappenden Regierungsstrukturen manövriert, so dass selbst Experten nicht mehr durchblicken. Grundsätze der Demokratie wie die Gewaltenteilung oder der Grundsatz, dass ein Parlament die Gesetze macht, sind längst ausgehebelt. Das Initiativrecht für Gesetze hat nicht einmal das Europaparlament! Parlamentarische Kontrolle? Fehlanzeige! Die nationalen Parlamente sind nicht mehr, das Europäische Parlament ist noch nicht ausreichend zuständig. In dieses Vakuum stößt mit autoritärem Gehabe die EU-Kommission, die die europäischen Gesetzgebungsakte (Direktiven oder Verordnungen) an sich gerissen hat. Sie ist zugleich Exekutive und Hüterin der Verträge - eine Aufgabe, die eigentlich einem Gerichtshof zukäme. Die EU entspricht daher nicht einmal dem Prinzip der Gewaltenteilung nach Montesquieu.<sup>343</sup>

Ebenso verschwunden ist der demokratische Gleichheitsgrundsatz »one man, one vote«, wonach alle Bürger beim Wahlrecht gleichgestellt sind. Bei der Wahl zum Europaparlament werden beispielsweise bevölkerungsschwache Mitgliedsstaaten in der Mandatskontingentierung überproportional bevorzugt. Mit dem Ergebnis, dass ein deutscher Abgeordneter des Europaparlaments fast eine Million Menschen vertritt, ein maltesischer Abgeordneter nur 70.000. Der Grundsatz der Gleichheit bei der Wahl wurde zugunsten der Gleichheit der Mitgliedstaaten verraten. Auch die Kompetenz des Europaparlaments steht auf schwachen Beinen, weil weder der Rat noch die Mitglieder der Kommission vom Parlament bestimmt bzw. gewählt werden.<sup>344</sup>

Ebenso wenig besitzen alle Bürger Europas die gleichen sozialen Rechte. Und sie werden ungleich besteuert – bis hin zu den Steuervorteilen für Konzerne in Irland und Luxemburg. Der bürgerliche Gleichheitsgrundsatz, also die Gleichheit vor dem Recht, wird innerhalb der EU permanent durchbrochen.

## DIE EUROPÄISCHE UNION ALS POST-DEMOKRATIE

Das bestehende EU-System ist mithin der Inbegriff von »Post-Demokratie«, wie der britische Politologe Colin Crouch es formuliert hat: »Du kannst zwar wählen, aber du hast keine Wahl.« Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot verweist zudem darauf, dass die europäischen Bürger praktisch kein Recht auf Abwahl der EU-Institutionen haben; sie bestimmen den Regierungschef nicht; sie haben keine echte parlamentarische Opposition. Kurz: Die europäischen Bürger sind nicht Souverän des politischen Systems der EU. Kein Wunder, dass immer mehr Bürger das Angebot der EU nicht mehr attraktiv genug finden, um es zu unterstützen. In den Augen des deutschen Philosophen Jürgen Habermas verkommt die EU gar zu einer den Finanzmärkten angepassten Technokratie.<sup>345</sup>

Derartige Unstimmigkeiten, eine anhaltende Wirtschaftsflaute, das Auseinanderdriften von Einkommen und Vermögen sowie die Flüchtlingskrise verfehlen bei den EU-Bürgern

ihre Wirkung nicht. Zweifel an den Fähigkeiten der regierenden Politiker-Kaste und an der Konstruktion der Union kommen hoch.

Der Zentralist Juncker hat die Zeichen an der Wand erkannt. Er zeigt Wirkung und Angst vor dem galoppierenden Populismus. »Dagegen müssen wir uns wehren«, so Juncker in seiner Rede zur Lage der Union am 14. September 2016 vor dem EU-Parlament in Straßburg. Aber wer gegen das Volk regiert, wird in einer Demokratie scheitern. In seiner Rede ruderte er daher zumindest verbal zurück und überraschte die Abgeordneten mit völlig neuen Worthülsen: Die europäische Integration dürfe »nicht zulasten der Nationen forciert werden (...) Die Brechstange ist kein Instrument der europäischen Einigung (...) Europa darf nicht zum Schmelztiegel, zum farblosen uniformen Integrationsmagma werden (...) Die Kommission hat nicht vor, die Nationalstaaten plattzuwalzen (...) Wir sind keine Nihilisten, auch keine Antichristen, keine Zertrümmerer, keine Zerstörer. Wir sind Konstrukteure, die ein besseres Europa wollen.« Das »Europa auf dem Weg der Verstaatlichung« dürfe nie ein Einheitsstaat werden.

Das war Populismus pur, ein verbaler Salto mortale nach Juncker-Art. Doch einen Staatenbund, ein vereinigt »Europa der Vaterländer«, wie es einst dem französischen Staatsmann Charles de Gaulle und dem britischen Premierminister Winston Churchill vorschwebte und wohl auch den heutigen »Populisten«, wird der doppelzüngige Juncker zu verhindern trachten. Sein Ziel bleibt insgeheim der Bundesstaat nach US-amerikanischem Vorbild. Das ist er Washington schuldig. Denn schließlich ist er der Kandidat der Konzerne, die ihn zum demokratisch nicht legitimierten Kommissionspräsidenten gepusht haben. Denn dieser hat immerhin jahrzehntelang mitten im Europa der braven Steuerzahler als Regierungschef und Finanzminister in Luxemburg ein komfortables Steuerhinterziehungs-Paradies für die multinationalen Konzerne eingerichtet. Dass 70 Prozent der 500 umsatzstärksten Unternehmen der Welt Niederlassungen in Steuerparadiesen haben, ist dafür keine Entschuldigung. Durch Steuervermeidung reicher Einzelpersonen entgingen den Staatshaushalten immerhin schon im Jahr 2013 nach Oxfam-Schätzungen 156 Milliarden US-Dollar. Den Staatskassen entgeht so Geld für öffentliche Aufgaben und Schuldentilgung.<sup>346</sup>

## EXPERIMENT MIT UNGEWISSEM AUSGANG

Glaubwürdigkeit kann man nicht kaufen. Und die Menschen in der EU wollen wieder jene Sicherheit, die sie früher spüren konnten. Und sie wollen nicht mehr belogen werden. Ob sie Jean-Claude Juncker vertrauen können, ist eher zweifelhaft.

Im Moment erweist sich die EU jedenfalls als Experiment mit ungewissem Ausgang. Auch der Euro ist eines. Und die Geldflut der EZB gleichfalls. Vieles geht dabei an den Bedürfnissen, Wünschen und Ängsten der Bürger vorbei. Und es wurde zu viel gelogen. Immer mehr Bürger wenden sich daher von den Regierungspolitikern ab.

Die EU ein »Friedensprojekt«? Das deutsche Soldaten am Hindukusch, fernab der Heimat und ohne Erfolg verteidigt haben? Geblieben sind lediglich die Flüchtlingsströme aus der Krisenregion. Auch im Irak waren Bomber und Soldaten aus dem »EU-

Friedensprojekt« an der völkerrechtswidrigen und mit Lügen untermauerten Militärintervention ab 20. März 2003 beteiligt. 2006 standen noch immer Soldaten aus Großbritannien, Italien, Polen, Niederlande, Rumänien, Bulgarien, Dänemark, Tschechien, Ungarn, Portugal, der Slowakei, Estland, Lettland und Litauen im Irak.<sup>347</sup>

2011 wurde Libyens Diktator von EU-Bombern aus Frankreich seinen Henkern in die Hände getrieben. Jener Despot, den die Europäer zuvor jahrelang dafür bezahlten, dass er in Nordafrika einen Damm gegen die Migrationsflut errichtet hat. In den inzwischen veröffentlichten E-Mails hatte Hillary Clinton, damals US-Außenministerin, denn auch ungeschminkt jene Gründe genannt, die tatsächlich zum Einsatz der US-Streitkräfte unter Beteiligung von Großbritannien und Frankreich geführt haben:<sup>348</sup>

»Gaddafis Regierung besitzt 143 Tonnen Gold. Damit wäre sie in der Lage eine panafrikanische Währung zu etablieren, auf Basis des libyschen Dinars, die dem Einfluss des US-Dollars in der Region enormen Schaden zufügen würde.« (...) »Das Interesse an der enormen Ölproduktion des libyschen Staates« (...) »Vergrößerung des Einflusses von Frankreich in der Region«.

Auch beim Ukraine-Konflikt haben sich die EU-Granden nicht gerade als Friedensengel erwiesen, als sie in das umstrittene Assoziierungsabkommen, das zu ratifizieren sich die Niederlande übrigens bisher beharrlich weigern, auch eine forcierte Aufrüstung und militärische Zusammenarbeit hinein schwindelten, was von den westlichen Medien weitgehend verschwiegen wird. Jeder der Autoren musste wissen, dass dies ein rotes Tuch für Moskau sein würde.<sup>349</sup>

Die gegenwärtige Krise wäre somit eine Chance, in der EU die Richtung nachhaltig zu ändern. Das wird nicht leicht sein und kann nur durch gehörigen politischen Druck »von unten«, von den Bürgern, angeschoben werden. Das nennen die Systemkonformisten derzeit noch Populismus. Ein Begriff, der sich aus dem Lateinischen »vox populi«, die Stimme des Volkes, ableitet. Diese Neuorientierung wäre für den Kontinent allerdings kein Schaden. Denn er könnte dadurch Ballast abwerfen – u. a. die Bürde des verheerenden Finanzkapitalismus und die Autorität der anglo-amerikanischen Finanzmächte.

# ANMERKUNGEN

- 1 Die Presse, 18.08.2016
- 2 [http://diepresse.com/home/wirtschaft/eurokrise/1335097/Junckers-beste-Zitate\\_Wenn-es-ernst-wird-muss-man-lugen?-gal=1335097&index=7&direct=&\\_vl\\_backlink=&popup=](http://diepresse.com/home/wirtschaft/eurokrise/1335097/Junckers-beste-Zitate_Wenn-es-ernst-wird-muss-man-lugen?-gal=1335097&index=7&direct=&_vl_backlink=&popup=)
- 3 RIT Capital Partners plc Half-Yearly Financial Report, 30 June 2016
- 4 Sol Picciotto: Regulating Global Corporate Capitalism
- 5 F. William Engdahl: Die Monetarisierung Amerikas: Wie Gier und die Wall Street das Land zerstören. 3.11.2009
- 6 Professor Richard A. Werner in: Zeit-Fragen, 16. August 2016
- 7 Thomas Piketty: Das Kapital im 21. Jahrhundert. München 2014.
- 8 New York Times, 26. November
- 9 Frankfurter Allgemeine faz.net 15. August 2011
- 10 Willy Wimmer: »Kolonialgebiet«. Zeit-Fragen Nr. 12/2015
- 11 Werner Wüthrich: Europäische Integration, Teil 2. Zeit-Fragen 28.01.2012
- 12 <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/oecd.html>
- 13 The Telegraph, 19.09.2000
- 14 The Marshall Plan in Austria
- 15 Wikipedia. [https://de.wikipedia.org/wiki/American\\_Committee\\_for\\_a\\_United\\_Europe](https://de.wikipedia.org/wiki/American_Committee_for_a_United_Europe). Abgerufen am 14.04.2016 ((Abrufdatum ist bei den meisten Websites nicht angegeben – hier streichen??))
- 16 [http://de.metapedia.org/wiki/Dulles,\\_John\\_Foster#cite\\_note-2](http://de.metapedia.org/wiki/Dulles,_John_Foster#cite_note-2)
- 17 [http://de.wikipedia.org/wiki/American\\_Committee\\_for\\_a\\_United\\_Europe#cite\\_ref-2](http://de.wikipedia.org/wiki/American_Committee_for_a_United_Europe#cite_ref-2)
- 18 Archiv der Georgetown University Bibliothek, Washington, über das »American Committee on United Europe«
- 19 The Telegraph, 19.09.2000
- 20 Der Spiegel, 21.11.2002
- 21 Werner Wüthrich, Europäische Integration, Teil 2. Zeit-Fragen 28.01.2012
- 22 [https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische\\_Freihandelsassoziation](https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Freihandelsassoziation).
- 23 Wikipedia, [https://de.wikipedia.org/wiki/R%C3%B6mische\\_Vertr%C3%A4ge](https://de.wikipedia.org/wiki/R%C3%B6mische_Vertr%C3%A4ge).
- 24 <https://www.youtube.com/watch?v=Rw7P0RGZQxQ>
- 25 [https://de.wikipedia.org/wiki/Transpazifische\\_Partnerschaft#Vorbild\\_TPSEP](https://de.wikipedia.org/wiki/Transpazifische_Partnerschaft#Vorbild_TPSEP)
- 26 Julian Assange, Herausgeber von WikiLeaks, in: <https://www.youtube.com/watch?v=Rw7P0RGZQxQ>
- 27 <https://www.youtube.com/watch?v=Rw7P0RGZQxQ>
- 28 Julian Assange, Herausgeber von WikiLeaks, in: <https://www.youtube.com/watch?v=Rw7P0RGZQxQ>
- 29 Die Presse, 30.06.2016
- 30 John Pilger in: <https://www.youtube.com/watch?v=Rw7P0RGZQxQ>
- 31 Bernard Cassen: Vertiefung, Erweiterung oder Schwächung. Le Monde diplomatique, 17.01.2003
- 32 [http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer\\_Gerichtshof](http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer_Gerichtshof)
- 33 <http://www.welt.de/politik/ausland/article134394017/Klassenbeste-Schlauberger-und-Lottogewinner-der-EU.html>
- 34 <http://www.icij.org/project/luxembourg-leaks>, Key Findings
- 35 <http://de.wikipedia.org/wiki/Luxemburg-Leaks>

- 36 [https://www.ing.lu/web/ING/DE/Privatpersonen/PrivateBanking/Luxemburg/PB\\_LUXEMBOURG\\_DE](https://www.ing.lu/web/ING/DE/Privatpersonen/PrivateBanking/Luxemburg/PB_LUXEMBOURG_DE)
- 37 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/37401/umfrage/gesetzliche-mindestloehne-in-der-eu/>
- 38 Die Brüsseler Republik, Der Spiegel, 27.12.1999
- 39 [http://diepresse.com/home/wirtschaft/eurokrise/1335097/Junckers-beste-Zitate\\_Wenn-es-ernst-wird-muss-man-lugen?-gal=1335097&index=8&direct=&\\_vl\\_backlink=&popup=](http://diepresse.com/home/wirtschaft/eurokrise/1335097/Junckers-beste-Zitate_Wenn-es-ernst-wird-muss-man-lugen?-gal=1335097&index=8&direct=&_vl_backlink=&popup=)
- 40 Artikel »LuxLeaks: Disney ging besonders raffiniert vor«, Tagesanzeiger vom 10.12.2014
- 41 <http://www.icij.org/project/luxembourg-leaks>
- 42 <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/luxemburg-leaks-diese-unternehmen-prellen-den-steuerzahler/11099878.html>
- 43 Die Welt, 07.11.2014
- 44 <https://de.wikipedia.org/wiki/Luxemburg-Leaks>
- 45 [www.leap2020.eu/Umfassende-weltweite-Krise-Viertes-Quartal-2011-Kernschmelze-der-globalen-Finanzwerte\\_a7649.html](http://www.leap2020.eu/Umfassende-weltweite-Krise-Viertes-Quartal-2011-Kernschmelze-der-globalen-Finanzwerte_a7649.html)
- 46 [http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/698387/EZBPraesident\\_JeanClaude-Trichets-Abschiedsrunde](http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/698387/EZBPraesident_JeanClaude-Trichets-Abschiedsrunde)
- 47 [www.youtube.com/watch?v=zNdYekfUJ5M](http://www.youtube.com/watch?v=zNdYekfUJ5M)
- 48 Der Spiegel, 25.09.2010
- 49 Spiegel Online, 29.11.2014
- 50 [www.youtube.com/watch?v=pcvC6iTN7F8](http://www.youtube.com/watch?v=pcvC6iTN7F8)
- 51 Deutsche Wirtschafts-Nachrichten, 09.04.2013. [deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/04/09/helmut-kohl-im-fall-des-euowar-ich-ein-diktator](http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/04/09/helmut-kohl-im-fall-des-euowar-ich-ein-diktator)
- 52 Egon Bahr in: Die Zeit Nr. 21/2009, 08.09 2009
- 53 [https://de.wikipedia.org/wiki/Ausl%C4%84ndische\\_Milit%C4%84rbasen\\_in\\_Deutschland](https://de.wikipedia.org/wiki/Ausl%C4%84ndische_Milit%C4%84rbasen_in_Deutschland)
- 54 Texte zum Euro, Nummer 37, Mai 2000, European Communities, 2000
- 55 Gerald Epstein: Financialization and the World Economy. Political Economy Research Institute 10/1/2005
- 56 Dr. Karl H. Pitz: Global Financial Capital in der Krise; Zur Zukunft der systemischen Entwicklung. MacroAnalyst.de Frankfurt am Main, November 2008
- 57 [https://de.wikipedia.org/wiki/Finanzkrise\\_ab\\_2007](https://de.wikipedia.org/wiki/Finanzkrise_ab_2007)
- 58 Federal Reserve Bank of New York, 2015 Annual Report
- 59 Dr. Karl H. Pitz: Global Financial Capital in der Krise; Zur Zukunft der systemischen Entwicklung. MacroAnalyst.de Frankfurt am Main, November 2008
- 60 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/159798/umfrage/entwicklung-des-bip-bruttoinlandsprodukt-weltweit/>
- 61 F. William Engdahl: Tim Geithner – Der Bock wird zum Gärtner; Geithners Vorschlag zur »Reform« der Derivatmärkte stammt von der Wall Street, 08.06.2009
- 62 Peter Clemens, Prosperity, Depression and the New Deal: The USA 1890-1954, Hodder Education, 4. Auflage, 2008, S. 206, in: Wikipedia: [http://de.wikipedia.org/wiki/New\\_Deal#Reform-Ma.C3.9Fnahmen](http://de.wikipedia.org/wiki/New_Deal#Reform-Ma.C3.9Fnahmen)
- 63 8. Jahresbericht der BIZ 1938
- 64 David M. Kennedy, Freedom From Fear, The American People in Depression and War 1929–1945, Oxford University Press, 1999, S. 363. In: Wikipedia
- 65 F. Willam Engdahl: Die Monetisierung Amerikas: Wie Gier und die Wall Street das Land zerstören. 03.11.2009, Kopp Online.
- 66 FAZ, 30.12.2014
- 67 [http://de.wikipedia.org/wiki/Dick\\_Cheney](http://de.wikipedia.org/wiki/Dick_Cheney)
- 68 <http://derstandard.at/1381374166725/102-Millionen-Menschen-sitzen-im-Gefaengnis-meisten-in-USA>
- 69 Handelsblatt, 04.06.2016
- 70 Die Presse, 20.08.2016

- 71 Finanzkrise: Die unheimliche Macht der Wall-Street-Manager, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/die-unheimliche-macht-der-wall-street-manager;2292510;0>
- 72 Geld Magazin 2/2015. [www.geld-magazin.at](http://www.geld-magazin.at)
- 73 Financial Accounts of the United States. Federal Reserve System, Board of Governors. Statistical Release, 11.12.2014
- 74 Prof. Dr. Engelbert Stockhammer: Von der Verteilungs- zur Wirtschaftskrise. Die Rolle der zunehmenden Polarisierung als strukturelle Ursache der Finanz- und Wirtschaftskrise
- 75 Zeit-Fragen vom 13.09.2010
- 76 Zeit-Fragen vom 23.08.2010
- 77 Deloitte in: Financial Times, 21.01.2014
- 78 Henderson Global Investors. [www.henderson.com/nopi/campaign/6/the-henderson-global-dividend-index](http://www.henderson.com/nopi/campaign/6/the-henderson-global-dividend-index)
- 79 Engdahl: Die Monetisierung Amerikas
- 80 Rainer Hank: Die Faust & Mephisto AG. FAZ, 08.09.2012
- 81 Eustace Mullins, Roland Bohlinger: Die Bankiers-Verschwörung. Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur. Struckum 1987
- 82 Eustace Mullins, Roland Bohlinger: Die Bankier-Verschwörung. Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur. Struckum 1987
- 83 Eustace Mullins, Roland Bohlinger: Die Bankier-Verschwörung. Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur. Struckum 1987
- 84 Geld-Magazin Wien, Nr. 2/2016
- 85 Bank of England. Quarterly Bulletin 2014/Q1
- 86 Richard Werner: Can banks individually create money out of nothing? – The theories and the empirical evidence. International Review of Financial Analysis. 12.12.2014
- 87 Richard Werner: Can banks individually create money out of nothing? – The theories and the empirical evidence. International Review of Financial Analysis. 12.12.2014
- 88 [http://de.wikipedia.org/wiki/First\\_National\\_Bank\\_of\\_Montgomery\\_v.\\_Jerome\\_Daly](http://de.wikipedia.org/wiki/First_National_Bank_of_Montgomery_v._Jerome_Daly)
- 89 McKinsey-Studie: Verschuldung gefährdet Finanzstabilität. <https://www.mckinsey.de/weltweite-verschuldung>
- 90 <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/neuer-appell-deutsche-oekonomen-werfen-der-ezb-staatsfinanzierung-vor-12569316.html>
- 91 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/169950/umfrage/verteilung-der-halter-von-staatsanleihen-im-euro-raum/>
- 92 <http://www.haushaltssteuerung.de/staatsverschuldung-europa-gesamt.html>
- 93 <http://www.vollgeld.de/verbot-der-direkten-zentralbank-staatsfinanzierung/>
- 94 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/163692/umfrage/staatsverschuldung-in-der-eu-in-prozent-des-bruttoinlandsprodukts/>
- 95 [https://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_L%C3%A4nder\\_nach\\_Staatsschuldenquote](https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_Staatsschuldenquote)
- 96 <http://www.4-traders.com/BARCLAYS-PLC-9583556/company>
- 97 <http://www.4-traders.com/JPMORGAN-CHASE-CO-4831/company/>
- 98 <http://www.4-traders.com/BANK-OF-AMERICA-CORP-11751/company/>
- 99 <http://www.4-traders.com/CITIGROUP-INC-4818/company>
- 100 <http://www.4-traders.com/WELLS-FARGO-CO-14861/company/>
- 101 <http://www.4-traders.com/GOLDMAN-SACHS-GROUP-INC-12831/company>
- 102 <http://www.4-traders.com/MORGAN-STANLEY-13654/company>
- 103 <http://www.4-traders.com/BANK-OF-NEW-YORK-MELLON-C-11848/company>
- 104 Global Research, October 11, 2010. <http://www.globalresearch.ca/who-controls-big-money-the-barclay-s-octopus/21392>

- 105 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/163692/umfrage/staatsverschuldung-in-der-eu-in-prozent-des-bruttoinlandsprodukts>
- 106 [https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Statistiken/Aussenwirtschaft/Auslandsvermoegenstatus/sdds\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Statistiken/Aussenwirtschaft/Auslandsvermoegenstatus/sdds__blob=publicationFile)
- 107 [http://www.deutsche-finanzagentur.de/fileadmin/user\\_upload/finanzagentur/pdf/kreditaufnahmeberichte/Kreditaufnahmebericht\\_2008.pdf](http://www.deutsche-finanzagentur.de/fileadmin/user_upload/finanzagentur/pdf/kreditaufnahmeberichte/Kreditaufnahmebericht_2008.pdf)
- 108 <http://www.deutsche-finanzagentur.de/de/institutionelle-investoren/primaermarkt/bietergruppe>
- 109 Österreichische Bundesfinanzierungsagentur
- 110 Ulrich Horstmann: »Die geheime Macht der Rating-Agenturen«. FinanzBuch Verlag, 2013
- 111 Die Schattenmacht – Das zweifelhafte System der Rating-Agenturen. ZDF 20.03.2013, 22.45 Uhr
- 112 [www.smava.de/eurozone-schulden-uhr](http://www.smava.de/eurozone-schulden-uhr)
- 113 <http://www.unisg.ch/de/hsgservices/hsgmediacorner/aktuell/rssnews/forschung-lehre/2012/juli/ratingagenturen-eurokrise-studie-fgn-hsg-29juni2011>
- 114 EZB Working Paper Series No 1484 / October 2012: Bank Ratings – What Determines Their Quality?
- 115 <http://www.bfna.org/category/publication-type/incra>
- 116 [http://ec.europa.eu/finance/rating-agencies/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/finance/rating-agencies/index_de.htm)
- 117 ZEIT Online, 17.01.2013
- 118 Die Presse, 22.8.2012
- 119 [https://de.wikipedia.org/wiki/Collateralized\\_Debt\\_Obligation](https://de.wikipedia.org/wiki/Collateralized_Debt_Obligation)
- 120 <http://www.fuw.ch/newsticker-single/201502031188/tagesuberblick-wirtschaft>
- 121 <http://www.shortnews.de/id/1141058/us-ratingagentur-zur-geld-busse-von-1-37-mrd-dollar-verurteilt>
- 122 [http://www.welt.de/newsticker/dpa\\_nt/infoline\\_nt/wirtschaft\\_nt/article110625206/Ratingagentur-S&P-wegen-zu-guter-Note-verurteilt.html](http://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/wirtschaft_nt/article110625206/Ratingagentur-S&P-wegen-zu-guter-Note-verurteilt.html)
- 123 Die Zeit, 05.02.2013
- 124 <http://www.mein-geld-medien.de/alltaegliches/wirtschaft/9110-sap-muss-137-milliarden-dollar-strafe-fuer-zu-gute-noten-zahlen>
- 125 [http://www.ucop.edu/investment-office/\\_files/invinfo/COI\\_2016\\_Q1\\_Summary.pdf](http://www.ucop.edu/investment-office/_files/invinfo/COI_2016_Q1_Summary.pdf)
- 126 <http://money.cnn.com/2016/01/27/pf/college/largest-college-endowments/>
- 127 Wirtschaftsblatt 30.10.2014. <http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/international/4573843/Der-gefaehrliche-Schattenbanken-Sektor-ist-weltweit-kleiner-als-gedacht>
- 128 [www.blackrock.com/corporate/en-us/about-us](http://www.blackrock.com/corporate/en-us/about-us)
- 129 <http://www.statestreet.com/about/office-locations/luxembourg.html>
- 130 <https://www.northerntrust.com/documents/white-papers/asset-management/rankings-investmgr.pdf>
- 131 <http://www.statestreet.com/about/office-locations/italy.html>
- 132 <http://finance.yahoo.com/quote/blk/holders?ltr=1>
- 133 <http://investors.morningstar.com/ownership/shareholders-major.html?t=PNC>
- 134 Tagesanzeiger, 18.11.2012. <http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/Schattenbanken-blaehen-sich-wieder-auf/story/30238515>
- 135 [http://www.imf.org/external/german/pubs/ft/ar/2014/pdf/ar14\\_deu.pdf](http://www.imf.org/external/german/pubs/ft/ar/2014/pdf/ar14_deu.pdf)
- 136 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/194786/umfrage/verwaltetes-vermoegen-in-investmentfonds-weltweit>
- 137 <https://www.hedgefundresearch.com/?gclid=CPT12biNr-8QCFYLIaodhX0AMA>
- 138 <http://de.wikipedia.org/wiki/Hedgefonds-Strategie>
- 139 <http://www.handelsblatt.com/finanzen/anlagestrategie/zertifikate/ratgeber-hintergrund/hebelprodukte-noch-mehr-nervenkitzel-gibt-es-bei-anderen-anbietern/4687206-2.html>

140 <https://www.evestment.com>

141 <http://de.reuters.com/article/economicsNews/idDEKBN-0NI1HN20150427>

142 [www.zeit.de/wirtschaft/geldanlage/2015-02/schattenbanken-wall-street-finanz-krise](http://www.zeit.de/wirtschaft/geldanlage/2015-02/schattenbanken-wall-street-finanz-krise)

143 <http://www.dw.de/schattenbanken-chinas-tickende-zeitbomben/a-17513585>

144 <http://www.handelsblatt.com/finanzen/maerkte/boerse-inside/weltweit-gefragt-dax-unternehmen-in-auslaendischer-hand/9918968.html>

145 Die größten Beteiligungen des Fondsgiganten. Handelsblatt, 16.01.2016

146 Ernst & Young, EY Global Consumer Banking Survey 2014

147 [http://www.merck.de/de/investoren/aktien\\_und\\_anleihen/aktionaersstruktur/aktionaersstruktur](http://www.merck.de/de/investoren/aktien_und_anleihen/aktionaersstruktur/aktionaersstruktur)

148 <http://investors.morningstar.com/ownership/shareholders-major.html?t=DB>

149 <https://www.db.com/ir/en/shareholder-structure.htm>

150 <http://investors.morningstar.com/ownership/shareholders-major.html?t=DB>

151 [https://www.ubs.com/global/de/about\\_ubs/investor\\_relations/share\\_information/significant.html](https://www.ubs.com/global/de/about_ubs/investor_relations/share_information/significant.html)

152 <http://newsmine.org/content.php?ol=cabal-elite/families/rothschilds/schwarzenegger-flanked-by-buffet-and-rothschild.txt>

153 <http://www.celebritynetworth.com/articles/entertainment-articles/25-richest-people-lived-inflation-adjusted/>

154 ebd.

155 Stefania Vitali, James B. Glattfelder and Stefano Battiston: The network of global corporate control. 19.09.2011

156 Stefania Vitali, James B. Glattfelder, Stefano Battiston: The network of global corporate control.

157 <http://www.globalresearch.ca/who-controls-big-money-the-barclay-s-octopus/21392>

158 <http://www.globalresearch.ca/who-controls-big-money-the-barclay-s-octopus/21392>

159 <http://www.globalresearch.ca/who-controls-big-money-the-barclay-s-octopus/21392>

160 <http://de.reuters.com/article/usa-firmen-lehman-barclays-zf-id-DEBUC71918920080917>

161 [www.blackrock.com/global/home/AboutUs/History/index.htm](http://www.blackrock.com/global/home/AboutUs/History/index.htm))

162 [http://www.focus.de/finanzen/news/finanzierung-barclays-verkauft-vermoegensverwaltung\\_aid\\_407449](http://www.focus.de/finanzen/news/finanzierung-barclays-verkauft-vermoegensverwaltung_aid_407449).

163 New York Times, 11.06.2009

164 Geld-Magazin Wien, Dezember 2012

165 <http://de.wikipedia.org/wiki/BlackRock>

166 [https://www.pnc.com/content/dam/pnc-com/pdf/aboutpnc/Fact%20Sheets/CorpProfile\\_E\\_v123115.pdf](https://www.pnc.com/content/dam/pnc-com/pdf/aboutpnc/Fact%20Sheets/CorpProfile_E_v123115.pdf)

167 <http://www.n-tv.de/wirtschaft/Barclays-verscherbelt-Blackrock-article6327911.html>

168 <http://investors.morningstar.com/ownership/shareholders-major.html?t=PNC>

169 [https://de.wikipedia.org/wiki/PNC\\_Financial\\_Services](https://de.wikipedia.org/wiki/PNC_Financial_Services)

170 Schweizer Wirtschaftsmagazin Bilanz, 26.01.2016

171 [www.telegraph.co.uk/finance/commodities/8470363/Nat-Rothschilds-key-role-in-Simon-Murrays-move-to-Glencore.html](http://www.telegraph.co.uk/finance/commodities/8470363/Nat-Rothschilds-key-role-in-Simon-Murrays-move-to-Glencore.html)

172 <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/kooperation-von-rothschild-und-rockefeller-maerchenhochzeit-des-geldadels-1.1370455>

173 Geld-Magazin Wien, Ausgabe 12/2012-01/2013

174 ebd.

175 <http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-07/barclays-aigus-ruecktritt>

176 The Guardian, 07.11.2013

177 <http://investors.morningstar.com/ownership/shareholders-major.html?t=BX>

178 <http://www.globalresearch.ca/who-controls-big-money-the-barclay-s-octopus/21392>

- 179 [http://www.ethlife.ethz.ch/archive\\_articles/120802\\_DebtRank\\_mf](http://www.ethlife.ethz.ch/archive_articles/120802_DebtRank_mf))
- 180 <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/09/17/whistle-blowerin-geheime-machenschaften-der-finanz-eliten-zerstoeren-die-welt>
- 181 <http://www.businessinsider.com/these-6-corporations-control-90-of-the-media-in-america-2012-6?IR=T>
- 182 <https://de.wikipedia.org/wiki/Viacom>
- 183 Florian Stumfall: Das EU-Diktat; Vom Untergang der Freiheit in Europa, EWK-Verlag GmbH, Elsendorf 2014
- 184 <https://finance.yahoo.com/q/mh?s=TWX+Major+Holders>
- 185 Eli M. Noam and The International Media Concentration Collaboration: Who Owns the World's Media? Oxford University Press. 21.01.2016.
- 186 <http://investors.morningstar.com/ownership/shareholders-major.html?t=DIS>
- 187 <http://investors.morningstar.com/ownership/shareholders-major.html?t=CMCSA>
- 188 <https://finance.yahoo.com/q/mh?s=CBS+Major+Holders>
- 189 <http://investors.morningstar.com/ownership/shareholders-major.html?t=FOXA>
- 190 <https://finance.yahoo.com/q/mh?s=NWS+Major+Holders>
- 191 <https://finance.yahoo.com/q/mh?s=VIA+Major+Holders>
- 192 <https://finance.yahoo.com/q/mh?s=VIA+Major+Holders>
- 193 [https://de.wikipedia.org/wiki/Thomson\\_Reuters](https://de.wikipedia.org/wiki/Thomson_Reuters)
- 194 [https://de.wikipedia.org/wiki/Agence\\_France-Presse](https://de.wikipedia.org/wiki/Agence_France-Presse)
- 195 <https://de.wikipedia.org/wiki/Mindestreserve>
- 196 Carroll Quigley: Tragedy & Hope: A History of the World in Our Time
- 197 <http://de.wikipedia.org/wiki/Zinsverbot>
- 198 Stephen Zarlenga: Der Mythos vom Geld – die Geschichte der Macht
- 199 Ellen Brown: Der Dollar Crash: Was Banker Ihnen nicht erzählen – Die schockierende Wahrheit über die US-Notenbank, 31.07.2008
- 200 Ellen Brown: Der Dollar Crash: Was Banker Ihnen nicht erzählen – Die schockierende Wahrheit über die US-Notenbank, 31.07.2008
- 201 Carroll Quigley, Hrsg. Andreas Bracher: Katastrophe und Hoffnung – eine Geschichte der Welt in unserer Zeit, Perseus Verlag. Basel, 2006
- 202 Petersson/Ullrich: Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank im historischen und ökonomischen Kontext. Heidelberger Akademie der Wissenschaften 2004
- 203 Petersson/Ullrich: Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank im historischen und ökonomischen Kontext. Heidelberger Akademie der Wissenschaften 2004
- 204 Carroll Quigley, Hrsg. Andreas Bracher: Katastrophe und Hoffnung – eine Geschichte der Welt in unserer Zeit, Perseus Verlag. Basel 2006
- 205 Carroll Quigley, Hrsg. Andreas Bracher: Katastrophe und Hoffnung – eine Geschichte der Welt in unserer Zeit, Perseus Verlag. Basel 2006
- 206 Charter of the Bank of England 1998. <http://www.bankofengland.co.uk/about/Documents/legislation/1998act.pdf>
- 207 Robert Owen: Bank of England Nominees. Studie. Präsentiert vor dem House of Lords, London, 05.10.2000. <https://forumnews.wordpress.com/about/bank-of-england-nominees>
- 208 Carroll Quigley (Hrsg. Andreas Bracher): Katastrophe und Hoffnung – eine Geschichte der Welt in unserer Zeit, Perseus Verlag. Basel, 2006
- 209 Carroll Quigley, Hrsg. Andreas Bracher: Katastrophe und Hoffnung – eine Geschichte der Welt in unserer Zeit, Perseus Verlag. Basel, 2006.
- 210 Federal Reserve Bulletin, 24.04.1947
- 211 <http://www.haushaltssteuerung.de/schuldenuhr-staatsverschuldung-usa.html>

- 212 [http://www.treasurydirect.gov/govt/rates/pd/avg/2016/2016\\_07.htm](http://www.treasurydirect.gov/govt/rates/pd/avg/2016/2016_07.htm)
- 213 Federal Reserve Board, März 2015, in: International Journal of Central Banking, March 2015
- 214 <http://www.save-a-patriot.org/files/view/frcourt.html>
- 215 G. Edward Griffin: Die Kreatur von Jekyll Island. Kopp Verlag, Rottenburg 2006, Seite 375
- 216 Eustace Mullins: The Secrets of The Federal Reserve. Kasper and Horton, New York 1952. Neuauflage 1983
- 217 Eustace Mullins: The Secrets of The Federal Reserve. Kasper and Horton, New York 1952. Neuauflage 1983
- 218 Henry Clews, Twenty-eight Years in Wall Street, Irving Company, New York, 1888, S. 157
- 219 A. Ralph Epperson: Die unsichtbare Hand, S. 145. Kopp-Verlag, Rottenburg 2008
- 220 Ron Chernow: Die Warburgs – Odyssee einer Familie. Verlag Btb, 1996
- 221 G. Edward Griffin: Die Kreatur von Jekyll Island. Kopp Verlag, Rottenburg 2006, S. 20
- 222 New York Times, 3. Mai 1931
- 223 G. Edward Griffin: Die Kreatur von Jekyll Island. Kopp Verlag, Rottenburg 2006, S. 21.
- 224 B.C. Forbes: Men Who Are Making America. Leslie's Weekly, 19. Oktober 1916. In: Griffin, Kreatur, S. 25
- 225 G. Edward Griffin: Die Kreatur von Jekyll Island. Kopp Verlag, Rottenburg 2006, S. 27
- 226 Eustace Mullins: The Secrets of The Federal Reserve. Kasper and Horton, New York 1952. Neuauflage 1983
- 227 Der Standard, 21.3.2015
- 228 Eustace Mullins: The Secrets of The Federal Reserve. Kasper and Horton, New York 1952. Neuauflage 1983
- 229 [https://en.wikipedia.org/wiki/J.S.\\_Morgan\\_%26\\_Co.](https://en.wikipedia.org/wiki/J.S._Morgan_%26_Co.)
- 230 Washington Post, 19. Mai 1983
- 231 John Pierpont Morgan and the American Corporation, Biography of America. In: Wikipedia
- 232 Howard Zinn: A People's History of the United States. Harper Perennial, New York 2005, In: Wikipedia
- 233 Eustace Mullins: The Secrets of The Federal Reserve. Kasper and Horton, New York 1952. Neuauflage 1983
- 234 Eustace Mullins: The Secrets of The Federal Reserve. USA 1952.
- 235 Eustace Mullins: The Secrets of The Federal Reserve. USA 1952.
- 236 Warren Brookes in Washington Post, 6. Juni 1983
- 237 Memorandum to all Primary Dealers, January 4, 1999.  
<http://www.newyorkfed.org/newsevents/news/markets/1999/an990104.html>
- 238 Federal Reserve Bank of New York: Primary Dealers List, February 11, 2009
- 239 Eustace Mullins: The Secrets of The Federal Reserve. USA 1952.
- 240 <http://articles.latimes.com/2001/feb/13/business/fi-24719>
- 241 [www.welt.de/welt\\_print/article1407231/Arabische-Milliardenspritze-fuer-die-Citigroup.html](http://www.welt.de/welt_print/article1407231/Arabische-Milliardenspritze-fuer-die-Citigroup.html)
- 242 Factors Affecting Reserve Balances of Depository Institutions and Condition Statement of Federal Reserve Banks August 4, 2016
- 243 Staff Report, Committee on Banking, Currency and Housing, House of Representatives, 94th Congress, 2nd Session, August 1976
- 244 Fritz Schwarz: Morgan, der ungekrönte König der Welt, Darmstadt 2008, Erstauflage Bern 1924.
- 245 Carroll Quigley. Katastrophe und Hoffnung. Eine Geschichte der Welt in unserer Zeit, Perseus, Basel 2006.
- 246 Eustace Mullins: The Secrets of The Federal Reserve. USA 1952. Neuauflage 1983.
- 247 [https://lobbypedia.de/wiki/Goldman\\_Sachs](https://lobbypedia.de/wiki/Goldman_Sachs)
- 248 <http://www.bloomberg.com/news/articles/2015-02-05/america-s-most-loved-and-most-hated-companies>
- 249 <http://www.cbsnews.com/news/levin-repeatedly-references-shty-deal-at-goldman-hearing/>
- 250 Wall Street Journal, 12.12.2012
- 251 [https://lobbypedia.de/wiki/Goldman\\_Sachs](https://lobbypedia.de/wiki/Goldman_Sachs)

- 252 <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/12/15/goldman-sachs-chef-dibelius-merkel-vertrautem-droht-aerger-mit-finanzamt/>
- 253 Handelsblatt, 10.06.2013
- 254 Wirtschaftsblatt, 20.05.2015
- 255 Die Welt, 17.5.2011
- 256 <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/devisen-rohstoffe/im-gespraech-investor-jim-rogers-kauft-weiter-gold-12117603.html>
- 257 ZEIT Online, 21.06.2016
- 258 <http://www.finanzen.net/nachricht/zinsen/QE-aufgestockt-EZBsenkt-Leitzins-ueberraschend-auf-Null-4773430>
- 259 Allianz Global Investors. QE Monitor. Juli 2016
- 260 [https://de.wikipedia.org/wiki/Quantitative\\_Lockerung](https://de.wikipedia.org/wiki/Quantitative_Lockerung)
- 261 Carroll Quigley: Katastrophe und Hoffnung. Eine Geschichte der Welt in unserer Zeit, Perseus, Basel 2006.
- 262 McKinsey-Studie: Verschuldung gefährdet Finanzstabilität. <https://www.mckinsey.de/weltweite-verschuldung>
- 263 Josef Huber, [www.monetative.de](http://www.monetative.de)
- 264 [https://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_europ%C3%A4ischer\\_L%C3%A4nder\\_nach\\_Staatsschuldenquote](https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_europ%C3%A4ischer_L%C3%A4nder_nach_Staatsschuldenquote)
- 265 Central Bank of Iceland auf [sedlabanki.is](http://sedlabanki.is)
- 266 <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=teina225&plugin=1>
- 267 Interview mit Prof. Richard A. Werner in: Zeit-Fragen Nr. 18, 16.08.2016
- 268 Richard A. Werner: Neue Wirtschaftspolitik. Was Europa aus Japans Fehlern lernen kann, Vahlen, München 2007
- 269 Federal Reserve Statistical Release, 01.09.2016
- 270 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/us-haushaltsstreit-die-groessten-glaebiger-der-usa-im-ueberblick-a-928124.html>
- 271 Ellen Brown: 100 Jahre sind genug: Es ist an der Zeit, die Federal Reserve in eine öffentliche Einrichtung zu verwandeln. 25.12.2013. In: [info.kopp-verlag.de/hintergruende/geostrategie/ellen-brown/1-jahre-sind-genug-es-ist-an-der-zeit-die-federal-reserve-in-eine-oeffentliche-einrichtung-zu-ve.html](http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/geostrategie/ellen-brown/1-jahre-sind-genug-es-ist-an-der-zeit-die-federal-reserve-in-eine-oeffentliche-einrichtung-zu-ve.html)
- 272 ebd.
- 273 Interest Expense on the Debt Outstanding. In: [www.treasurydirect.gov/govt/reports/ir/ir\\_expense.htm](http://www.treasurydirect.gov/govt/reports/ir/ir_expense.htm)
- 274 <http://www.seco.admin.ch/themen/00374/00375/00376/>
- 275 Otmar Issing: Einführung in die Geldtheorie. Vahlers Kurzlehrbücher. München, 14. Auflage 2007
- 276 <http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/4696293/Chinas-Geld-erobert-die-Welt>
- 277 <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/china-waehrungsreserven-101.html>
- 278 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/167167/umfrage/staatsverschuldung-von-china-in-relation-zum-bruttoinlandsprodukt-bip>
- 279 <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/02/20/gegenden-dollar-russland-und-china-stossen-us-staatsanleihen-ab>
- 280 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/176807/umfrage/monatliche-inflationsrate-in-china>.
- 281 Hjalmar Schacht: Die Magie des Geldes, Econ-Verlag, Düsseldorf 1966
- 282 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/176807/umfrage/monatliche-inflationsrate-in-china>
- 283 <https://ellenbrown.com/tag/bank-of-north-dakota/>
- 284 [http://www.usgovernmentspending.com/statelocal\\_spending\\_2014NDbn](http://www.usgovernmentspending.com/statelocal_spending_2014NDbn)
- 285 Wall Street Journal 16.11.2014
- 286 Ellen Brown: Bank of North Dakota Soars Despite Oil Bust. Huffington Post 5.3.2016
- 287 Hjalmar Schacht: Magie des Geldes, Econ-Verlag, Düsseldorf 1966
- 288 Stephen Zarlenga: Der Mythos vom Geld – die Geschichte der Macht, Kap. 14–21 Conzett 1999, Zürich, in:

- <http://www.vollgeld.de/verbot-der-direkten-zentralbank-staatsfinanzierung>
- 289 [https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/FAQs/Wissenswert/Staatsschuldenkrise/11\\_warum\\_ist\\_eine\\_staatsfinanzi](https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/FAQs/Wissenswert/Staatsschuldenkrise/11_warum_ist_eine_staatsfinanzi)
- 290 Bindseil 2004, Werner 2007, Keen 2011, Häring 2013, Huber 2014. In: <http://www.vollgeld.de/verbot-der-direkten-zentralbank-staatsfinanzierung>
- 291 ebd.
- 292 [en.wikipedia.org/wiki/Silver\\_Certificate](http://en.wikipedia.org/wiki/Silver_Certificate)
- 293 ebd.
- 294 Caroll Quigley (Autor), Andreas Bracher (Übersetzer, Herausgeber): Katastrophe und Hoffnung. Eine Geschichte der Welt in unserer Zeit, Perseus Verlag, Basel 2006.
- 295 ebd.
- 296 ebd.
- 297 <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2013/06/es-gibt-keine-verschworungen.html#ixzz4GB6hmCXU>
- 298 David Rockefeller. Erinnerungen eines Weltbankiers. FinanzBuch Verlag, München 2015
- 299 Egon Caesar Conte Corti: Die Rothschilds. Des Hauses Aufstieg, Blütezeit und Erbe. Societäts-Verlag. Frankfurt 1971
- 300 <http://www.bornpower.de/london1.htm#.VP1eRY6J3vY>
- 301 Edith Dörken: Berühmte Frankfurter Frauen. Verlag Otto Lembeck. Frankfurt am Main 2008
- 302 <http://theeconomiccollapseblog.com/archives/who-runs-the-world-solid-proof-that-a-core-group-of-wealthy-elitists-is-pulling-the-strings>
- 303 Stefan Scholl: Begrenzte Abhängigkeit. Wirtschaft und Politik im 20. Jahrhundert. Campus Verlag. Frankfurt am Main
- 304 FAZ, 23. November 2011
- 305 <http://www.bloomberg.com/news/articles/2015-02-05/america-s-most-loved-and-most-hated-companies>
- 306 Marc Roche, Le Monde, 14.11.2011
- 307 »Die Presse«, 23.04.2015
- 308 <http://www.vollgeld.de/verbot-der-direkten-zentralbank-staatsfinanzierung>
- 309 Gunter Tichy: Die Staatsschuldenkrise als Krise des europäischen Finanzsystems. Wifo Monatsberichte 6/2013
- 310 IMF Country Report No. 13/156, June 2013
- 311 Gunter Tichy: Die Staatsschuldenkrise als Krise des europäischen Finanzsystems. Wifo Monatsberichte 6/2013
- 312 [http://www.welt.de/print/die\\_welt/wirtschaft/article112236882/IWF-Chefin-Lagarde-warnt-vor-Sparexzessen.html](http://www.welt.de/print/die_welt/wirtschaft/article112236882/IWF-Chefin-Lagarde-warnt-vor-Sparexzessen.html)
- 313 World Economic Outlook (WEO): Coping with High Debt and Sluggish Growth. October 2012
- 314 The Telegraph, London, 1 March 2016
- 315 Ebd.
- 316 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-wie-vieleuro-hat-athen-schon-als-rettungspaket-bekommen-a-917814.html>
- 317 <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/griechenland/europas-schuldenkrise-griechenland-hilfe-vor-allem-an-banken-und-reiche-12224468.html>
- 318 <http://www.haushaltssteuerung.de/schuldenuhr-eurozone.html>
- 319 [de.statista.com](http://de.statista.com)
- 320 <http://www.haushaltssteuerung.de/weblog-primaerueberschuesse-bzw-primaerdefizite-der-eu-laender-im-vergleich.html>
- 321 <http://www.stiftung-marktwirtschaft.de/wirtschaft/themen/generationenbilanz.html>
- 322 Lukas Zdrzalek: Von wegen »gespart«. ZEIT ONLINE, 10.02.2015
- 323 [http://www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_report\\_102\\_2015.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_102_2015.pdf)

- 324 <http://de.wikipedia.org/wiki/Euro-Rettungsschirm>
- 325 Gesellschaft mit unbeschränkter Haftung. F.A.Z. 15.05.2012
- 326 Legal Tribune Online, 15.06.2012
- 327 APA, 23.9.2013
- 328 <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/target2-saldo.html>
- 329 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/233148/umfrage/target2-salden-der-euro-laender/>
- 330 GELD-Magazin, Wien 02/13
- 331 Die Zeit N° 15/2014 7. April 2014
- 332 Reinhart und Rogoff: Dieses Mal ist alles anders. Acht Jahrhunderte Finanzkrisen. FinanzBuch Verlag. München 2010
- 333 [http://de.wikipedia.org/wiki/Fiatgeld#cite\\_note-7](http://de.wikipedia.org/wiki/Fiatgeld#cite_note-7)
- 334 <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20428/quantitaetstheorie>
- 335 Die Zeit, 10.02.2015
- 336 <http://www.handelsblatt.com/finanzen/vorsorge/altersvorsorge-sparen/teure-geldpolitik-niedrigzinsen-kosten-deutsche-sparer-300-milliarden-euro/11079332.html>
- 337 <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/meine-finanzen/sparen-und-geld-anlegen/private-sparer-verlieren-190-milliarden-euro-in-vergangenen-fuenf-jahren-13528997.html>
- 338 <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/anleihen-zinsen/euro-schuldenkrise-irland-und-griechenland-in-kritischer-lage-1582834.html>
- 339 Silas Walter Adams The Legalized Crime of Banking and a Constitutional Remedy. Meador Publishing Company, Boston, 1958.
- 340 <https://www.mckinsey.de/weltweite-verschuldung>
- 341 <http://www.spiegel.de/spiegel/a-666740.html>
- 342 Jimmy Carter: U.S. Is an ›Oligarchy With Unlimited Political Bribery‹. Rolling Stone, New York, 31.7.2015.
- 343 Ulrike Guérot: Europa, was ist mit dir los. Stimmen der Zeit 9/2016.
- 344 Fabian Wiencke: Zur Legitimität von EU-Mehrheitsentscheidungen. LIT Verlag Münster, 2013
- 345 <http://www.dw.com/de/habermas-kritisiert-europas-f%C3%B-Chrung/a-16775688>
- 346 Soziale Ungleichheit ist Kernproblem des 21. Jahrhunderts. Pressemitteilung Oxfam. Berlin, 30. Oktober 2014
- 347 [https://de.wikipedia.org/wiki/Koalition\\_der\\_Willigen](https://de.wikipedia.org/wiki/Koalition_der_Willigen).
- 348 <http://www.foreignpolicyjournal.com/2016/01/06/new-hillary-emails-reveal-true-motive-for-libya-intervention/>
- 349 Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits. Amtsblatt der Europäischen Union, 29.5.2014. L 161/3

## ÜBER DEN AUTOR



Dr. Wolfgang Freisleben, Absolvent der Wirtschaftsuniversität Wien, arbeitete als Wirtschaftspublizist in der *Presse* und im ORF-Radio sowie als Wirtschaftskorrespondent für *Die Welt* und *Die Zeit*. Nach der Gründung des Wirtschaftsmagazins *Option* wechselte er als Finanzmanager in die Industrie und führte die erste österreichische Aktie an der NASDAQ in New York ein. Es folgte die Selbstständigkeit als Börsenbroker, Fondsmanager und Industrierberater. Heute ist er Miteigentümer und langjähriger Herausgeber eines Wiener Wirtschafts- und Finanzmagazins. Weitere Informationen zum Autor und seinem Buch finden Sie unter [www.wolfgang-freisleben.at](http://www.wolfgang-freisleben.at)

## NOTE

### *Warum erzeugen Staaten Geld nicht selber?*

- \* Die Geldmenge M2 umfasst folgende Geldgrößen: Sichteinlagen der Nicht-Banken sowie den gesamten Bargeldumlauf + Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu zwei Jahren + Einlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist bis zu drei Monaten.